

Bundesamt verzeichnet bis Ende September mehr Asylanträge als 2022; Im Gesamtjahr 2022 registrierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gut 244.000 Asylanträge. In diesem Jahr waren es in den ersten neun Monaten bereits mehr.

ZEIT-online

Montag 9. Oktober 2023 12:00 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asyl; Ausg. 1

Length: 247 words

Byline: Ulrike Tschirner

Body

In den ersten neun Monaten des Jahres haben bereits mehr Menschen einen **Asylantrag** in Deutschland gestellt als im Gesamtjahr 2022. Bis einschließlich September seien 251.213 **Asylanträge** gestellt worden, teilte das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) mit. 2022 waren es auf das ganze Jahr bezogen 244.132.

Den Angaben zufolge handelte es sich in knapp 234.000 der bis Ende September eingegangenen Fälle um einen Erstantrag. Bei etwa 17.500 ging es um einen Folgeantrag. Die Zahlen lagen demnach um 73,3 Prozent über denen des Vorjahreszeitraums. Eine Entscheidung getroffen hat das Bamf demnach im laufenden Jahr bereits in rund 196.000 Asylverfahren.

Im Monat September stellten der Behörde zufolge 29.570 Menschen einen Asylantrag, darunter etwa 27.900 Erstanträge. Die Zahl lag damit auf dem Niveau des Vormonats: Im August wurden 29.566 Anträge auf Asyl gestellt.

Die zentralen Herkunftsländer sind weiterhin Syrien, die Türkei und Afghanistan. Die meisten Erstanträge auf Asyl wurden laut Bamf im September erneut von Menschen aus Syrien gestellt - hier waren es knapp 9.700 Erstanträge. Etwa 6.400 Menschen aus der Türkei stellten erstmals in Deutschland einen Asylantrag, rund 3.800 Menschen aus Afghanistan.

Sean Gallup Asylsuchende vor der Erstaufnahmeeinrichtung für Migranten und Flüchtlinge am 05. Oktober 2023 in Eisenhüttenstadt. Sean Gallup Asylsuchende vor der Erstaufnahmeeinrichtung für Migranten und Flüchtlinge am 05. Oktober 2023 in Eisenhüttenstadt.

Load-Date: October 9, 2023

Bundesamt verzeichnet bis Ende September mehr Asylanträge als 2022 Im Gesamtjahr 2022 registrierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gut 244.000 Asyla....

End of Document

Städtetag fordert Beschleunigung von Asylverfahren; Vor dem Migrationsgipfel in Berlin sieht der Städtetag Bund und Länder in der Pflicht, Asylverfahren zu beschleunigen. Dafür sei unter anderem mehr Personal nötig.

ZEIT-online

Sonntag 5. November 2023 4:49 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationsgipfel; Ausg. 1

Length: 636 words

Byline: Alena Kammer

Body

Vor dem **Migrationsgipfel** an diesem Montag im Kanzleramt hat der Deutsche Städtetag Bund und Länder aufgefordert, die **Asylverfahren** deutlich zu beschleunigen. "Der Bund muss beim Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** für mehr Personal sorgen, damit Anhörungsverfahren zeitnah und noch schneller durchgeführt werden können", sagte Städtetagspräsident Markus Lewe den Zeitungen der Funke Mediengruppe. "Die Länder wiederum müssen dafür sorgen, dass die Verfahren an den Verwaltungsgerichten schneller abgeschlossen werden."

Schnellere Rückführungen von Menschen ohne Bleibeperspektive seien erst dann möglich, wenn es final abgeschlossene Asylverfahren gebe, sagte Lewe. "Heute dauern diese Verfahren je nach Bundesland mehr als ein Jahr, teilweise über zwei Jahre. Wenn die Ministerpräsidentenkonferenz hier Ergebnisse bringt, die dann auch schnell umgesetzt werden, könnte das die Städte perspektivisch entlasten."

Die Dauer von Asylgerichtsverfahren ist einer Umfrage zufolge derweil bundesweit gesunken. Die Laufzeit der erstinstanzlichen Asylklagen fiel im bundesweiten Durchschnitt von 20 Monaten im Jahr 2022 auf inzwischen rund 17 Monate, wie eine Befragung des Deutschen Richterbundes unter allen deutschen Verwaltungsgerichten und beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ergab, über die das RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) berichtete. Insgesamt lagen die Bearbeitungszeiten demnach zwischen 3,5 Monaten in Trier und mehr als drei Jahren in Cottbus.

Am Montag sprechen die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in Berlin über Maßnahmen zur Begrenzung der irregulären Migration. Es geht aber auch um die Kosten der Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen. Der Bund will nach Angaben der Länder seinen Anteil von 3,75 auf 1,25 Milliarden Euro reduzieren. Das wollen diese nicht hinnehmen. In einem Beschluss hatten sie Mitte Oktober eine Pauschale von 1,25 Milliarden Euro sowie pro Migrant mindestens 10.500 Euro verlangt. Außerdem soll der Bund die Unterkunftskosten vollständig übernehmen.

Ministerpräsident Weil fordert nationalen Konsens

Städtetag fordert Beschleunigung von Asylverfahren Vor dem Migrationsgipfel in Berlin sieht der Städtetag Bund und Länder in der Pflicht, Asylverfahren zu besch....

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil forderte in der Migrationskrise einen nationalen Konsens. Dies wäre für Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Zeichen einer gemeinsamen Wahrnehmung von Verantwortung, sagte der SPD-Politiker.

"Die Finanzierung der Grundversorgung von Geflüchteten ist eine nationale Aufgabe, die von Ländern und Kommunen gemeinsam getragen werden muss", sagte Weil. Wenn der Bund nicht bereit sei, einen nennenswerten eigenen Anteil zu übernehmen, liefen die Kommunen Gefahr, ihre Handlungsfähigkeit auch in anderen Bereichen zu verlieren, sagte der Regierungschef. "Das Vertrauen der Menschen in die Politik droht dann noch weiter verloren zu gehen."

Niedersachsens Regierungschef forderte erneut, dass die Zahl der nach Deutschland kommenden Menschen reduziert werden muss. "Es hilft nichts, wir müssen die Zahl der allwöchentlich zu uns kommenden Menschen reduzieren. Wir wollen denjenigen, die wirklich Asyl oder Schutz nach der Genfer Flüchtlingskommission bei uns brauchen, auch zukünftig helfen." Um dies möglich zu machen, müsse man diejenigen, die aus anderen nachvollziehbaren, aber eben nicht so dringenden Gründen kommen, leider wieder nach Hause schicken, sagte der SPD-Politiker. "Die Kommunen sind am Anschlag, sowohl finanziell wie auch von ihren Unterbringungskapazitäten her."

Weil zeigte sich unterdessen zuversichtlich, dass sich Bund und Länder auf einen Pakt für Beschleunigung verständigen. "Ein wichtiges Thema, das Gefahr läuft, in der öffentlichen Aufmerksamkeit ein wenig unterzugehen. Wir müssen schneller werden beim Ausbau der erneuerbaren Energien und bei der Sanierung unserer Infrastruktur", betonte der Ministerpräsident.

Martin SchuttMartin Schutt

Load-Date: November 5, 2023

Unionspolitiker will EU-Asylrecht beschränken; Die Regeln in der EU übererfüllten die Genfer Flüchtlingskonvention, kritisiert CDU-Innenexperte Alexander Throm. Dies könne man sich "schlicht nicht mehr leisten".

ZEIT-online

Donnerstag 26. Oktober 2023 2:18 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 317 words

Byline: Mathias Peer

Body

Der Innenexperte der Union, Alexander Throm, fordert eine Einschränkung des EU-**Asylrechts**. "Wir müssen den Kreis derjenigen verkleinern, die in Europa Schutz erhalten, und dafür an die Regelungen im europäischen **Asylrecht** heran", sagte der CDU-Politiker dem Tagesspiegel. "Das EU-**Asylrecht** übererfüllt die Genfer **Flüchtlingskonvention**", es gehe weit über deren Ursprungsgedanken hinaus, Menschen vor einer konkreten persönlichen Bedrohung zu schützen, stellte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion fest. "Wir können nicht mehr alle uneingeschränkt zu uns lassen, die aus Ländern mit allgemeinen Krisenlagen kommen", sagte er weiter.

"Dieser sogenannte individuelle subsidiäre Schutz ist nicht Teil der Genfer Konvention. Europa gewährt ihn per Gesetz als Individualanspruch seit den Nullerjahren", sagte Throm. Seither habe sich die internationale Lage jedoch dramatisch verändert. "Wir können uns die Übererfüllung der Genfer Flüchtlingskonvention schlicht nicht mehr leisten", sagte der CDU-Politiker.

Der eingeschränkte oder auch subsidiäre Schutz kommt zum Tragen, wenn weder Flüchtlingsschutz noch die Asylberechtigung gewährt werden können und im Herkunftsland ernsthafter Schaden droht. Das gilt für Menschen, denen in der Heimat etwa Folter, Todesstrafe oder willkürliche Gewalt in einem bewaffneten Konflikt drohen.

Im Juli hatte ein anderer CDU-Politiker, der erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Thorsten Frei, vorgeschlagen, das Recht einzelner Migranten, auf europäischem Boden Asyl zu beantragen, abzuschaffen und durch Aufnahmekontingente zu ersetzen.

Yara Nardi A child looks on as migrants are seen inside the hotspot, on the Sicilian island of Lampedusa, Italy, September 16, 2023. REUTERS/Yara Nardi Yara Nardi A child looks on as migrants are seen inside the hotspot, on the Sicilian island of Lampedusa, Italy, September 16, 2023. REUTERS/Yara Nardi

Load-Date: October 26, 2023

Unionspolitiker will EU-Asylrecht beschränken Die Regeln in der EU übererfüllten die Genfer Flüchtlingskonvention, kritisiert CDU-Innenexperte Alexander Throm.

End of Document

**SPD-Abgeordnete wollen Asylverfahren außerhalb Europas führen;
Migrationszentren in sicheren Drittstaaten und Rückführungsabkommen:
Drei SPD-Abgeordnete wollen Asylverfahren aus der EU verlagern. Sie
führen humanitäre Gründe an.**

ZEIT-online

Freitag 3. November 2023 8:04 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: Migrationspolitik; Ausg. 1

Length: 629 words

Byline: Sarah Daniela Kohler

Body

Drei Bundestagsabgeordnete der SPD haben einem Bericht des Magazins Spiegel zufolge die Verlagerung von **Asylverfahren** in Drittstaaten außerhalb Europas gefordert. In einem "Impulspapier" sprachen sich die Sozialdemokraten Lars Castellucci, Frank Schwabe und Fabian Funke für die "Einrichtung von **'Migrationszentren'** in sicheren Drittstaaten als Anker- und Anlaufpunkt für Schutzsuchende" aus, berichtet das Magazin. Erst nach Bearbeitung ihrer Anträge sollen dem Vorschlag zufolge **asylberechtigte Migrantinnen** und **Migranten** in EU-Staaten einreisen dürfen.

Das Papier trage den Titel "Schluss mit dem Massengrab Mittelmeer durch ein humanes und kontrolliertes Asylmanagement". In den "Migrationszentren" sollen langfristige Visa ausgegeben sowie anschließende Möglichkeiten der regulären und sicheren Einreise in die EU geschaffen werden, schrieben die Sozialdemokraten in dem vierseitigen Papier.

"Rückführungsabkommen" mit Drittstaaten

Auch nach ihrer Ankunft in der EU sollen Asylsuchende zur Prüfung ihrer Anträge an sogenannte sichere Drittstaaten überstellt werden können. Drittstaaten sollten sich in "Rückführungsabkommen" dazu verpflichten, eine feste Anzahl an irregulär in die EU gelangten Personen aufzunehmen, schreiben die Abgeordneten. Bei positivem Bescheid würde über Kontingente die sichere Reise in die EU gewährleistet. Eine Obergrenze solle es nicht geben.

Ziel sei es, irreguläre und lebensbedrohliche Migration durch legale und sichere Migration zu ersetzen, schreiben die Abgeordneten. Die in Drittstaaten ausgelagerten Asylverfahren sollen dem Konzept zufolge in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen und der EU betrieben werden.

Dabei müssten alle humanitären und menschenrechtlichen Standards gewahrt bleiben, fordern die Verfasser des Papiers. Zudem müsse die Rechtsstaatlichkeit garantiert sein. Niemand dürfe gegen seinen Willen

SPD-Abgeordnete wollen Asylverfahren außerhalb Europas führen Migrationszentren in sicheren Drittstaaten und Rückführungsabkommen: Drei SPD-Abgeordnete wollen A....

in den neu zu schaffenden Einrichtungen festgehalten werden. Als Gegenleistung sollen Drittstaaten Geld erhalten. Auch Visaliberalisierung und vereinfachte EU-Arbeitsvisa für die Staatsbürger des Drittstaats seien denkbar, schreiben die SPD-Abgeordneten.

Diskussion um Auslagerung von Verfahren

Zuletzt hatte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) Asylverfahren außerhalb der EU gefordert. Danach gefragt, hatten sich Bundeskanzler Olaf Scholz und Innenministerin Nancy Faeser (beide SPD) zu Wochenbeginn skeptisch geäußert, ebenso wie SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese.

Die Ampelregierung steht unter Druck, ihre Migrationspolitik effektiver und gleichzeitig humanitärer zu betreiben. Dabei spalten sich die Stimmen sogar innerhalb der Regierungsparteien. Viele Kommunen sehen sich mit der Unterbringung Asylsuchender überfordert. Zuletzt hatte die Koalition Abschieberegeln verschärft und die Arbeitsaufnahme erleichtert.

"Uns ist bewusst, dass eine sozialdemokratische Ideallösung anders aussieht", schreiben die drei Sozialdemokraten. Für ihren Vorstoß führen sie humanitäre Motive an: Schutzsuchende müssten die Möglichkeit bekommen, Asylanträge für EU-Mitgliedstaaten zu stellen, ohne ihr Leben zu riskieren und sich in die Hände von Schleppern und Schleusern zu begeben, schreiben die Abgeordneten.

Darrin Zammit Lupi Migranten in einem Holzboot bei einer Rettungsaktion vor der Küste Libyens - lebensbedrohliche Migration beispielsweise über das Mittelmeer soll laut dem SPD-Vorstoß durch legale und sichere Migration ersetzt werden. Darrin Zammit Lupi Migranten in einem Holzboot bei einer Rettungsaktion vor der Küste Libyens - lebensbedrohliche Migration beispielsweise über das Mittelmeer soll laut dem SPD-Vorstoß durch legale und sichere Migration ersetzt werden.

Load-Date: November 3, 2023

Ungarn und Polen blockieren bei EU-Gipfel Erklärung zur Migration; In der Abschlusserklärung des EU-Gipfels wird es keinen Passus zur Migration geben. Ungarn und Polen wollen sich einer Solidaritätsverpflichtung nicht anschließen.

ZEIT-online

Freitag 6. Oktober 2023 6:21 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Asyldebatte; Ausg. 1

Length: 542 words

Byline: Sarah Daniela Kohler

Body

Polen und Ungarn haben beim EU-Gipfel in Granada eine geplante Erklärung zur **Migrationspolitik** und anderen strategisch wichtigen Themen blockiert. Das sagten mehrere EU-Diplomaten. Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki schrieb beim Kurznachrichtendienst X: "Ich habe beschlossen, gegen den Teil über die **Migration** mein Veto einzulegen."

Auch Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán kündigte weiteren Widerstand gegen Pläne für eine EU-Asylreform an. Diese sieht eine Pflicht zur Solidarität mit besonders stark von Migration betroffenen Staaten vor. Er sehe keinerlei Chance auf Kompromisse und Vereinbarungen, nachdem Ungarn und Polen "rechtlich vergewaltigt" worden seien. Er spielte darauf an, dass Entscheidungen für die geplante Reform des europäischen Asylsystems zuletzt gegen den Willen von Ungarn und Polen per Mehrheitsentscheidung getroffen wurden.

Somit gab es nach dem Gipfel keine gemeinsame Abschlusserklärung zur Migration. Der Text wurde stattdessen im Namen von EU-Ratspräsident Charles Michel veröffentlicht.

Gemeinsame Migrationspolitik der EU belastet

Ungarn und Polen sind überzeugt, Entscheidungen zur EU-Asylreform dürften nur im Konsens getroffen werden - juristische Analysen widersprechen. Die beiden Länder verweisen unter anderem auf die EU-Gipfel-Erklärung aus dem Juni 2019. Darin steht: "Es muss ein Konsens für eine Reform der Dublin-Verordnung auf der Grundlage eines ausgewogenen Verhältnisses von Verantwortung und Solidarität gefunden werden." Die Länder wollen deshalb alle Asylentscheidungen im Konsens treffen.

Sie wehren sich insbesondere gegen den Plan, stark belasteten Staaten wie Italien und Griechenland künftig einen Teil der Asylsuchenden abzunehmen. Die EU-Pläne sehen vor, dass Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, zu Ausgleichszahlungen gezwungen werden.

Ungarn und Polen blockieren bei EU-Gipfel Erklärung zur Migration In der Abschlusserklärung des EU-Gipfels wird es keinen Passus zur Migration geben. Ungarn und....

Die Blockade der geplanten gemeinsamen Erklärung zur Migration hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf den laufenden Prozess für eine europäische Asylreform. Denkbar ist allerdings, dass Polen und Ungarn sich in den derzeit laufenden Verhandlungen über den EU-Haushalt querstellen - dort ist Einstimmigkeit erforderlich. Die Revision des Haushalts soll die Fortsetzung der Finanzhilfen für die Ukraine ermöglichen.

Scholz kritisiert Widersprüchlichkeit

Kanzler Olaf Scholz hat Polen und Ungarn eine widersprüchliche Position in der Flüchtlingspolitik vorgeworfen. Es könne nicht sein, dass ausgerechnet Länder, die in der EU-Asyldebatte für eine harte Linie stünden, "diejenigen, die bei ihnen ankommen, durchwinken, damit sie in Deutschland ankommen", sagte er. Ungarn und Polen nannte er dabei nicht ausdrücklich.

Zugleich spielte Scholz Warnungen beider Ministerpräsidenten herunter, eine endgültige Einigung auf europäischer Ebene noch zu verhindern. "Das kann nicht von Einzelnen blockiert werden", sagte er. Er sei zuversichtlich, dass eine Einigung zwischen EU-Parlament, EU-Kommission und EU-Rat gelingen werde. Diese gelte seiner Meinung nach dann auch für alle 27 EU-Staaten.

Fermin Rodriguez Viktor Orbán, Ministerpräsident von Ungarn, am zweiten Tag des EU-Gipfels Fermin Rodriguez Viktor Orbán, Ministerpräsident von Ungarn, am zweiten Tag des EU-Gipfels

Load-Date: October 6, 2023

Landkreise wollen Flüchtlinge zu Arbeit verpflichten; Der Deutsche Landkreistag fordert eine Arbeitspflicht für alle Migranten in Deutschland. Für gemeinnützige Tätigkeiten sei das bereits möglich, sagt Arbeitsminister Heil.

ZEIT-online

Freitag 13. Oktober 2023 4:35 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 603 words

Byline: Katharina James

Body

Der Deutsche Landkreistag hat eine Arbeitspflicht für alle **Migranten** in Deutschland gefordert. "Wer gesund ist und nicht gehandicapt ist, muss arbeiten. Eine Arbeitspflicht muss her", sagte Verbandspräsident Reinhard Sager der Bild-Zeitung. Dabei sei es egal, ob es sich beispielsweise um gemeinnützige Arbeit oder eine Arbeit in der Gastronomie handele.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sagte, die Möglichkeit, Asylbewerber für gemeinnützige Tätigkeiten heranzuziehen, bestehe schon jetzt im Asylbewerberleistungsgesetz. "Deshalb unterstützen wir es als Bundesregierung, wenn die Länder und Kommunen davon Gebrauch machen und Asylbewerber auch zu gemeinnützigen Tätigkeiten einsetzen", sagte Heil der Stuttgarter Zeitung und den Stuttgarter Nachrichten sowie den Zeitungen der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft. "Wo das sinnvoll ist, kann und sollte das genutzt werden."

Zuvor hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bereits erklärt, die Bundesregierung unterstütze, wenn Länder und Kommunen Geflüchtete zu gemeinnütziger Arbeit heranzögen. Arbeitsminister Heil kündigte an: "Wir bringen jetzt Ordnung in das Thema Migration. Wir erleichtern die Rückführungen derjenigen, die ausreisepflichtig sind, und verbessern die Arbeitschancen von Geflüchteten mit Bleibeperspektive." Das sei "der richtige Weg", fügte Heil hinzu. Die Koalition hat sich zuvor darauf geeinigt, Asylsuchenden schneller die Aufnahme einer Arbeit zu ermöglichen. Geflüchtete, die eine gute Bleibeperspektive haben, sollen demnach nach spätestens sechs Monaten arbeiten dürfen statt wie bisher erst nach neun Monaten.

Am heutigen Freitag will Scholz im Kanzleramt mit den Ministerpräsidenten der Länder und dem Unionsfraktionsvorsitzenden Friedrich Merz (CDU) unter anderem über Maßnahmen zur Eindämmung der irregulären Migration beraten. Landkreistagschef Sager beklagte gegenüber Bild, nicht zu dem Spitzengespräch eingeladen worden zu sein. "Wir sind beim Gipfel nicht dabei, haben nichts von Scholz gehört. Wir tragen die Hauptlast und sitzen nicht am Tisch. Wir brauchen dringend die Unterstützung der 16 Ministerpräsidenten", sagte er.

Landkreise wollen Flüchtlinge zu Arbeit verpflichten Der Deutsche Landkreistag fordert eine Arbeitspflicht für alle Migranten in Deutschland. Für gemeinnützige

Martin Schutt Der Ausbilder für die gewerblich-technische Berufsausbildung, Thomas Schabacker (M), beobachtet am 14.12.2016 in der Ausbildungswerkstatt der Deutschen Bahn AG in Erfurt (Thüringen) die Flüchtlinge Muhsen Armandzi (r) aus Syrien und Basel Khudeda Majoun (l) aus dem Irak bei der Arbeit. Vierzehn junge Leute absolvieren eine achtwöchige Qualifizierung im Rahmen des «DB Check-Up für Flüchtlinge» zur Berufsorientierung bei der Bahn. Damit sollen sich Asylbewerber besser im deutschen Bildungs- und Arbeitssystem zurechtfinden. Ziel ist es, dass die Teilnehmer eine Ausbildung als Elektriker beginnen können. (zu dpa "Arbeitsexperte: Flüchtlinge schon aus Eigennutz einstellen" vom 24.12.2016) Foto: Martin Schutt/dpa-Zentralbild/dpa

Martin Schutt Der Ausbilder für die gewerblich-technische Berufsausbildung, Thomas Schabacker (M), beobachtet am 14.12.2016 in der Ausbildungswerkstatt der Deutschen Bahn AG in Erfurt (Thüringen) die Flüchtlinge Muhsen Armandzi (r) aus Syrien und Basel Khudeda Majoun (l) aus dem Irak bei der Arbeit. Vierzehn junge Leute absolvieren eine achtwöchige Qualifizierung im Rahmen des «DB Check-Up für Flüchtlinge» zur Berufsorientierung bei der Bahn. Damit sollen sich Asylbewerber besser im deutschen Bildungs- und Arbeitssystem zurechtfinden. Ziel ist es, dass die Teilnehmer eine Ausbildung als Elektriker beginnen können. (zu dpa "Arbeitsexperte: Flüchtlinge schon aus Eigennutz einstellen" vom 24.12.2016) Foto: Martin Schutt/dpa-Zentralbild/dpa

Load-Date: October 13, 2023

Deutlich über eine Million Asylanträge 2023 in Europa; Die Zahl der Asylanträge in Europa wird nicht sinken - im Gegenteil: Die EU-Asylagentur rechnet mit weiterem Andrang. 2024 werde ein "herausforderndes Jahr".

ZEIT-online

Montag 25. Dezember 2023 6:10 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Asylagentur; Ausg. 1

Length: 496 words

Body

Die Zahl der **Asylbewerber** in Deutschland und Europa ist in diesem Jahr stark gestiegen. Die Direktorin der EU-**Asylagentur** (EUAA), Nina Gregori, sagte den Zeitungen der Funke Mediengruppe, in der EU werde die Gesamtzahl der **Asylanträge** 2023 "deutlich über einer Million" liegen. Allein im Oktober habe ihre Agentur rund 123.000 Anträge registriert, die höchste Monatszahl seit sieben Jahren.

Mit einem Rückgang der Zahlen rechnet Gregori nicht, im Gegenteil: "Die Welt um uns herum wird immer instabiler. Der Schutzbedarf von Flüchtlingen wird 2024 und später daher nicht nachlassen, sich zum Teil sogar erhöhen." 2024 werde ein "herausforderndes Jahr".

Wie die Funke-Zeitungen unter Berufung auf Daten der EUAA berichten, wurden in der EU bis Ende Oktober rund 937.000 Asylanträge registriert. Das war ein Anstieg um 22 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zählte derweil bis Ende November 325.801 Asylanträge in Deutschland, wie die Funke-Zeitungen weiter berichten. Das war verglichen mit den ersten elf Monaten des Vorjahres ein Zuwachs um 52 Prozent. Länder und Kommunen klagen, dies belaste sie stark. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) forderte deshalb einen erneuten Migrationsgipfel zu Beginn des neuen Jahres im Kanzleramt. "Die Regierungschefinnen und -chefs aus den Ländern und dem Bund müssen im Januar, spätestens Februar, die Wirksamkeit der bisherigen Maßnahmen überprüfen", sagte er der Bild am Sonntag. Sie müssten zudem "bereit sein, notfalls nachzusteuern, um irreguläre Migration zu beenden".

Deutschland bleibe das Hauptziel für Asylsuchende in der EU, bilanziert auch die EU-Asylagentur. Im Oktober entfielen nach EUAA-Angaben 27 Prozent aller Asylgesuche auf Deutschland. Das war mehr als in Frankreich und Italien, wo am zweit- beziehungsweise drittmeisten Asylgesuche gestellt wurden, zusammen. Die EU ändert derzeit ihre Asylpolitik, um die Vielzahl der Verfahren besser beherrschen zu können, die Ampelkoalition setzt dies derzeit um. So sollen Verfahren bereits an den Außengrenzen ablaufen und Anträge von Menschen mit geringer Bleibeperspektive - aus sichereren Staaten - schneller bearbeitet werden.

Deutlich über eine Million Asylanträge 2023 in Europa Die Zahl der Asylanträge in Europa wird nicht sinken - im Gegenteil: Die EU-Asylagentur rechnet mit weiter....

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hofft angesichts dieser Pläne auf mehr Entlastung für Kommunen. "Jetzt geht es darum, dass auch an der Umsetzung konsequent weitergearbeitet wird und zum Beispiel Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern geschlossen werden", sagte Woidke.

Weiter zugenommen hat auch die Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine infolge des russischen Angriffskrieges. EUAA-Chefin Gregori sagte den Funke-Zeitungen, Ende Oktober seien 4,16 Millionen Ukrainer in der EU registriert gewesen, die hier vorübergehenden Schutz genießen würden, 320.000 mehr als im Januar. Deutschland sei Stand Ende Oktober mit rund 1,17 Millionen ukrainischen Flüchtlingen das führende Gastgeberland in der EU, gefolgt von Polen mit 957.000 Ukrainern.

Load-Date: December 25, 2023

End of Document

"Der Status quo des Asylsystems ist inhuman"; Die EU streitet übers Asylrecht und in vielen Ländern erstarken Rechtspopulisten. Der Soziologe Ruud Koopmans erklärt, wie eine humane Migrationspolitik aussehen könnte.

ZEIT-online

Freitag 14. Juli 2023 7:46 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Asylrecht in der EU; Ausg. 1

Length: 523 words

Byline: Ileana Grabitz;Heinrich Wefing

Body

Oliver Weiken

Migranten, die von der Nordküste Afrikas zur italienischen Insel Lampedusa gelangen wollen, treiben augenscheinlich mit einem Motorschaden im Mittelmeer. Von Tunesien aus setzen immer mehr afrikanische **Flüchtlinge** nach Italien über. Viele **Migranten** zahlen für die Reise nicht nur finanziell einen hohen Preis. +++ dpa-Bildfunk +++ 29/06/2023 Lampedusa

Der Streit um die Migrationspolitik spaltet Europa, er peitscht die Emotionen hoch und treibt viele Wählerinnen und Wähler zu rechtspopulistischen Parteien. Zuletzt ist in den Niederlanden die Regierungskoalition an einer Reform des Asylrechts zerbrochen. Gleichzeitig sterben jedes Jahr Tausende Menschen beim Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Wie könnte eine europäische Migrationspolitik aussehen, die human ist, die das massenhafte Sterben im Mittelmeer beendet und trotzdem nicht die Gesellschaften radikalisiert? Oder ist das eine Utopie, ein unauflösliches Dilemma?

Darüber sprechen wir diese Woche in *Das Politikteil*, dem politischen Podcast von ZEIT und ZEIT ONLINE. Zu Gast bei Ileana Grabitz und Heinrich Wefing ist der Soziologe Ruud Koopmans, einer der profiliertesten Migrationsforscher in Deutschland, Direktor der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung am Wissenschaftszentrum Berlin. Sein jüngstes Buch heißt: *Die Asyllotterie Eine Bilanz der Flüchtlingspolitik von 2015 bis zum Ukraine-Krieg*. Koopmans verurteilt das bisherige System scharf, er sagt: "Die aktuelle Asylpolitik ist pervers. Sie führt Menschen systematisch in den Tod, statt ihnen zu helfen."

Die gegenwärtige Migrationspolitik zwingt Menschen, sich auf den gefährlichen, potenziell tödlichen Weg durch die Sahara und über das Mittelmeer nach Europa zu machen, weil nur die Menschen in der EU Asyl beantragen können, die tatsächlich europäischen Boden betreten. Das lasse denen, die Hilfe besonders dringend brauchen Kinder, Kranke, Frauen, kaum eine Chance, sondern bevorzuge junge Männer, die den Weg nach Europa am ehesten schaffen. Koopmans sagt: "Mit unserem Asylsystem verteidigen wir keine humanitäre Errungenschaft."

"Der Status quo des Asylsystems ist inhuman" Die EU streitet übers Asylrecht und in vielen Ländern erstarken Rechtspopulisten. Der Soziologe Ruud Koopmans erklä....

Ruud Koopmans fordert in *Das Politikteil* stattdessen einen grundlegenden Neuanfang in der Asylpolitik: "Strukturell hat sich seit 2015 nichts geändert. Wir sitzen mit demselben politischen Instrumentarium fest, das schon damals nicht imstande war, auf größere Flüchtlingszahlen zu reagieren." Er plädiert unter anderem dafür, die Hilfsbedürftigsten über Resettlement-Programme direkt nach Europa zu fliegen und gleichzeitig andere Asylbewerber in sicheren Drittstaaten Schutz zu gewähren. Koopmans sagt: "Migration ist regulierbar, wir müssen sie nur auf humane Weise regulieren und kontrollieren."

Im Podcast "Das Politikteil" sprechen wir jede Woche über das, was die Politik beschäftigt, erklären die Hintergründe, diskutieren die Zusammenhänge. Immer freitags mit zwei Moderatoren, einem Gast und einem Geräusch. Im Wechsel sind als Gastgeber Tina Hildebrandt und Heinrich Wefing oder Ileana Grabitz und Peter Dausend zu hören.

Load-Date: July 14, 2023

End of Document

Nancy Faeser lehnt Obergrenze ab - Merz warnt vor "Kontrollverlust"; Um die Migration in den Griff zu kriegen, brauche es eine europäische Lösung, sagt Bundesinnenministerin Nancy Faeser. CDU-Chef Merz verlangt konsequentere Abschiebungen.

ZEIT-online

Montag 25. September 2023 7:07 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 846 words

Byline: Mathias Peer

Body

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat den Vorschlag einer jährlichen Obergrenze für **Geflüchtete** in Deutschland von CSU-Chef Markus Söder erneut abgelehnt. "Obergrenzen sind halt insofern nicht einzuhalten, weil wir europäisches Recht haben, internationales Recht, wir können gar nicht das Individualrecht auf **Asyl** alleine reduzieren", sagte Faeser am Sonntagabend in der ARD-Sendung Anne Will. "Wir sind an die Genfer **Flüchtlingskonvention**, an die Europäische Menschenrechtskonvention gebunden", fügte sie hinzu.

"Das Einzige, was wirklich helfen wird, ist eine europäische Lösung", sagte Faeser. Da müsse seitens der Europäischen Union mehr kommen an Verteilung. Die Kommunen seien an der Belastungsgrenze.

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) pflichtete Faeser bei. Die Lage in den Kommunen in Deutschland sei absolut angespannt, sagte sie im Deutschlandfunk. Deswegen arbeiteten Faeser und sie daran, in Europa zu gemeinsamen Regelungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik zu kommen.

An den Außengrenzen müssten klare Regeln geschaffen werden, "damit endlich Menschen geordnet in Europa verteilt werden", sagte Baerbock. Sie verwies auf schnelle Verfahren an den Außengrenzen und schnelle Rückführungen. Derzeit laufen Verhandlungen zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem, mit dem unter anderem irreguläre Migration in die Staatengemeinschaft begrenzt werden soll.

Söder fordert Scholz zum Handeln auf

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder hatte eine "Integrationsgrenze" für die Aufnahme von Geflüchteten von etwa 200.000 Menschen ins Gespräch gebracht. In der Sendung Anne Will bekräftigte er, bei der Zahl 200.000 gehe es um eine Richtgröße, "in der Integration in unserem Land noch gelingen kann". Man benötige Grenzschutz, den Stopp von Sonderaufnahmeprogrammen, die nur Deutschland mache, es brauche Rückführung und eine Veränderung der Anreize, beispielsweise beim Bürgergeld, sagte Söder. Er sei nicht für die Abschaffung des individuellen Asyls: "Wir brauchen eine Wende hin zu einer nachhaltigen Migrationspolitik."

Nancy Faeser lehnt Obergrenze ab - Merz warnt vor "Kontrollverlust" Um die Migration in den Griff zu kriegen, brauche es eine europäische Lösung, sagt Bundesinn....

Für einen Deutschland-Pakt gegen unkontrollierbare Zuwanderung stehe er sofort bereit, sagte Söder. Er forderte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf, beim Thema Migration Führung zu zeigen. "Der Bundeskanzler muss jetzt auch hier Führung zeigen, und er muss übrigens auch die Grünen überzeugen", forderte Söder.

Zahlreiche Bundesländer und Kommunen warnen wegen des starken Zuzugs an Geflüchteten seit Längerem vor einer Überlastung. Bis Ende August registrierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mehr als 204.000 Erstanträge auf Asyl - ein Plus von 77 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dazu kommt, dass wegen des russischen Kriegs in der Ukraine bislang mehr als eine Million Menschen aus dem angegriffenen Land in Deutschland Schutz suchen. Sie müssen keinen Asylantrag stellen.

Merz verlangt schnelle Senkung der Flüchtlingszahlen

CDU-Chef Friedrich Merz unterstützte Söders Vorschlag für eine Obergrenze. "Ja, das ist machbar. Aber leicht ist es nicht", sagte er der Augsburger Allgemeinen. "Wir reden ja nicht nur über Wohnungen oder Schulen, wir reden auch über Krankenhäuser, vernünftige Ausbildung und echte Integration. Das ist eine gehörige Kraftanstrengung. Die wird uns nur gelingen, wenn diejenigen, die rechtskräftig abgewiesen worden sind, auch konsequent abgeschoben werden."

Merz forderte, die Einreise Tausender Migranten pro Monat nach Deutschland zügig zu begrenzen. "Wir müssen dieses Problem lösen, sonst wächst uns das über den Kopf", sagte er. "Wenn wir die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung und die Integrationsfähigkeit unseres Landes nicht überstrapazieren wollen, müssen wir schnell die Zahlen der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, reduzieren." In diesem Zusammenhang erneuerte er sein Angebot an Scholz, "dass wir als ersten Teil seines Deutschland-Paktes gemeinsam die Flüchtlingskrise lösen".

2022 wurden nach Angaben der Bundesregierung knapp 13.000 ausreisepflichtige Personen aus Deutschland abgeschoben. Laut Ausländerzentralregister waren Ende 2022 rund 304.000 Menschen ausreisepflichtig, davon etwa 248.000 mit einer Duldung. Geduldete sind Menschen, die zwar ausreisepflichtig sind, aber aus bestimmten Gründen nicht abgeschoben werden können. Das kann etwa daran liegen, dass sie keine Ausweisdokumente haben, krank sind oder ein minderjähriges Kind haben, das eine Aufenthaltserlaubnis besitzt. Die Duldung ist immer befristet.

Wolfgang Borrs/NDR Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) spricht während der ARD-Sendung «Anne Will» zum Thema «An der «Belastungsgrenze» - Schafft Deutschland eine bessere Flüchtlingspolitik?». Faeser hat den Vorschlag einer jährlichen Obergrenze für Geflüchtete in Deutschland von CSU-Chef Söder abgelehnt. Wolfgang Borrs/NDR Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) spricht während der ARD-Sendung «Anne Will» zum Thema «An der «Belastungsgrenze» - Schafft Deutschland eine bessere Flüchtlingspolitik?». Faeser hat den Vorschlag einer jährlichen Obergrenze für Geflüchtete in Deutschland von CSU-Chef Söder abgelehnt.

Load-Date: September 25, 2023

**Was Sie über den Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern wissen sollten;
Warum fordern die Länder eine Pro-Kopf-Pauschale für Geflüchtete? Und
kommt jetzt die Bezahlkarte? Die wichtigsten Antworten zum Treffen der
Länderchefs mit Olaf Scholz**

ZEIT-online

Montag 6. November 2023 5:53 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 1368 words

Byline: Anna-Lena Schlitt

Body

Seit vielen Monaten streiten Bund und Länder darüber, wer für die Versorgung und Unterbringung von **Geflüchteten** aufkommen soll. Die Länder fordern eine Pro-Kopf-Pauschale, der Bund zeigte sich bisher eher verhalten. Nun soll die Finanzierung erneut diskutiert werden. Die wichtigsten Antworten zum Treffen der Ministerpräsidenten der Länder und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD):

Worum geht es bei dem Flüchtlingsgipfel?

Seit Monaten fordern Länder und Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von **Geflüchteten** mehr Unterstützung vom Bund. Am Montag wollen die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder erneut mit Bundeskanzler Olaf Scholz über die Finanzierung beraten. Neben der Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern soll auch die Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland eine zentrale Rolle bei dem Treffen spielen.

Wie unterstützt der Bund die Länder und Kommunen bisher?

Aufnahme, Versorgung und Betreuung Geflüchteter sind grundsätzlich Sache von Ländern und Kommunen. Das Grundgesetz regelt, dass sie dafür auch die Kosten tragen müssen. "Allein in diesem Jahr summieren sich die Kosten für asyl- und flüchtlingsbedingte Ausgaben der Länder auf 17,6 Milliarden Euro", sagte der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Hessens Regierungschef Boris Rhein (CDU), vor dem Gipfel. Hinzu kommen demnach weitere 5,7 Milliarden Euro, die von den Kommunen getragen werden.

Der Bund beteiligt sich in diesem Jahr mit 3,75 Milliarden Euro. Nach dem letzten Bund-Länder-Treffen im Mai hat der Bund die bereits zugesagten Mittel in Höhe von 2,75 Milliarden Euro um eine weitere Milliarde erhöht. Das ist weit weniger als von den Ländern gefordert. Bis 2024 soll der Betrag auf 1,25 Milliarden Euro gekürzt werden.

Durch die Pauschalzahlungen der Bundesregierung waren die Länder zuletzt gut bedient: Die Flüchtlingszahlen waren niedrig, Geld vom Bund gab es trotzdem. Doch mit steigenden Flüchtlingszahlen wird das Geld nun knapp.

Was Sie über den Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern wissen sollten Warum fordern die Länder eine Pro-Kopf-Pauschale für Geflüchtete? Und kommt jetzt die Bez....

Jetzt wünschen sich viele eine Rückkehr zum Modell aus den Jahren 2015/2016. Damals unterstützte der Bund die Länder mit Pro-Kopf-Zahlungen.

Insgesamt wendet die Bundesregierung in diesem Jahr mehr als 27 Milliarden Euro im Bereich Asyl und Flüchtlinge auf. Der Ausgabenschwerpunkt liegt bei der Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern. Bis 2027 sollen die Ausgaben stetig sinken.

Wie funktioniert das atmende System?

Die Bundesländer fordern eine Rückkehr zum sogenannten atmenden System. Damit ist ein dynamisches Finanzierungssystem gemeint, das sich an die Zahlen der Asylsuchenden anpasst. Das heißt: Je mehr Geflüchtete kommen, desto mehr muss der Bund zahlen.

Die Länder fordern ein Drei-Säulen-Modell:

Aus SPD-regierten Ländern mehren sich Stimmen, dass notfalls sogar die Schuldenbremse ausgesetzt werden könnte, um die Kosten zu bewältigen.

Eine Bezahlkarte für Asylbewerber?

Zur Debatte steht auch, ob Asylbewerberinnen und -bewerber künftig eine Bezahlkarte oder Sachleistungen anstelle von Bargeld erhalten sollen. Das würde die Verfügbarkeit der Leistungen einschränken: Geflüchtete könnten Geld nur schwer oder gar nicht in ihre Heimatländer überweisen.

Bargeld durch Sachleistungen zu ersetzen, ist den Kommunen bereits möglich. Umgesetzt wird das angesichts des hohen Verwaltungsaufwands allerdings selten. Als Kompromiss ist seit Längerem eine Bezahlkarte im Gespräch. Sie soll aufladbar sein, das Geld würde regelmäßig von Sozialbehörden auf das Konto überwiesen.

SPD-geführte Bundesländer fordern jedoch, dass Flüchtlinge zumindest einen Teil der Leistungen weiterhin bar zur Verfügung haben - quasi als Taschengeld und da Karten nicht immer und überall akzeptiert werden. Die Karte müsste also auch an Bankautomaten funktionieren.

Hessens Regierungschef Boris Rhein (CDU) sprach sich für eine bundesweite Lösung aus. "Die Bezahlkarte hat aber nur dann Sinn, wenn sie bundeseinheitlich eingeführt wird", sagte er.

Was sagt der Bund zu den Pro-Kopf-Zahlungen?

Olaf Scholz und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) gingen auf die Vorschläge der Länder bislang nicht konkret ein. In Regierungskreisen heißt es jedoch schon seit Monaten, dass der Bund finanziell viel mehr leiste, als er es der Verfassung nach eigentlich müsste. Zudem gebe es wegen der Schuldenbremse kaum noch Spielräume.

Mehr Geld vom Bund sei kein Allheilmittel, sagte Lindner vor dem Bund-Länder-Treffen. Er warb stattdessen dafür, Sozialleistungen zu kürzen. Es sei offensichtlich, "dass unser Sozialstaat mit seinen im europäischen Vergleich sehr hohen Leistungen wie ein Magnet wirkt, und das muss abgeschaltet werden", sagte er. "Die Bürger erwarten nicht eine Klärung der Finanzierung von Migration, sie erwarten eine Reduzierung insbesondere der irregulären beziehungsweise illegalen Migration nach Deutschland."

Die Grünen sehen das anders: Es brauche eine "verlässliche und strukturelle Finanzierung durch den Bund", schrieben die Grünenchefin Ricarda Lang und Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann in einem Gastbeitrag für den Tagesspiegel.

Wie ist die Lage in den Kommunen?

Was Sie über den Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern wissen sollten Warum fordern die Länder eine Pro-Kopf-Pauschale für Geflüchtete? Und kommt jetzt die Bez....

Länder und Kommunen fühlen sich von den steigenden Flüchtlingszahlen zunehmend überfordert. Die Kommunen haben erstmals im September 2022 beklagt, dass Unterbringungskapazitäten erschöpft und die Finanzierung nicht gedeckt seien. Auch die soziale Infrastruktur wie Schulen und Kitas kämen an ihre Grenzen, hieß es.

Eine am Donnerstag veröffentlichte Befragung der Universität Hildesheim und des Mediendienstes Integration kam zu dem Ergebnis, dass sich etwa 40 Prozent der Kommunen in Deutschland durch die Aufnahme von Geflüchteten "überlastet" oder in einem "Notfallmodus" sehen. Gut 58 Prozent beschrieben demnach die Lage als "herausfordernd, aber (noch) machbar". Nur 1,5 Prozent bezeichneten die Situation als "entspannt". An der bundesweiten Onlineumfrage nahmen 600 Kommunen und Landkreise teil.

Die Caritas bewertet die Lage in den Unterkünften insgesamt nicht so dramatisch, wie sie oft dargestellt werde. "Die Nervosität in der Sprache passt meiner Ansicht nach nicht wirklich zum objektiven Befund bundesweit", sagte die Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa.

Wie viele Flüchtlinge kamen 2023 nach Deutschland?

Bis September 2023 haben rund 250.000 Menschen in Deutschland Asyl beantragt - deutlich mehr als im vergangenen Jahr. Wiederholt wurden im Zuge der Debatte Vergleiche zum Jahr 2015 gezogen. Damals lag die Zahl der Asylanträge weit höher: 476.649 Menschen hatten 2015 einen Antrag auf Asyl in Deutschland gestellt.

Die meisten Flüchtlinge kamen zuletzt aus Syrien, Afghanistan und der Türkei.

Wie soll die Migration nach Deutschland begrenzt werden?

Bund und Länder haben sich im Streit um die Migrationspolitik in den vergangenen Wochen angenähert. "Die irreguläre Migration aus Drittstaaten hat ein Ausmaß angenommen, das zunehmend zu Problemen vor allem bei der Unterbringung und Integration führt", heißt es im Entwurf für die gemeinsame Abschlusserklärung.

Bund und Länder sind sich einig, dass es bessere Kontrollen der EU-Außengrenzen, eine solidarische Verteilung der Flüchtlinge und Migrationsabkommen mit den Herkunftsländern geben soll. Auf Druck der Länder hat die Ampelregierung mittlerweile früher abgelehnte Kontrollen an den deutschen Grenzen zu Polen, Tschechien, Österreich und der Schweiz beschlossen.

Einigkeit herrscht zudem über schnellere Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber, die dafür nötigen Migrationsabkommen mit Herkunftsländern und beschleunigte Verfahren für Asylbewerber aus Staaten mit niedriger Anerkennungsquote. Das Verfahren für diese Bewerber soll auf drei Monate verkürzt werden - inklusive der Überprüfung der Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) durch Verwaltungsgerichte. Zum Vergleich: Heute gibt es Bundesländer, in denen die Bearbeitungszeit für Asylanträge bei fast 40 Monaten liegt.

Mit Material der Nachrichtenagenturen dpa, AFP, KNA und Reuters

Achim Duwent%oster Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in Hamburg Fuhlsbüttel Achim Duwent%oster
Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in Hamburg Fuhlsbüttel

Load-Date: November 6, 2023

Britische Innenministerin stellt UN-Flüchtlingskonvention infrage; Seit 1951 regelt die Genfer Konvention den Schutz Asylsuchender. Großbritanniens Innenministerin Suella Braverman will eine Reform - sie würde das Asylrecht einschränken.

ZEIT-online

Dienstag 26. September 2023 8:44 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylpolitik; Ausg. 1

Length: 384 words

Byline: Isabelle Daniel

Body

Großbritanniens konservative Innenministerin Suella Braverman hat die Genfer Konvention zum Schutz von **Flüchtlingen** offen infrage gestellt. Politiker müssten überlegen, ob die Konvention und die Art, wie sie von Gerichten ausgelegt werde, noch passend sei "für unsere moderne Zeit", sagte die 43-Jährige bei einem Besuch des Thinktanks American Enterprise Institute.

"Es gibt große Teile der Welt, in denen es extrem schwer ist, homosexuell oder eine Frau zu sein", sagte Braverman. Wo Einzelpersonen verfolgt würden, sei es richtig, ihnen Schutz zu gewähren. "Aber wir werden nicht in der Lage sein, ein Asylsystem aufrechtzuerhalten, wenn es schon reicht, dass man homosexuell oder eine Frau ist und Angst vor Diskriminierung in seinem Herkunftsland hat, um Anspruch auf Schutz zu bekommen", erklärte sie.

Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 ist ein Grundpfeiler der humanitären internationalen Zusammenarbeit. Sie garantiert Menschen Asyl, die in ihrem Land zum Beispiel wegen ihrer Religion oder politischen Überzeugung verfolgt werden. Gemäß der Konvention dürfen Menschen nicht in ein Land zurückgeschickt werden, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht sind.

UNHCR betont Relevanz der Flüchtlingskonvention

Das Flüchtlingshilfswerk UNHCR der Vereinten Nationen wandte sich gegen Bravermans Forderung und teilte mit: "Es gibt keinen Bedarf für Reformen oder eine restriktivere Interpretation, sondern für eine stärkere und konsistentere Umsetzung der Konvention und ihrem grundlegenden Prinzip des Teilens der Verantwortung." Das Flüchtlingshilfswerk erkenne zwar "die komplexen Herausforderungen durch irreguläre Bewegungen von Flüchtlingen" an, die oft zusammen mit Migranten stattfänden, die aus anderen Gründen unterwegs seien. Doch die Flüchtlingskonvention bleibe genauso relevant, wie sie es bei ihrer Annahme gewesen sei.

Britische Innenministerin stellt UN -Flüchtlingskonvention infrage Seit 1951 regelt die Genfer Konvention den Schutz Asylsuchender. Großbritanniens Innenministe....

Braverman steht für einen harten migrationspolitischen Kurs in der britischen Regierung. Ein neues britisches Gesetz ermöglicht es etwa, Migrantinnen und Migranten, die in kleinen Booten über den Ärmelkanal auf die britische Insel gelangen, sofort in Haft zu nehmen. Die Menschen sollen ohne Gelegenheit auf einen Asylantrag in ihre Heimat oder ein Drittland abgeschoben werden. Kritiker werfen der Regierung deshalb vor, das Asylrecht faktisch abzuschaffen.

Load-Date: September 26, 2023

End of Document

Italien verlangt von abgelehnten Flüchtlingen 4.938 Euro Kautions; Wer nicht in Haft will, muss zahlen: Italien verschärft die Bedingungen für Migranten ohne Asylanspruch. Die Maßnahme soll auch die Kosten für eine Rückführung decken.

ZEIT-online

Samstag 23. September 2023 2:17 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylbewerber; Ausg. 1

Length: 397 words

Byline: Mathias Peer

Body

Abgelehnte **Flüchtlinge** müssen künftig eine Kautions von knapp 5.000 Euro an die italienischen Behörden zahlen, um während der Prüfung ihres Einspruchs nicht in Abschiebehaft genommen zu werden. Ein im Amtsblatt veröffentlichtes Dekret sieht vor, mit der finanziellen Garantie von 4.938 Euro die Kosten für die Unterkunft und den Lebensunterhalt eines Menschen für einen Monat, aber auch die Kosten für die Rückführung im Falle einer endgültigen Ablehnung des Antrags abzudecken.

Die Summe soll von Menschen verlangt werden, die versucht haben, Grenzkontrollen zu umgehen. Betroffen sind aber auch Menschen, die aus einem als sicher eingestuften Land kommen und daher grundsätzlich keinen Anspruch auf Asyl haben. Verschwinde der Asylbewerber unberechtigterweise, werde die Kautions einbehalten. Linksgerichtete Politiker kritisierten die Maßnahme scharf.

Das Dekret wurde nur wenige Tage nach einer Ankündigung der Regierung unter der ultrarechten Ministerpräsidentin Giorgia Meloni veröffentlicht, die maximale Dauer der Abschiebehaft für abgewiesene Asylbewerber auf 18 Monate zu erhöhen.

In Italien sind nach den Zahlen des Innenministeriums seit Jahresbeginn rund 130.000 Migranten angekommen, das sind bereits jetzt fast doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2022. Seit Montag vergangener Woche registrierte Italien mehr als 15.000 von den nordafrikanischen Küsten ankommende Flüchtlinge. Viele von ihnen kamen auf der Insel Lampedusa an, die nur 145 Kilometer nördlich von Tunesien liegt.

Alessandro Serranò TOPSHOT - Migrants gather outside the operational center called "Hotspot" on the Italian island of Lampedusa on September 14, 2023. The tiny Italian island of Lampedusa struggled on September 14, 2023 to cope with a surge in migrant boats from North Africa after numbers peaked at 7,000 people -- equivalent to the entire local population. (Photo by Alessandro Serranò / AFP) (Photo by ALESSANDRO SERRANO/AFP via Getty Images) Alessandro Serranò TOPSHOT - Migrants gather outside the operational center called "Hotspot" on the Italian island of Lampedusa on September 14, 2023. The tiny Italian island of Lampedusa struggled on

Italien verlangt von abgelehnten Flüchtlingen 4.938 Euro Kaution Wer nicht in Haft will, muss zahlen: Italien verschärft die Bedingungen für Migranten ohne Asyl....

September 14, 2023 to cope with a surge in migrant boats from North Africa after numbers peaked at 7,000 people -- equivalent to the entire local population. (Photo by Alessandro Serranò / AFP) (Photo by ALESSANDRO SERRANO/AFP via Getty Images)

Load-Date: September 23, 2023

End of Document

NRW-Ministerpräsident Wüst für Asylverfahren außerhalb Europas; Kurz vor dem Bund-Länder-Treffen appelliert Hendrik Wüst, Asylverfahren außerhalb Europas zu erwägen. SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese ist offen für Leistungskürzungen.

ZEIT-online

Dienstag 31. Oktober 2023 6:37 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Irreguläre Migration; Ausg. 1

Length: 544 words

Byline: Alena Kammer

Body

Knapp eine Woche vor dem Bund-Länder-Treffen zur **Migration** hat sich Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst dafür ausgesprochen, **Asylverfahren** außerhalb Europas ernsthaft zu diskutieren. "Irreguläre **Migration** muss beendet werden, damit wir denjenigen Menschen gerecht werden können, die wirklich unsere Hilfe brauchen, weil sie vor Krieg und Vertreibung fliehen", sagte Wüst der Süddeutschen Zeitung.

Der CDU-Politiker schlug vor, dass ähnlich wie beim EU-Türkei-Abkommen etwa in Nordafrika gegen finanzielle Zusagen Abkommen geschlossen würden. Flüchtlinge sollen nach einem Aufgreifen in Europa in Partnerländer entlang der Fluchtrouten gebracht werden, "damit dort Verfahren und Schutzgewährung nach rechtsstaatlichen Regeln stattfinden". "Das heißt, die, die keinen Schutzstatus erwarten können, kommen erst gar nicht in unser Land. Dabei müssen wir diese Partnerländer finanziell unterstützen. Es geht um Abkommen mit Leistung und Gegenleistung", sagte Wüst.

Am 6. November wollen die Ministerpräsidenten der Bundesländer mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) über die Eindämmung der irregulären Migration und über die Finanzierung der Kosten für die Versorgung der Flüchtlinge in Deutschland beraten. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ist derzeit in Marokko zu Gesprächen über die Zusammenarbeit in Migrations- und Sicherheitsfragen unterwegs.

FDP-Fraktionschef Christian Dürr sagte der Süddeutschen Zeitung, auch seine Partei befürworte so eine Durchführung von Asylverfahren in Drittländern außerhalb der EU. "Eine solche Regelung würde Klarheit über den Schutzstatus schaffen und verhindern, dass sich Menschen ohne Perspektive auf die gefährliche Route übers Mittelmeer begeben. Das ist auch eine Frage der Menschlichkeit."

Leistungskürzung für Asylbewerber

NRW-Ministerpräsident Wüst für Asylverfahren außerhalb Europas Kurz vor dem Bund-Länder-Treffen
appelliert Hendrik Wüst, Asylverfahren außerhalb Europas zu erwä....

Bei dem Bund-Länder-Treffen dürfte auch die Debatte um eine Leistungskürzung für Asylbewerber Thema sein. Das haben Finanzminister Christian Lindner und Justizminister Marco Buschmann (beide FDP) am Wochenende gefordert.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag zeigte sich dafür grundsätzlich offen. Jedoch warnte er davor, "die Schraube zu weit zu drehen". "Eine Anpassung der Leistungen für Asylbewerber kann Sinn machen, wenn ein Verfahren sehr lange dauert", sagte Dirk Wiese den Zeitungen der Funke Mediengruppe. "Ich würde das nicht von vornherein ausschließen, das muss man diskutieren", sagte er.

Bei Menschen, die geduldet sind, könnten schon heute Leistungen reduziert werden. "Auch diese Möglichkeit könnte man öfter nutzen", sagte Wiese.

Wiese: "Man kann diese Schraube nicht immer weiter drehen"

Wiese sagte der Rheinischen Post: "Selbstverständlich schauen wir uns die Anregungen genau an und prüfen, wie wir nicht nur der irregulären Migration wirksam einen Riegel vorschieben, sondern auch Anreize dazu minimieren." Maßgeblich müsse aber sein, "was ist wirklich neu und was ist rechtlich möglich", sagte Wiese.

"Was die Leistungen für Asylbewerber angeht, so sind sie jetzt schon auf recht niedrigem Niveau. Zudem können bei Geduldeten unter Umständen Leistungen noch weiter gekürzt werden. Aber man kann diese Schraube nicht immer weiter drehen. Die Leistungen müssen Geflüchteten in Deutschland ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen", sagte Wiese.

Load-Date: October 31, 2023

Länder fordern mehr Geld vom Bund zur Versorgung von Flüchtlingen; Die Ministerpräsidenten wollen mehr Bundesmittel für Kosten, die durch Flüchtlinge entstehen. Vor einem Gipfel mit Bundeskanzler Olaf Scholz stellt die Union Bedingungen.

ZEIT-online

Freitag 3. November 2023 5:33 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 757 words

Byline: Katharina James

Body

Vor einem Spitzentreffen zur Einwanderungspolitik dringen die Länder auf mehr Geld vom Bund für die Versorgung von **Flüchtlingen**. Der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK), Hessens Regierungschef Boris Rhein (CDU), teilte der Nachrichtenagentur dpa mit: "Allein in diesem Jahr summieren sich die Kosten für **asyl-** und **flüchtlingsbedingte** Ausgaben der Länder auf 17,6 Milliarden Euro. Hinzu kommen weitere 5,7 Milliarden Euro an Kosten, die von den Kommunen getragen werden."

Der Bund beteiligt sich Rhein zufolge an diesen Kosten in diesem Jahr "mit lediglich 3,75 Milliarden Euro und will den Betrag für 2024 auf 1,25 Milliarden Euro kürzen. Das ist aus Sicht der Länder nicht akzeptabel, weil der Bund die Städte und Gemeinden mit ihren Problemen alleine lässt." Die Länder seien sich da sehr einig - obwohl es fünf verschiedene Parteibücher im Reigen der Ministerpräsidenten gebe.

Ein Bund-Länder-Gipfel am Montag hat den Schwerpunkt Migration. Diskutiert wird dann neben Finanzierungsfragen auch, ob Barzahlungen für Asylbewerber durch eine Bezahlkarte und Sachleistungen ersetzt werden sollten.

Vorgespräch mit Merz und Dobrindt

Am heutigen Freitag will Bundeskanzler Olaf Scholz bereits mit CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt über die Einwanderungspolitik reden. Das Treffen ist nicht offiziell angekündigt worden. Beide Seiten haben Stillschweigen darüber vereinbart. Es ist daher davon auszugehen, dass keine Ergebnisse bekannt gegeben werden. Ein erstes Gespräch mit Merz hat bereits stattgefunden. Entscheidend ist aber das Treffen mit den Ministerpräsidenten am Montag.

Scholz will die Opposition in die Bemühungen um eine Begrenzung der irregulären Migration einbinden, weil er einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens in dieser Frage anstrebt.

Unionsfraktion beharrt auf Bewegung

Länder fordern mehr Geld vom Bund zur Versorgung von Flüchtlingen Die Ministerpräsidenten wollen mehr Bundesmittel für Kosten, die durch Flüchtlinge entstehen.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei, knüpfte deren Mitwirken an Bedingungen. "Wir müssen den gordischen Knoten endlich durchschlagen. Das erwarten die Menschen von der Politik", sagte der CDU-Politiker der Rheinischen Post. In Richtung Bundeskanzler Scholz sagte er demnach: "Wenn die Ampel-Koalition nicht die Kraft für eigene Entscheidungen besitzt, steht die Union grundsätzlich parat, um diese Herausforderungen anzugehen." Voraussetzung sei allerdings, "dass sich wirklich etwas bewegt".

Fraktionschef Merz sah zuletzt in den von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen zur Migration nur kosmetische Schritte zur Begrenzung des Zuzugs. Er hatte dem Kanzler beim ersten Migrationstreffen einen 26-Punkte-Katalog mit Forderungen vorgelegt. Die Union verlangt darin von Scholz unter anderem ein "gemeinsames Verständnis" dafür, "dass Deutschland mit Blick auf die Integrations-Infrastruktur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine Asylzuwanderung bis maximal 200.000 Personen pro Jahr verträgt".

Diskussion um Asylprüfungen außerhalb Europas

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst sprach sich zudem dafür aus, Asylverfahren außerhalb Europas zu prüfen. Sein niedersächsischer Kollege Stephan Weil lehnt dies ab. Dem RedaktionsNetzwerk Deutschland sagte der SPD-Politiker: "Dass Asylverfahren in Transitländern begonnen werden, halte ich für denkbar. Die Kanadier verfahren beispielsweise so. Aber dass wir Menschen gegen ihren Willen über die halbe Welt in ein Land verfrachten, zu dem sie keinerlei Bezug haben, kann ich mir nicht vorstellen."

Sean Gallup EISENHUETTENSTADT, GERMANY - OCTOBER 05: People queue for lunch at the initial reception facility for migrants and refugees on October 05, 2023 in Eisenhuettenstadt, Germany. The Eisenhuettenstadt facility serves as both a registration center and a temporary shelter for newly-arrived asylum seekers in the eastern state of Brandenburg. Germany is struggling to cope with a current large influx of migrants, mainly from Syria, Afghanistan and Turkey, arriving via Poland and the Czech Republic. (Photo by Sean Gallup/Getty Images) Sean Gallup EISENHUETTENSTADT, GERMANY - OCTOBER 05: People queue for lunch at the initial reception facility for migrants and refugees on October 05, 2023 in Eisenhuettenstadt, Germany. The Eisenhuettenstadt facility serves as both a registration center and a temporary shelter for newly-arrived asylum seekers in the eastern state of Brandenburg. Germany is struggling to cope with a current large influx of migrants, mainly from Syria, Afghanistan and Turkey, arriving via Poland and the Czech Republic. (Photo by Sean Gallup/Getty Images)

Load-Date: November 3, 2023

**Bundestag berät über Unions-Antrag zu strengerer Migrationspolitik;
Strengere Abschieberegeln, Grenzkontrollen und weniger Anreize: Die Union
ist unzufrieden mit der Migrationspolitik - und bringt im Bundestag eigene
Vorschläge ein.**

ZEIT-online

Freitag 22. September 2023 4:44 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Deutschland-Pakt; Ausg. 1

Length: 705 words

Byline: Alena Kammer

Body

Der Bundestag debattiert auf Drängen der Union an diesem Freitag über das weitere Vorgehen in der **Flüchtlingspolitik**. Grundlage ist der von der Unionsfraktion eingebrachte Antrag "Deutschland-Pakt in der **Migrationspolitik** - Irreguläre **Migration** stoppen".

Deutschland und Europa befänden sich in einer der schwersten **Migrationskrisen** seit Jahren, heißt es in dem Unions-Antrag. In den ersten acht Monaten dieses Jahres seien mehr als 200.000 **Asylbewerber** nach Deutschland gekommen. Dies sei "eine Größenordnung von zwei Großstädten, die von Ländern und Kommunen aufzunehmen, zu versorgen und zu integrieren sind".

CDU und CSU stellen in ihrem Antrag zahlreiche Forderungen auf - unter anderem eine Verschärfung der Abschieberegeln, neue Grenzkontrollen und die Beseitigung von Anreizen zur Einwanderung bei Sozialleistungen. Die Unionsfraktion fordert auch, die Liste der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten um Georgien, Moldau, Indien, Tunesien, Marokko und Algerien zu erweitern. Wer bereits in anderen Mitgliedstaaten einen **Asylantrag** gestellt habe oder dessen **Asylantrag** abgelehnt worden sei, solle "bei eigenmächtiger Weiterreise innerhalb der EU an den Binnengrenzen zurückgewiesen werden können", heißt es.

Die Einführung einer "Integrationsgrenze" von 200.000 Migranten, die CSU-Chef Markus Söder gefordert hatte, befindet sich nicht im Antrag der Unionsabgeordneten.

Bundesländer warnen vor Überlastung

Einen Deutschland-Pakt als Bündnis von Regierung und Opposition sowie Bund und Ländern hatte Bundeskanzler Olaf Scholz vorgeschlagen, bislang hat es dazu aber keine weiteren Impulse gegeben. In der Debatte wird sich auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser zu Wort melden.

Die Diskussionen um die Migration nach Europa hatten zuletzt angesichts der wachsenden Zahl von Flüchtlingen wieder zugenommen. Aus immer mehr Bundesländern kommen Warnungen vor einer Überlastung durch steigende

Bundestag berät über Unions-Antrag zu strengerer Migrationspolitik Strengere Abschieberegeln,
Grenzkontrollen und weniger Anreize: Die Union ist unzufrieden mit....

Flüchtlingszahlen. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) sagte am vergangenen Donnerstag, die Kommunen in Thüringen seien "am Limit". Angesichts der Lage kommen aus der Union Rufe nach einer Verschärfung der Asylpolitik nach dänischem Vorbild.

Dänemark wird in der Debatte aktuell häufiger als Modell genannt. Die Regierungschefin Mette Frederiksen fährt eine für sozialdemokratische Verhältnisse äußerst strenge Migrationslinie, bei der Dänemark an der Bevölkerung gemessen weniger Asylbewerber aufnimmt als die meisten anderen EU-Staaten.

Daran übte derweil Faeser Kritik. Auch sie werbe für mehr "Steuerung und Ordnung", sagte Faeser in der ZDF-Sendung maybrit illner. Dänemark allerdings komme "seinen Verpflichtungen in der EU nicht nach". Würde das Land "mehr Geflüchtete im Solidaritäts-Verteilungsmechanismus aufnehmen", bekämen Länder wie Deutschland mehr Entlastung. "So ehrlich muss man sich in dieser Debatte auch machen", sagte Faeser.

Lindholz: Scholz müsse Migration zur Chefsache machen

Die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Andrea Lindholz (CSU), forderte Scholz vor der Debatte auf, das Thema Migration zur Chefsache zu machen. "Die Bundesinnenministerin ist damit erkennbar überfordert, die Außenministerin praktisch untätig", sagte die CSU-Innenexpertin der Rheinischen Post. Die Union strecke dem Bundeskanzler "die Hand aus für die dringend benötigte Asylwende". Scholz müsse das Thema jetzt zur Chefsache machen.

Lindholz sagte, die Bundespolizei brauche "sämtliche Befugnisse zu Zurückweisungen an den deutschen Grenzen". Erforderlich seien lageangepasste Kontrollen an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz "und eine nationale Kraftanstrengung der Bundespolizei und aller Landespolizeien zur Sicherung der Grenzen".

Derweil forderte der Deutsche Städtetag zur Bewältigung der Migration zügig mehr Hilfen des Bundes. Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy sagte der Rheinischen Post: "Bei der Finanzierung brauchen wir endlich ein dauerhaftes System, das sich dynamisch den Flüchtlingszahlen anpasst und uns Planungssicherheit gibt." Dedy ergänzte, das müsse die nächste Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler im November endlich liefern. Es werde "vielerorts immer schwieriger, Geflüchtete angemessen unterzubringen und zu versorgen".

Tobias Schwarz Tobias Schwarz

Load-Date: September 22, 2023

Zahl der Asylanträge in Europa könnte Höchstwert seit 2016 erreichen; In diesem Jahr könnte mehr als eine Million Menschen Asyl in einem EU-Land, der Schweiz oder Norwegen suchen. In Deutschland stieg die Zahl der Anträge um 74 Prozent.

ZEIT-online

Dienstag 10. Oktober 2023 3:11 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flucht und Migration; Ausg. 1

Length: 496 words

Byline: Katharina James;Eva Casper

Body

Die Zahl der **Asylanträge** in den 27 Ländern der Europäischen Union sowie der Schweiz und Norwegen (EU+) wird einem Bericht zufolge im Jahr 2023 voraussichtlich die Millionengrenze überschreiten. Das berichtet die Zeitung Welt unter Berufung auf Daten der EU-**Asylagentur** (EUAA) aus einem vertraulichen Bericht der EU-Kommission. Demnach wurden seit Jahresbeginn bis Anfang Oktober 801.459 **Asylanträge** in der EU+ gestellt. Das sei der höchste Wert im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahreszeiträumen seit 2016, heißt es in dem Bericht weiter.

Die größten Zuwächse bei den Antragszahlen verzeichneten demnach Lettland (plus 168 Prozent) und Estland (plus 119 Prozent). Dies wird mit der starken Zunahme irregulärer Migration aus Belarus erklärt. An dritter Stelle liegt demnach Deutschland mit einem Anstieg der Antragszahlen um 74 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Ähnliche Zahlen für Deutschland hatte am Montag bereits das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) veröffentlicht.

In Frankreich hingegen war der prozentuale Anstieg laut Welt mit 37 Prozent nur halb so hoch wie hierzulande. In Italien seien die Zahlen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 63 Prozent gestiegen, zitiert die Zeitung aus dem EU-Bericht.

In Deutschland wurde laut EUAA fast jeder dritte Asylantrag von einem Syrer (27 Prozent) gestellt, gefolgt von Migranten aus Afghanistan (17 Prozent) und der Türkei (16 Prozent), schrieb die Zeitung.

Sachverständigenrat drängt auf Reformen

Der Vorsitzende des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR), Hans Vorländer, hält Reformen in der Asyl- und Migrationspolitik für dringend geboten. "Ich glaube, dass die Ampelregierung auch in der Migrationspolitik für Veränderungen sorgen muss, damit die Parteien, aus denen sie besteht, im nächsten Jahr nicht völlig unter die Räder kommen", sagte der Vorsitzende des unabhängigen Expertengremiums der Nachrichtenagentur dpa.

Zahl der Asylanträge in Europa könnte Höchstwert seit 2016 erreichen In diesem Jahr könnte mehr als eine Million Menschen Asyl in einem EU-Land, der Schweiz ode....

Eine wichtige Stellschraube, an denen die Regierung von SPD, Grünen und FDP drehen müsse, um Zuwanderung mehr zu kontrollieren, sei die angestrebte Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Diese sieht für einen Teil der Schutzsuchenden Asylprüfungen an den EU-Außengrenzen und auch Rückführungen von dort vor. Der SVR-Vorsitzende warnte: "Wenn die GEAS-Reform vor der Europawahl nicht erreicht wird, dann ist ein weiteres Erstarren von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten in Europa zu erwarten."

Gleichzeitig warnte Vorländer die anderen Parteien davor, falsche Versprechungen zu machen in Bezug auf eine schnelle Reduzierung der Zahl der Schutzsuchenden. "Die kurzfristige Ankündigungspolitik der einfachen Antworten ist Teil des Problems, weil sie Erwartungen weckt, die gar nicht erfüllt werden können."

Cecilia Fabiano Ein Boot der italienischen Küstenwache transportiert Migranten zur Insel Lampedusa. Cecilia Fabiano Ein Boot der italienischen Küstenwache transportiert Migranten zur Insel Lampedusa.

Load-Date: October 10, 2023

End of Document

Zeit für Visionen ohne Paranoia; Das europäische Asylsystem ist ein Irrweg, darüber herrschte Einigkeit auf einer historischen Tagung zum internationalen Flüchtlingsrecht in München. Ein Bericht

ZEIT-online

Freitag 11. August 2023 6:14 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: EU-Asylsystem; Ausg. 1

Length: 2466 words

Byline: Marion Detjen

Body

Werner Schilling

ARCHIV - Die Vietnam-**Flüchtlinge** nach ihrer Ankunft auf dem Flughafen Hannover-Langenhagen (Archivfoto vom 03.12.1978). Vor ihrem Weitertransport in das Grenzdurchgangslager Friedland werden den "Boat People" vom Roten Kreuz Decken und eine erste warme Mahlzeit zur Verfügung gestellt. Der damalige Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) hatten die Fernsehbilder der **Flüchtlinge** auf dem völlig überfüllten Frachter "Hai Hong" so berührt, dass er spontan Hilfe anbot. Am 3. Dezember 1978 landete das erste Transportflugzeug der Bundeswehr mit 163 Menschen, darunter 71 Kinder. Insgesamt fanden 1000 "Boat People" in Niedersachsen eine neue Heimat. Foto: Werner Schilling dpa/Ini (zu Ini KORR "Vor 30 Jahren: Ankunft der ersten "Boat People" aus Vietnam" vom 02.12.2008) +++ dpa-Bildfunk +++

Nach der Migrationsvereinbarung der EU mit Tunesien Mitte vergangenen Monats machte der Migrationshistoriker Frank Wolff auf X (vormals Twitter) eine kleine Umfrage unter Kolleg:innen: "Ernst gemeinte Frage: Kann mir bitte jemand einen oder zwei Migrationsforscher nennen, die den Deal mit Tunesien und/oder #CEAS unterstützen?", schrieb er. CEAS ist das sogenannte Gemeinsame Europäische Asylsystem, ein wucherndes, kaum mehr zu überblickendes Bauwerk von Gesetzgebungen und Institutionen, das seit nun fast 25 Jahren von der EU und ihren Mitgliedsstaaten immer weitergebaut wird, um Migration und Flucht nach Europa zu kontrollieren, oder auch um die Illusion von Kontrolle aufrechtzuerhalten. Die jüngsten Anbauten an dieses Institutionengebäude verdankt man dem New Pact on Migration and Asylum von 2020, dessen Hauptstrategie darin besteht, die Herkunfts- und Transitländer der Flüchtlinge zu "Partnern" der Migrationsbekämpfung zu machen. Die Vorbilder dafür sind die italienisch-libysche Kollaboration und der EU-Pakt mit der Türkei aus dem Jahr 2016.

Den Kolleg:innen Wolffs fiel niemand ein, der diese Politik noch vorbehaltlos unterstützt. Es gibt zwar die regierungsnahen Experten Ruud Koopmans und Gerald Knaus, die beide innigst hoffen, dass die Abkommen mit Drittländern gegen "irreguläre" Migration, ergänzt um eine "Umsteuerung" von der individuellen Gewährung von Asyl hin zu Kontingentlösungen, doch ohne Menschenrechtsverletzungen funktionieren mögen. Aber auch sie können nicht umhin anzuerkennen, dass die sogenannten Partner zwar gerne das europäische Geld nehmen,

Zeit für Visionen ohne Paranoia Das europäische Asylsystem ist ein Irrweg, darüber herrschte Einigkeit auf einer historischen Tagung zum internationalen Flüchtl....

aber dann wenig Skrupel haben, sich der Migrant:innen, die als Arbeitskräfte dort weit weniger gebraucht werden im überalterten und schrumpfenden Europa, durch Verdursten- oder Ertrinkenlassen, Hunger, Folter und Tod zu entledigen, nicht ohne vorher kräftig am Schmugglergeschäft mitzuverdienen. Und weder Koopmans noch Knaus wollen das individuelle Grundrecht auf Asyl ganz abschaffen. Die deutschen Politiker:innen, die die Genfer Flüchtlingskonvention am liebsten auf den Müll schmeißen würden, werden dies vermutlich ohne und gegen die Forschung tun müssen.

Nach einem Vierteljahrhundert des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems werden seine Folgen immer deutlicher sichtbar: Ein Migrationsregime, das als "Sortiermaschine" funktionieren soll, die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen, führt tatsächlich überall, diesseits und jenseits der Grenzen, zu enormer Destabilisierung, zur Aushöhlung und Zerstörung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. In den Herkunfts- und Drittstaaten macht es den Bock zum Gärtner, fördert verbrecherische und korrupte Machthaber, die Europa erpressen, und nährt Widerstand, der sich in antiwestlichen Militärputschs, islamistischen Revolutionen und der Hinwendung zu China und Russland entlädt. In Europa greifen die gewaltsamen Grenzen nach innen aus, wie Frank Wolff und Volker Heins in ihrem Buch *Hinter Mauern* gezeigt haben: Die Menschen gewöhnen sich an die Rechtsverletzungen und die Gewalt, sie stumpfen moralisch, intellektuell und politisch ab. Die Gesellschaften spalten sich, die Politik macht sich erpressbar gegenüber der populistischen Rechten. Das, was eigentlich geschützt werden soll, Wohlstand und Frieden, wird von den Grenzen her gefährdet und beschädigt.

Die Migrationsforschung steht vor der Frage, wie sie darauf reagieren soll. Durch verstärkten Aktivismus, durch noch mehr Politikberatung, während die Politik sich immer weiter von ihr entfernt? Noch ist die Forschung frei, auch wenn die Förderstrukturen und die miserablen Arbeits- und Karrierebedingungen ihr das Leben schwer machen. Forschung sollte also, mehr denn je, vor allem forschen allerdings nicht mehr ohne Selbstreflexion und ohne Überlegungen dazu, wie sie im öffentlichen Diskurs steht und diesen beeinflusst oder eben nicht.

Infobox 10 nach 8

Vor der Sommerpause, Ende Juni, war ich in München auf einer Tagung des Historischen Kollegs zur Geschichte des individuellen Schutzanspruchs, den die Genfer Flüchtlingskonvention gewährt. Der herrlich staubtrockene, sich jeder These enthaltende, völlig ergebnisoffene Titel ist es allein schon wert, der aufgeheizten Politik zur Nachahmung empfohlen zu werden: Internationales Flüchtlingsrecht nach dem Zweiten Weltkrieg: Konzepte, Akteure, Entwicklungslinien. Die Historikerin Annette Weinke und der Völkerrechtler Thomas Kleinlein, beide an der Universität Jena beschäftigt, hatten sich zusammengetan, um in der ehrwürdigen Kaulbach-Villa juristische und historische Forschungen zu dieser Geschichte in ein Gespräch zu bringen. Schon in Weinkes Einführungsvortrag wurde klar, was in der Wissenschaft eigentlich auch nicht mehr strittig ist: Wie sehr die Wissenschaft selbst an der Hervorbringung der ganzen Probleme, die sie analysiert, beteiligt gewesen ist. Der technokratische Glaube an die Planbarkeit und Kontrollierbarkeit von Flucht- und Migrationsbewegungen, der die migrationspolitischen Wahnideen mit ihrer ausgesprochenen oder unausgesprochenen Angst vor dem sogenannten großen Bevölkerungsaustausch antreibt, ist wissenschaftlichen Ursprungs.

Selbst jemand wie der große Gelehrte Eugene M. Kulischer (1881 bis 1956), mehrfacher Flüchtling und Autor des Buchs *Europe on the Move* (1948), der gegenüber den nach dem Ersten Weltkrieg erzwungenen Bevölkerungstransfers zur Lösung von Minderheitenproblemen skeptischer war als seine Zeitgenossen, dachte über Massenfluchtbewegungen nach, als wären es Ströme, die man kanalisieren kann, oder kommunizierende Röhren ohne die politischen Verhältnisse, die Menschen erst in die Flucht treiben, zu berücksichtigen. Diese entpolitisierte, vor allem in Kategorien von Demografie und Völkerwanderung denkende Tradition in der Migrationsforschung fällt uns heute auf die Füße, wo sowohl die Kontrolle als auch der Kontrollverlust sich als Chimären erweisen und wir neue Visionen brauchen.

Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 ist einerseits ein Kind dieser Tradition. Man stellte sich damals vor, dass sie für die im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg noch entwurzelten Menschen in Europa eine "dauerhafte Lösung" bringen würde, vor allem für die Flüchtlinge aus dem Machtbereich der Sowjetunion, nachdem das mit den freiwilligen Kontingenten, auf die konservative Politik auch heute wieder setzen möchte,

Zeit für Visionen ohne Paranoia Das europäische Asylsystem ist ein Irrweg, darüber herrschte Einigkeit auf einer historischen Tagung zum internationalen Flüchtl....

noch nie richtig geklappt hatte. Wären diese sogenannten Displaced Persons erst versorgt, dann würde sich auch das Problem erledigen, so dachte man noch bis Ende der Sechzigerjahre, und das sollte nach dem Willen der USA in Europa geschehen. Fluchtbewegungen erschienen als ein temporäres Phänomen. Die Genfer Flüchtlingskonvention sollte "Aufräumarbeit" leisten (so der Historiker Jakob Schönhagen), und außerhalb Europas galt sie sowieso nicht. Auf die Millionen von Flüchtlingen nach der Teilung Indiens zum Beispiel reagierte die Staatengemeinschaft nur mit ein paar Milchstationen des Roten Kreuzes. Für die palästinensischen Flüchtlinge ist immerhin die UNRWA geschaffen worden.

Andererseits war die Konvention bei aller Unvollkommenheit doch eine riesige Errungenschaft, eine ganz außergewöhnliche Neuerung. Dass überhaupt ein zusammenhängendes System der Flüchtlingshilfe geschaffen werden konnte, mit einem multilateralen Vertrag und einer ständig wachsenden Zahl von Unterzeichnerstaaten, die sich gegenseitig garantierten, Schutzsuchenden individuelle Rechte zu gewähren, hätte sich in den Dreißigerjahren niemand träumen lassen. Zwar gingen die meisten Staaten nicht so weit, so wie die Bundesrepublik in ihrer Verfassung ein Recht auf Asyl zu verankern. Aber sie verpflichteten sich, Schutzsuchende zumindest anzuhören und sie nicht zurückzujagen. So haben sie die Möglichkeit geschaffen, sich Zugang zu Asyl spontan und individuell zu organisieren. Die Konvention verhindert, dass die Staaten sich beim Aushandeln von Quoten gegenseitig lahmlegen, wie es bei der gescheiterten Flüchtlingskonferenz von Evian 1938 der Fall gewesen war. Daran sollten sich Politiker:innen heute erinnern, wenn sie leichtfertig die Konvention und den individuellen Flüchtlingsschutz zur Disposition stellen. Denn die Staaten verabschiedeten sie ja nicht aus überbordender Menschenliebe, und auch nicht als Lehre aus dem Holocaust, sondern weil sie vor Augen hatten, dass Diktatoren von Hitler bis Lukaschenko notleidende Flüchtlinge als Erpressungsmaterial benutzen und damit Kriege auslösen konnten.

Erst mit dem Zusatzprotokoll von 1967 ist die zeitliche und geografische Begrenzung der Genfer Flüchtlingskonvention auf Europa und auf die Folgen des Zweiten Weltkriegs aufgehoben worden. Es ist ein Bewusstsein für ein strukturelles "Weltflüchtlingsproblem" entstanden, um das sich die Staatengemeinschaft dauerhaft kümmern muss. Mehrere Vorträge vor allem die von Jakob Schönhagen und Fabian Klose machten klar, wie wichtig der Algerienkrieg von 1954 bis 1962 und die Dekolonisierung für die Ausweitung der internationalen Flüchtlingshilfe war, und dass man ohne den Kolonialismus und den dazugehörigen Rassismus eigentlich gar nichts versteht. Die Algerier waren von Staatsangehörigkeit her Franzosen und sollten mit rücksichtsloser Zwangsmodernisierung von ihrer vermeintlichen Rückständigkeit und Unbotmäßigkeit geheilt werden.

Die französische Strategie gegen den Kampf der Nationalen Befreiungsfront (FLN) bestand darin, große Teile der Landbevölkerung angeblich zu ihrem eigenen Wohl zu vertreiben und unter elendsten Bedingungen zu internieren, um dann Verbotszonen zu schaffen und alle standrechtlich zu erschießen, die noch in diesen Gebieten aufgefunden wurden. Die Flüchtlinge, die sich nach Marokko, Tunesien oder auch Deutschland retten wollten, wurden wie Terroristen behandelt. 1958 bombardierte Frankreich in einem tunesischen Grenzort Flüchtlinge und Rotkreuz-Lkw. Mit der Anerkennung des Flüchtlingseleids als humanitäre Katastrophe, sagte der Historiker Fabian Klose, konnte immerhin die französische Kolonialmacht delegitimiert werden.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) betätigte sich nun auch in großem Stil für die Algerier:innen. Der UNHCR wurde von einem schlecht ausgestatteten Rechtsbüro in eine riesige Hilfsorganisation umgewandelt, die sich nun verstärkt auch um die Flüchtlingspopulationen in den Lagern weltweit kümmerte, die gar keinen Zugang zum Status des sogenannten Konventionsflüchtlings hatten. Erst, als die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), der Zusammenschluss fast aller afrikanischer Staaten während und nach der Dekolonisierung, schließlich drohte, ein eigenes Rechtswerk für Schutzsuchende zu gründen, gaben die westlichen Staaten ihren Widerstand gegen eine Ausweitung der Genfer Flüchtlingskonvention auf: Sie bequerten sich zu der Reform, die dann in das Zusatzprotokoll 1967 mündete.

Niemand auf der Tagung widersprach der Rechtswissenschaftlerin Dana Schmalz und Fabian Klose, dass Migrations- und Fluchtforschung auf die Analysekategorie Rassismus angewiesen ist. Formal erscheint das internationale Flüchtlingsrecht universell, aber wie es sich ausbildet, wie es weiterentwickelt und vor allem wie es

Zeit für Visionen ohne Paranoia Das europäische Asylsystem ist ein Irrweg, darüber herrschte Einigkeit auf einer historischen Tagung zum internationalen Flüchtl....

angewandt wird, all das war und ist zutiefst von Rassismus geprägt. Als die unter den Verheerungen des Kolonialismus, den korruptierten Regimen und den gescheiterten Zwangsmodernisierungen leidenden Menschen aus dem Globalen Süden seit den Achtzigerjahren tatsächlich in größerer Zahl in Richtung Norden aufbrachen, war die Bundesrepublik Deutschland ganz vorn mit dabei, Maßnahmen einzuführen, um unerwünschten Flüchtlingen den Zugang zu Asyl zu erschweren und zu verunmöglichen. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem ist eine Frucht dieses Rassismus.

Trotzdem kann eine Forschung, die verstehen und nicht polemisieren will, die mühsam geschaffenen Institutionen des Flüchtlingsschutzes als einen "Möglichkeitsraum" (Historiker Jannis Panagiotidis) begreifen, in dem wir politisch an humaneren, weniger paranoiden Lösungen arbeiten müssen. Wie widersprüchlich und unvorhergesehen die Dinge oft laufen, und eben manchmal auch zugunsten von Schutzsuchenden, wurde in dem Vortrag von Alma Stankovic klar die in den Neunzigerjahren selbst ein bosnischer Flüchtling war, dann als Anwältin in den USA arbeitete und heute zum internationalen Flüchtlingsrecht forscht. Die Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien wurden zwar nicht als politisch verfolgt anerkannt, aber ihre Aufnahme als Kontingentflüchtlinge und mit den Mitteln des nationalen Aufenthaltsrechts führte letztlich zu einer Ausweitung des Flüchtlingsbegriffs durch die Hintertür. Heute ist es keine Frage mehr, dass Kriegsflüchtlinge echte Flüchtlinge sind, auch wenn sie nur *subsidiary protection* (subsidiären Schutz) kriegen.

Insgesamt hatten die Forscher:innen auf der Tagung wenig Hoffnung, dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem auf den Pfad der Vernunft findet. Das europäische Grenzregime ist, wie alle gewaltsamen Grenzregime, dysfunktional, wahnsinnig teuer, ungerecht, tödlich und ohne irgendeine Vision, wie es weitergehen könnte. Aber wenig Hoffnung heißt eben nicht: keine Hoffnung. Der Historiker Emmanuel Comte deutete an, in welche Richtung es gehen könnte: Einige Länder könnten sich zusammentun, einen gemeinsamen Asytraum schaffen, die Flüchtlingsbürokratie vereinheitlichen, auf Quoten und Zwangsverteilungen verzichten und darauf vertrauen, dass die Flüchtlinge schon dorthin gehen werden, wo sie Lebensmöglichkeiten und eine Zukunft für sich sehen. Comte arbeitet unter anderem für einen Thinktank, die Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP) in Athen. Vielleicht hört ihm ja doch jemand in der Politik zu.

Load-Date: August 11, 2023

Länder verlangen in Asyldebatte flexibles Finanzierungssystem; Vor dem Migrationsgipfel im Kanzleramt erneuern die Länder ihre Forderung nach weniger Migration. Die Landkreise wollen eine Arbeitspflicht für Migranten.

ZEIT-online

Freitag 13. Oktober 2023 10:42 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migrationsgipfel; Ausg. 1

Length: 676 words

Byline: Isabelle Daniel

Body

Bundesländer und Landkreise haben vor dem **Migrationsgipfel** im Kanzleramt am Abend ihre Forderungen nach einer Eindämmung der **Migration** nach Deutschland bekräftigt. "Das Wichtigste ist, dass Maßnahmen ergriffen werden, dass weniger Menschen kommen und dass wir es schaffen, dass diejenigen, die abgelehnt werden, dann auch wirklich zurückgehen müssen", sagte Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) im ARD-Morgenmagazin.

Laut Rhein wird es bei dem Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auch um Geld gehen. Die Länder wünschten sich ein "atmendes System" bei der Finanzierung der Unterbringung von Migranten. "Das heißt also, wenn mehr Flüchtlinge kommen, müssen die Länder auch mehr Geld bekommen und wenn weniger kommen, dann gibt's eben weniger Geld", sagte Rhein. Als Hauptproblem sehe er, "dass wir eine Situation haben, dass im Augenblick in der Welt der Eindruck entsteht, dass es in Deutschland eine grenzenlose Offenheit gibt". Ein Anreiz für die Migration nach Deutschland sei aus seiner Sicht zum Beispiel das Auszahlen von Bargeld. Als mögliche Alternative sehe er eine deutschlandweite Bezahlkarte, sagte der CDU-Politiker.

Lindner will Zugang zum Gesundheitssystem prüfen

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) macht eine höhere Kostenbeteiligung des Bundes an der Flüchtlingsfinanzierung von Reformen zur Eindämmung der Asylbewerberzahlen abhängig. Die Bundesregierung habe in den vergangenen Monaten "die notwendige Asylwende eingeleitet", sagte Lindner der Rheinischen Post. Es gehe nicht zuerst darum, Migration zu finanzieren, sondern illegale Zuwanderung zu reduzieren. Die Diskussion über die finanzielle Lastenverteilung dürfe nicht von diesem Ziel ablenken. Lindner sprach sich ebenfalls dafür aus, "Anreize unseres Sozialsystems zu reduzieren". So müssten die Höhe der Leistungen im Asylbewerberleistungsgesetz und der Zugang zum Gesundheitssystem hinterfragt werden.

Scholz empfängt am Abend Rhein und Niedersachsens Regierungschef Stephan Weil (SPD) als Vertreter der Bundesländer sowie Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) im Kanzleramt. Nicht bei dem Treffen dabei sind die Vertreter der Landkreise, was deren Vertreter Reinhard Sager heftig kritisierte. "Wir tragen die Hauptlast und sitzen

Länder verlangen in Asyldebatte flexibles Finanzierungssystem Vor dem Migrationsgipfel im Kanzleramt
erneuern die Länder ihre Forderung nach weniger Migration.

nicht am Tisch. Wir brauchen dringend die Unterstützung der 16 Ministerpräsidenten", sagte der Präsident des Deutschen Landkreistags der Bild-Zeitung. Sager forderte zudem eine Arbeitspflicht für Migranten in Deutschland. "Wer gesund ist und nicht gehandicapt ist, muss arbeiten." Dabei sei es aus seiner Sicht egal, ob es sich beispielsweise um gemeinnützige Arbeit oder eine Arbeit in der Gastronomie handele.

Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) verteidigte derweil die bereits von der Koalition vorgelegten Pläne für schnellere Abschiebungen sowie einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende. Vorwürfe, die Pläne zur schnelleren Integration in den Arbeitsmarkt für Asylsuchende stellten einen Anreiz für illegale Zuwanderung dar, wies Habeck dabei zurück. Eine schnellere Integration in den Arbeitsmarkt sei von Vorteil für alle Beteiligten. "Die Leute sollen selber ihr Geld verdienen."

Straftäter sollen schneller abgeschoben werden

Als wesentliches Hindernis schneller Abschiebungen nannte Habeck die Weigerung vieler Herkunftsländer, Staatsbürger zurückzunehmen. Dies lasse sich nur durch Abkommen lösen, sagte der Grünenpolitiker. "Gleichzeitig sollten wir Lücken, die eine Rückführung verhindern, auch schließen."

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte das sogenannte Rückführungspaket am Mittwoch vorgestellt. Der Gesetzentwurf sieht Maßnahmen für eine schnellere Abschiebung von Straftätern sowie Geflüchteten ohne Bleiberecht vor. Parallel einigten sich die Parteien der Ampelkoalition darauf, Asylsuchenden schneller die Aufnahme einer Arbeit zu ermöglichen.

Kai Pfaffenbach Geflüchtete vor der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen, am 11. Oktober. Kai Pfaffenbach
Geflüchtete vor der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen, am 11. Oktober.

Load-Date: October 13, 2023

Orbán will Geflüchtete außerhalb der EU auf Asylzusage warten lassen; Der EU-Asylkompromiss würde vor allem den Schleusern helfen, sagt Ungarns Regierungschef. Sein Land werde sich nicht an der Verteilung von Flüchtlingen beteiligen.

ZEIT-online

Mittwoch 28. Juni 2023 12:54 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Ungarn; Ausg. 1

Length: 496 words

Byline: Tobias Dorfer

Body

Attila Kisbenedek

Viktor Orbán kritisiert in einem Interview den EU-**Asylkompromiss**.

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán hat vorgeschlagen, dass **Flüchtlinge** außerhalb des EU-Gebietes auf den Abschluss ihrer **Asylverfahren** warten sollen. "Leider sind wir Europäer nicht in der Lage, das zu regeln", sagte Orbán in einem Interview mit *Bild*, *Welt* und *Politico*. Grund seien unterschiedliche politische Vorstellungen: So stehe Deutschland der **Migration** positiv gegenüber, während Ungarn das für zu riskant halte.

Der Ministerpräsident bekräftigte, dass sein Land sich an der Verteilung von Flüchtlingen in der EU nicht beteiligen und auch keine Ausgleichszahlungen leisten werde. Schon jetzt gebe sein Land mehr als zwei Milliarden Euro aus, um den Schengenraum vor illegalen Einwanderern zu schützen. Dafür habe das Land "keinen einzigen Cent aus Brüssel" bekommen.

Orbán sagte in dem Gespräch außerdem, im Unterschied zu Deutschland unterscheide Ungarn klar zwischen Gastarbeitern und Migranten. Sein Land wolle keine "Gemeinschaften haben, die unsere wichtigsten europäischen Werte nicht respektieren". Dazu gehörten die Gleichberechtigung, keine Homophobie und kein Antisemitismus.

Der konservative Politiker regiert Ungarn seit 2010. Seine Kritiker werfen Orbán den Abbau der Demokratie im Land sowie die Missachtung der Medienfreiheit vor. Zuletzt versuchte die Regierung unter anderem, ein sogenanntes Whistleblower-Gesetz durchzusetzen. Es macht unter anderem anonyme Anzeigen gegen homosexuelle Paare möglich, die gemeinsam Kinder großziehen. Präsidentin Katalin Novák hatte dagegen im April überraschend ihr Veto eingelegt. Im Juli 2024 soll Ungarn für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen.

Orbán lehnt Asylkompromiss ab

Orbán will Geflüchtete außerhalb der EU auf Asylzusage warten lassen Der EU-Asylkompromiss würde vor allem den Schleusern helfen, sagt Ungarns Regierungschef. S....

Den von den EU-Innenministern Anfang Juni ausgehandelten Asylkompromiss lehnte Orbán erneut ab. Wenn die EU sage, dass sie Migranten künftig in der EU verteilen werde, sei das eine Botschaft an die Schleuser, dass sie ihr Geschäft weiterbetreiben könnten, sagte der Ministerpräsident.

Vorgesehen sind in dem EU-Asylkompromiss zahlreiche Verschärfungen, um irreguläre Migration zu begrenzen insbesondere aus Ländern, die als relativ sicher gelten. Asylanträge von Migranten, die aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 20 Prozent stammen, sollen bereits an den EU-Außengrenzen innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden. In dieser Zeit will man die Schutzsuchenden verpflichten, in streng kontrollierten Aufnahmeeinrichtungen zu bleiben. Wer keine Chance auf Asyl hat, soll umgehend zurückgeschickt werden. Denkbar ist, dass das EU-Parlament noch Änderungen durchsetzt.

Katastrophen wie der Untergang eines Schiffes mit Hunderten Flüchtlingen vor Griechenland können laut Orbán nur verhindert werden, indem man allen Flüchtlingen klarmache: "Ihr könnt das Gebiet der Europäischen Union nicht betreten, ohne dass über euren Antrag entschieden wurde."

Load-Date: June 28, 2023

End of Document

Thorsten Frei fordert "Paradigmenwechsel" in der Migrationspolitik; Beim Thema Migration sei Deutschland in Europa "im Grunde genommen der Geisterfahrer", sagt CDU-Politiker Thorsten Frei. Er fordert weniger Anreize für Migranten.

ZEIT-online

Montag 18. September 2023 12:10 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asyl; Ausg. 1

Length: 739 words

Byline: Johannes Süßmann

Body

Der Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei, hat sich für einen "Paradigmenwechsel in der **Migrationspolitik**" ausgesprochen. Derzeit würden die Menschen förmlich über das Mittelmeer gelockt, "weil wir ihnen sagen, dass, wenn sie es auf europäischen Boden geschafft haben, dass sie dann im Grunde genommen auch hierbleiben können", sagte der CDU-Politiker in der Sendung Frühstart von RTL und n-tv.

Es gehe darum, die Fluchtursachen zu bekämpfen und dafür zu sorgen, "dass nicht jeden Tag 4.000, 5.000 Menschen in Lampedusa ankommen", sagte Frei. In Deutschland gebe es jedoch "eine ganze Reihe von Punkten", die dazu führten, dass Menschen den gefährlichen Weg über das Mittelmeer "nach Europa und hauptsächlich Deutschland" auf sich nähmen, führte Frei aus.

Als Beispiel nannte der CDU-Politiker den sogenannten Spurwechsel, den das im Juli verabschiedete Fachkräfteeinwanderungsgesetz der Bundesregierung ermöglicht. Demnach können Menschen, die sich in einem Asylverfahren befinden und vor dem 29. März 2023 eingereist sind, in den regulären Arbeitsmarkt wechseln und eine qualifizierte Tätigkeit aufnehmen.

"Im Grunde genommen der Geisterfahrer"

Deutschland betreibe hier eine Migrationspolitik wie kein anderes Land in der Europäischen Union und sei deswegen "im Grunde genommen der Geisterfahrer", sagte Frei. "Ich bin der Auffassung, dass man klar trennen muss zwischen der Fachkräftemigration auf der einen Seite, die wir dringend benötigen, und der humanitären Migration andererseits", fügte er hinzu. Wer dies vermische, verliere jegliche Kontrolle über das Migrationsgeschehen - "und das erleben wir derzeit in Deutschland und in Europa", sagte er.

"Ich plädiere dafür, dass wir auch in Zukunft unserer humanitären Verantwortung nachkommen und aus humanitären Gründen Menschen in Deutschland aufnehmen", sagte Frei. Man müsse jedoch unterscheiden zwischen denjenigen, "die aus unmittelbaren Krisenländern, Nachbarländern der Europäischen Union kommen"

Thorsten Frei fordert "Paradigmenwechsel" in der Migrationspolitik Beim Thema Migration sei Deutschland in Europa "im Grunde genommen der Geisterfahrer", sagt C....

und dann "natürlich" Schutz brauchten, weil die EU-Staaten die nächsten sicheren Länder seien. "Die Allermeisten kommen aber über sichere Länder zu uns und sind deswegen Migranten und streng genommen keine Menschen mehr, die unmittelbar auf der Flucht sind", sagte Frei.

Um diese Trennung zu bewerkstelligen, gibt es nach Freis Auffassung zwei Wege. Zum einen müsse das Asylrecht durch eine Kontingentlösung ersetzt werden, zum anderen sollten Asylverfahren in sicheren Drittstaaten an den EU-Außengrenzen durchgeführt werden. So könne man zugleich gewährleisten, dass tatsächlich die Schutzbedürftigsten Schutz bekämen, sagte Frei: "Derzeit ist es so, dass sie Stärksten, die Gesundesten und diejenigen, die kriminelle Schlepper bezahlen können, nach Europa kommen."

Auch EU-Innenminister wollen Verfahren in Drittstaaten

Die Innenministerinnen der EU-Mitgliedsstaaten hatten sich Anfang Juni auf eine weitreichende Asylreform verständigt. Demnach sollen beispielsweise Asylanträge von Migranten aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 20 Prozent in Zukunft bereits an den EU-Außengrenzen innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden. In dieser Zeit sollen die Schutzsuchenden verpflichtet werden, in streng kontrollierten Aufnahmeeinrichtungen zu bleiben. Wer keine Chance auf Asyl hat, soll umgehend zurückgeschickt werden.

Ob die Reform noch vor der Europawahl 2024 in Kraft treten kann, ist allerdings offen. Nach der Einigung der Ministerinnen und Minister haben die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament begonnen. Wann sie enden und mit welchem Ergebnis, ist noch offen.

Faeser weist CSU-Vorstoß zu Flüchtlingsobergrenze zurück

In Deutschland sorgen die seit Monaten hohen Zuwanderungszahlen seit Längerem für Debatten. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU), der sich in der Hochphase des Landtagswahlkampfes befindet, hatte erst am Wochenende eine neuerliche Obergrenze des Bundes von 200.000 Flüchtlingsaufnahmen pro Jahr gefordert. Unterstützung bekam er von CDU-Chef Friedrich Merz.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) wies den Vorstoß umgehend zurück und verwies darauf, dass das Problem nur auf europäischer Ebene gelöst werden könne. Die Vorsitzenden der Unionsparteien erweckten den falschen Eindruck, dass "Deutschland das allein steuern könnte mit Obergrenzen", sagte Faeser.

Gregor Bauernfeind CDU-Politiker Thorsten Frei im Bundestag Gregor Bauernfeind CDU-Politiker Thorsten Frei im Bundestag

Load-Date: September 18, 2023

Deutschland hat laut Wagenknecht "keinen Platz mehr" für Migranten; Aus Sicht der ehemaligen Linkenpolitikerin Sahra Wagenknecht gibt es in Deutschland zu viele Geflüchtete. Bund und Länder unterschätzten den "Ernst der Lage".

ZEIT-online

Montag 6. November 2023 6:40 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationsgipfel; Ausg. 1

Length: 307 words

Byline: Anja Keinath

Body

Die frühere Linkenpolitikerin Sahra Wagenknecht hat gefordert, **Migration** in Deutschland zu begrenzen und Leistungen für **Asylsuchende** zu kürzen. "Bundeskanzler und Ministerpräsidenten verkennen offenbar noch immer den Ernst der Lage", sagte Wagenknecht in Berlin. "Nur **Flüchtlinge** und Finanzlasten besser verteilen zu wollen, reicht nicht. Die Zahlen sind viel zu hoch."

Zuvor verhandelten die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Bundesländer über die Finanzierung der Kosten für Geflüchtete und eine Verringerung der Zahl von Asylsuchenden. Vor dem geplanten Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) haben sie sich auf einen Forderungskatalog zur Migrationspolitik geeinigt.

Wagenknecht will sich an Dänemark orientieren

Mit Blick darauf sagte Wagenknecht: "Heute hätte die Botschaft in die Welt lauten müssen: Deutschland ist überfordert, Deutschland hat keinen Platz mehr, Deutschland ist nicht länger bereit, Destination Nummer eins zu sein."

Dänemark zeige, "wie man die Kontrolle zurückgewinnen kann". Die dänischen Sozialdemokraten hatten dort die Asylpolitik verschärft. Schleuser müssten "knallhart" bestraft werden, forderte die Politikerin zudem. Wagenknechts Position in der Migrationspolitik war ein Grund für das Zerwürfnis mit ihrer früheren Partei. Nach ihrem Austritt aus der Linken bereitet Wagenknecht derzeit die Gründung einer eigenen Partei vor.

Mit der geplanten neuen Partei sollen auch Wählerinnen und Wähler der AfD erreicht werden. "Natürlich gibt es ganz viele Menschen, die wählen die AfD, nicht weil sie rechts sind, sondern weil sie wütend sind, weil sie verzweifelt sind", sagte die Wagenknecht kürzlich im ZDF-heute journal.

Bernd Elmenthaler Sahra Wagenknecht, aufgenommen im Oktober in Berlin Bernd Elmenthaler Sahra Wagenknecht, aufgenommen im Oktober in Berlin

Deutschland hat laut Wagenknecht "keinen Platz mehr" für Migranten Aus Sicht der ehemaligen Linkenpolitikerin Sahra Wagenknecht gibt es in Deutschland zu viele

Load-Date: November 6, 2023

End of Document

Kabinett soll Arbeitserleichterungen für Asylbewerber beschließen; Das Kabinett will heute Regeln beschließen, die Asylbewerbern einen schnelleren Zugang zu Arbeit ermöglichen sollen. Die Quote sei "viel zu niedrig", sagte Bodo Ramelow.

ZEIT-online

Mittwoch 1. November 2023 4:48 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Migration nach Deutschland; Ausg. 1

Length: 539 words

Byline: Alena Kammer

Body

Wenige Tage vor dem Bund-Länder-Spitzenreffen zur **Migration** will die Bundesregierung neue Regelungen auf den Weg bringen, die **Asylbewerbern** einen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern sollen. Ein Vorschlag von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zielt dabei auf teilweise verkürzte Fristen für die Beschäftigungsaufnahme. Zudem geht es um verschärfte Strafen für Schleuser und eine bessere Datenübermittlung der Ausländerbehörden.

Konkret geht es laut dem Entwurf, der der Nachrichtenagentur Reuters vorliegt, um drei Änderungen. Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen sollen künftig bereits nach sechs statt neun Monaten arbeiten dürfen. Die zweite Änderung betrifft die Duldung, die abgelehnte Asylbewerber im Fall von Beschäftigung oder Ausbildung erhalten können: Davon sollen Ausländer profitieren können, die bis zum 31. Dezember 2022 nach Deutschland gekommen sind. Bisher war der Stichtag der 31. August 2018. Drittens sollen Ausländerbehörden ihre Zustimmung zur Beschäftigung von geduldeten Ausländern künftig im Regelfall erteilen. Bisher ist dies nur eine Kann-Regelung, die im Ermessen der Behörde liegt.

"Wir sollten Flüchtlingen ein Recht auf Arbeit geben"

Die Quote der in Arbeit vermittelten Migranten sei "viel zu gering", sagte Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. "Wir sollten Flüchtlingen ein Recht auf Arbeit geben, statt sie an der Arbeit zu hindern", sagte er. Dies würde nach seiner Einschätzung helfen, "dass der Hass in der Gesellschaft auf Flüchtlinge nicht mehr bedient werden kann".

Mit Blick auf Flüchtlinge aus der Ukraine sagte Ramelow, nur 20 Prozent von ihnen arbeiteten, was bedeute, dass die Kommunen die Kosten für die Krankenversicherung der anderen 80 Prozent tragen müssten. Deshalb müsse es entweder mehr Unterstützung für die Kommunen geben - "oder wir müssen die Quote derer, die in Arbeit gehen, deutlich erhöhen, damit das Ziel der Integration in die Gesellschaft erreicht wird".

Kabinett soll Arbeitserleichterungen für Asylbewerber beschließen Das Kabinett will heute Regeln beschließen, die Asylbewerbern einen schnelleren Zugang zu Arbe....

Weiterentwicklung des Völkerstrafrechts

Angesichts der aktuellen Forderungen aus Union und FDP nach Leistungskürzungen warnte Ramelow davor, auf Abschreckung von Flüchtlingen zu setzen. "Wir wollten uns nicht überbieten mit angekündigten Verschlechterungen in der Hoffnung, dass Menschen sich dadurch von der Flucht abhalten lassen", sagte er. Das werde nicht funktionieren. "Sondern wir müssen mit den Ländern um Europa herum ein Netzwerk von Verbindlichkeiten bilden, damit wir einen gemeinsamen Weg gehen."

Ein Problem bei der Flüchtlingspolitik sei die Bürokratie. "Es muss um die Beschleunigung sämtlicher Verfahren gehen", sagte Ramelow. Deutschland sei viel zu sehr mit der Verwaltung der Geflüchteten beschäftigt.

Darüber hinaus befindet das Kabinett voraussichtlich über einen Gesetzentwurf von Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) zur Weiterentwicklung des Völkerstrafrechts. Dadurch sollen insbesondere Opferrechte gestärkt und Strafbarkeitslücken geschlossen werden.

Carsten Koall Geflüchtete in Deutschland dürfen erst nach neun Monaten arbeiten. Das soll sich künftig auf sechs Monate verkürzen. Carsten Koall Geflüchtete in Deutschland dürfen erst nach neun Monaten arbeiten. Das soll sich künftig auf sechs Monate verkürzen.

Load-Date: November 1, 2023

Jens Spahn will irreguläre Migration notfalls mit Gewalt aufhalten; Der Schlüssel sei nicht die Rückführung, "sondern die Begrenzung irregulärer Migration", sagte Jens Spahn. Pro Asyl warnt vor einer Brutalisierung der Abschiebungen.

ZEIT-online

Dienstag 24. Oktober 2023 5:28 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationspolitik; Ausg. 1

Length: 557 words

Byline: Alena Kammer

Body

Der CDU-Politiker Jens Spahn hat die Äußerungen von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zur **Migrationspolitik** kritisiert und sich dafür ausgesprochen, "irreguläre **Migrationsbewegungen**" gegebenenfalls "mit physischer Gewalt" aufzuhalten. "Der entscheidende Schlüssel ist nicht die Rückführung, sondern die Begrenzung irregulärer **Migration**", sagte Spahn dem Nachrichtenportal The Pioneer.

Scholz hatte am Wochenende in einem Interview mit dem Spiegel gesagt, es müssten jetzt im großen Stil diejenigen abgeschoben werden, "die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben". Wer keine Bleibeperspektive in Deutschland habe, "weil er sich nicht auf Schutzgründe berufen kann, muss zurückgehen", sagte Scholz und ergänzte: "Wir müssen mehr und schneller abschieben."

Dieser Fokus ist aus Sicht Spahns unzureichend und unvollständig. In erster Linie müsse die Begrenzung illegaler Migration an den EU-Außengrenzen zentraler Bestandteil einer Migrationsstrategie sein und nicht das Abschieben. Demnach geht Spahn davon aus, dass die EU-Außengrenzen irgendwann geschlossen werden. "Die Grenze wird früher oder später geschlossen. Ob in fünf oder in 15 Jahren, kann ich Ihnen nicht sagen. Aber es wird passieren."

Pro Asyl warnt vor einer Brutalisierung der Abschiebungen

Die Flüchtlingsschutzorganisation Pro Asyl kritisierte derweil den Nutzen des Gesetzespakets für effektivere Abschiebungen von Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Pro Asyl stehe dem Gesetz sehr kritisch gegenüber, sagte der Leiter der Europaabteilung der Organisation, Karl Kopp, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. "Denn wir befürchten eine Brutalisierung der Abschiebungen. Und eine Entlastung der Kommunen wird es nicht geben. Diese Form von Aktionismus bedient eher einen ressentimentgeladenen Diskurs."

Faeser hatte zuvor angekündigt, sie werde ein "umfassendes Gesetzespaket für mehr und schnellere Rückführungen" am Mittwoch ins Kabinett einbringen. Die Pläne hatte die SPD-Politikerin bereits Mitte Oktober

Jens Spahn will irreguläre Migration notfalls mit Gewalt aufhalten. Der Schlüssel sei nicht die Rückführung, "sondern die Begrenzung irregulärer Migration", sagt....

vorgestellt. Laut dem damaligen Entwurf, der sich zu diesem Zeitpunkt noch in der Abstimmung innerhalb der Regierung befand, soll die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams von 10 auf 28 Tage verlängert werden. Damit erhielten die Behörden mehr Zeit, eine Abschiebung vorzubereiten. Erleichtert werden soll zudem etwa die Ausweisung von Schleusern.

Pro Asyl kritisierte zudem die kurze Frist für Stellungnahmen zu dem Gesetzentwurf. "Die Verbände hatten nur 48 Stunden Zeit für eine Stellungnahme", sagte Kopp dem RND. "Das ist bei so einem komplexen Gesetz ein Unding."

DESIREE MARTIN More than 150 migrants sit on the pier after arriving aboard two boats at the port of Los Cristianos, in Tenerife, on October 23, 2023. More than 1,400 African migrants have reached Spain's Canary Islands this weekend, with one vessel bringing a single-boat record of 321 people, authorities said yesterday. (Photo by DESIREE MARTIN / AFP) (Photo by DESIREE MARTIN/AFP via Getty Images) DESIREE MARTIN More than 150 migrants sit on the pier after arriving aboard two boats at the port of Los Cristianos, in Tenerife, on October 23, 2023. More than 1,400 African migrants have reached Spain's Canary Islands this weekend, with one vessel bringing a single-boat record of 321 people, authorities said yesterday. (Photo by DESIREE MARTIN / AFP) (Photo by DESIREE MARTIN/AFP via Getty Images)

Load-Date: October 24, 2023

**Kommt jetzt ein neuer Asylkompromiss?; Grundsätzlich finden alle Parteien:
Beim Thema Migration muss sich etwas ändern. Doch der Spielraum für eine
Einigung zwischen Regierung und Opposition ist eng begrenzt.**

ZEIT-online

Montag 25. September 2023 7:08 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 2531 words

Byline: Lisa Caspari; Katharina Schuler

Body

Das Jahr 1993 ist gerade hoch im Kurs in der deutschen Politik. "Wir brauchen eine Wende in der **Migrationspolitik** wie den **Asylkompromiss** Anfang der 1990er Jahre", forderte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) am Wochenende. Angesichts der hohen **Flüchtlingszahlen**, Hilferufe aus den Kommunen und steigenden Umfragewerte für die AfD vor den beiden wichtigen Landtagswahlen in Bayern und Hessen wächst in den demokratischen Parteien offenbar das Bedürfnis, eine parteiübergreifende Botschaft auszustrahlen: Wir haben verstanden.

Und das gilt selbst für die Grünen. "Wenn wir nicht wollen, dass der Rechtspopulismus dieses Thema ausbeutet, dann sind alle demokratischen Parteien verpflichtet, bei der Suche nach Lösungen zu helfen", sagte Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) und er betonte, wohl nicht zuletzt an seine eigene Partei gewandt: Das könne auch bedeuten, "moralisch schwierige Entscheidungen" zu treffen. "Es ist wichtig, sich unter Demokraten auszutauschen, um die Kommunen zu entlasten", findet auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD).

Die Union, größte Oppositionspartei im Bundestag, wirbt schon seit Tagen für einen "Deutschland-Pakt in der **Migrationspolitik**" und brachte vergangene Woche einen Antrag mit konkreten Vorschlägen in den Bundestag ein.

Tatsächlich stellen die gestiegenen Asylzahlen die Politik und der Verwaltung vor eine Herausforderung: Im Jahr 2023 stellten bisher mehr als 200.000 Menschen in Deutschland einen Asylantrag, 77 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Hinzukommen fast eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer, die in Deutschland Schutz gesucht haben und auch viele abgelehnte Asylbewerber, die zum Teil schon seit Jahren hier leben, aber bisher nicht abgeschoben werden können. Sie alle brauchen Wohnraum, Kitaplätze und Sprachkurse.

Doch ist die Lage 2023 vergleichbar mit 1993? Kann der große Asylkompromiss von damals - geschlossen zwischen Union, SPD und FDP - 30 Jahre später so einfach wiederholt werden?

Gewisse Parallelen gibt es. Auch Anfang der Neunzigerjahre war die politische Lage angespannt: Die wirtschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung belasteten das Land, die Arbeitslosigkeit war hoch, rassistische

Kommt jetzt ein neuer Asylkompromiss? Grundsätzlich finden alle Parteien: Beim Thema Migration muss sich etwas ändern. Doch der Spielraum für eine Einigung zwis....

Angriffe wie in Rostock-Lichtenhagen hatten die Republik aufgeschreckt - und wegen des Jugoslawien-Krieges stieg die Zahl der Asylbewerber auf eine neue Höchstzahl: 1992 lag sie bei 438.000.

Union, SPD und FDP verständigten sich daraufhin auf eine Einschränkung des Artikels 16a des Grundgesetzes, der früher jedem politisch verfolgtem Menschen in der Welt Asyl zugestand. Seit dem Asylkompromiss von 1993 aber hat jemand, der aus einem "sicheren Drittstaat" (gemeint waren alle Nachbarländer Deutschlands) einreiste, kein Anrecht mehr auf Asyl in Deutschland. Auch wer aus einem "sicheren Herkunftsstaat" kommt, muss seitdem damit rechnen, abgeschoben zu werden. All das senkte die Zahl der Asylanträge.

Doch es gibt einen gewaltigen Unterschied zu vor 30 Jahren: Heute ist die europäische Integration weiter vorangeschritten und es drängen insgesamt viel mehr Menschen nach Europa, zum Beispiel aus den afrikanischen Ländern. Zur Begrenzung der Flüchtlingszahlen braucht es daher heute mehr denn je europäische Entscheidungen, zum Beispiel Lager und schnelle Asylverfahren an den europäischen Außengrenzen und ein "verbindliches Verteilsystem" für Europa, wie Innenministerin Faeser nicht müde wird zu betonen. Sie weiß aber auch: Selbst wenn der Gemeinsame Asylkompromiss auf EU-Ebene (GEAS), den sie im Juni mit ausgehandelt hat, im Europäischen Parlament durchgeht, was keineswegs sicher ist, wird es Jahre dauern, bis er greift.

Was aber könnte dann Gegenstand eines neuen Asylkompromisses in Deutschland sein?

"Atmende" Obergrenze

Es ist die Lieblingsidee der CSU bereits seit 2015, vergangenen Woche brachte sie die Idee unter dem neuen Namen Integrationsgrenze wieder ins Spiel. Das Problem ist nur: Einfach keine neuen Flüchtlinge mehr aufnehmen, wenn eine bestimmte Anzahl erreicht ist, ist nicht nur wegen des nach wie vor existierenden individuellen Grundrechts auf Asyl in der deutschen Verfassung, sondern auch auf Grundlage der europäischen Regelungen nicht möglich.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei, hatte deswegen bereits im Juli vorgeschlagen, den individuellen Rechtsanspruch auf Asyl gleich europaweit abzuschaffen. Doch das wird selbst von CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt für unrealistisch gehalten. In dem Antrag im Bundestag, in dem die Union ihre Vorschläge zur Senkung der Flüchtlingszahlen präsentierte, tauchte die Forderung nach einer Integrationsgrenze dann auch gar nicht auf.

Die Grünen lehnen Forderungen wie die von Frei ohnehin ab. "In Zeiten des Rechtsrucks und der Angriffe auf unsere Demokratie muss der Ausgangspunkt unser Grundgesetz, die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention sein - all dies ist sicherlich nicht verhandelbar", sagte deren Parlamentarische Geschäftsführerin Filiz Polat ZEIT ONLINE. Trotzdem scheint nicht ausgeschlossen, dass die Festlegung auf eine bestimmte Zahl Teil künftiger Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition sein könnte. Bereits während der Jamaika-Verhandlungen zwischen Union, FDP und Grünen 2017 hatte man sich schließlich auf eine jährliche Richtgröße von 200.000 Flüchtlingen im Jahr geeinigt. Daran erinnerte gerade erst Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt in einem Gastbeitrag. Solange allerdings nicht vereinbart wird, welche Maßnahmen greifen, wenn der Richtwert überschritten wird, hätte eine solche Festlegung wenig praktische Relevanz.

Grenzkontrollen

Die Union fordert schon lange stationäre Grenzkontrollen, wie es sie bereits an der Grenze zu Österreich gibt, auch an der polnischen und tschechischen Grenze einzuführen. Faeser hat das bisher abgelehnt. Seit dem Wochenende zeichnet sich dazu allerdings eine leichte Kursänderung in der Ampelregierung ab. Sie halte zwar weiter die Schleierfahndung, also mobile Kontrollen hinter den Grenzen, für wirksamer, sagte sie bei Anne Will. "Um Schleuser zu bekämpfen, da können stationäre Grenzkontrollen zusätzlich zur Schleierfahndung helfen", fügte sie allerdings hinzu. Auch Kanzler Olaf Scholz (SPD) signalisierte Unterstützung. Allerdings warnt Faeser vor zu hohen Erwartungen: Wer an der deutschen Grenze "Asyl" sage, dürfe nach bisheriger Rechtslage auch weiterhin ins Land kommen. Mit Grenzkontrollen könnte also bestenfalls die Zahl der Schleuserfahrten eingedämmt werden, weil die

Kommt jetzt ein neuer Asylkompromiss? Grundsätzlich finden alle Parteien: Beim Thema Migration muss sich etwas ändern. Doch der Spielraum für eine Einigung zwis....

Schleuser Angst hätten, erwischt und verhaftet zu werden. Ob deswegen aber auch weniger Flüchtlinge kämen, ist offen.

Die Union fordert außerdem, Deutschland müsse sich in der EU dafür einsetzen, dass Flüchtlinge, die bereits in einem anderen Land registriert wurden, direkt an der deutschen Grenze zurückgewiesen werden können. Dieser Vorschlag ist allerdings nicht Teil der bisherigen Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Selbst wenn dies die deutsche Haltung würde, was nicht wahrscheinlich ist, wäre also kaum in naher Zeit mit einer Umsetzung zu rechnen, denn die EU-Staaten an den Außengrenzen werden daran sicher kein Interesse haben.

Zahl der Abschiebungen erhöhen

Grundsätzlich einig sind sich die Ampelregierung und die Union darin, dass sie künftig konsequenter abschieben wollen. Bundesinnenministerin Faeser hat dazu mehrere Gesetzespläne vorgelegt, unter anderem sollen abgelehnte Asylbewerber künftig längere Zeit in Haft genommen werden, um ihre Abschiebung vorzubereiten. Unklar ist, was darüber hinaus noch machbar ist: Ein großer Schritt wäre es, Abschiebungen künftig zentral vom Bund durchführen zu lassen. Migrationsexperten wie Victoria Rietig von der Stiftung Wissenschaft und Politik fordern das. Bisher sind Rückführungen Sache der Bundesländer. Mit einer Zentralisierung könnten Standards vereinheitlicht und verschärft werden, so die Überlegung. Unklar, ob die CDU-geführten Bundesländer das mitmachen würden, sie werfen der Ampel in Berlin ja eine zu lasche Migrationspolitik vor.

Einig sind sich Oppositions- und Regierungsparteien schon jetzt darüber, dass Deutschland mit den häufigsten Herkunftsländern von Flüchtlingen sogenannte Migrationsabkommen schließen soll. Auf diese Weise will man dafür sorgen, dass abgelehnte Asylbewerber von ihren Heimatstaaten auch zurückgenommen werden. Große Hoffnungen ruhen auf einem Migrationsabkommen mit Tunesien. In dieser Woche fließen die ersten 67 Millionen Euro an EU-Unterstützungsgeldern in das nordafrikanische Land, in der Hoffnung, dass Tunesien dafür den Zugang für Schleuserboote zum Mittelmeer unterbindet und abgelehnte Asylbewerber zurücknimmt.

Die Ampelregierung will außerdem Georgien und Moldau als sichere Herkunftsländer einstufen. In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden allerdings nur 4,3 Prozent aller Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern gestellt. Diese könnten künftig schneller abgelehnt werden.

Doch beide Schritte sind schon beschlossen und werden also nicht Teil eines parteiübergreifenden Pakts. Union und die FDP fordern außerdem, die Maghreb-Staaten - also Marokko, Tunesien und Algerien - zu sicheren Herkunftstaaten zu erklären. Dagegen wehren sich die SPD und die Grünen. Die Grünen weisen auf die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern hin, sie pauschal als sicher zu erklären sei deswegen nicht möglich.

Asylanträge außerhalb der EU stellen

Sowohl die Union als auch die FDP fordern, dass Anträge auf Asyl in Deutschland künftig gleich im außereuropäischen Ausland gestellt werden sollen. Der Vorteil liegt auf der Hand: Bei einer Ablehnung muss keine Abschiebung stattfinden, da der Betreffende ja schon im Ausland ist. Die Grünen halten davon allerdings nichts. "Rechtsstaatliche Asylverfahren können und dürfen nicht in Drittstaaten ausgelagert werden. Bei Asylverfahren haben wir eine Korrekturquote durch Gerichte von 50 Prozent", sagte deren migrationspolitischer Sprecher Julian Pahlke ZEIT ONLINE. "Wie soll jemand, der in Eritrea sitzt, sein Verfahren vor dem Berliner Verwaltungsgericht betreiben?" Außerdem seien die Botschaften jetzt schon überlastet. "In einigen Ländern muss man mehrere Jahre auf ein Visum warten."

Verfahren beschleunigen

Damit Asylanträge schneller bearbeitet und abgelehnt werden, wird immer mal wieder gefordert, die Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aufzustocken. Das Bamf wurde schon in der Flüchtlingskrise deutlich ausgebaut, es hat inzwischen mehr als 8.000 Mitarbeiter, 1.000 mehr als vor 2015. Auf mehr Stellen könnten sich

Kommt jetzt ein neuer Asylkompromiss? Grundsätzlich finden alle Parteien: Beim Thema Migration muss sich etwas ändern. Doch der Spielraum für eine Einigung zwis....

Union und die Ampel theoretisch wohl auch einigen, aber das Problem liegt laut Innenministerin Faeser woanders: Wegen des Fachkräftemangels finde man schon jetzt keine Mitarbeiter für die ausgeschriebenen Positionen.

Von grüner Seite wird zudem darauf hingewiesen, dass die Verfahrensdauer beim Bamf nicht mehr das Hauptproblem seien, sondern die Dauer der Überprüfung der Entscheidungen vor den Verwaltungsgerichten, die teilweise bis zu 33 Monate dauerten. Eine bessere Beratung der Geflüchteten senke dagegen die Zahl der Klagen, diese war von Faeser allerdings zuletzt zusammengestrichen worden.

Ein immer wiederkehrender Punkt in jeder Rede von Bundeskanzler Scholz und bei jedem Treffen der Ministerpräsidenten ist die Digitalisierung der Ausländerbehörden. Dass diese helfen kann, Entscheidungen zu beschleunigen, darin sind sich alle einig, doch es hapert bei der Umsetzung.

Freiwillige Aufnahmeabkommen aussetzen

Um vulnerable Gruppen zu schützen, hat sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, aus manchen Ländern freiwillig Flüchtlingskontingente aufzunehmen. Die Union fordert nun, diese freiwilligen Aufnahmen wegen der Überlastung auszusetzen. Doch sehr hoch ist die Zahl der freiwilligen Aufnahmen sowieso gerade nicht: So ist das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan derzeit wegen Sicherheitsbedenken gestoppt. Es hatte die Aufnahme von bis zu 1.000 Afghanen pro Monat vorgesehen, derzeit kämen aber "null", wie Innenministerin Faeser betont.

Auch die freiwillige Aufnahme von zusätzlichen Geflüchteten aus Italien im Zuge des EU-Freiwilligenkontingents ist derzeit gestoppt. Über ein humanitäres Aufnahmeprogramm aus der Türkei kommen jährlich bis zu 3.000 Syrer oder staatenlose Schutzsuchende, wie die Bundesregierung mitteilt.

Sachleistungen statt Geld

Die FDP will genau wie die Union, dass abgelehnte Asylbewerber künftig statt 350 Euro aus dem Asylbewerberleistungsgesetz nur noch Sachleistungen erhalten. Die Argumentation: Wenn ein Asylbewerber künftig kein Geld nach Hause schicken kann, könnte das den Anreiz verringern, nach Deutschland zu kommen. Allerdings ist der Aufwand für die Verwaltung, Sachleistungen für die vielen Menschen zu organisieren, sehr hoch. Die meisten Kommunen haben sich deswegen in der Vergangenheit dagegen entschieden. Ein Kompromiss könnte eine Chipkarte sein - mit der könnten Asylbewerber in der Kommune Lebensmittel einkaufen, sich aber nur noch ein kleines Taschengeld bar auszahlen. In Hannover, wo SPD und Grüne im Stadtrat die Mehrheit haben, wurde dazu gerade ein Pilotprojekt gestartet. Allerdings ist auch diese Lösung aufwendig: Schließlich muss man erst mal Läden finden, die bereit sind, die Chipkarte zu akzeptieren.

Bessere Unterstützung der Kommunen

Die Grünen fordern, dass die Kommunen dauerhaft bei den Flüchtlingskosten entlastet werden sollen. So sollten sie eine Pauschale für den Unterhalt jedes Flüchtlings bekommen, eine Pro-Kopf-Pauschale für Integrationsleistungen sowie die Kosten für die Unterkunft. SPD und FDP lehnten dies angesichts der angespannten Finanzlage des Bundes bisher ab. Aus Unionssicht wiederum sind die Kommunen zwar ebenfalls stark überlastet, doch helfen will man ihnen ja gerade, indem man die Flüchtlingszahlen dauerhaft reduziert, wozu eine bessere Ausstattung der Kommunen erst mal keinen Beitrag leistet.

Entlasten könnte man die öffentlichen Kassen theoretisch auch dadurch, dass man Flüchtlingen schneller erlaubt, zu arbeiten. Das hat beispielsweise Grünenchefin Ricarda Lang vorgeschlagen. Die Union dürfte sich darauf kaum einlassen. Sie fordert vielmehr sogar eine Abschaffung des von der Ampel eingeführten Chancenaufenthaltsrechts, das Geflüchteten, die nicht abgeschoben werden können, die aber gut integriert sind und arbeiten, die Möglichkeit gibt, ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu bekommen. Auch die von der Ampel vorgeschlagenen Erleichterungen bei den Einbürgerungen lehnt sie ab. Sie fürchtet, dass sich dann noch mehr Menschen auf den Weg machen werden, wenn sie hoffen können, trotz eines abgelehnten Asylantrags in Deutschland arbeiten zu können.

Kommt jetzt ein neuer Asylkompromiss? Grundsätzlich finden alle Parteien: Beim Thema Migration muss sich etwas ändern. Doch der Spielraum für eine Einigung zwis....

Bisher gibt es also nur wenig konkreten Spielraum für Einigungen jenseits dessen, was ohnehin schon geplant ist. Andererseits verhindern die anstehenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen derzeit wohl auch, dass sich die Akteure allzu weit von ihren jeweiligen Positionen entfernen. Mit ernsthaften Verhandlungen ist deswegen erst nach dem 8. Oktober zu rechnen.

LaPresse Migranten warten darauf, von der Insel Lampedusa auf das Festland gebracht zu werden. LaPresse Migranten warten darauf, von der Insel Lampedusa auf das Festland gebracht zu werden.

Load-Date: September 25, 2023

End of Document

"Europa wird nur überleben, wenn wir die Heuchelei beenden"; Müssen wir das Recht auf Asyl einschränken, um es zu retten? Der Politologe Ivan Krastev hat einen Vorschlag für einen europäischen Konsens in der Migrationspolitik.

ZEIT-online

Montag 16. Oktober 2023 4:23 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Ivan Krastev; Ausg. 1

Length: 2100 words

Byline: Marcus Gatzke; Lenz Jacobsen

Body

Ivan Krastev (58) erregt seit einigen Jahren mit seinen Büchern und Essays zu europäischer Politik Aufsehen. Der Bulgare ist Permanent Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien und sieht die Migrationskrise als einen Wendepunkt für Europa.

ZEIT ONLINE: Herr Krastev, die EU ebenso wie Deutschland verschärfen ihre Asylpolitik. Zwei Dinge scheinen zunehmend aufeinanderzuprallen: auf der einen Seite das Recht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention, auf der anderen Seite der Wunsch vieler Europäer, nicht noch mehr Migranten aufzunehmen. Was ist wichtiger?

Ivan Krastev: Beides ist wichtig. Wir können weder unsere moralischen Verpflichtungen noch die Meinung der Mehrheit ignorieren, sonst funktioniert die Demokratie nicht mehr. Wir sind an einem Wendepunkt angelangt. Die europäischen Wohlfahrtsstaaten können nur aufrechterhalten werden, wenn viele Menschen nach Europa einwandern. Gleichzeitig können die Ängste vor Einwanderung Rechtsextremisten an die Macht bringen, die unsere Demokratien zerstören und Flüchtlingen schaden.

ZEIT ONLINE: Was wäre ein Ausweg?

Krastev: Die Erbsünde unserer derzeitigen Debatte ist ihre Heuchelei. Wir geben vor, dass Europa offen für Flüchtlinge ist, aber nicht für Wirtschaftsmigranten, doch in Wirklichkeit ist es andersrum. Das Ergebnis ist, dass wir viele Wirtschaftsmigranten dazu zwingen, so zu tun, als ob sie Flüchtlinge wären, und ihr Leben zu riskieren, um nach Europa zu kommen. Und wenn die Zahl der Ausländer steigt und es zu politischen Gegenreaktionen kommt, stufen wir wiederum die Menschen, die fliehen, um ihr Leben zu retten, als Wirtschaftsmigranten ein und versuchen, sie zurückzuschicken. Dabei wird die Zahl der Flüchtenden eher steigen, weil wir in einem "Zeitalter des Unfriedens" leben, wie mein Kollege Mark Leonard sagt. Die Grenze zwischen Krieg und Frieden wird immer unklarer.

ZEIT ONLINE: Es wird also mehr Flüchtlinge geben, aber immer weniger Bereitschaft, sie aufzunehmen.

"Europa wird nur überleben, wenn wir die Heuchelei beenden" Müssen wir das Recht auf Asyl einschränken, um es zu retten? Der Politologe Ivan Krastev hat einen V....

Krastev: Wenn wir den Konflikt zwischen nationaler Solidarität und universeller Solidarität versöhnen oder zumindest abmildern wollen, müssen wir neu definieren, wer überhaupt ein Flüchtling ist. Wie geht man mit Menschen um, die aus Afghanistan kommen, wenn der Krieg dort im Grunde genommen vorbei ist? Wie geht man mit denen um, die wegen Klimaveränderungen in ihrer Heimat zu uns kommen? Wenn wir darauf keine klaren, realistischen Antworten haben, wird die Genfer Flüchtlingskonvention das Schicksal der völkerrechtlichen responsibility to protect erleiden: Da haben wir uns zwar moralisch verpflichtet, im Falle eines Völkermordes einzugreifen. Aber wir tun dies, wenn überhaupt, nur sehr selektiv.

ZEIT ONLINE: Bislang sind wir davon ausgegangen, dass viele Afghanen als Flüchtlinge gelten, weil sie von den Taliban bedroht oder verfolgt werden. Sie wollen also die Definition dessen, was Flüchtlinge sind, einschränken?

Krastev: Waren es nicht wir, die beschlossen haben, sich aus Afghanistan zurückzuziehen und den Taliban zu erlauben, wieder an die Macht zu kommen? Warum haben wir das Land verlassen, wenn wir (zu Recht) glauben, dass die Taliban eine tödliche Bedrohung für viele ihrer eigenen Leute sind? Mein Hauptargument ist: Wenn wir Migrations- und Fluchtfragen nur auf der Ebene von Prinzipien diskutieren, schadet das am Ende allen: erstens den Flüchtlingen, die zu Migranten umetikettiert werden, damit man sie nicht aufnehmen muss. Zweitens dem Vertrauen in die Demokratie, weil die Menschen nicht mehr daran glauben, dass sie Probleme lösen kann. Und drittens dem Zusammenhalt in der EU, denn dann werden bald alle Menschen, die illegal die Grenze überschreiten, weitergeschickt werden nach Deutschland. Das Ergebnis wird sein, dass sich die deutsche Öffentlichkeit gegen die EU wendet.

ZEIT ONLINE: Wie kann denn eine politische Sprache aussehen, die die Sorgen vieler Einheimischer ernst nimmt, ohne einwanderungsfeindlich zu sein?

Krastev: Politik ist nicht nur das, was die Regierung tut, sondern auch, wie sie ihr Handeln rechtfertigt. Der Auslöser für den großen Antimigrationsschub in Europa in den Jahren 2015 und 2016 war das Gefühl, dass die Situation außer Kontrolle geraten ist. Und schlimmer noch, dass behauptet wurde, dagegen könne nichts getan werden. Wenn man den Menschen sagt, dass ihre Regierung machtlos ist, wie sollen sie dann noch Vertrauen in die Demokratie haben?

ZEIT ONLINE: Aber Sie haben selbst gesagt, dass die Migration weiter zunehmen wird.

Krastev: Ja, das wird sie. Aber einen erhöhten Migrationsdruck anzuerkennen, ist nicht dasselbe wie zu sagen, dass man nichts dagegen tun kann. Die Menschen ändern auch ihre Meinung, einschließlich einiger Wähler der extremen Rechten. Sehen Sie sich Polen an. Jahrelang hat man behauptet, die Polen seien flüchtlingsfeindlich. Dann ist Russland in die Ukraine einmarschiert, und dieselben Polen haben sich um vier Millionen Ukrainer gekümmert. Warum? Weil sie sich mit ihnen identifizieren konnten. Weil sie sich selbst als die nächsten Flüchtlinge sahen. Man kann den Menschen nicht vorwerfen, dass ihnen der eine Krieg näher ist als der andere.

ZEIT ONLINE: Und was machen wir mit denen, die uns nicht so nah sind und die an unserer Grenze stehen?

Krastev: Wir sollten so vielen Menschen wie möglich helfen, ohne unsere eigenen Demokratien zu verlieren. Wir sollten mit dem ständigen Kampf leben, dass wir eine moralische und rechtliche Verpflichtung gegenüber Menschen haben, die fliehen, um ihr Leben zu retten, und mit der Erkenntnis, dass man nicht allen helfen kann. Wir sollten bereit sein, Menschen zurückzuschicken, um unsere Grenzen für diejenigen offen zu halten, die in höchster Gefahr sind. Wenn uns das nicht gelingt, werden irgendwann radikale Regierungen gewählt, die dann Menschen erschießen.

ZEIT ONLINE: Zurückschicken - wie soll das funktionieren? Rückführungsabkommen gibt es kaum, und das EU-Türkei-Abkommen wird von vielen als schmutziger Deal mit Erdogan kritisiert.

Krastev: Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, dass wir all unsere guten, hehren Ziele zugleich erfüllen können! Entscheidungen zu treffen, heißt oft, Abstriche zu machen. Die Entwicklungshilfe sollte beispielsweise viel stärker daran geknüpft werden, ob die Länder auch Migranten zurücknehmen. Ich verstehe,

"Europa wird nur überleben, wenn wir die Heuchelei beenden" Müssen wir das Recht auf Asyl einschränken, um es zu retten? Der Politologe Ivan Krastev hat einen V....

warum sich viele afrikanische Länder weigern. Wäre ich der Führer eines afrikanischen Landes, würde ich das auch tun. Aber dann muss Europa diesen Ländern Anreize bieten.

ZEIT ONLINE: Mehr Abschiebungen, weniger anerkannte Flüchtlinge: Das sind Forderungen von rechten und rechtsextremen Parteien. Wenn der Rest Europas jetzt mitzieht, profitieren dann am Ende nicht nur die Rechten, das Original?

Krastev: Die Rechtsextremisten leben von der Angst der Menschen vor Migration. Moralische Attacken werden dagegen nicht helfen. Die Regierung von Joe Biden hat gerade beschlossen, Trumps Mauer an der Grenze zu Mexiko weiterzubauen. Biden weiß, dass die Mauer schrecklich und auch unwirksam ist. Aber sie zu bauen ist immer noch besser, als Trump zurückzubekommen.

ZEIT ONLINE: Aber die Genfer Flüchtlingskonvention, das individuelle Recht auf Asyl in Deutschland - das sind doch nicht irgendwelche verrückten Ideale. Was sind diese Rechte wert, wenn sie nicht mehr geachtet werden, sobald sie etwas kosten?

Krastev: Ich verstehe sehr gut, dass das Asylrecht für viele Deutsche Teil der Nachkriegsidentität des Landes ist. Die Genfer Flüchtlingskonvention ist eine rechtliche Verpflichtung. Wir sollten unser Bestes tun, um sie zu befolgen. Aber glauben Sie, dass das Asylrecht unter allen Umständen durchgesetzt werden kann? Stellen Sie sich vor, es bricht ein schrecklicher Krieg aus. 100 Millionen Menschen sind davon betroffen und fliehen. Und wollen nach Deutschland kommen. Wird Deutschland sie wirklich alle aufnehmen? Was mich beunruhigt ist, dass diejenigen, die nur mit Recht und Moral argumentieren und sich nicht um Kapazitäten kümmern, es den Rechten einfach machen. Jeder weiß, dass wir uns nicht um das Elend der ganzen Welt kümmern können, aber was wir uns deswegen nicht leisten können, ist zu behaupten, das Elend der Welt sei nicht unser Problem.

ZEIT ONLINE: Aber Ihr Beispiel ist konstruiert. Wir wissen, dass die Migrationsbewegungen ganz anders sind, dass die meisten Menschen in die Nachbarländer fliehen, dass nicht ganz Afrika zu uns kommen will. In Deutschland gab es in diesem Jahr bisher 300.000 Asylanträge. Ist es nicht seltsam, diese Menschen schlechter zu behandeln, weil man die unrealistische Angst hat, dass morgen 100 Millionen kommen?

Krastev: Wir müssen verstehen, dass die Zukunft kein Versprechen mehr ist, sondern eine Bedrohung - Klimaveränderungen, Gefahr eines Atomkriegs, massive Migration, Pandemien. Die Menschen denken in Projektionen, sie machen sich Bilder von der Zukunft und handeln entsprechend. In dem Moment, in dem wir behaupten, es gäbe keine Grenze für unsere Aufnahmefähigkeit, weil wir moralisch und rechtlich dazu verpflichtet sind, geben wir den Rechten genau diese Horrorszenarien für ihre Propaganda in die Hand.

ZEIT ONLINE: Und wer entscheidet, wann die Grenze der Aufnahmefähigkeit erreicht ist?

Krastev: Das kann nur in einer demokratischen Debatte entschieden werden. Und um die Grenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten offen zu halten, sollte diese Debatte meiner Meinung nach auf europäischer Ebene geführt werden.

ZEIT ONLINE: Lange Zeit tat Europa meist, was Deutschland wollte. Dann hat der Ukraine-Krieg deutsche Fehler aufgedeckt und den Osteuropäern recht gegeben. Und nun scheint es, als würde Deutschland seine Migrationspolitik in die Richtung lenken, die Osteuropa vor Jahren eingeschlagen hat. Verschiebt sich die Hegemonie in Europa gerade in Richtung Osten?

Krastev: Das ist eine sehr gute Frage. Deutschland hat lange Zeit so getan, als ob es in Europa Krisen gäbe, aber nicht in Deutschland. Es hat so getan, als müssten alle anderen nur dem deutschen Beispiel folgen und alles wäre in Ordnung. Inzwischen ist die europäische Krise eindeutig auch eine deutsche Krise. Putins Krieg hat gezeigt, dass Deutschland nicht nur Fehler gemacht hat, sondern sie auch noch aus den falschen Gründen gemacht hat - für den wirtschaftlichen Erfolg, nicht für die Moral. Es hat also seine moralische Überlegenheit verloren, zumindest aus osteuropäischer Sicht. Aber das ist nicht die ganze Geschichte.

"Europa wird nur überleben, wenn wir die Heuchelei beenden" Müssen wir das Recht auf Asyl einschränken, um es zu retten? Der Politologe Ivan Krastev hat einen V....

ZEIT ONLINE: Sondern?

Krastev: Was Deutschland in der Migrationsfrage widerfährt, widerfährt den osteuropäischen Ländern in der Ukraine-Politik: Wir können unsere hohe moralische Position aus den ersten Tagen des Krieges nicht mehr aufrechterhalten, weil die Realität uns in die Quere kommt. Nur ein Beispiel: Die polnische Regierung - ursprünglich der stärkste Unterstützer der Ukraine - will kein ukrainisches Getreide mehr im Land haben, weil ihr die Stimmen der eigenen Bauern bei der nächsten Wahl wichtiger sind. In der Slowakei haben gerade diejenigen die Wahl verloren, die sich besonders solidarisch mit der Ukraine gezeigt haben. All das sind für mich Zeichen: Die EU kann nur überleben, wenn wir die Kluft zwischen unserer Rhetorik und unserer konkreten Politik überbrücken. Europa wird nur überleben, wenn wir die Heuchelei beenden.

ZEIT ONLINE: Wie könnte ein Ausweg konkret aussehen?

Krastev: Wir sollten erkennen, dass sich die Welt verändert, dass wir aber auch die Macht haben, diesen Wandel zu gestalten. Paradoxerweise öffnet sich Europa. In vielen osteuropäischen Ländern geschieht etwas Aufregendes: Gerade die Länder, die sich so vehement gegen Ausländer gewehrt haben, suchen jetzt händeringend nach Menschen, die in ihr Land kommen und dort arbeiten. Die Regierung Orbán zum Beispiel, die die schärfste Antimigrationsrhetorik pflegt, hat die Zahl der Arbeitsgenehmigungen deutlich erhöht. Die Tschechische Republik hat pro Kopf mehr ukrainische Flüchtlinge aufgenommen als jedes andere Land. Das Verhältnis zur Migration ändert sich hier also, diese zuvor sehr homogenen Gesellschaften werden vielfältiger. Sie nähern sich in gewisser Weise der Lebenswirklichkeit in Deutschland an. Und wenn Deutschland auf der anderen Seite von seinem hohen Ross herunterkommt, besteht die Chance, wirklich ein gemeinsames Verständnis dafür zu entwickeln, wie Migration funktionieren kann.

Ivan Krastev Der bulgarische Politologe, Berater und Publizist Ivan Krastev, 57, leitet in Sofia das Centre for Liberal Strategies.

Wracks von Flüchtlingsschiffen auf Lampedusa: Ivan Krastev sieht die Chance für einen neuen europäischen Konsens.

Wracks von Flüchtlingsschiffen auf Lampedusa: Ivan Krastev sieht die Chance für einen neuen europäischen Konsens.

Load-Date: October 16, 2023

Bundesländer setzen Scholz bei Migrationskosten unter Druck; Die Bundesregierung muss aus Sicht vieler Ministerpräsidenten mehr Geld für Geflüchtete bereitstellen. Der Städte- und Gemeindebund plädiert für ein Migrationsgesetzbuch.

ZEIT-online

Montag 6. November 2023 7:44 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

Length: 884 words

Byline: Sophia Boddenberg;Maline-Mercedes Hofmann

Body

Vor der Ministerpräsidentenkonferenz erhöhen die Bundesländer den Druck auf die Bundesregierung, ihren Anteil an der Finanzierung der Kosten für **Geflüchtete** zu erhöhen. "Wir erwarten vom Bund, dass er sich dauerhaft und verlässlich zur Hälfte an den Kosten beteiligt. Bund, Länder und Kommunen werden diese Aufgabe nur gemeinsam schultern können", sagte Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) dem Spiegel. Die **Migration** sei aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger aktuell das wichtigste Problem in Deutschland.

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) warf der Bundesregierung vor, dem gesellschaftlichen Klima zu schaden. "Diese Politik, die da jetzt in Berlin betrieben wird, und die Weigerung, jetzt zu handeln, obwohl 16 Ministerpräsidenten parteiübergreifend Vorschläge gemacht haben oder auch die kommunale Ebene ganz klar sagt, was ist, was notwendig ist, spaltet dieses Land", sagte er dem Spiegel. Zudem beschuldigte er die Ampelkoalition, sich über die in Teilen der Bevölkerung verbreitete Skepsis gegenüber Zuwanderung hinwegzusetzen.

Markus Söder fordert Grundgesetzänderungen

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) erneuerte in der Augsburger Allgemeinen seine Forderung nach weitreichenden Änderungen des Asylrechts bis hin zu Grundgesetzänderungen, um Asylverfahren in Drittstaaten und Zurückweisungen an deutschen Grenzen zu ermöglichen. Nötig sei eine "grundlegende Wende in der Migrationspolitik" mit Leistungskürzungen, Ausreisezentren an großen Flughäfen und konsequenter Abschiebepolitik, sagte er. Zudem brauche es mehr Finanzhilfen des Bundes und "eine realistische Integrationsgrenze, die sich am Leistungs- und Integrationsvermögen der Kommunen orientiert".

Auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) sprach sich im Portal The Pioneer für regelmäßige Asylverfahren außerhalb Europas aus. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hingegen nannte eine Auslagerung von Asylverfahren in Drittländer in der Welt "hochproblematisch". Zugleich sprach er sich unter anderem für die Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete anstelle von Bargeld aus:

Bundesländer setzen Scholz bei Migrationskosten unter Druck Die Bundesregierung muss aus Sicht vieler Ministerpräsidenten mehr Geld für Geflüchtete bereitstellen....

"Gerade aus den nordafrikanischen Staaten kommen immer wieder junge Männer in die EU und nach Deutschland, deren Ziel es ist, Geld an ihre Familien zu überweisen. Das mag verständlich sein, ist aber eindeutig nicht Sinn des politischen Asyls", sagte Wüst.

Städte- und Gemeindebund plädiert für Migrationsgesetzbuch

Der Städte- und Gemeindebund forderte vor der Ministerpräsidentenkonferenz die Einführung eines Migrationsgesetzbuches zur Sammlung aller zuwanderungspolitischen Maßnahmen gefordert. "Wir plädieren für ein Migrationsgesetzbuch, in dem die verschiedenen Maßnahmen für die unterschiedlichen Gruppen, wie auch Leistungen und mögliche Sanktionen, abschließend beschrieben werden", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg den Zeitungen des RedaktionsNetzwerks Deutschland (RND).

"Die Prinzipien 'Steuern, Ordnen, Begrenzen, Integrieren und nachhaltig finanzieren' müssen endlich in konkrete gesetzgeberische Maßnahmen umgesetzt werden", sagte Landsberg. "Dabei muss man sich ehrlich machen: Es gibt keine einfache und keine kurzfristige Lösung, sondern es kommt darauf an, die verschiedenen Bausteine zusammenzufügen, um die notwendigen Ergebnisse zu erzielen."

"Neustart in der Migrationspolitik"

Landsberg sprach sich zudem für einen speziellen digitalen Ausweis für Geflüchtete aus. In diesem sollten "die Identität, der Status und gegebenenfalls auch die beruflichen Kenntnisse oder besondere gesundheitliche Anforderungen festgeschrieben werden können".

Er forderte außerdem einen "Neustart in der Migrationspolitik". Ein großer Teil der Städte und Gemeinden sei längst "über der Leistungsgrenze bei Unterbringung, Versorgung und Integration". Es brauche eine nachhaltige Finanzierung. "Hier muss der Bund deutlich mehr leisten und insbesondere eine langfristige Perspektive aufzeigen, damit die Städte und Gemeinden endlich Planungssicherheit erhalten."

Die Ministerpräsidenten der Länder beraten heute mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) unter anderem über den künftigen Kurs in der Migrationspolitik. Dabei geht es sowohl um das Ziel, die Zahl der Einreisen von Asylsuchenden zu verringern, als auch um die Finanzverteilung von Bund und Ländern. Die Länder und Kommunen dringen hier unisono auf mehr finanzielle Unterstützung durch den Bund.

Britta Pedersen BeschreibungGulan und Achmad aus Afghanistan informieren sich auf der Jobmesse «FuTog Berlin» (FutureTogether Berlin) für Geflüchtete. Die 12 Berliner Jobcenter, IHK Berlin und HWK Berlin laden Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung ein, um mit Arbeitgebern in Kontakt zu kommen und neue berufliche Möglichkeiten kennenzulernen.Service+++ dpa-Bildfunk +++Aufnahmedatum04.10.2023Bildnachweispicture alliance/dpa | Britta Pedersen Britta Pedersen BeschreibungGulan und Achmad aus Afghanistan informieren sich auf der Jobmesse «FuTog Berlin» (FutureTogether Berlin) für Geflüchtete. Die 12 Berliner Jobcenter, IHK Berlin und HWK Berlin laden Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung ein, um mit Arbeitgebern in Kontakt zu kommen und neue berufliche Möglichkeiten kennenzulernen.Service+++ dpa-Bildfunk +++Aufnahmedatum04.10.2023Bildnachweispicture alliance/dpa | Britta Pedersen

Load-Date: November 6, 2023

Bund und Länder einigen sich bei Verteilung von Flüchtlingskosten; Pro Jahr und Asylbewerber sollen die Länder 7.500 Euro vom Bund erhalten. Kanzler und Ministerpräsidenten wollen Leistungen einschränken und Asylverfahren beschleunigen.

ZEIT-online

Dienstag 7. November 2023 2:52 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Treffen im Kanzleramt; Ausg. 1

Length: 1019 words

Byline: Eva Casper

Body

Nach monatelangem Streit haben sich Bund und Länder über die künftige Aufteilung der **Flüchtlingskosten** geeinigt. Pro **Asylbewerber** und Jahr wolle der Bund eine Pauschale von 7.500 Euro zahlen, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am frühen Morgen in Berlin zum Abschluss der Ministerpräsidentenkonferenz. Die Länder hatten eine Rückkehr zu einem sogenannten atmenden System gefordert, bei dem sich die Bundeszuschüsse nach der Zahl der ankommenden **Geflüchteten** und **Migranten** orientieren. Scholz sprach von einem "historischen Moment", weil alle Ebenen des Staates Handlungsfähigkeit gezeigt hätten.

Das Gesamtvolumen der Bundeshilfe bezifferte der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU), auf 3,5 Milliarden Euro. Der Bund wird in der ersten Hälfte des Jahres 2024 zudem eine Abschlagszahlung in Höhe von 1,75 Milliarden Euro leisten. Zudem sollen Länder und Kommunen durch einen veränderten Leistungsbezug für **Asylbewerberinnen** und **Asylbewerber** rund eine Milliarde Euro einsparen.

Kürzung von Leistungen

Demnach sollen Leistungen für Asylbewerber eingeschränkt werden, die seit mehr als eineinhalb Jahren in Deutschland sind. Wenn sich ein Asylverfahren lange hinziehe, sollten nicht 18, sondern 36 Monate lang Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz gezahlt werden, sagte Scholz. "Das wird eine erhebliche Veränderung mit sich bringen."

Aktuell haben Asylbewerber eineinhalb Jahre lang Anspruch auf ein Dach über dem Kopf sowie Nahrung, Kleidung, Gesundheitspflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern. Statt solcher Sachleistungen sind teils auch Wertgutscheine oder Geldleistungen vorgesehen. Nach 18 Monaten steigen die Sätze ungefähr auf Höhe der regulären Sozialhilfe. Dieser Schritt soll künftig später erfolgen, was im Effekt eine Kürzung der staatlichen Leistungen bedeutet.

Bund und Länder einigen sich bei Verteilung von Flüchtlingskosten Pro Jahr und Asylbewerber sollen die Länder 7.500 Euro vom Bund erhalten. Kanzler und Minister....

Bezahlkarte für Asylbewerber

Asylbewerber in Deutschland sollen außerdem mindestens einen Teil ihrer Leistungen künftig als Guthaben auf eine Bezahlkarte bekommen. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe soll bis zum 31. Januar Vorschläge für bundesweit einheitliche Mindeststandards dazu erarbeiten, wie aus einem Beschlusspapier der Ministerpräsidentenkonferenz hervorgeht.

Manche Ausgaben könnten gegebenenfalls nicht mit einer solchen Bezahlkarte bezahlt werden, heißt es in dem Papier. Deshalb sollte es möglicherweise auch die Option zur Auszahlung eines Taschengelds in bar geben.

Schnellere Asylverfahren

Außerdem sollen Behörden und Gerichte Asylverfahren in Deutschland künftig deutlich schneller abarbeiten. Bund und Länder einigen sich auf genaue Zielvorgaben. Die erste Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge soll demnach im Regelfall nach sechs Monaten vorliegen, ein Gerichtsverfahren in erster Instanz ebenfalls nach sechs Monaten abgeschlossen sein.

Bei Bewerbern aus Staaten mit einer niedrigen Anerkennungsquote von unter fünf Prozent sollen die Verfahren noch schneller gehen: Behörden und Gerichte sollen hier nur jeweils drei Monate Zeit bekommen.

Asylverfahren außerhalb Europas prüfen

Die Bundesregierung will zudem offenbar prüfen, ob Asylverfahren außerhalb Europas möglich sind. Wie die Nachrichtenagenturen dpa und Reuters übereinstimmend unter Berufung auf Verhandlungskreise melden, steht in der Abschlusserklärung des Bund-Länder-Gipfels: "Die Bundesregierung wird prüfen, ob die Feststellung des Schutzstatus von Geflüchteten unter Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention zukünftig auch in Transit- oder Drittstaaten erfolgen kann."

Schon im Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und FDP vereinbart, prüfen zu wollen, ob Asylverfahren "in Ausnahmefällen" in sogenannten Drittstaaten außerhalb der EU durchgeführt werden könnten. Aus Kreisen des Bundesinnenministeriums hieß es dazu, diese Prüfung halte noch an.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hatte vergangene Woche einen neuen Vorstoß für Asylverfahren außerhalb der EU gemacht. Scholz hatte sich dazu zurückhaltend geäußert und darauf verwiesen, dass zunächst Länder gefunden werden müssten, die dazu bereit seien. Am Montag hatten sich die Regierungschefs von CDU und CSU dann zusammen mit dem Grünen-Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann hinter den Vorschlag von Wüst gestellt.

Denkbar wären bei Asylverfahren außerhalb der EU zwei Varianten: entweder die Möglichkeit für Migranten, in Transitstaaten, also auf dem Weg nach Europa, Asylanträge für Deutschland zu stellen. Oder die Rücksendung Schutzsuchender aus Deutschland in Länder außerhalb Europas, wo sie dann ihr Asylverfahren durchlaufen würden. Letztere Variante strebt die britische Regierung derzeit mit Ruanda an. Ein Gericht hat sie aber zunächst gestoppt. Das Berufungsverfahren läuft noch.

Deutschlandticket und Beschleunigungspakt

Bundeskanzler Scholz und die Regierungschefinnen und -chefs der 16 Bundesländer waren am Montag zusammengekommen, um über die Kosten für Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen sowie die Eindämmung der irregulären Migration zu beraten.

Darüber hinaus verständigten sich Bund und Länder auf eine Fortsetzung des Deutschlandtickets, wobei noch unklar ist, ob der aktuelle Preis von 49 Euro im Monat beibehalten wird. Außerdem wollen Bund und Länder einen Beschleunigungspakt für Planungs- und Genehmigungsverfahren auf den Weg bringen, damit Windräder, Stromtrassen, Bahnstrecken und Wohnungen schneller gebaut werden können.

Bund und Länder einigen sich bei Verteilung von Flüchtlingskosten Pro Jahr und Asylbewerber sollen die Länder 7.500 Euro vom Bund erhalten. Kanzler und Minister....

Bernd von Jutrczenka Bundeskanzler Olaf Scholz (M, SPD) äußert sich zusammen mit Boris Rhein (I, CDU), Ministerpräsident von Hessen, und Stephan Weil (SPD), Ministerpräsident von Niedersachsen, bei einer Pressekonferenz nach dem Bund-Länder-Gipfel im Bundeskanzleramt. Bernd von Jutrczenka Bundeskanzler Olaf Scholz (M, SPD) äußert sich zusammen mit Boris Rhein (I, CDU), Ministerpräsident von Hessen, und Stephan Weil (SPD), Ministerpräsident von Niedersachsen, bei einer Pressekonferenz nach dem Bund-Länder-Gipfel im Bundeskanzleramt.

Load-Date: November 7, 2023

End of Document

EU-Staaten einigen sich auf Krisenmechanismus der Asylreform; Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich nach wochenlangem Streit auf eine gemeinsame Position bei der Krisenverordnung geeinigt. Jetzt muss noch das Europaparlament zustimmen.

ZEIT-online

Mittwoch 4. Oktober 2023 1:26 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 590 words

Byline: Anna-Lena Schlitt

Body

Die EU-Staaten haben einen weiteren Durchbruch in den Verhandlungen über die geplante Reform des europäischen **Asylsystems** erzielt. Nach wochenlangen Diskussionen sei eine gemeinsame Positionierung zu Vorschlägen der EU-Kommission für eine Krisenverordnung vereinbart worden, teilte die spanische EU-Ratspräsidentschaft auf der Plattform X mit. Die Einigung ermöglicht wichtige Gespräche mit dem Europaparlament, um die **Asylreform** abzuschließen.

Die Krisenverordnung sieht deutlich strengere Maßnahmen vor für den Fall, dass durch besonders viele Migrantinnen und Migranten eine Überlastung der Asylsysteme droht.

Italien setzt sich mit Forderungen zu Seenotrettung durch

Streit gab es zuletzt zwischen Deutschland und Italien über die Rolle privater Seenotrettungsorganisationen im Mittelmeer. Mit dem Kompromiss hat sich nun Italien weitgehend durchgesetzt: Auf Drängen der ultrarechten Regierung in Rom wurde nach Diplomatenangaben ein Absatz aus dem Gesetzestext genommen, der sich auf die Einsätze der Seenotretter bezog. Er besagte, dass die Folgen dieser Rettungseinsätze nicht genutzt werden dürften, um den Krisenmechanismus in Gang zu setzen. Der Absatz steht nun nur noch als Zusatzklausel in dem Entwurf.

Deutschland hatte die Krisenverordnung wegen humanitärer Bedenken lange blockiert, Ende September dann aber einem ersten Kompromiss zugestimmt.

Nach der Einigung sprach Außenministerin Annalena Baerbock von einem Erfolg der Bundesregierung. "Wir haben in Brüssel bis zur letzten Minute hart und erfolgreich darum gerungen, dass es nicht zu einer Aufweichung von humanitären Mindeststandards wie dem Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung kommt", sagte die Grünenpolitikerin in einer Mitteilung. "Durch unseren Einsatz haben wir zudem sichergestellt, dass die Regelungen der Krisenverordnung nur in sehr stichhaltig begründeten Fällen überhaupt gezogen werden können."

EU-Staaten einigen sich auf Krisenmechanismus der Asylreform Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich nach wochenlangem Streit auf eine gemeinsame Position bei der Kr....

Die seit der Flüchtlingskrise 2015 umkämpfte Asylreform soll bis zur Europawahl im Juni 2024 stehen. Dafür müssen sich die EU-Länder allerdings noch mit dem Europaparlament auf das Gesetzespaket einigen, was ebenfalls als schwierig gilt.

Unterbringung unter haftähnlichen Bedingungen

Projekte, die bis Juni nicht mit den Regierungen der Mitgliedstaaten ausgehandelt sind, könnten anschließend wieder infrage gestellt werden und sich lange verzögern.

Grundsätzlich sehen die Pläne für die EU-Asylreform unter anderem einen deutlich härteren Umgang mit Menschen aus Ländern vor, die als relativ sicher gelten. Sie sollen künftig nach einem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen. Dort würde dann im Normalfall innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden, ob die Antragstellerinnen und Antragsteller Chancen auf Asyl haben. Wenn nicht, sollen sie umgehend zurückgeschickt werden.

Zudem soll dafür gesorgt werden, dass stark belasteten Staaten wie Italien und Griechenland künftig ein Teil der Asylsuchenden abgenommen wird. Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, würden zu Ausgleichszahlungen gezwungen werden.

Costas Baltas Refugees and migrants wait to be transferred to camps on the mainland after their arrival on a passenger ferry from the island of Lesbos at the port of Lavrio, Greece, September 29, 2020. Costas Baltas Refugees and migrants wait to be transferred to camps on the mainland after their arrival on a passenger ferry from the island of Lesbos at the port of Lavrio, Greece, September 29, 2020.

Load-Date: October 4, 2023

Bodo Ramelow sieht Thüringen bei Migration "am Limit"; Thüringens Ministerpräsident spricht von "starkem Zulauf". Sein Innenminister vermutet hinter den wachsenden Migrationszahlen über Osteuropa eine russische Kampagne.

ZEIT-online

Donnerstag 21. September 2023 3:55 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylbewerber; Ausg. 1

Length: 473 words

Byline: Susanne Hehr

Body

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow ist besorgt wegen des Zuzugs vieler **Migranten** in sein Bundesland. "Land und Kommunen sind am Limit", sagte der Linken-Politiker der Rheinischen Post. Die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Suhl habe beispielsweise längst mehr Menschen aufgenommen, als vertretbar erscheine. "Der Regelbetrieb geht dort von 800 Menschen aus, wir liegen bei über 1000. Und wir haben weiter einen starken Zulauf."

Ramelow verwies auf das solidarische Verteilsystem in Europa und die Bekämpfung der Schleuserkriminalität mit einem "europäisch-afrikanischen Schulterschluss". Jährlich versuchen Zehntausende Menschen von Nordafrika aus Europa durch gefährliche Überfahrten über das Mittelmeer zu erreichen. Stationäre Kontrollen an den deutschen Grenzen im Osten, wie die Union sie forderte, lehnte Ramelow aber ab. Der europäische Schengen-Raum, wo keine festen Personenkontrollen stattfinden, müsse weiter gelten. "Nur zu Show-Zwecken noch Polizei im Thüringer Wald einzusetzen, bringt nichts."

Weiter forderte der Politiker, dass die Geflüchteten nach drei Monaten eine Arbeitserlaubnis erhalten, "damit jeder für sich selbst sorgen kann und muss." Dann höre auch "die Mär von der Bedrohung durch Geflüchtete" auf. Im Jahr 2021 kamen nach offiziellen Zahlen 4055 Asylsuchende in Thüringen an, 2022 waren es 6199. Im ersten Halbjahr 2023 wurden mehr als 3900 Asylanträge neu gestellt. Dem Bundesland werden nach dem Königsteiner Schlüssel rund 2,7 Prozent aller in der Bundesrepublik ankommenden Flüchtlinge zugeteilt.

Thüringens Innenminister sieht "Kampagne" Russlands

Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) sieht hinter den wachsenden Migrationszahlen über Osteuropa eine "gezielte Kampagne von Russland". Er warf Russland und auch Belarus vor, Flüchtlinge zu instrumentalisieren, um Druck auf Deutschland auszuüben. "Die Autokraten in Moskau und Minsk wollen Deutschland destabilisieren - und sie nutzen dafür auch Migration als Druckmittel", sagte Maier den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Bodo Ramelow sieht Thüringen bei Migration "am Limit" Thüringens Ministerpräsident spricht von "starkem Zulauf". Sein Innenminister vermutet hinter den wachsend....

Die Behörden würden feststellen, dass Migranten etwa aus Syrien aus der Türkei nach Russland flögen und dann organisiert von dort über Belarus nach Polen und Deutschland geschleust würden, sagte Maier. "So viele Menschen in so kurzer Zeit können nur organisiert fliehen, zumal durch Diktaturen wie Belarus oder Autokratien wie Russland." Er sprach von einer "gezielten Instrumentalisierung der Migration durch Staaten wie Russland".

arifoto UG Geflüchtete warten in der Erstaufnahmestelle im thüringischen Suhl auf ihre Registrierung (Archivbild). Die Einrichtung ist nach Angaben von Ministerpräsident Ramelow überfüllt. arifoto UG Geflüchtete warten in der Erstaufnahmestelle im thüringischen Suhl auf ihre Registrierung (Archivbild). Die Einrichtung ist nach Angaben von Ministerpräsident Ramelow überfüllt.

Load-Date: September 21, 2023

End of Document

**Dobrindt warnt vor "Großkonflikt" - Faeser wirft ihm Populismus vor;
Alexander Dobrindt attackiert die Bundesinnenministerin im Bundestag. Sie
mache Politik, die irreguläre Migration fördere. Nancy Faeser sieht die Union
auf einem Irrweg.**

ZEIT-online

Freitag 22. September 2023 10:51 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Bundestagsdebatte zur Migration; Ausg. 1

Length: 712 words

Byline: Jona Spreter

Body

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt hat die Ampelparteien im Bundestag zu weiteren Maßnahmen gegen irreguläre **Migration** aufgefordert. "Wir sind bereit, einen Konsens mit ihnen zu finden", sagte Dobrindt - und verwies auf den von Bundeskanzler Olaf Scholz vorgeschlagenen Deutschland-Pakt, der auch eine stärkere Begrenzung irregulärer **Migration** vorsieht.

Seit Scholz' Vorschlag Anfang September sei aber nichts passiert. Man biete der Bundesregierung an, das Thema gemeinsam zu lösen, da es sich sonst zu einem "gesellschaftlichen Großkonflikt" entwickeln könne, sagte Dobrindt. "Machen sie einen Deutschland-Pakt, der mit uns möglich ist."

Bundesinnenministerium dementiert Pläne zur Erleichterung des Familiennachzugs

Zu einem angeblichen Vorschlag von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, den Familiennachzug auszuweiten, sagte Dobrindt, das sei eine Politik, die irreguläre Migration "antreibt und fördert". Die Welt am Sonntag hatte zuvor über den vermeintlich aktuellen Referentenentwurf berichtet. ZEIT ONLINE erfuhr auf Nachfrage beim Bundesinnenministerium jedoch, dass der entsprechende Entwurf bereits ein Jahr alt ist und nicht mehr weiterverfolgt wird. Insbesondere Erleichterungen beim Familiennachzug hätten angesichts der aktuellen Lage in den Kommunen keine Priorität, sagte ein Sprecher. Derzeit wichtig seien Steuerung und Begrenzung der irregulären Migration.

Die im damaligen Arbeitsentwurf vorgesehenen restriktiven Regelungen zur Begrenzung irregulärer Migration - wie die Verlängerung der Höchstdauer des Ausreisegewahrsams von 10 auf 28 Tage - seien in den vom Innenministerium Anfang August vorgelegten Vorschlägen für effektivere Rückführungen enthalten.

CSU-Landesgruppenchef Dobrindt sprach im Bundestag weiter von Pull-Faktoren - Umstände, die Migrationen und Migranten vermeintlich anziehen -, die Faeser auch zuvor schon geschaffen habe. Er kritisierte auch Faesers

Dobrindt warnt vor "Großkonflikt" - Faeser wirft ihm Populismus vor Alexander Dobrindt attackiert die Bundesinnenministerin im Bundestag. Sie mache Politik, die....

Vorgehen in der gemeinsamen europäischen Migrationspolitik. Faeser sitze dort "nicht im Triebwagen, sondern im Bremshäuschen".

Die Innenministerin, die nach Dobrindt sprach, sagte, sie halte Dobrindts Rede für unangemessen - er heize die Debatte nur weiter an. "Gehen Sie nicht weiter auf dem Irrweg, Wahlkampf auf dem Rücken von Menschen zu machen, die von Krieg und Terror bedroht sind", sagte Faeser. Die SPD-Politikerin warf den Unionsparteien "Populismus pur" vor. Es gebe keine einfachen Lösungen.

Faeser verwies in ihrer Rede auf die geplante Reform des europäischen Asylsystems, gemeinsame Arbeit mit polnischen und tschechischen Behörden an den Grenzen und verstärkte Bundespolizei zur sogenannten Schleierfahndung. "Wir handeln also schon, wo Sie nur fordern."

"Nichts, was Sie durch die Wirtshäuser schreien, findet sich in diesem Antrag"

Sebastian Hartmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass in dem Antrag der Unionsfraktion weder die von CSU-Chef Markus Söder geforderte "Integrationsgrenze" noch die CDU-Spekulation um Abschaffung des Individualrechts auf Asyl enthalten seien. "Nichts von dem, was Sie durch die Gazetten treiben, durch die Wirtshäuser schreien, findet sich in diesem Antrag", sagte Hartmann. Die Union streue den Bürgerinnen und Bürgern "Sand in die Augen".

Der Bundestag debattierte auf Drängen der Union an diesem Freitag über das weitere Vorgehen in der Flüchtlingspolitik. Grundlage ist der von der Unionsfraktion eingebrachte Antrag Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik - Irreguläre Migration stoppen.

Für eine direkte Abstimmung über den Antrag fand sich keine Mehrheit. Die Beratungen über die Vorschläge der CDU/CSU-Fraktion werden nun in den Ausschüssen fortgeführt, federführend ist der Innenausschuss.

Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben von Januar bis August dieses Jahres insgesamt 220.116 Personen einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Das entspricht einer Zunahme von 77,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Zudem hat die Bundespolizei laut Innenministerin Faeser in diesem Jahr bis Ende Juli 56.052 unerlaubte Einreisen registriert. Hinzu kommen mehr als eine Million Menschen aus der Ukraine, die vor dem russischen Angriffskrieg nach Deutschland geflohen sind.

Mit Material der Nachrichtenagenturen dpa und Reuters

Kay Nietfeld Das Plenum des Bundestags

Load-Date: September 22, 2023

Länderchefs einigen sich auf Forderungen an den Bund; In zähen Gesprächen haben sich die Länder auf eine Forderungsliste vor dem Treffen mit Olaf Scholz geeinigt. Darauf stehen unter anderem Bezahlkarten für Asylsuchende.

ZEIT-online

Montag 6. November 2023 4:57 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Ministerpräsidentenkonferenz; Ausg. 1

Length: 585 words

Byline: Sarah Daniela Kohler; Alexander Eydlin

Body

Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Bundesländer haben sich auf einen Forderungskatalog zur **Migrationspolitik** für ihr Treffen mit dem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) geeinigt. Alle 16 Regierungschefs seien sich in der Forderung nach der Einführung einer Bezahlkarte für **Asylsuchende** einig, sagte der Vorsitzende der Ministerpressekonferenz, Hessens Regierungschef Boris Rhein (CDU).

Auch wollen die Länder demnach zusammen fordern, den Familiennachzug zu begrenzen. Die Bundesregierung solle zudem Kontrollen an EU-Binnengrenzen verbessern und sich dafür einsetzen, das EU-Fluchtabkommen mit der Türkei wiederzubeleben. Außerdem fordern die Länderchefs, das Asylrecht in einer parteiübergreifenden Kommission weiterzuentwickeln.

Die Länder einigten sich auch darauf, das Deutschlandticket fortzuführen. "Es wird weitergehen", sagte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). Unklarheit über die Zukunft des Angebots besteht bislang wegen der Finanzierung ab kommendem Jahr. Nun wollen die Länder die in diesem Jahr nicht verbrauchten Mittel ins nächste Jahr übertragen. Ob der bisherige Preis von 49 Euro pro Monat weiterhin bestehen bleibt, ist aber nach wie vor ungeklärt.

Treffen mit Scholz nach Unterbrechung der Gespräche verschoben

Beobachter erwarten schwierige Bund-Länder-Gespräche. Schon die Verhandlungen der Bundesländer untereinander waren zäh. So war insbesondere der SPD-Politiker Weil darüber verärgert, dass von der Union und den Grünen geführte Länder erst am Montagmorgen überraschend zusätzliche Forderungen vorlegten.

Die Gespräche unter den Ministerpräsidenten mussten zwischenzeitlich unterbrochen werden. Auf der Tagesordnung standen währenddessen nach Informationen der dpa die Finanzierung der Flüchtlingskosten und die Verringerung der Asylbewerberzahlen.

Länderchefs einigen sich auf Forderungen an den Bund In zähen Gesprächen haben sich die Länder auf eine Forderungsliste vor dem Treffen mit Olaf Scholz geeinigt....

Im Anschluss an ihre Runde wollten sich die Länderchefs im Kanzleramt um 15 Uhr mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) treffen. Das Treffen musste wegen der Unterbrechung der Verhandlungen verschoben werden.

Länder fordern mehr Geld vom Bund und Krankenhausreform

Die Länder fordern vom Bund beim Thema Migration dauerhafte Regelungen und Finanzausgaben. In einem Beschluss hatten die Länder Mitte Oktober eine Pauschale von 1,25 Milliarden Euro sowie pro Migrant mindestens 10.500 Euro verlangt. Doch Bund und Länder wollen bei der Konferenz nicht nur über einen schärferen Migrationskurs diskutieren. Auf dem Plan stehen auch Themen wie die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Krankenhausreform.

Die von CDU, CSU und Grünen geführten Bundesländer hatten sich vor der Runde mit den SPD-geführten Ländern für die Durchführung von Asylverfahren außerhalb Europas ausgesprochen, wie die Nachrichtenagentur dpa aus Verhandlungskreisen erfuhr. Unklar war zunächst, ob Asylsuchende dafür aus Deutschland in diese Länder zurückgebracht werden sollen oder ob sie dort noch vor der Einreise nach Deutschland einen Antrag auf Schutz stellen können sollen.

Aus Kreisen des Bundesinnenministeriums hieß es zu diesem Vorschlag: "Die Prüfung dauert angesichts der rechtlichen und tatsächlichen Komplexität der Fragestellung noch an. Maßgeblich ist für die Bundesregierung dabei die Einhaltung geltender europa- sowie völkerrechtlicher Vorgaben."

Kay Nietfeld Im Bundeskanzleramt treffen sich die Ministerpräsidenten der Länder mit dem Bundeskanzler Kay Nietfeld Im Bundeskanzleramt treffen sich die Ministerpräsidenten der Länder mit dem Bundeskanzler

Load-Date: November 6, 2023

SPD und Grüne kritisieren Forderung nach strengeren Migrationsregeln; Der CDU-Politiker Jens Spahn fordert, die Migration nach Deutschland stärker zu beschränken. SPD und Grüne halten dagegen: Nationale Abschottung sei keine Lösung.

ZEIT-online

Montag 21. August 2023 5:16 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Jens Spahn; Ausg. 1

Length: 678 words

Byline: Tobias Dorfer; Anna-Lena Schlitt

Body

Tobias Schwarz

Der CDU-Abgeordnete Jens Spahn im Januar im Bundestag in Berlin.

Die Forderung von CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn nach einer stärkeren Beschränkung der Einwanderung nach Deutschland stößt in der Ampel-Koalition auf Kritik. Der SPD-Innenpolitiker Sebastian Hartmann sagte im TV-Sender Welt, nationale Abschottung und unregelte Verhältnisse an den EU-Außengrenzen seien keine Alternative. Innenpolitikerin Lamya Kaddor von den Grünen sagte, es "kann es keine Lösung sein, Menschenrechte auszusetzen, um Migration zu begrenzen".

Spahn hatte in der *Bild am Sonntag* gesagt: "Deutschland braucht eine Pause von dieser völlig ungesteuerten Asyl-Migration." Die Erfahrung habe gezeigt, dass sich die Zahlen "nicht nennenswert" über Abschiebungen reduzieren ließen. Er forderte ein klares Signal an der EU-Außengrenze: "Auf diesem Weg geht es für niemanden weiter."

Ricarda Lang fordert Unterstützung für Kommunen

Der CDU-Politiker plädierte dafür, in Europa 300.000 bis 500.000 Flüchtlinge im Jahr aufzunehmen und zu verteilen. Ausgewählt werden sollten die Menschen durch das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen. "Aktuell gilt das Recht des Stärkeren, es kommen fast nur junge Männer. Frauen und Kinder sind aber viel schutzbedürftiger", sagte er.

Die Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang hält angesichts hoher Migrationszahlen eine bessere Unterstützung der Kommunen für nötig. "Einige Kommunen sind an ihre Belastungsgrenze gekommen. Sie dauerhaft besser zu unterstützen, auch finanziell, ist der richtige Weg", sagte Lang der Nachrichtenagentur dpa. Sie forderte schnellere Asylverfahren und eine Integrationsoffensive. Asylsuchende müssten aber auch besser in Europa verteilt und Fluchtursachen bekämpft werden, damit weniger Menschen fliehen müssten, sagte Lang.

SPD und Grüne kritisieren Forderung nach strengeren Migrationsregeln Der CDU-Politiker Jens Spahn fordert, die Migration nach Deutschland stärker zu beschränken....

Auch Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) warnte vor einer Überforderung der Kommunen. "In den Kommunen ist die Belastungsgrenze erreicht. Das ist leider noch nicht völlig angekommen in Berlin", sagte er der *Bild*-Zeitung. "Wir übernehmen uns gerade mit der Integration, auch was die zwingend notwendige Integration in den Arbeitsmarkt betrifft."

Zahl der Asylanträge deutlich gestiegen

Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kam zudem Zustimmung zur Forderung des früheren SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel nach einer Wende in der Migrationspolitik. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Thorsten Frei äußerte beim RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) die Hoffnung auf eine "gemeinsame Lösung wie zu Beginn der Neunzigerjahre". Damals hatten sich Union und SPD auf Beschränkungen des Asylartikels im Grundgesetz verständigt. "Unsere Hand ist ausgestreckt", sagte Frei. "Ich hoffe nur, dass Gabriels Intervention vor allem auch in der eigenen Partei gehört wird."

Gabriel hatte dem RND gesagt: "Wir müssen Hilfsbereitschaft und Mitmenschlichkeit verbinden mit klaren und durchsetzbaren Regeln für die Begrenzung von Zuwanderung." Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) lehnte den Vorstoß als wenig hilfreich ab. Mehr als drei Viertel der Menschen, die nach Deutschland kämen, genössen ein Schutzrecht und könnten gar nicht abgeschoben werden, sagte er der *Nordwest-Zeitung*. "Bei den anderen gibt es viele Menschen, deren Identität wir nicht klären können oder die von den Herkunftsstaaten nicht zurückgenommen werden."

Die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist zuletzt deutlich gestiegen. Im ersten Halbjahr beantragten 162.271 Menschen Schutz. Das entspricht rund 64 Prozent der Zahl des gesamten Jahres 2022. Hinzu kommt rund eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer, die seit Beginn des russischen Angriffskriegs aus dem Land geflohen sind.

Der Bund hatte den Ländern Mitte Mai eine Milliarde Euro als zusätzliche Beteiligung an den Kosten der Flüchtlingsversorgung für dieses Jahr zugesagt. Damit sollen sie dabei unterstützt werden, ihre Kommunen zusätzlich zu entlasten und die Digitalisierung der Ausländerbehörden zu finanzieren.

Load-Date: August 21, 2023

Städtetag warnt vor Aufwand bei Sachleistungen für Geflüchtete; Rechtlich seien Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber schon möglich, heißt es aus dem Städtetag. Dass es nicht umgesetzt werde, liege am hohen Aufwand für Kommunen.

ZEIT-online

Freitag 6. Oktober 2023 6:27 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationspolitik; Ausg. 1

Length: 628 words

Byline: Alena Kammer

Body

In der Debatte um Sachleistungen statt Bargeld für Asylbewerber hat der Städtetag vor hohem Aufwand für die Kommunen gewarnt. "Schon heute ist es rechtlich möglich, Sach- statt Geldleistungen an Asylbewerberinnen und Asylbewerber auszugeben. Dass das kaum eine Kommune so praktiziert, hängt mit dem hohen Verwaltungsaufwand zusammen", sagte die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Verbands, Verena Göppert, den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Es wäre eine "riesige logistische Herausforderung für die Städte", viele dezentrale Einrichtungen regelmäßig mit Lebensmitteln, Kleidung und anderen Artikeln des täglichen Bedarfs zu versorgen, sagte Göppert weiter. "Zwar ist eine Geldkarte oder Guthabekarte, die aktuell in der Diskussion ist, im Vergleich zu den Sachleistungen einfacher zu handhaben, aber auch eine Kartenlösung wäre nicht ohne zusätzlichen Aufwand für die Städte machbar." Es werde immer wieder einzelne Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz geben, die nicht über solche Karten abgewickelt werden könnten. "Dafür müssten dann doch wieder jeweils Einzelfallbewilligung mit Geldleistungen organisiert werden."

Zuvor hatte der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Dürr die Länder aufgefordert, bis zur nächsten Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November den Weg für Prepaid-Bezahlkarten für Asylbewerber freizumachen. "Die irreguläre Migration muss runter - dafür müssen Bargeldauszahlungen zügig gestoppt werden", hatte Dürr der Bild-Zeitung gesagt. Wenn sich bis zum 6. November nichts tue, "müssen wir über Steuergelder vom Bund gar nicht erst sprechen".

Habeck fordert Unterstützung für Kommunen

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sagte dem Spiegel, die Bundesregierung müsse der Realität angemessen auf das Thema Migration reagieren. "Wenn jetzt immer von Belastungsgrenze gesprochen wird, muss man entlasten. Die Kommunen unterstützen. Sicher finanziell, aber nicht nur." Bürgermeister erzählten ihm, dass sie kaum noch wüssten, wie sie Flüchtlinge unterbringen sollten. "Um die Ausländerbehörden zu entlasten, werden

Städtetag warnt vor Aufwand bei Sachleistungen für Geflüchtete Rechtlich seien Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber schon möglich, heißt es aus dem Städt....

wir deshalb zum Beispiel die Aufenthaltserlaubnisse für Ukrainer pauschal verlängern, sobald das EU-rechtlich geht. Und die Flüchtlinge, die jetzt schon hier sind, sollten schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden."

Auch die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan, mahnte einen beschleunigten Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete an. "Wir sollten allen Geflüchteten niedrigschwellig und unkompliziert Integration ermöglichen", sagte die SPD-Politikerin der Neuen Osnabrücker Zeitung. "Dazu gehört die Abschaffung von Arbeitsverboten und der schnelle Zugang zum Integrationskurs."

Reform des Asylrechts

Nach Einschätzung des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, wird das geltende Asylrecht den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht. Er forderte ebenfalls in den Funke-Zeitungen mit Blick auf die geplante europäische Asylreform, dass das Recht, einen Asylantrag stellen zu dürfen, "nicht länger zweckentfremdet werden kann als Türöffner und Rechtfertigung einer an sich illegalen Einwanderung".

Die Durchführung der aufwendigen Asylverfahren auch für die vielen Menschen, die offenkundig kein Recht auf Asyl und internationalen Schutz hätten, "war und ist dysfunktional und objektiv Rechtsmissbrauch", sagte er. Ob ein Schutzanspruch überhaupt in Betracht kommen kann, sollte nach Meinung Papiers bereits vor der Einreise in die EU und vor dem Grenzübertritt entschieden werden.

Friso Gentsch Erwachsene und Kinder am 5. Oktober auf dem Gelände der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) in Bramsche Friso Gentsch Erwachsene und Kinder am 5. Oktober auf dem Gelände der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) in Bramsche

Load-Date: October 6, 2023

Länder fordern mehr Geld und Unterstützung für Flüchtlingsversorgung; Vor dem Migrationsgipfel mit der Bundesregierung häufen sich die Forderungen aus den Ländern. CDU und FDP wollen die Sozialleistungen kürzen, insbesondere für Ukrainer.

ZEIT-online

Samstag 4. November 2023 9:23 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migrationsgipfel; Ausg. 1

Length: 1085 words

Byline: Sören Götz

Body

Zwei Tage vor dem **Migrationsgipfel** erneuern Bundesländer und Kommunen ihre Forderungen an den Bund, mehr Geld für die Versorgung von **Flüchtlingen** bereitzustellen. Mehrere Ministerpräsidenten und der Deutsche Städtetag betonten, dass das Angebot des Bundes aus ihrer Sicht nicht ausreiche.

Am Montag sprechen die Regierungschefinnen und -chefs der Länder mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in Berlin über Maßnahmen zur Begrenzung der irregulären **Migration**. Es geht aber auch um Geld zur Versorgung und Unterbringung von **Flüchtlingen**. Der Bund will nach ihren Angaben seinen Anteil von 3,75 auf 1,25 Milliarden Euro reduzieren. Das wollen die Länder jedoch nicht hinnehmen. In einem Beschluss hatten sie Mitte Oktober eine Pauschale von 1,25 Milliarden Euro sowie pro **Migrant** mindestens 10.500 Euro verlangt. Außerdem solle der Bund die Unterkunftskosten vollständig übernehmen.

Städtetag fordert "atmendes System der Finanzierung"

Der Deutsche Städtetag hält das Angebot des Bundes ebenso für unzureichend. Präsident Markus Lewe forderte in den Funke-Zeitungen, Scholz sollte "deutlich mehr im Gepäck haben als die bisher angekündigten 1,7 Milliarden Euro für eine Pro-Kopf-Pauschale". Der Betrag für die Pauschale müsse "mindestens verdoppelt werden". Das Treffen am Montag werde nur dann ein voller Erfolg, "wenn wir endlich ein atmendes System der Finanzierung bekommen, das sich den Flüchtlingszahlen dynamisch anpasst und bereits für 2024 im Bundeshaushalt abgesichert ist", sagte Lewe.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) forderte eine bundesweite und möglichst auch europaweite Angleichung von Asylbewerberleistungen. Wenn sich in anderen Ländern bereits abgelehnte Asylbewerber auf den Weg nach Deutschland machten, habe das auch mit dem Leistungsniveau zu tun, sagte Wüst der Welt am Sonntag. Dazu gehöre eine dauerhafte Finanzierungsvereinbarung, die den realen Kosten gerecht werde. "Das, was bisher vom Bund angeboten wird, ist - höflich ausgedrückt - völlig inakzeptabel", sagte Wüst. Wenn mehr Menschen kämen, müsse auch mehr Geld fließen.

Länder fordern mehr Geld und Unterstützung für Flüchtlingsversorgung Vor dem Migrationsgipfel mit der Bundesregierung häufen sich die Forderungen aus den Länder....

Dringend nötig seien darüber hinaus mehr Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern. "Wir sollten uns nicht hinter Europa verstecken", sagte Wüst. "Das ist auch eine nationale Aufgabe." Das Thema sei "zu lange in der Bundesregierung nicht Chefsache gewesen". Wüst erneuerte seinen Vorschlag, Abkommen mit Ländern zu schließen, die entlang der Fluchtrouten rechtssichere Verfahren durchführen könnten, bevor Menschen auf gefährlichen Wegen ihr Leben riskierten.

Migrationsgipfel entscheide über die politische Zukunft Deutschlands

Sachsen-Anhalts Regierungschef Haseloff sagte der Nachrichtenagentur dpa: "Der Bund trägt die Verantwortung für die Sicherung der Außengrenzen. Da kann es nicht sein, dass der Bund nur einen Bruchteil der Kosten übernehmen will." Die Kapazitätsgrenzen seien erreicht. Die Dauerbelastung sei von Kommunen und Ländern nicht mehr zu bewältigen.

"Weil wir die Zuwanderung nicht steuern und illegale Migration nicht stoppen, müssen immer mehr Haushaltsmittel für diesen Bereich aufgewendet werden. Das akzeptieren viele Menschen nicht mehr", sagte der CDU-Politiker. Nötig sei am Montag ein "echter Durchbruch". "Ansonsten werden wir als Staat insgesamt weiter an Glaubwürdigkeit verlieren. Der Rechtsruck ist in vollem Gange. Letztendlich entscheidet der Montag nicht unwesentlich über die politische Zukunft Deutschlands", sagte Haseloff.

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) sagte der dpa, viele Kommunen seien mit der Unterbringung von Geflüchteten "am Anschlag". "Unstrittig ist auch, dass die Stimmung in der Bevölkerung sehr verunsichert ist." Dreyer gestand aber auch zu, die Bundesregierung habe in kurzer Zeit weitreichende Forderungen der Länder umgesetzt, um die Flüchtlingsbewegung zu begrenzen.

CDU und FDP wollen Sozialleistungen kürzen

Politiker von CDU und FDP schlagen außerdem geringere Leistungen für ukrainische Geflüchtete vor. Diese erhalten in Deutschland im Gegensatz zu allen anderen Geflüchteten automatisch Bürgergeld und seien damit bessergestellt. "Angesichts der extrem ungleichen Verteilung der Geflüchteten in Europa müssen wir über die konkrete Ausgestaltung der Hilfen noch einmal neu nachdenken", sagte Thorsten Frei, der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsbundestagsfraktion, dem Spiegel. Man müsse der Frage nachgehen, "warum die Zahl der Kriegsflüchtlinge, die hierzulande einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgehen, so viel niedriger ist als in den anderen europäischen Ländern".

Unterstützung aus der Ampelkoalition bekommen die CDU-Politiker vom FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler. "Das Bürgergeld setzt falsche Anreize für Flüchtlinge - auch für die aus der Ukraine", sagte Schäffler dem Spiegel. FDP-Fraktionschef Christian Dürr bekräftigte in der Augsburger Allgemeinen die Forderung seiner Partei, die Leistungen für ausreisepflichtige abgelehnte Asylbewerber deutlich abzusenken. Dafür hatten sich auch die FDP-Minister Christian Lindner und Marco Buschmann ausgesprochen.

Widerspruch kommt aus den anderen Koalitionsparteien. "Was uns nicht helfen wird, sind Leistungskürzungen und Stimmungsmache gegen Geflüchtete", sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Helge Lindh dem Spiegel. Deutschland habe sich bewusst dazu entschieden, den Ukrainerinnen und Ukrainern beizustehen. "Das sollte man in so einer Debatte nicht leichtfertig revidieren", sagte Lindh. Die Grünenvorsitzende Ricarda Lang sagte dem Magazin: "In der aktuellen Debatte dürfen wir nicht in einen Überbietungswettbewerb um die vermeintlich härteste Forderung verfallen." Stattdessen gelte es, das voranzutreiben, was den Kommunen vor Ort tatsächlich hilft.

Felix Kästle Original BU: Blick in die Unterkunft in der Burachhalle. In rund 1200 Arbeitsstunden haben Technischen Hilfswerk und Feuerwehr die Unterkunft über ein Wochenende aufgebaut. Bis zu 300 Personen haben in der Sporthalle Platz. Eine Wohnraum hat 16 Quadratmeter und bis zu sechs Schlafmöglichkeiten. +++ dpa-Bildfunk +++ Felix Kästle Original BU: Blick in die Unterkunft in der Burachhalle. In rund 1200 Arbeitsstunden haben Technischen Hilfswerk und Feuerwehr die Unterkunft über ein Wochenende aufgebaut. Bis zu 300 Personen

Länder fordern mehr Geld und Unterstützung für Flüchtlingsversorgung Vor dem Migrationsgipfel mit der Bundesregierung häufen sich die Forderungen aus den Länder....

haben in der Sporthalle Platz. Eine Wohnraum hat 16 Quadratmeter und bis zu sechs Schlafmöglichkeiten. +++
dpa-Bildfunk +++

Load-Date: November 4, 2023

End of Document

**Viele Geflüchtete haben bereits Asyl in einem EU-Staat beantragt;
Geflüchtete sollen in dem EU-Land um Asyl bitten, das sie zuerst betreten
haben. Bei Zehntausenden Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, ist
das nicht der Fall.**

ZEIT-online

Samstag 4. November 2023 5:19 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 330 words

Byline: Eva Casper

Body

Ein nicht unerheblicher Teil der Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, hat zuvor bereits in einem anderen Staat der Europäischen Union einen **Asylantrag** gestellt. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage des AfD-Abgeordneten Leif-Erik Holm hervor. Darin heißt es, 44.744 Menschen, die in den ersten neun Monaten dieses Jahres in Deutschland einen **Asylantrag** gestellt haben, hätten dies zuvor auch schon in einem anderen EU-Mitgliedsstaat getan.

Im gleichen Zeitraum haben insgesamt rund 251.000 Menschen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) einen Asylantrag gestellt. Bei knapp 234.000 davon handelte es sich um Erstanträge in Deutschland.

Nach der sogenannten Dublin-Verordnung sollen Asylbewerber da registriert werden, wo sie die Europäische Union zuerst betreten haben. Dieses Land ist in der Regel auch für den Asylantrag zuständig. In der Praxis funktioniert das System aber nur begrenzt.

Nur wenige werden in andere EU-Länder zurückgeschickt

So sperrt sich beispielsweise aktuell Italien gegen die Umsetzung der Dublin-Regeln - auch unter Verweis auf die hohe Zahl der neu ankommenden Bootsflüchtlinge. Im ersten Halbjahr dieses Jahres gab es laut Bundesregierung lediglich neun Dublin-Überstellungen nach Italien.

Gegen Abschiebungen nach Griechenland gibt es Urteile von Obergerverwaltungsgerichten. Diese hatten argumentiert, dort bestehe für anerkannte Flüchtlinge das Risiko, obdachlos zu werden und in eine Situation extremer materieller Not zu geraten. Auch Griechenland ist ein Land mit EU-Außengrenze, in dem viele Asylbewerber ankommen.

Zwischen Anfang Januar und Ende September wurden insgesamt laut Bundesinnenministerium knapp 3.800 Menschen nach den Dublin-Regeln in einen anderen EU-Mitgliedsstaat zurückgeschickt.

Viele Geflüchtete haben bereits Asyl in einem EU-Staat beantragt Geflüchtete sollen in dem EU-Land um Asyl bitten, das sie zuerst betreten haben. Bei Zehntausen....

Boris Roessler Ein Junge in der hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen Boris Roessler Ein Junge in der hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen

Load-Date: November 4, 2023

End of Document

Kabinett beschließt Lockerung von Arbeitsverbot für Asylbewerber; Die Koalition will Abschiebungen erleichtern und zugleich die Beschäftigung von Migranten fördern. Eine Gesetzesänderung soll den Arbeitsmarkt für Asylbewerber öffnen.

ZEIT-online

Mittwoch 1. November 2023 1:17 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationspaket; Ausg. 1

Length: 572 words

Byline: Isabelle Daniel

Body

Geduldete Ausländer und **Asylbewerber** sollen künftig schneller Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Das sieht eine Formulierungshilfe vor, die das Bundeskabinett nach Angaben aus Regierungskreisen beschlossen hat. Sie sieht vor, dass Geduldeten im Regelfall eine Beschäftigungserlaubnis erteilt wird. Außerdem soll das Arbeitsverbot für **Geflüchtete**, die in Erstaufnahmeeinrichtungen für Alleinstehende leben, bereits nach sechs Monaten entfallen. Bisher galt das Verbot für neun Monate.

Der Beschluss ist Teil eines Migrationspakets, das auch Neuregelungen für die schnellere Abschiebung abgelehnter Asylbewerber umfasst. Mit dem schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt will die Bundesregierung eine höhere Beschäftigung von Asylsuchenden erreichen. Dies soll auch Städte und Gemeinden bei den Sozialleistungen entlasten.

Etwa 300.000 Menschen ausreisepflichtig

"Arbeitgeber suchen händeringend nach Arbeitskräften, Kommunen brauchen Entlastung und Menschen, die arbeiten, tragen etwas bei, werden Steuerzahler", sagte der stellvertretende Grünenfraktionsvorsitzende Andreas Audretsch. Während die Union und andere in der Migrationspolitik rhetorisch eskalierten, kümmere sich die Ampelkoalition um pragmatische Lösungen.

Im Kern geht es um drei Änderungen. Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen sollen künftig bereits nach sechs statt neun Monaten arbeiten dürfen. Die zweite Änderung betrifft die Duldung, die abgelehnte Asylbewerber im Fall von Beschäftigung oder Ausbildung erhalten können: Davon sollen Ausländer profitieren können, die bis zum 31. Dezember 2022 nach Deutschland gekommen sind. Bisher war der Stichtag der 31. August 2018. Drittens sollen Ausländerbehörden ihre Zustimmung zur Beschäftigung von geduldeten Ausländern künftig im Regelfall erteilen. Bisher ist dies nur eine Kann-Regelung, die im Ermessen der Behörde liegt.

Kabinett beschließt Lockerung von Arbeitsverbot für Asylbewerber Die Koalition will Abschiebungen erleichtern und zugleich die Beschäftigung von Migranten förde....

Geduldete sind Menschen, die zwar ausreisepflichtig sind, aber aus bestimmten Gründen nicht abgeschoben werden können. Laut Ausländerzentralregister waren Ende 2022 etwa 304.000 Menschen ausreisepflichtig, davon etwa 248.000 mit einer Duldung.

Moldau und Georgien auf Liste sicherer Herkunftsländer

Ziel der Maßnahme ist nach Angaben aus Regierungskreisen auch, eine größere Akzeptanz von Flüchtlingen in der Bevölkerung zu erreichen. Die Bundesregierung wolle deshalb auch ukrainische Kriegsflüchtlinge schneller in den Arbeitsmarkt integrieren. Unklar ist noch, ob und wann Asylbewerber zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden können. Unter anderem darüber wollen Bund und Länder am 6. November über umfassende Neuregelungen zur Migration beraten.

Den Angaben zufolge stimmte das Kabinett zudem für die Ausweitung der Liste der sogenannten sicheren Herkunftsländer: Abschiebungen sollen dadurch künftig auch nach Georgien und in die Republik Moldau einfacher werden. Für Asylbewerber aus diesen Ländern ist wegen der niedrigen Anerkennungsquote ein beschleunigtes Verfahren vorgesehen.

Ebenfalls verabschiedet wurde ein Vorschlag für die Verschärfung der Strafvorschriften für Schleuser. Wenn diese das Leben von Menschen leichtfertig gefährden, sollen sie demnach künftig mit einer lebenslangen Freiheitsstrafe oder Haft von 10 bis 15 Jahren bestraft werden. Bislang liegt der Strafraum hier bei 3 bis 15 Jahren.

Michael Kappeler Bundesministerin des Innern und Heimat Nancy Faeser Michael Kappeler Bundesministerin des Innern und Heimat Nancy Faeser

Load-Date: November 1, 2023

**Lars Klingbeil sieht keine "Zaubermaßnahme" zur Migrationsbegrenzung;
Der SPD-Vorsitzende hat davor gewarnt, sich für eine Patentlösung beim
Thema irreguläre Migration auszusprechen. Das führe lediglich zu
populistischen Schlagzeilen.**

ZEIT-online

Sonntag 24. September 2023 12:44 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Geflüchtete in Deutschland; Ausg. 1

Length: 451 words

Byline: Alena Kammer

Body

Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil hat sich gegen vermeintliche Patentlösungen beim Thema irreguläre **Migration** ausgesprochen. "Ich weigere mich, so zu tun, als gäbe es die eine Zaubermaßnahme", sagte Klingbeil der Bild am Sonntag. "Das liefert eine populistische Schlagzeile, führt aber nicht dazu, dass auch nur ein Mensch weniger nach Deutschland kommt."

Klingbeil sprach sich für schnellere Verfahren aus, damit Flüchtlinge Klarheit haben, ob sie bleiben und hier arbeiten können - oder wieder gehen müssen. Es sollten mehr Migrationsabkommen mit Herkunftsländern verhandelt und Schleuser müssten besser bekämpft werden. Auch die Überlegung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), die Grenzen zu Tschechien und Polen stärker zu kontrollieren, sei "genau richtig".

CDU-Chef Friedrich Merz hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zuvor aufgefordert, bei dem Thema gemeinsam mit der Union eine Lösung zu suchen. "Ich biete Ihnen an: Lassen Sie uns das zusammen machen, und wenn Sie das mit den Grünen nicht hinbekommen, dann werfen Sie sie raus, dann machen wir es mit Ihnen - aber wir müssen dieses Problem lösen", sagte er beim CSU-Parteitag.

Der stellvertretende hessische Ministerpräsident Tarek Al-Wazir (Grüne) sprach von schwierigen, aber auch unumgänglichen Entscheidungen. Wer am Ende eines Verfahrens kein Bleiberecht habe, müsse das Land wieder verlassen, sagte der Grünen-Spitzenkandidat bei der bevorstehenden Landtagswahl dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. "Auch das müssen wir durchsetzen, wenn wir das Asylrecht schützen wollen."

Thema Migration gewinnt an Bedeutung

Aus Ländern und Kommunen kamen zuletzt zunehmende Warnungen vor einer Überlastung. Bis Ende August registrierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mehr als 204.000 Erstanträge auf Asyl - ein Plus von 77 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dazu kommt, dass wegen des russischen Kriegs mehr als eine Million Menschen aus der Ukraine in Deutschland Schutz suchten, die keinen Asylantrag stellen müssen.

Lars Klingbeil sieht keine "Zaubermaßnahme" zur Migrationsbegrenzung Der SPD-Vorsitzende hat davor gewarnt, sich für eine Patentlösung beim Thema irreguläre Mig....

Auch innerhalb der Bevölkerung gewinnt das Thema an Bedeutung. Bei einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa für die Bild am Sonntag gaben 51 Prozent der Befragten an, dass die Bundesregierung für Steuerung und Begrenzung der Migration sorgen müsse. Im Dezember waren es noch 33 Prozent.

Sven Hoppe Lars Klingbeil, SPD-Bundesvorsitzender, nimmt am Ludwig-Erhard-Gipfel teil. An dem zweitägigen Gipfel nehmen Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien teil. \x{200b} Sven Hoppe Lars Klingbeil, SPD-Bundesvorsitzender, nimmt am Ludwig-Erhard-Gipfel teil. An dem zweitägigen Gipfel nehmen Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien teil. \x{200b}

Load-Date: September 24, 2023

End of Document

Britische Regierung bringt erste Asylsuchende auf Schiff unter; Um Migranten abzuschrecken, setzt Premierminister Sunak eine Reihe drastischer Maßnahmen um. Unter anderem sollen Asylbewerber auf einem Schiff auf ihr Verfahren warten.

ZEIT-online

Montag 7. August 2023 1:59 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Großbritannien; Ausg. 1

Length: 486 words

Byline: Stella Männer

Body

PA Wire

Das Wohnschiff «Bibby Stockholm» im Hafen von Portland

Die britische Regierung hat damit begonnen, **Asylsuchende** auf einem dreistöckigen Lastkahn vor der Küste unterzubringen. Die ersten Männer kamen nach Medienberichten am Hafen der südenglischen Stadt Portland an. Auf dem Schiff namens *Bibby Stockholm* sollen 500 Männer im Alter zwischen 18 und 65 Jahren bis zum Ausgang ihres **Asylverfahrens** untergebracht werden.

Premierminister Rishi Sunak will Migranten mit drastischen Maßnahmen wie dieser abschrecken, nach Großbritannien zu kommen. Menschen sollen in Haft kommen, wenn sie ohne Erlaubnis einreisen. Sie sollen so schnell wie möglich abgeschoben werden und dürfen nicht mehr Asyl in Großbritannien beantragen ohne Rücksicht auf die persönlichen Umstände.

Kapazität deutlich erhöht

Die Zahl irregulär eingereister Menschen stieg im vergangenen Jahr auf 45.000, obwohl konservative Kräfte angekündigt hatten, mit dem Brexit werde die Migration abnehmen. Allerdings gibt es seitdem kein Rücknahmeabkommen mehr mit der EU. Mit der Unterbringung auf dem Schiff will die britische Regierung sowohl ein Platzproblem von Migranten lösen als auch hohe Kosten durch Hotelzimmer vermeiden. Die Regierung will noch weitere ähnliche Lastkähne einsetzen.

Die *Bibby Stockholm* wurde zuletzt als schwimmende Unterkunft für Ölarbeiter genutzt. Sie hatte Mitte der Neunzigerjahre in Hamburg auch Asylsuchende und Obdachlose beherbergt. Damals war sie für etwa 200 Menschen ausgelegt. Wie die BBC berichtete, wurde die Kapazität nun auch mithilfe von Stockbetten auf 500 erhöht. Die Feuerwehrgewerkschaft warnte deshalb vor Risiken.

Britische Regierung bringt erste Asylsuchende auf Schiff unter Um Migranten abzuschrecken, setzt Premierminister Sunak eine Reihe drastischer Maßnahmen um. Unte....

Abschreckung für Unternehmen und Vermieter

"Es scheint, dass diese Regierung alles tun wird, um Asylsuchenden das Gefühl zu geben, in diesem Land unwillkommen und unsicher zu sein", sagte Steve Valdez-Symonds von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International. Er warnte vor einer Retraumatisierung von Flüchtlingen, die Krieg und Vertreibung entkommen sind. "Es sollte große Bedenken geben, jede Person auf Wohnräume von der typischen Größe eines Autoparkplatzes zu beschränken." Die Flüchtlingshilfe Care4Calais teilte mit, Einsprüche von Anwälten hätten verhindert, dass mehrere Asylsuchende an Bord mussten.

Zur Abschreckung will die britische Regierung unter anderem auch die Geldstrafen für Unternehmen und Vermieter deutlich erhöhen, die irregulär eingereiste Migranten beschäftigen oder unterbringen. Schwarzarbeit und illegale Vermietungen seien wesentliche Anziehungsfaktoren für Menschen, die meist in kleinen Booten den Ärmelkanal überqueren, sagte Premierminister Sunak. Die Strafen sollen von 15.000 auf 45.000 Pfund (das entspricht rund 52.000 Euro) je illegal beschäftigtem Arbeiter steigen. Wohnungsbesitzer sollen statt 1.000 künftig 10.000 Pfund je unerlaubtem Mieter zahlen.

Load-Date: August 7, 2023

Geld oder Zäune; Bund gegen Länder, Grüne gegen FDP: Vor dem Migrationsgipfel eskaliert der Streit. Passt sich die deutsche Regierung auch immer mehr dem Orbán-Kurs an?

ZEIT-online

Dienstag 9. Mai 2023 2:23 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

Length: 1372 words

Byline: Tilman Steffen

Body

Arne Dedert

Ein **Flüchtlingskind** aus der Türkei steht im Februar 2023 in Bensheim in einem Zelt der **Flüchtlingsunterkunft** vor einer Wohnparzelle.

Für abgelehnte **Asylbewerber** könnte der **Flüchtlingsgipfel** spürbare Folgen haben: Um sie aus Deutschland abzuschieben, suchte die Polizei die Betroffenen bisher oft in ihrer Wohnung auf, um sie zum Flughafen zu bringen. Doch manche der Betroffenen tauchten vorher ab.

Das könnte demnächst unmöglich werden, wenn Bund und Länder am Mittwoch beschließen, was sie in einem Entwurf für ihr lang erwartetes Spitzentreffen festgehalten haben. Darin befürworten Bundeskanzleramt und die Ministerpräsidenten nämlich die "Einrichtung zentraler Ankunftseinrichtungen, damit Rückführungen auch direkt aus diesen Einrichtungen heraus betrieben werden können". Das bedeutet: Bestimmte **Asylbewerberinnen** und **Asylbewerber** würden künftig aus Deutschland abgeschoben, ohne sich jemals im Land frei bewegt zu haben.

Das Vorhaben ist eines von mehreren, mit denen das Bundeskanzleramt den Konflikt mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Bundesländer entschärfen will. Seit Monaten nimmt der Streit um die Migrationspolitik zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu. Wenn Kanzler Olaf Scholz die 16 Regierungschefs und -chefinnen aus den Ländern am Mittwoch empfängt, dürfte weiter gestritten werden. Das deuten jedenfalls mehrere Teilnehmer der Sitzung in Vorgesprächen an. Ohne Zugeständnisse von der Bundesregierung könnte das Treffen ohne substanzielle Ergebnisse enden damit würde die Lösung einer größer werdenden Aufgaben weiter verschleppt.

Deutschland beherbergt derzeit eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer. Zudem kamen von Januar bis April 102.000 Asylbewerber ins Land, 78 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Während der Bund die Kosten für die Ukrainer fast vollständig trägt, verlangen Länder und Kommunen wegen der steigenden Asylbewerberzahlen mehr Geld von der Bundesregierung. Doch Kanzler und Finanzminister Christian Lindner (FDP) weigern sich bislang, dem nachzugeben.

Geld oder Zäune Bund gegen Länder, Grüne gegen FDP: Vor dem Migrationsgipfel eskaliert der Streit. Passt sich die deutsche Regierung auch immer mehr dem Orbán-K....

Länder erwarten 400.000 neue Geflüchtete

Verkürzt ausgedrückt stellt sich das Hin und Her so dar: Der Bund betont, er zahle jährlich fast 16 Milliarden Euro für Geflüchtete. Man habe den Ländern für dieses Jahr 2,75 Milliarden Euro für die gestiegenen Flüchtlingskosten zugesichert. Doch die gäben das Geld nicht voll an die Städte und Gemeinden weiter, die sich um die Flüchtlinge kümmern müssten. Zudem hätten die Länderhaushalte jüngst zwölf Milliarden Euro Überschüsse erzielt, von Geldmangel könne also keine Rede sein.

Die Länder weisen das zurück: Die Überschüsse seien nach der Corona-Krise entstanden, als Einmaleffekt. Die Regierungschefs beklagen, dass der Bund allein für die steigenden Flüchtlingszahlen verantwortlich sei denn Grenzschutz und Asylrecht sind Bundessache. Und sie verlangen mindestens zwei weitere Milliarden Euro für dieses Jahr, darunter die 100-prozentige Übernahme aller Unterkunftskosten. Und zwar nicht als Pauschalbetrag, sondern pro ankommendem Flüchtling 1.000 Euro und Monat. Die Kommunen unterstützen das: "Der Bund muss sich an dieser Stelle stärker engagieren", sagt Kay Ruge, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, ZEIT ONLINE.

In den Bundesländern rechnet man mit bis zu 400.000 Flüchtlingen in diesem Jahr, die ankommenden Ukrainerinnen und Ukrainer nicht mitgerechnet. Groß ist die Sorge, wie 2015 Turnhallen für Geflüchtete freiräumen zu müssen. "Die Kapazitäten bei der Unterbringung sind begrenzt und vielerorts bereits ausgelastet", fasst Ruge vom Landkreistag die Nöte der Kommunen zusammen. "Wenn es mit den hohen Flüchtlingszahlen so weitergeht, ist die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge für uns im Jahresverlauf nicht mehr lange durchhaltbar." Doch man wolle auf eine menschenwürdige Unterbringung nicht verzichten.

Dabei war eigentlich genügend Gelegenheit, den Streit beizulegen. Im Februar die Flüchtlingszahlen waren bereits stark gestiegen hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser die Amtskollegen aus den Bundesländern zum Migrationsgipfel geladen, im März folgte ein Bund-Länder-Treffen, das bei der Flüchtlingsthematik nur Allgemeinplätze ergab. Auf Faesers Gipfel wurde lediglich beschlossen, vier Arbeitsgruppen einzusetzen. Sie sollten sich den Themen Quartiere und Geld, Verfahrensbeschleunigung, Integration und Migrationsbegrenzung widmen. Doch sie brachten kaum Fortschritte in der Sache, wie das ZEIT ONLINE vorliegende Ergebnispapier zeigt.

"Die Anliegen der Integrationsministerinnen und -minister wurden da ausradiert", beklagt etwa Doreen Denstedt (Grüne), Integrationsministerin in Thüringen, im Gespräch mit ZEIT ONLINE. Sie verweist auf die Integration der schon in Deutschland befindlichen Flüchtlinge, die Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse. "Das ist ärgerlich", sagt Denstedt. "Man könnte sagen, das ist Absicht." Viele Passagen des Ergebnispapiers dokumentieren lediglich den Dissens: "Der Bund zweifelt die Geeignetheit dieser Maßnahme an", heißt es etwa zu der Forderung der Kommunen nach bundeseigenen Erstaufnahmezentren.

Nicht nur Sachsen-Anhalts Innenministerin Tamara Zieschang will diesen Stillstand nicht hinnehmen: "Es bedarf einer schnellstmöglichen Einigung über mehr Unterstützung des Bundes", sagte die CDU-Politikerin ZEIT ONLINE. "Ein 'Es bleibt alles, wie es ist' des Bundes reicht schon lange nicht mehr aus." NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) rechnet vor, effektiv trage der Bund von den vier Milliarden Euro Flüchtlingskosten, die dieses Jahr allein in NRW anfallen, nur 20 Prozent.

Bundeskanzler Scholz bemühte sich in den Tagen vor dem Gipfel, den Konflikt zu deeskalieren: In seinem Beschlussentwurf für den Flüchtlingsgipfel, der am Montag bekannt wurde, benennt das Kanzleramt konkrete Schritte, durch die illegale Migration begrenzt werden soll denn das ist neben der Geldfrage die zweite zentrale Forderung der Länderchefs und Kommunalvertreter. Neben der Abschiebung direkt aus der Aufnahmeeinrichtung heraus soll die Abschiebehaft von derzeit zehn auf bis zu 28 Tage verlängert werden können. Die Dienstbereitschaft zuständiger Behörden soll ausgeweitet werden, um Abschiebungen insgesamt besser vorbereiten und organisieren zu können. Dafür sollen etwa auch Behördenvertreter Gemeinschaftsunterkünfte betreten dürfen, was die Rechtslage bisher nicht zuließ.

Geld oder Zäune Bund gegen Länder, Grüne gegen FDP: Vor dem Migrationsgipfel eskaliert der Streit. Passt sich die deutsche Regierung auch immer mehr dem Orbán-K....

Ein Teil des Scholz-Papiers referiert weitere Punkte, die bekannt oder beschlossen sind: Um die Identität von Geflüchteten festzustellen, sollen weiterhin auch deren Handys durchsucht werden können. Ausländerbehörden sollen entlastet, Gerichtsverfahren verkürzt werden.

FDP will EU-Außengrenzen stärker sichern

Doch es wäre zu einfach, hätten in der Migrationsfrage nur Bund und Länder Differenzen. Auch die Ampel-Parteien der Bundesregierung sind sich alles andere als einig. Grünenchefin Ricarda Lang unterstützt die Forderung der Länder nach mehr "finanzieller Beteiligung des Bundes". SPD und die FDP von Finanzminister Lindner lehnen dies bislang ab.

Während die Grünen auch eine restriktivere Migrationspolitik kritisch sehen, befürwortet die FDP einen stärkeren Schutz der EU-Außengrenzen. Um Asylverfahren "deutlich zu beschleunigen", sagte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai, solle Europa investieren, in "alles, was dazugehört, auch Zäune". Zwar hat die Bundesregierung auf die EU-Migrationspolitik nur begrenzten Einfluss, denn entschieden wird im Rat der Regierungschefs wo eben auch rechtskonservative Migrationsgegner wie Ungarns Regierungschef Viktor Orbán mitreden und andere südosteuropäische EU-Staaten, die bereits Dutzende Kilometer Stacheldrahtzaun errichtet haben.

Bislang stand Deutschland in diesem Konflikt für offene Binnengrenzen und ein liberales Migrationsrecht, doch das ändert sich. Das hat neben dem Migrationsdruck auch mit politischen Erwägungen zu tun, mitunter weil im Osten Deutschlands die AfD stärker wird. Integrationspolitiker wie die Thüringer Ministerin Denstedt äußern sich besorgt, dass die Regierungen immer restriktiver vorgehen: "Wir haben uns jahrelang über die Hardliner aufgeregt und gesagt, dass wir Abschottung eigentlich nicht wollen." Jetzt, sagt die Grünenpolitikerin, orientierten sich in Europa immer mehr Regierungen am Orbán-Kurs.

Load-Date: May 9, 2023

Mehr Sozialleistungen, mehr Migration?; FDP und CDU fordern Kürzungen von Sozialleistungen für Asylbewerber. Die Zahlungen seien Magnete der Migration. Und: Marine Le Pen profitiert von ihrer Israel-Strategie.

ZEIT-online

Montag 6. November 2023 5:56 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationspolitik; Ausg. 1

Length: 340 words

Byline: Hannah Grünewald

Body

Heute findet in Berlin die Ministerpräsidentenkonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz statt. Auf der Tagesordnung stehen Themen wie das Deutschlandticket sowie die **Migrationspolitik**. Die Bundesländer und Kommunen fordern den Bund auf, sich finanziell stärker an der Versorgung und Unterbringung von **Flüchtlings** zu beteiligen. Auch die Sozialleistungen für **Flüchtlings** werden wahrscheinlich Gegenstand der Beratungen sein. CDU und FDP fordern diese zu kürzen, um Deutschland als **Migrationsziel** unattraktiver zu machen. Ob die Höhe der Sozialleistungen tatsächlich mit einem erhöhten **Migrationsaufkommen** in Verbindung steht, ist dabei wissenschaftlich höchst umstritten. Lenz Jacobsen ist Politikredakteur bei ZEIT ONLINE. Im Podcast erklärt er, was an dieser These dran ist.

Marine Le Pen, ehemalige Vorsitzende der rechtsextremen Partei Rassemblement National, positioniert sich momentan öffentlich als Verteidigerin Israels und täuscht damit, anscheinend erfolgreich, über die antisemitischen Tendenzen und Anfänge ihrer Partei hinweg. Laut einer aktuellen Umfrage käme sie momentan im ersten Wahlgang als Präsidentschaftskandidatin auf über 30 Prozent der Stimmen. Das ist das erste Mal in der Geschichte der Partei. In den Wahlen 2022 erlangte sie im ersten Wahlgang 23 Prozent der Stimmen. Ihr Vater Jean-Marie Le Pen, der die Vorläuferpartei Front National gegründet hatte, äußerte sich wiederholt antisemitisch und wurde dafür sogar verurteilt. 2016 wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Doch der Kurs der Partei hat sich wenig verändert. Welche Strategie Marine Le Pen momentan verfolgt, ordnet Annika Joeres ein. Sie berichtet für ZEIT ONLINE aus Frankreich.

Und sonst so: Der weltweite Buchmarkt wächst. Hören Sie hier unseren neuen Buchpodcast Was liest du gerade?

Moderation und Produktion: Hannah Grünewald

Mitarbeit: Mathias Peer und Lea Schüler

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter wasjetzt@zeit.de.

Mehr Sozialleistungen, mehr Migration? FDP und CDU fordern Kürzungen von Sozialleistungen für Asylbewerber. Die Zahlungen seien Magnete der Migration. Und: Mari....

Load-Date: November 6, 2023

End of Document

Scholz ruft nach AfD-Erfolgen zur "Verteidigung der Demokratie" auf; Die AfD hat bei den Wahlen in Hessen und Bayern deutlich zugelegt. Der Bundeskanzler ist besorgt. Auch beim Thema irreguläre Migration sieht Olaf Scholz Handlungsbedarf.

ZEIT-online

Dienstag 10. Oktober 2023 3:10 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Bundeskanzler; Ausg. 1

Length: 429 words

Byline: Tobias Dorfer

Body

Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich beunruhigt über die Gewinne der AfD bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen gezeigt. "Die Stimmen, die auf eine rechtspopulistische Partei in Deutschland entfallen sind, müssen uns besorgen", sagte der SPD-Politiker zum Abschluss der deutsch-französischen Kabinettsklausur in Hamburg. "Das geht schon um die Verteidigung der Demokratie."

Die AfD war bei der hessischen Landtagswahl mit 18,4 Prozent der Stimmen auf Platz zwei hinter der CDU gelandet. In Bayern legte sie ebenfalls deutlich zu und kam hinter CSU und Freien Wählern mit 14,6 Prozent auf den dritten Platz.

Scholz antwortete nicht direkt auf eine Frage, ob er sich den Rechtsruck auch mit der Migrationspolitik erkläre und hier einen Kurswechsel plane. Die Bundesregierung habe "schon sehr lange angefangen, eine sehr konsistente Politik im Umgang mit Migration zu entwickeln", sagte er. Es sei klar, dass sie dabei auch dafür Sorge tragen müsse, "dass die irreguläre Migration zurückgedrängt wird". Scholz bekräftigte dabei seine Äußerung, dass die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, "zu hoch" sei. In Europa könnte die Zahl der Asylanträge nach Daten der EU-Asylagentur in diesem Jahr einen Höchststand erreichen.

Nationalismus ist laut Macron "eine Antwort auf die Frage der Migration"

Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron sagte, dass das Erstarken des Nationalismus "natürlich auch eine Antwort auf die Frage der Migration" sei. Deshalb brauche man eine effiziente Antwort, "das heißt ein Europa, das koordiniert gemeinsam die Ankünfte verhindert durch Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern". Scholz verwies darauf, dass eine Reform der EU-Asylpolitik bereits begonnen habe und auch in Deutschland neue Regelungen wie schnellere Abschiebungen oder die Ausweitung sogenannter sicherer Herkunftsländer beschlossen wurden.

Scholz ruft nach AfD-Erfolgen zur "Verteidigung der Demokratie" auf Die AfD hat bei den Wahlen in Hessen und Bayern deutlich zugelegt. Der Bundeskanzler ist bes....

Zur AfD sagte Scholz, es gebe "gar keinen Zweifel daran", dass die Partei politische Positionen vertrete, "die mit den Vorstellungen, die wir von Freiheit, Demokratie, von Rechtsstaatlichkeit, von sozialer Marktwirtschaft, von Sozialstaat und Bildungsstaat haben, nicht gut vereinbar sind".

Und "schon gar nicht" seien sie vereinbar "mit dem, was wir als gemeinsame europäische Perspektive entwickeln müssen", sagte der Kanzler. Denn ein "Teil unseres Wohlstands, aber auch unserer Sicherheit" basiere ganz klar darauf, "dass wir zusammenarbeiten an der Europäischen Union".

Jorge Guerrero Bundeskanzler Olaf Scholz Jorge Guerrero Bundeskanzler Olaf Scholz

Load-Date: October 10, 2023

**Bundesregierung weist Forderung nach Obergrenze für Geflüchtete zurück;
CSU-Chef Markus Söder wünscht sich eine "Integrationsgrenze", die
Bundesregierung hält an einer europäischen Lösung fest. Eine Obergrenze
löse das Problem nicht.**

ZEIT-online

Montag 18. September 2023 2:29 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 573 words

Byline: Jona Spreter

Body

Die Bundesregierung hat die Forderungen von CDU und CSU nach einer Obergrenze zur Aufnahme von **Geflüchteten** in Deutschland zurückgewiesen. "Eine Obergrenze löst das Problem nicht", sagte Vizeregierungssprecher Wolfgang Büchner. Das Problem müsse auf europäischer Ebene gelöst werden: "Die einzige vernünftige Möglichkeit, bei diesem komplexen Thema **Migration** voranzukommen, ist eine dauerhafte Steuerungsordnung im europäischen Rahmen."

Die Bundesregierung signalisierte Unterstützung für den Notfallplan von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für die Bewältigung der Flüchtlingskrise in Italien, die unter anderem eine strengere Überwachung der Meeresgrenzen bis hin zu einem Marineeinsatz vorsehen. "Wir werden das nicht anders machen können", sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am Sonntagabend in der ARD. "Ansonsten bekommen wir die Migrationslage so nicht in den Griff."

CSU-Chef Markus Söder hatte in einem Interview mit der Bild am Sonntag eine "Integrationsgrenze" gefordert, mit einer Aufnahmebegrenzung von höchstens 200.000 Migranten pro Jahr. Der CSU-Vorstand stellte sich hinter diesen Vorstoß. Seine Partei wolle "einen Deutschland-Pakt gegen unkontrollierte Zuwanderung", sagte der Söder nach der Vorstandssitzung in München. Auch CDU-Chef Friedrich Merz unterstützte den Vorstoß.

Lars Klingbeil kritisiert Söder für "große Sprüche"

SPD-Chef Lars Klingbeil wies Söders Forderung deutlich zurück. Rund drei Wochen vor der Wahl in Bayern habe Söder "wieder zur großen Keule ausgeholt" und mache Politik auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten, sagte Klingbeil. Es sei ein Politikmodell von Söder, dem Bund immer Ratschläge zu erteilen, "aber selbst anpacken wäre ja auch nicht falsch".

Die SPD wolle mit einem Politikstil, der die tatsächlichen Probleme anpacke und für Lösungen Sorge, die "große Frage der Migration" anpacken. "Aber das erreichen wir nicht durch große Sprüche", sagte Klingbeil.

Bundesregierung weist Forderung nach Obergrenze für Geflüchtete zurück CSU-Chef Markus Söder wünscht sich eine "Integrationsgrenze", die Bundesregierung hält an....

Söder selbst verwahrte sich gegen Vorwürfe, sein Vorschlag sei eine Wahlkampffidee. Die Kommunen klagten bereits seit Monaten über eine Überforderung durch zu viele Geflüchtete, ohne dass die Bundesregierung etwas unternahme, sagte er. Außerdem seien die Flüchtlingszahlen auf der italienischen Insel Lampedusa aktuell massiv gestiegen, was nichts mit dem bayerischen Landtagswahlkampf zu tun habe.

Individueller Anspruch auf Asyl blieb auch bei letzter Obergrenze erhalten

Linkenchefin Janine Wissler bezeichnete Söders Vorschlag als "populistischen Wahlkampfquatsch". Jeder wisse, dass es überhaupt nicht möglich sei, Menschen davon abzuhalten, vor Bomben und vor Hunger zu fliehen. "Was passiert dann mit den Menschen, die nach Europa kommen, wenn die Obergrenze erfüllt ist?", sagte Wissler. Es gebe in dieser Welt keine Obergrenze für Leid und deshalb könne es keine Obergrenze für davor fliehende Menschen geben.

Das Modell der "Integrationsgrenze" ähnelt stark dem Konzept der Obergrenze, das die CSU in der letzten Großen Koalition durchgesetzt hatte. Die Koalitionspartner stellten damals jedoch auch fest, dass der individuelle Anspruch auf Asyl, die Gültigkeit der Genfer Flüchtlingskonvention und die Regelungen des europäischen Asylrechts durch die Festlegung einer Obergrenze nicht angetastet werden.

Maja Hitij Unterkunft für Geflüchtete auf dem ehemaligen Gelände des Flughafens Tegel in Berlin Maja Hitij
Unterkunft für Geflüchtete auf dem ehemaligen Gelände des Flughafens Tegel in Berlin

Load-Date: September 18, 2023

Andrang an mexikanischer Grenze bleibt aus; Anders als erwartet kam es nicht zu massenhaften Grenzübertritten, nachdem eine umstrittene Abschieberegulung der USA ausgelaufen war.

ZEIT-online

Freitag 12. Mai 2023 5:08 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: USA; Ausg. 1

Length: 416 words

Byline: Dominik Lenze

Body

Alfredo Estrella

Migrants cross the Matamoros-Brownsville International Bridge after obtaining an appointment to legally enter the United States at Matamoros, state of Tamaulipas, Mexico, on May 12, 2023. The United States bolted tough new immigration policies into place Friday, setting up an uncertain future for desperate **migrants** reaching its southern border as a top official expressed confidence the system will hold. Tens of thousands of people were expected to try to cross into the United States in coming days after it lifted pandemic-era rules, hoping to escape the poverty and criminal gangs wracking their own countries in what the United Nations called an "unprecedented displacement crisis."

An der Grenze zwischen den USA und Mexiko haben nicht massenhaft Einwanderinnen und Einwanderer die Grenze überschritten. Da Donnerstagnacht eine umstrittene Abschieberegulung ausgelaufen ist, haben dies einige Beobachter befürchtet. Es gebe keinen signifikanten Anstieg der Grenzüberschreitungen, sagte der Abteilungsleiter im Innenministerium Blas Nuñez-Neto.

Auch die Regierung Mexikos sprach von einer "ruhigen und normalen Situation" ohne bedeutende Zwischenfälle: "Es gab keine Konfrontationen oder gewalttätige Situationen an der Grenze", sagte Außenminister Marcelo Ebrard.

Am Donnerstag um Mitternacht ist die vom früheren US-Präsidenten Donald Trump eingeführte Vorschrift namens Titel 42 ausgelaufen. Mehr als drei Jahre lang konnten US-Behörden unter Verweis auf die Corona-Pandemie Einwanderer abschieben, ohne dass diese Asyl beantragen konnten. 2,8 Millionen Menschen sollen nach dieser Regelung abgeschoben worden sein.

Kritik auch an neuen Asylregelungen

Nun gelten von US-Präsident Joe Biden durchgesetzte neue Asylregelungen. Demnach haben diejenigen Migranten und Flüchtlinge keinen Anspruch auf Asyl, wenn sie ein anderes Land durchquert und dort keinen

Andrang an mexikanischer Grenze bleibt aus Anders als erwartet kam es nicht zu massenhaften Grenzübertritten, nachdem eine umstrittene Abschieberegulierung der USA....

Antrag auf Schutz gestellt haben. Ein Asylanspruch soll auch entfallen, falls keine legalen Wege zur Einwanderung genutzt werden.

UN-Organisationen kritisierten die Asylpolitik der Biden-Regierung. Die neue Regel sei mit den Grundsätzen des internationalen Flüchtlingsrechts nicht vereinbar, teilten das Flüchtlingshilfswerk UNHCR und die Internationale Organisation für Migration (IOM) mit.

An der Südgrenze der USA haben sich in den vergangenen Wochen Zehntausende Migranten versammelt. Der US-Grenzschutz hat seit Anfang der Woche mehr als 10.000 illegale Einwanderer pro Tag aufgegriffen.

Load-Date: May 12, 2023

End of Document

Erstaufnahmestelle für Geflüchtete in Suhl wird entlastet; Seit einer Woche gilt für die Erstaufnahme im thüringischen Suhl ein Aufnahmestopp. Nun sollen Geflüchtete in zwei weiteren Einrichtungen registriert werden können.

ZEIT-online

Samstag 7. Oktober 2023 3:27 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 297 words

Byline: Nina Monecke

Body

Um die Thüringer Erstaufnahmestelle in Suhl zu entlasten, sollen **Geflüchtete** künftig auch in den Einrichtungen in Hermsdorf und Eisenberg in Ostthüringen registriert werden. Das sagte ein Sprecher des Landesmigrationsministeriums. Beide Einrichtungen würden beim Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) als Außenstellen zur Verteilung im bundesweiten Erstverteilungssystem für **Geflüchtete** gemeldet.

Für die überfüllte Einrichtung in Suhl gilt seit gut einer Woche ein Aufnahmestopp. Aus Brandschutzgründen sind 1.400 Menschen in der Erstaufnahme erlaubt, am Freitag waren nach Angaben des Landesverwaltungsamtes noch 1.443 Personen in Suhl untergebracht. In den Tagen zuvor hatten sogar mehr als 1.600 Menschen dort gelebt. Ein Teil von ihnen wurde daraufhin auf Kommunen verteilt.

Die Einrichtung in Hermsdorf gilt als eine Art Notunterkunft, sie soll deswegen perspektivisch ersetzt werden. Für Eisenberg plant die thüringische Landesregierung, bis zu 220 Geflüchtete in Containern unterzubringen.

Bodo Schackow Original BU: Asylbewerber gehen auf dem Gelände der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Thüringen spazieren. In der Diskussion um eine neue Landeserstaufnahme mahnt der Flüchtlingsrat an, nicht nur ein neues Gebäude, sondern auch einen anderen Umgang mit Ankommenden zu finden. (zu dpa «Flüchtlingsrat: Neue Erstaufnahme für bessere Strukturen nutzen») +++ dpa-Bildfunk +++ Bodo Schackow Original BU: Asylbewerber gehen auf dem Gelände der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Thüringen spazieren. In der Diskussion um eine neue Landeserstaufnahme mahnt der Flüchtlingsrat an, nicht nur ein neues Gebäude, sondern auch einen anderen Umgang mit Ankommenden zu finden. (zu dpa «Flüchtlingsrat: Neue Erstaufnahme für bessere Strukturen nutzen») +++ dpa-Bildfunk +++

Load-Date: October 7, 2023

Erhalten Geflüchtete kostenlose Zahnbehandlungen?; Die Bundeszahnärztekammer weist Aussagen des CDU-Chefs zurück, dass es Wartezeiten durch Migranten gebe. Wie die Lage ist und welche Leistungen Asylbewerber erhalten.

ZEIT-online

Donnerstag 28. September 2023 3:26 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Sozialleistungen für Geflüchtete; Ausg. 1

Length: 1221 words

Byline: Tina Groll

Body

Kommen die Sozialversicherungen für die Kosten auf, wenn abgelehnte **Asylbewerber** teure Zahnbehandlungen benötigen? Mit einer provokanten Äußerung hat CDU-Chef Friedrich Merz eine Debatte über die Gesundheitsleistungen für **Asylbewerber** ausgelöst. Wir klären die wichtigsten Fakten.

Was hat Friedrich Merz gesagt und wie sind die Reaktionen?

In einem Talk-Format der Welt sagte Merz, dass viele Bürgerinnen und Bürger "wahnsinnig" würden, "wenn die sehen, dass 300.000 **Asylbewerber** abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen. Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebedran kriegen keine Termine." Dafür steht Merz nun in der Kritik - SPD und Grüne werfen ihm Populismus vor.

Die Behauptung, dass ausreisepflichtige Migranten quasi vom deutschen Staat einen teuren Zahnersatz finanziert bekommen, während die meisten Bürgerinnen und Bürger den Großteil solcher Kosten privat schultern müssen, trifft einen Nerv. Da, wo Kommunen an ihre Grenzen stoßen, Flüchtlinge aufzunehmen und unterzubringen, brodeln die Verteilungsdebatten. Unterstützung bekommt Merz vom gesundheitspolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Tino Sorge. Er sagte der Rheinischen Post: "Hunderttausende abgelehnte Asylbewerber in Deutschland sind zum Teil seit Jahren ausreisepflichtig. Dennoch können sie zum Nulltarif das deutsche Gesundheitssystem nutzen." Dass Arzttermine auch wegen der Belastungen durch Migranten vielerorts knapper würden, sei eine Realität.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser wies die Aussage von Merz indes als "völlig unangemessen" zurück. Merz spalte die Gesellschaft und seine Äußerung sei falsch. Ähnlich äußerte sich Grünenfraktionsvorsitzende Katharina Dröge. Wer behaupte, Geflüchtete nehmen den Menschen in Deutschland die Zahnarzttermine weg, vergifte das Klima, sagte die Grünenpolitikerin dem Sender Phoenix. Und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan (SPD) bezeichnete die Äußerung als Falschbehauptung.

Erhalten Geflüchtete kostenlose Zahnbehandlungen? Die Bundeszahnärztekammer weist Aussagen des CDU-Chefs zurück, dass es Wartezeiten durch Migranten gebe. Wie d....

Bekommen ausreisepflichtige Migranten denn kostenlose Gesundheitsversorgung?

Einen teuren Zahnersatz erhalten Ausreisepflichtige jedenfalls nicht einfach so. Man muss zudem auf den Rechtsstatus der Betroffenen achten - denn viele Menschen sind zwar auf dem Papier ausreisepflichtig, weil ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Sie werden aber geduldet und können gar nicht abgeschoben werden. Generell waren im vergangenen Jahr laut Ausländerzentralregister 304.308 Personen ausreisepflichtig, 248.145 davon waren geduldet. Grundsätzlich werden die Leistungen aus der gesundheitlichen Versorgung für Asylbewerber nach dem Asylbewerberleistungsgesetz geregelt. Und es greift auch für Geduldete. Diese Menschen erhalten also eine medizinische Versorgung, alles andere würde auch den Menschenrechten widersprechen.

Werden durch die Zugewanderten die Behandlungskapazitäten in Zahnarztpraxen knapp?

Nein. Christoph Benz, Präsident der Bundeszahnärztekammer, kann dies nicht bestätigen. "Weder in den letzten Wochen noch Monaten. In der Zahnmedizin bekommt man immer noch zeitnah einen Termin. Im ländlichen Raum, wo es viel weniger Praxen gibt, kann die Terminvergabe durchaus etwas länger dauern. Das liegt aber an der geringen Zahnärztdichte dort", sagt Benz auf Anfrage zu ZEIT ONLINE. Er betont auch, dass Zahnärztinnen und Zahnärzte Geflüchtete nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nur zur Behandlung akuter Schmerzen oder akuter Erkrankungen die erforderlichen Leistungen gewähren dürften. "Eine Versorgung mit Zahnersatz erfolgt nur, soweit dies unaufschiebbar wäre."

Sind Asylbewerber krankenversichert?

Welche Leistungen Asylbewerbende im Krankheitsfall erhalten, ist in Paragraph 4 geregelt. Dort heißt es: "Zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände sind die erforderlichen ärztlichen und zahnärztlichen Behandlungen einschließlich der Versorgung mit Arznei- und Verbandmitteln sowie sonstiger zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung von Krankheiten oder Krankheitsfolgen erforderlichen Leistungen zu gewähren." Zahnärztliche Behandlungen sind also vorgesehen - allerdings macht das Gesetz erhebliche Einschränkungen: Demnach erfolgt nämlich eine Behandlung mit Zahnersatz nur, wenn dies "aus medizinischen Gründen unaufschiebbar ist". Es handelt sich daher um absolute Notfälle.

In den ersten 18 Monaten des Aufenthalts kommen die Bundesländer für die gesundheitliche Versorgung der Flüchtlinge auf. Sobald die Menschen den einzelnen Kommunen zugewiesen werden - zu Beginn leben sie in der Regel in Erstaufnahmeeinrichtungen und zentralen Unterbringungen -, sind die jeweiligen Städte und Gemeinden zuständig, sie bezahlen auch die Kosten für die medizinische Versorgung. Das heißt im Einzelfall aber auch: Die jeweiligen Behörden, meist die Sozialämter, regeln, was bezahlt wird und was nicht. Die Sozialämter stellen auch die erforderlichen Behandlungsgutscheine aus, die wiederum von den Arztpraxen abgerechnet werden können.

Das Sozialamt legt dabei auch fest, in welchem Umfang behandelt wird. Die Behandlungsscheine sind nicht dauerhaft gültig. Und die Behörden können außerdem Leistungseinschränkungen vornehmen oder einen bestimmten Arzt oder Ärztin festlegen. In den ersten 18 Monaten in Deutschland bekommen Flüchtlinge für Medikamente ein Rezept, das zuzahlungsfrei ist. Verordnet der behandelnde Arzt außerdem ein bestimmtes Heilmittel oder eine Therapie, muss die zuständige Behörde zustimmen und kann dafür von einem anderen Mediziner ein Gutachten verlangen. Das passiert laut Angaben der Verbraucherzentrale recht oft, weshalb sich Behandlungen von Flüchtlingen mitunter stark verzögern oder unterbleiben.

Bekommen Flüchtlinge eine Versicherungskarte?

Erst nach den ersten 18 Monaten des Aufenthalts in Deutschland verändert sich die Situation: Dann haben Flüchtlinge die sogenannte Wartezeit hinter sich gebracht und werden nach Paragraph 264 des Sozialgesetzbuchs von den gesetzlichen Krankenkassen betreut. Das gilt auch für Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber geduldet werden. Die gesetzlichen Krankenkassen stellen eine elektronische Gesundheitskarte (eGK) aus, mit der den Betroffenen dieselben gesetzlich vorgeschriebenen Kassenleistungen zustehen wie allen anderen Bürgerinnen und Bürgern. Das heißt also: Nach 18 Monaten können Asylbewerbende auch einen Zahnersatz erhalten, davor nur im Notfall. Jedoch kommen die Sozialversicherungen nicht zu 100 Prozent dafür auf - meist

Erhalten Geflüchtete kostenlose Zahnbehandlungen? Die Bundeszahnärztekammer weist Aussagen des CDU-Chefs zurück, dass es Wartezeiten durch Migranten gebe. Wie d....

werden nur 60 Prozent der Kosten übernommen, den Rest müssen die Versicherten selbst zuzahlen. Entweder privat oder mit einer Zahnzusatzversicherung, die aber die wenigsten Geflüchteten haben.

Es gibt aber je nach Bundesland Unterschiede: In einigen Ländern können Flüchtlinge, die den Kommunen zugewiesen wurden, bereits in den ersten 18 Monaten eine elektronische Gesundheitskarte erhalten. Dies ist flächendeckend in Berlin, Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg und Thüringen der Fall. Aber: Die Flüchtlinge können die Krankenkasse nicht frei wählen. Jede Kommune wird von einer gesetzlichen Krankenkasse betreut.

Julian Stratenschulte Ein Kinderzahnarzt betrachtet eine Röntgenaufnahme von Milchbackenzähnen eines Kindes
Julian Stratenschulte Ein Kinderzahnarzt betrachtet eine Röntgenaufnahme von Milchbackenzähnen eines Kindes

Load-Date: September 28, 2023

Friedrich Merz will mehr "sichere" Herkunftsländer; Der CDU-Chef fordert erleichterte Abschiebungen für Asylbewerber aus bestimmten Ländern. Die Stadtstaaten verlangen mehr Hilfe vom Bund bei der Unterbringung.

ZEIT-online

Sonntag 3. September 2023 12:02 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Abschiebungen; Ausg. 1

Length: 448 words

Byline: Eva Casper;Anja Stehle

Body

Ulrich Perrey

Blick aus dem Fenster der Abschiebehaftanstalt in Glückstadt

CDU-Chef Friedrich Merz hat gefordert, weitere Länder zu sicheren Herkunftstaaten zu erklären, um Abschiebungen dorthin zu erleichtern. "Das Grundrecht auf **Asyl** hat Grenzen in der Anerkennung der tatsächlichen **Asylgründe**", sagte Merz den Zeitungen der Funke Mediengruppe. "Moldau, Georgien, Tunesien, Marokko, Algerien oder Indien sind Herkunftstaaten mit Anerkennungsquoten im Promillebereich. Diese Länder müssen als sichere Herkunftsländer anerkannt werden, damit wir sofort dorthin zurückführen können."

Die Ampelkoalition hatte zuletzt beschlossen, Georgien und Moldau in die Liste der sicheren Herkunftstaaten aufzunehmen. Die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat zu dem Gesetzesvorhaben steht allerdings noch aus.

Merz warf den Grünen vor, die Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsländer zu blockieren. "Die Grünen bestreiten ja sogar, dass es illegale Migration gibt", sagte der CDU-Chef. Er sprach von einer "zweiten großen Flüchtlingskrise nach 2015/16". Für die Kommunen sei die Zuwanderung eine hohe Belastung.

78 Prozent mehr Asylanträge

Sichere Herkunftstaaten sind Staaten, bei denen davon ausgegangen wird, dass es dort in der Regel weder Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Behandlung gibt und den Betroffenen dort kein ernsthafter Schaden droht. Als sichere Herkunftstaaten gelten in Deutschland neben den Ländern der Europäischen Union derzeit Ghana und Senegal, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Nordmazedonien, Albanien, Kosovo und Montenegro.

Bis Ende Juli haben nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge 175.272 Menschen erstmals in Deutschland einen Asylantrag gestellt. Das waren rund 78 Prozent mehr als im Vorjahr.

Friedrich Merz will mehr "sichere" Herkunftsländer Der CDU-Chef fordert erleichterte Abschiebungen für Asylbewerber aus bestimmten Ländern. Die Stadtstaaten ver....

Stadtstaaten wollen neuen Verteilungsschlüssel

Angesichts dieser Zahlen fordert Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) mehr Geld vom Bund und eine andere Verteilung der Geflüchteten. "Die Stadtstaaten sind ganz besonders betroffen, weil bei der Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel nicht nur die Einwohnerzahl, sondern auch die Steuerkraft berücksichtigt wird", sagte Bovenschulte. Bremen nehme rund 15 Prozent mehr Geflüchtete auf, als das Land auf Basis seiner Einwohnerzahl müsste. Umso wichtiger sei eine höhere finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten.

In Deutschland legt der Königsteiner Schlüssel fest, wie viele Asylbewerber ein Bundesland aufnehmen muss. Berechnet wird dies auf Basis der Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl. Auf Berlin entfallen laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 5,2 Prozent, auf Hamburg 2,6 Prozent und auf Bremen knapp ein Prozent.

Load-Date: September 3, 2023

End of Document

Olaf Scholz fordert Ausbau von Migrationszentren in Nigeria; Der Kanzler hat sich in Nigeria für mehr Kooperation bei Migration und Abschiebung ausgesprochen. Die Bundesinnenministerin unterschrieb in Marokko ein Absichtsabkommen.

ZEIT-online

Montag 30. Oktober 2023 11:41 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Abschiebungen nach Nigeria und Marokko; Ausg. 1

Length: 745 words

Byline: Isabelle Daniel;Konstantin Zimmermann

Body

Bei einem Besuch in Nigeria hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) für eine stärkere Kooperation mit dem westafrikanischen Land zur Steuerung von **Migration** ausgesprochen. Auf einem Wirtschaftsforum in der Millionenstadt Lagos sagte er, dass neben einer erleichterten Rückführung von Nigerianern ohne Bleiberecht in Deutschland auch die Einwanderung von Fachkräften gefördert werden müsse. Nötig ist laut Scholz dafür ein Ausbau von **Migrationszentren**, die in Nigeria zur Unterstützung aus Deutschland abgeschobener Menschen gegründet wurden.

Die Zentren sollen sich nach Angaben des Kanzlers künftig auch um die Beratung von Fachkräften kümmern, die in Deutschland arbeiten wollen. "Dafür braucht es einige Vorbereitungen und Investitionen - auf beiden Seiten", sagte er. Darüber habe er am Sonntag mit dem nigerianischen Präsidenten Bola Tinubu gesprochen.

"Wir bieten mehr legale Wege als je zuvor, um für eine Arbeitsaufnahme nach Deutschland zu kommen", sagte Scholz. "Gleichzeitig sollten diejenigen, die unter diesen neuen Regelungen nicht bei uns bleiben können, in ihre Heimatländer zurückkehren können."

Viele Asylbewerber aus Nigeria ohne Ausweispapiere

Tinubu hatte sich am Sonntag offen für die Rücknahme von Flüchtlingen gezeigt. Auf die Frage, was er dafür von Deutschland erwarte, sagte er bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Scholz: "Ich stelle keine Forderungen auf." Wenn es sich um Nigerianer handele, seien sie zu Hause willkommen.

Experten verweisen in diesem Zusammenhang allerdings auf Schwierigkeiten bei der Feststellung der Identität. Von den knapp 14.000 ausreisepflichtigen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern aus Nigeria sind etwa 12.500 geduldet - größtenteils, weil sie keine Ausweispapiere haben. Bisher nimmt Nigeria abgelehnte Asylbewerber meist nicht zurück, wenn diese keine Originalpapiere haben.

Olaf Scholz fordert Ausbau von Migrationszentren in Nigeria Der Kanzler hat sich in Nigeria für mehr Kooperation bei Migration und Abschiebung ausgesprochen. Di....

Im Laufe des Tages will Scholz eines der Migrationszentren in der 20-Millionen-Stadt Lagos besuchen. Am Abend reist er weiter nach Ghana.

Grüne kritisieren Scholz-Äußerungen zu Gaseinfuhr

Scholz will seinen Aufenthalt in Westafrika auch zur Stärkung der Zusammenarbeit im Energiebereich nutzen. Zu Beginn seiner Reise hatte er deutlich gemacht, dass er sich zusätzlich zu den bestehenden Ölimporten aus Nigeria auch die Einfuhr von Erdgas aus dem Land wünscht.

Bei den Koalitionspartnern von den Grünen sorgte das für heftige Kritik. Lisa Badum, Obfrau der Grünen im Klima- und Energieausschuss des Bundestags, sprach von einem "Skandal". Es sei "gegen unsere internationalen Verpflichtungen, dass Scholz Unternehmen und Staaten bittet, ihre fossilen Investitionen im Globalen Süden zu erhöhen. Einen Klimakanzler, der aktiv wird, wenn es um neue fossile Quellen geht, aber beim Umstieg von dreckigem Erdgas zu erneuerbaren Energien die Hände in den Schoß legt, können wir uns eigentlich nicht leisten."

Nancy Faeser in Marokko

Die Bundesinnenministerin ist derzeit in Marokko, bei ihrer Reise geht es um ähnliche Themen. Mit ihrem marokkanischen Amtskollegen, Abdelouafi Laftit, unterzeichnete sie in der Hauptstadt Rabat eine Absichtserklärung zum Thema Migration und Abschiebungen. Weitere Details daraus sind noch nicht bekannt.

Begleitet wird Faeser auf ihrer zweitägigen Marokko-Reise von Joachim Stamp (FDP). Der ist Sonderbevollmächtigter und dafür zuständig, sogenannte Migrationsabkommen mit mehreren Ländern abzuschließen. Die entsprechenden Verhandlungen sind vertraulich.

Reguläre Migration stärken, Abschiebungen erleichtern

Ziel dieser Migrationsabkommen ist es aus Sicht der Bundesregierung, Erleichterungen bei der Erteilung von Arbeitsvisa und anderen Formen der regulären Migration anzubieten. Im Gegenzug sollen die Herkunftsländer bei Abschiebungen besser kooperieren. Dabei geht es etwa darum, Papiere auszustellen oder anzuerkennen.

Die marokkanische Regierung hat in den vergangenen Jahren wenig Interesse an einer Rücknahme ausreisepflichtiger Marokkanerinnen und Marokkaner gezeigt. Laut Bundesinnenministerium leben in Deutschland 3.660 Marokkaner, die ausreisepflichtig sind. Da 2.762 von ihnen aus unterschiedlichen Gründen vorübergehend geduldet werden, ist bei 898 marokkanischen Staatsbürgern derzeit eine Abschiebung möglich.

Michael Kappeler Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wird am Flughafen in Abuja mit militärischen Ehren begrüßt am 29. Oktober Michael Kappeler Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wird am Flughafen in Abuja mit militärischen Ehren begrüßt am 29. Oktober

Load-Date: October 30, 2023

Friedrich Merz will Versorgung abgelehnter Asylbewerber einschränken; Derzeit erhalten Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, erst nach 18 Monaten eine vollständige Gesundheitsversorgung. Der CDU-Chef will diesen Zeitraum verdoppeln.

ZEIT-online

Donnerstag 5. Oktober 2023 7:42 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Asylpolitik; Ausg. 1

Length: 798 words

Byline: Alexander Eydlin

Body

CDU-Chef Friedrich Merz hat eine Einschränkung der Gesundheitsversorgung für abgelehnte **Asylbewerber** gefordert. Ausreisepflichtige hätten derzeit nach 18 Monaten Anspruch auf erweiterte Leistungen, sagte Merz dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). "Dieser Zeitraum sollte auf mindestens drei Jahre verlängert werden."

Seine Forderung begründete Merz damit, dass die bisher vom **Asylbewerberleistungsgesetz** vorgesehene Regelung Ausreisepflichtige zum Verbleib in Deutschland motiviere. "Wir dürfen keine Anreize zur Bleibe geben, wenn kein Bleiberecht in Deutschland besteht", sagte er. "Die Botschaft an die 300.000 abgelehnten **Asylbewerber** lautet aktuell: Ihr müsst nur lange genug bleiben, dann geht es euch in Deutschland immer besser. Das müssen wir korrigieren."

Die meisten abgelehnten Asylbewerber sind geduldet

Ende 2022 waren in Deutschland rund 304.000 Menschen ausreisepflichtig. Von ihnen waren allerdings 248.000 Menschen geduldet. Diesen Status erhalten Menschen, die kein Bleiberecht haben, aber aus bestimmten Gründen nicht abgeschoben werden können, etwa wegen fehlender Dokumente oder Krankheit. Auch wer ein minderjähriges Kind hat, das eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, wird geduldet.

Sowohl die Geduldeten als auch ausreisepflichtige Migrantinnen und Migranten haben während der ersten 18 Monate in Deutschland nur einen eingeschränkten Anspruch auf Gesundheitsversorgung und sind in dieser Zeit nicht krankenversichert. Erst nach der Wartezeit erhalten sie nahezu dieselben Leistungen wie gesetzlich Versicherte.

Merz fordert weniger Aufnahmebereitschaft für Migranten ohne Fluchtgrund

Merz äußerte die Forderung eine Woche, nachdem er bereits in einer Talkshow gegen die Gesundheitsversorgung von Migranten polemisiert und damit Kritik auf sich gezogen hatte. Die mehr als 300.000 abgelehnten Asylbewerber bekämen volle Gesundheitsleistungen, was Menschen "wahnsinnig" machen, sagte Merz damals. "Die sitzen beim

Friedrich Merz will Versorgung abgelehnter Asylbewerber einschränken Derzeit erhalten Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, erst nach 18 Monaten eine voll....

Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebedran kriegen keine Termine." Heftige Kritik auch aus der eigenen Partei bezeichnete der CDU-Chef später als "Schnappatmung".

In der Migrationspolitik übt Merz mit Verweis auf steigende Flüchtlingszahlen Druck auf die Bundesregierung aus. So fordert er vom Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), schon am Tag nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen am Sonntag Gespräche zu dem Thema anzusetzen. Er appellierte an den Kanzler, ein Signal an potenzielle Migranten zu senden. Von Scholz müsse eine klare Botschaft ausgehen, "dass Deutschland nicht mehr in der Lage ist, Menschen ohne Asylgrund aufzunehmen". Derzeit entstehe hingegen der Eindruck, "dass wir praktisch unbegrenzt aufnahmebereit sind".

Weiterhin forderte Merz von der Bundesregierung, sich im Umgang mit Flucht und Migration nicht auf EU-Regelungen zu verlassen. Bei der europäischen Asylreform, die derzeit von den Mitgliedsländern untereinander verhandelt wird, handle es sich nur um eine Teillösung. "Wir sollten uns von der Reform nicht zu viel erwarten. In Europa mahlen die Mühlen langsam", sagte Merz. Eine Einigung erwarte er erst Mitte 2024, weswegen "auch nationale und innenpolitische Maßnahmen" notwendig seien.

Geplante EU-Asylreform sieht Einschränkungen für Migranten vor

Am Mittwoch haben sich die EU-Staaten in einem zentralen Punkt der anvisierten Reform, die erstmals eine gemeinsame europäische Asylpolitik ermöglichen soll, geeinigt. Dabei geht es um eine Krisenverordnung, die deutlich strengere Maßnahmen bei drohender Überlastung der Asylsysteme vorsieht. Die EU strebt an, die Reform bis zur Europawahl im Juni kommenden Jahres durchzusetzen, was als schwierig gilt.

Insgesamt sieht das Reformprojekt einen deutlich härteren Umgang mit Menschen aus vergleichsweise sicheren Herkunftsländern vor: Sie sollen dann zunächst in Aufnahmeeinrichtungen festgehalten werden und bei negativer Prüfung sofort zurückgeschickt werden. Zudem sollen Staaten wie Italien und Griechenland, in denen besonders viele Menschen erstmalig ankommen, von anderen EU-Ländern bei der Aufnahme entlastet oder finanziell entschädigt werden.

Leonhard Simon MUNICH, GERMANY - SEPTEMBER 23: Friedrich Merz, Leader of the Christian Democratic Union (CDU), speaks to delegates at a CSU party congress on September 23, 2023 in Munich, Germany. Bavaria is scheduled to hold state elections on October 8. So far the CSU has a strong lead in polls. (Photo by Leonhard Simon/Getty Images) Leonhard Simon MUNICH, GERMANY - SEPTEMBER 23: Friedrich Merz, Leader of the Christian Democratic Union (CDU), speaks to delegates at a CSU party congress on September 23, 2023 in Munich, Germany. Bavaria is scheduled to hold state elections on October 8. So far the CSU has a strong lead in polls. (Photo by Leonhard Simon/Getty Images)

Load-Date: October 5, 2023

Integrationsbeauftragte kritisiert aufgeheizte Debatte über Migration; Es schade dem Zusammenhalt, wenn Migration als Ursache für alle Probleme herangezogen werde, sagt Reem Alabali-Radovan. Sie will eine Debatte über gelungene Integration.

ZEIT-online

Samstag 4. November 2023 3:01 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Reem Alabali-Radovan; Ausg. 1

Length: 438 words

Byline: Sören Götz

Body

Vor dem Bund-Länder-Spitzengespräch zur **Migrationspolitik** hat die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan (SPD), die "aufgeheizte Debatte" zu dem Thema kritisiert. "Es schadet dem Zusammenhalt, wenn täglich die **Migrationsfrage** als Ursache für sämtliche Probleme in unserem Land herangezogen wird", sagte sie den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) berät am Montag mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Bundesländer über Maßnahmen, um die Zahl der nach Deutschland einreisenden Geflüchteten sowie Migrantinnen und Migranten zu verringern. Zudem geht es um die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern.

"Darüber reden, was wir für eine gelungene Integration brauchen"

Die Runde müsse "tragfähige, dauerhafte Lösungen vereinbaren, die den Kommunen bei der Aufnahme von Schutzsuchenden helfen und den Dauerstreit befrieden", sagte Alabali-Radovan, die auch Antirassismusbeauftragte der Bundesregierung ist. "Wir brauchen verlässliche Strukturen für die Flüchtlingsaufnahme und Integrationsmaßnahmen, die nicht immer hektisch hoch- und runtergefahren werden."

"Was uns jetzt nicht hilft, sind täglich neue aufgeladene Debatten über Scheinlösungen, Obergrenzen für Geflüchtete und Integrationsgrenzen", sagte die Integrationsbeauftragte. Es müsse vielmehr wieder mehr darüber geredet werden, "was wir für eine gelungene Integration brauchen".

In den Beratungen geht es neben der Finanzverteilung unter anderem um beschleunigte Abschiebungen von Ausreisepflichtigen, schärfere Grenzkontrollen sowie Leistungskürzungen für Asylbewerber und -bewerberinnen. Geldzahlungen sollen durch Sachleistungen in Form einer Bezahlkarte ersetzt werden, Details der Umsetzung sind aber noch unklar.

Monika Skolimowska Original BU: Reem Alabali-Radovan, die Antirassismus-Beauftragte der Bundesregierung, aufgenommen bei einem Interview im Bundeskanzleramt. Die Antirassismus-Beauftragte der Bundesregierung,

Integrationsbeauftragte kritisiert aufgeheizte Debatte über Migration Es schade dem Zusammenhalt, wenn Migration als Ursache für alle Probleme herangezogen werd....

Reem Alabali-Radovan, hält zusätzliche Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung in Behörden für notwendig (zu dpa «Antirassismus-Beauftragte: Maßnahmen für mehr Diversität in Behörden») +++ dpa-Bildfunk +++
Monika Skolimowska Original BU: Reem Alabali-Radovan, die Antirassismus-Beauftragte der Bundesregierung, aufgenommen bei einem Interview im Bundeskanzleramt. Die Antirassismus-Beauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan, hält zusätzliche Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung in Behörden für notwendig (zu dpa «Antirassismus-Beauftragte: Maßnahmen für mehr Diversität in Behörden») +++ dpa-Bildfunk +++

Load-Date: November 4, 2023

End of Document

**Merz beklagt Probleme durch Schüler mit schlechten Deutschkenntnissen;
Der CDU-Chef sieht Schulen durch Kinder überfordert, die nur wenig
Deutsch können. Die Asylkrise sei auch eine Frage der Bildungspolitik.**

ZEIT-online

Freitag 27. Oktober 2023 2:16 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 508 words

Byline: Katharina James

Body

CDU-Chef Friedrich Merz hat eine Überlastung der deutschen Schulen durch Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen beklagt und zur Lösung des Problems eine Begrenzung der **Asylzuwanderung** gefordert. "Zu viele Schulen haben viel zu viele Kinder, die die deutsche Sprache nicht richtig beherrschen", sagte Merz der Stuttgarter Zeitung und den Stuttgarter Nachrichten. "Das überfordert aktuell unser Bildungssystem", fügte der Unionsfraktionschef hinzu.

"Übervolle Klassen gehen dann zulasten aller Kinder in diesen Schulen, sie starten mit unzureichender Bildung ins Leben", sagte Merz. Dieses Defizit lasse sich im Erwachsenenalter oft nicht mehr ausgleichen. "Auch deshalb müssen wir die irreguläre Zuwanderung in den Griff bekommen", sagte Merz. "Die Asylkrise ist auch eine Frage der Bildungspolitik."

Merz forderte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf, der Union konkrete Angebote zur Mitarbeit an einem Migrationspakt zu machen. Vor mehr als 50 Tagen habe Scholz erstmals vom Deutschland-Pakt gesprochen. "Bis heute gibt es keine Arbeitsgruppen, in denen wir gemeinsam Lösungen erarbeiten könnten", kritisierte Merz. Die Union sei jederzeit zu Gesprächen darüber bereit.

"Es gibt nicht den einen Knopf, den man drücken könnte, um über Nacht das Problem in den Griff zu bekommen", räumte Merz ein: "Wir können uns mit der Ampel nur dann einigen, wenn eine Vielzahl von Maßnahmen eine gewisse Sicherheit bietet, dass die Asylbewerberzahlen im kommenden Jahr runtergehen."

Joachim Herrmann nennt Debatte um Lockerung von Arbeitsverboten "absurd"

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hält das am Mittwoch vom Bundeskabinett gebilligte Abschiebeengesetz für nicht ausreichend. Ohne Abkommen mit den Herkunftsländern werde es nicht gelingen, die Rückführungszahlen stark zu erhöhen, sagte Herrmann dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. Es müsse oberste Priorität des Bundes sein, diese Vereinbarungen abzuschließen, betonte er.

Merz beklagt Probleme durch Schüler mit schlechten Deutschkenntnissen Der CDU-Chef sieht Schulen durch Kinder überfordert, die nur wenig Deutsch können. Die Asy....

Darüber hinaus seien konsequentere Sanktionierungsmöglichkeiten von Ausreisepflichtigen erforderlich, die die Klärung ihrer Identität hintertrieben und so eine Rückführung verhinderten, fügte der CSU-Politiker hinzu. Auch müssten die Asylverfahren schneller abgewickelt werden, weshalb die Bundesregierung dem zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dringend mehr Personal zur Verfügung stellen solle.

Herrmann forderte zudem, finanzielle Anreize für Flüchtlinge, nach Deutschland zu kommen, zu senken. Die Debatte um Lockerungen der Arbeitsverbote nannte Herrmann "absurd". Unter anerkannten Asylbewerbern, die arbeiten dürften, sei die Arbeitslosigkeit hoch. "Der Bund sollte sich also darauf konzentrieren, arbeitslose Ausländer besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren."

Moritz Frankenberg Friedrich Merz, CDU-Bundesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, spricht auf dem 75. Deutschlandtag der Jungen Union. Moritz Frankenberg Friedrich Merz, CDU-Bundesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, spricht auf dem 75. Deutschlandtag der Jungen Union.

Load-Date: October 27, 2023

End of Document

So ermuntert man Schlepper und Populisten; Asylverfahren außerhalb Europas - will die Regierung prüfen. Geprüft wird seit fast 20 Jahren, es passiert: nichts. Das Mittelmeer bleibt die grausamste Grenze der Erde.

ZEIT-online

Freitag 10. November 2023 5:41 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylpolitik; Ausg. 1

Length: 1399 words

Byline: Alan Posener

Body

Bundeskanzler Olaf Scholz nennt die Ergebnisse des **Migrationsgipfels** mit den Ministerpräsidenten der Länder einen "historischen Moment". Dass der verschnupfte, weil rechts liegen gelassene Oppositionsführer Friedrich Merz die Gipfelbeschlüsse ebenso kleinredet wie ein Teil der rechtsgerichteten Medien, liegt in der Natur der Sache - oder vielmehr nicht der Sache, der **Migration** nämlich, sondern der politischen Machtspiele in einer Demokratie. Wie bei der "Zeitenwende" allerdings wird viel davon abhängen, ob der Rhetorik auch Taten folgen.

Das gilt insbesondere für den auf Seite vier des Beschlusspapiers der Kanzleramtsrunde festgehaltenen Auftrag: "Die Bundesregierung wird prüfen, ob die Feststellung des Schutzstatus von **Geflüchteten** unter Achtung der Genfer **Flüchtlingskonvention** und der Europäischen Menschenrechtskonvention zukünftig auch in Transit- oder Drittstaaten erfolgen kann." Eine Selbstverpflichtung, die sich schon in der Ampelkoalitionsvereinbarung auf Seite 142 findet: "Wir werden ... prüfen, ob die Feststellung des Schutzstatus in Ausnahmefällen unter Achtung der GFK und EMRK in Drittstaaten möglich ist."

Wer meint, zwei Jahre ergebnislose "Prüfung", an deren Ende bei der Konferenz im Kanzleramt lediglich die Worte "in Ausnahmefällen" durch das Wörtchen "auch" ersetzt wurden, seien kein Ausweis eines Handlungswillens, verkennt das Ausmaß des Handlungsunwillens. Denn der Vorschlag stammt ursprünglich von Otto Schily, der ihn vor 19 Jahren - da war der Sozialdemokrat Innenminister der rot-grünen Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder und Vizekanzler Joschka Fischer - in einem Gastbeitrag für die FAZ lancierte.

"Ist das so schrecklich inhuman?"

Migration "bedarf der Steuerung und der strikten Begrenzung, alles andere wäre keine Problemlösung, sondern nur eine Problemverlagerung", schrieb Schily damals, "die Spannungs- und Konfliktfelder in den europäischen Gesellschaften aufbauen würde." Die haben wir jetzt auch, und sie reichen von antisemitischen Massendemos bis zum Aufstieg der Rechtspopulisten. Deshalb, so Schily weiter, solle die Europäische Kommission "die Frage untersuchen", ob das Asylverfahren "in einer von der EU probeweise in einem nordafrikanischen Staat mit dessen Billigung einzurichtenden Außenstelle vorgenommen werden könnte". Geflüchtete aus Afrika, die

So ermuntert man Schlepper und Populisten Asylverfahren außerhalb Europas - will die Regierung prüfen.
Geprüft wird seit fast 20 Jahren, es passiert: nichts. Da....

Asyl oder subsidiären Schutz suchen, "könnten sich unmittelbar an diese Außenstelle wenden, ohne den gefährvollen Weg über das Mittelmeer zu riskieren. Der Tod vieler Menschen könnte so vermieden werden. Ist das so schrecklich inhuman, wie einige meinen, die sich empören?"

Die Empörung damals kam beileibe nicht nur von links. Wolfgang Schäuble etwa, damals Vizefraktionschef der Unionsparteien, lehnte "Internierungslager für Asylbewerber am Rande der Sahara" ab, weil sie mit dem internationalen Flüchtlingsrecht unvereinbar seien. Schily wäre "gut beraten, solche Vorschläge nicht einmal im Sinne eines lauten Nachdenkens zu machen", so der Christdemokrat. Der damalige FDP-Chef Guido Westerwelle nannte Schilys Vorstoß schlicht "indiskutabel".

Das Vertrauen in die EU erodiert

Trotzdem wurde im Sinne Schilys die Europäische Kommission 2004 beauftragt, im Rahmen des Haager Programms, das die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems bis 2010 vorsah, "die Vorteile, die Zweckmäßigkeit und die Durchführbarkeit einer gemeinsamen Bearbeitung von Asylanträgen außerhalb der EU" zu prüfen.

Kurz und gut: "Geprüft" wird seit fast 20 Jahren; es geschieht: nichts. So können sich Institutionen lächerlich machen. So erodiert das Vertrauen in die Europäische Union und die Bundesregierung, so ermuntert man Schlepper und Populisten, so lässt man zu, dass nach wie vor Zehntausende im Mittelmeer, der grausamsten Grenze der Erde, tausendmal schlimmer als die Berliner Mauer, ertrinken.

Wie der Soziologe und Migrationsexperte Gerald Knaus, Architekt des EU-Türkei-Abkommens, in seinem Buch Welche Grenzen wollen wir? schrieb: Es muss möglich sein, "an Europas Grenzen Kontrolle mit Respekt für Menschenwürde zu verbinden". Im Interview mit dem Spiegel erklärte Knaus, der beileibe kein Reaktionär, nicht einmal ein Konservativer ist, sondern ein Liberaler mit guten Beziehungen zu dem bei der internationalen Reaktion verhassten George Soros: "Es gibt ein Recht auf Asyl, aber nicht auf Migration. Das hat auch das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen UNHCR oft festgehalten. Es bringt seit 2019 Menschen aus Libyen nach Ruanda und macht dort die Asylverfahren. Dafür ist Ruanda jetzt schon sicher. Ein humanes System wäre eines mit mehr Seenotrettung und dem Ziel 'null Tote', ohne Rückführungen nach Libyen, Asylverfahren in wirklich sicheren Drittstaaten und dem Ausbau der legalen Aufnahme."

Ziel "null Tote": Allein seit 2014 sind 28.189 Geflüchtete im Mittelmeer ertrunken; in diesem Jahr allein waren es 2.440. An der Berliner Mauer starben zwischen 1961 und 1989 mindestens 140 Menschen; mindestens so viele sterben monatlich im Mittelmeer. Wie hat man sich über Donald Trumps Grenzzaun ereifert! Er ist human im Vergleich zu Europas Burggraben. Es ist billig zu sagen, dass wir die Flüchtenden, anders als die DDR-Grenzer, nicht töten oder töten lassen. Wir nehmen ihren Tod durch Unterlassung billigend in Kauf, weil wir nicht die Maßnahmen ergreifen, die zu einer erheblichen Reduktion der Zahl derjenigen führt, die sich Schleppern anvertrauen und sich in seeuntüchtigen Booten auf den Weg machen.

Die Seenotrettung, so unabweislich sie nach internationalem Recht und nach den Grundsätzen schierer Menschlichkeit ist, bleibt wenig mehr als eine Alibiveranstaltung, wenn die Zahl der Flüchtenden immer weiter steigt. So war es bei der italienischen Aktion Mare Nostrum vom Oktober 2013 bis Oktober 2014 der Fall: Zwar wurden 100.000 Menschen gerettet, aber es starben mindestens 3.500. In den zwei Jahren vor der Aktion waren es "nur" 500 beziehungsweise 600 Tote, weil sich weniger Menschen auf den Weg über das Mittelmeer gemacht hatten. Das heißt nicht, dass die Anwesenheit der Rettungsschiffe als "Pull-Faktor" dient, was mit guten Gründen bezweifelt wird; das heißt aber, dass die Reduktion der Toten zwingend die Reduktion der Flüchtenden erfordert.

Sonst kommen die, die Menschen "entsorgen" wollen

Und zu den wirksamen Maßnahmen zur Reduktion der Flucht übers Meer könnten Asylbewerberzentren in sicheren Drittstaaten jenseits des Mittelmeers gehören: in Ruanda oder Marokko, Algerien oder der Türkei. Deshalb ist aber auch das Abkommen der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni mit Albanien gerade nicht hilfreich. Denn Meloni will lediglich Asylbewerberinnen, die es bereits übers Mittelmeer geschafft haben, aus Italien

So ermuntert man Schlepper und Populisten Asylverfahren außerhalb Europas - will die Regierung prüfen.
Geprüft wird seit fast 20 Jahren, es passiert: nichts. Da....

herausschaffen. Im Grunde will Meloni mit den geplanten albanischen Aufnahmezentren neben den Gefahren der Überfahrt die Deportation als zusätzliche Abschreckung installieren.

Und Ähnliches droht auch anderswo in der Europäischen Union, wenn sich die politisch Verantwortlichen wieder einmal aufs jahrelange "Prüfen" verlegen, statt zu handeln. Dann kommen die Populisten an die Macht und machen es auf ihre Art, dann geht es nur noch darum, Menschen wie Müll gegen Geld irgendwo abzuladen, zu "entsorgen", wie es AfD-Mann Alexander Gauland einmal formulierte.

Man will dem Kanzler also gern glauben, dass es sich bei der Runde im Kanzleramt um einen "historischen Moment" handelte; man soll ihm und der Ampelkoalition auch zugutehalten, dass sie hier, wie in der Verteidigungs- und Energiepolitik, Versäumnisse der unionsgeführten Regierungen aufholen müssen, wie das progressive Regierungen in Deutschland seit jeher tun mussten; und gewiss doch, Aufnahme- und Prüfzentren in Drittländern werden allein das Problem illegaler Migration und des zehntausendfachen Tods im Mittelmeer nicht lösen: Aber sie sind Teil der Lösung, und der Kanzler muss endlich umsetzen, was sein Parteifreund Schily vor fast zwei Jahrzehnten forderte.

Matias Chiofalo TOPSHOT - Picture taken on August 3, 2023 shows some of 266 migrants crossing the Mediterranean sea on little boats prior to being rescued by members of the Spanish NGO Proactiva Open Arms (R) off the Libyan coast. Matias Chiofalo TOPSHOT - Picture taken on August 3, 2023 shows some of 266 migrants crossing the Mediterranean sea on little boats prior to being rescued by members of the Spanish NGO Proactiva Open Arms (R) off the Libyan coast.

Load-Date: November 10, 2023

CDU-Vorstoß zum Asylrecht löst parteiübergreifend Empörung aus; Mit seinen Ideen zur Reform des Asylrechts mache Thorsten Frei radikale Positionen salonfähig, kritisieren die Grünen. Auch aus anderen Parteien kommt heftige Kritik.

ZEIT-online

Dienstag 18. Juli 2023 1:47 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Thorsten Frei; Ausg. 1

Length: 504 words

Byline: Isabelle Daniel

Body

Bernd von Jutrczenka

CDU-Innenpolitiker Thorsten Frei

Mit einem Vorschlag zur Abschaffung des Individualrechts auf **Asyl** in der EU hat der CDU-Innenpolitiker Thorsten Frei heftige Kritik ausgelöst. Als "brandgefährlich" bezeichnete der Vorsitzende des Europaausschusses im Bundestag, Anton Hofreiter (Grüne), die Idee. "Bisher wurde die Forderung nach Abschaffung des Rechts auf **Asyl** in der Bundesrepublik nur von Rechtsextremen vertreten", sagte er der *Augsburger Allgemeinen*. Freis Vorstoß mache radikale Positionen salonfähig und nutze nur der AfD.

Kritik an Freis Vorschlag kam auch aus den anderen Ampel-Parteien. Der stellvertretende SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Dirk Wiese nannte den Vorstoß realitätsfremd. FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai warf der CDU vor, "nach ihrer katastrophalen Flüchtlingspolitik von 2015" auf der Suche nach einem "Kurs in der Migrationsdebatte" zu sein.

Die fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion Clara Büniger bezeichnete Freis Vorstoß als "geschichtsvergessen". Er offenbare, "wie weit seine Partei sich nach rechts bewegt" habe. Büniger erinnerte daran, dass die Genfer Flüchtlingskonvention mit dem Individualrecht auf Asyl "eine direkte Folge aus dem Versagen der internationalen Staatengemeinschaft angesichts der Verbrechen im Nationalsozialismus und der Shoah" gewesen sei.

Kontingente statt Individualrecht

Frei, der parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag ist, hatte in einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* statt des Individualrechts auf Asyl eine "Institutsgarantie" gefordert. Einen Asylantrag auf europäischem Boden zu stellen, wäre demnach dann nicht mehr möglich, der Bezug von

CDU-Vorstoß zum Asylrecht löst parteiübergreifend Empörung aus Mit seinen Ideen zur Reform des Asylrechts mache Thorsten Frei radikale Positionen salonfähig, kr....

Sozialleistungen "umfassend ausgeschlossen". Frei schlug vor, stattdessen könne die EU pro Jahr ein Kontingent von 300.000 bis 400.000 Schutzbedürftigen direkt aus dem Ausland aufnehmen.

Frei begründete den Vorstoß mit der geltenden Voraussetzung, dass Asyl auf europäischem Boden beantragt werden muss. Dies führe zu einer "zutiefst inhumanen" Praxis, argumentierte er. "Wer zu alt, zu schwach, zu arm oder zu krank ist, ist chancenlos", schrieb er. Frauen und Kinder seien damit "oft faktisch ausgeschlossen". Mit einer Institutsgarantie könne Europa dagegen "sehr genau dort helfen, wo Staaten durch große Flüchtlingsströme destabilisiert werden". Zudem könnten Sicherheitsrisiken minimiert und Chancen für Integration maximiert werden.

Unterstützung erhielt Frei von Parteikollegen. Der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Jens Spahn (CDU) schrieb auf Twitter von einem "wichtigen Beitrag". "Wir müssen neu denken. Seit Jahren gelingt es nicht, irreguläre Migration zu begrenzen", schrieb Spahn. Ähnlich äußerte sich Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU). "Es kann bei der illegalen Migration nicht so weitergehen wie bisher. Die Zahl der Menschen, die nach Deutschland kommen, um Asyl zu beantragen, ist erkennbar zu groß", sagte er der Nachrichtenagentur dpa.

Load-Date: July 18, 2023

End of Document

Ein "Refugees welcome"-Plakat kostet nichts; Das Machtwort des Kanzlers im Asylstreit war wichtig. Wird es die Probleme der Migration lösen? Nein. Aber immerhin bewegt sich Europa jetzt in die richtige Richtung.

ZEIT-online

Mittwoch 27. September 2023 9:35 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylreform der EU; Ausg. 1

Length: 1292 words

Byline: Alan Posener

Body

Der Kanzler hat ein Machtwort gesprochen. Deutschland wird seine Blockade der EU-**Asylreform** aufgeben. Gut so. Die Grünen werden wieder einmal aus europa-, staats- und koalitionspolitischer Verantwortung eine Kröte schlucken. Richtig so. Werden Union und AfD es ihnen honorieren? Nein. Dazu geben sie für den Kulturkampf gegen alles, was den deutschen Spießler ärgert, vom Gendern bis hin zum Lastenrad, ein zu gutes Ziel ab. Werden die Wähler darauf hereinfallen? Man wird sehen. Wird die neue **Asylregelung** das Problem der **Migration** lösen? Nein. Weil manche Probleme keine Lösung, sondern nur eine Geschichte haben. Aber immerhin bewegt sich Europa in die richtige Richtung.

Dass sich die EU bislang in die falsche Richtung bewegte, liegt nicht zuletzt an Deutschland. Vom sogenannten **Asylkompromiss** von 1993 über die verschiedenen Dubliner Abkommen haben deutsche Regierungen im Kern versucht, die Verantwortung für die Erstaufnahme von **Flüchtlingsen** und die anschließenden **Asylverfahren** den europäischen Nachbarn, besonders den Mittelmeer-Anrainerstaaten, aufzubürden. Als das System 2015 unter dem Druck der syrischen **Flüchtlingskrise** kollabierte, drückte Angela Merkel im Europäischen Rat eine verbindliche Aufnahmequote für alle Mitgliedsländer durch - ein Vorgang, der die unwilligen osteuropäischen Länder nachhaltig verärgerte, den Brexiteers zugutekam und schließlich nur die Machtlosigkeit Europas demonstrierte, da sich die Osteuropäer weigerten, den Beschluss umzusetzen.

Und niemand profitiert mehr als Deutschland vom Paradigmenwechsel, den die neuen EU-Asylregelungen einleiten sollen - darunter der bessere Schutz der europäischen Außengrenze, die Vereinfachung der Asylverfahren, die Möglichkeit, diese Verfahren auch außerhalb der EU abzuwickeln, beschleunigte Rückführung abgelehnter Asylbewerber. Hinzu kommt eine Arbeitsteilung innerhalb der EU, die es Ländern wie Polen oder Ungarn erlaubt, zwischen der Aufnahme von außereuropäischen Geflüchteten oder anderen Formen der Unterstützung - etwa einem stärkeren Beitrag für die europäische Grenzschutzagentur Frontex - zu wählen.

Unappetitliches Feilschen um Quoten

Ein "Refugees welcome"-Plakat kostet nichts Das Machtwort des Kanzlers im Asylstreit war wichtig. Wird es die Probleme der Migration lösen? Nein. Aber immerhin

Deshalb war es von vornherein falsch, dass die Ampelregierung das gesamte Paket an der sogenannten Notverordnung scheitern zu lassen drohte; oder vielmehr: Da die anderen EU-Mitglieder genau wissen, wie sehr Deutschland - und insbesondere die zurzeit unpopuläre Ampelregierung - eine Einigung brauchte, war die deutsche Drohung von vornherein leer.

Diese Notverordnung hat es, zugegeben, in sich. In Situationen wie der Krise von 2015 - oder der von Belarus 2021/22 provozierten Krise an der polnischen Grenze - können Mitgliedsländer Asylsuchende aus Ländern mit einer Schutzquote, also einer Anerkennungsquote, von 75 Prozent, ja in Ausnahmefällen sogar von 100 Prozent, an der Grenze internieren, und zwar bis zu 20 Wochen lang. Deutschland war dafür, Migranten aus Ländern mit einer Schutzquote von 20 Prozent oder mehr und Familien generell von der Internierung auszunehmen und die Lagerzeit auf maximal 14 Wochen zu begrenzen. Ehrenwert. Vielleicht sogar richtig. Aber nicht durchzusetzen.

Dieses Feilschen um Quoten, also faktisch um bessere und schlechtere Asylsuchende, und um die Zeit, da illegale und legale Migranten und Migrantinnen, darunter Frauen und Kinder, eingesperrt werden wegen ihres Wunsches, ein besseres Leben zu finden, ist in hohem Maße unappetitlich. Aber wer sich an solchem Feilschen nicht beteiligen will, sollte nicht in die Politik gehen; kann nicht "europäische Lösungen" fordern, die nun einmal in einem Prozess des Feilschens ausgehandelt werden. Und: Nichts hindert Deutschland künftig, auch in Notsituationen, so viel Personal in die Flüchtlingslager zu schicken, dass die Verfahren beschleunigt werden, insbesondere für Familien und Kinder.

Ungewohnte Töne bei den Grünen

Die Zustimmung zur Notverordnung fällt vor allem den Grünen schwer. 1993 beteiligten sie sich noch außerparlamentarisch an Protesten gegen den Asylkompromiss, also die Einschränkung des Rechts auf Asyl für Menschen, die aus "sicheren Herkunftsländern" einreisen; 2001 beschloss ein Parteitag der damals mitregierenden Grünen sogar, diese Einschränkungen aufzuheben. Die Initiative war jedoch, so die damalige Parteivorsitzende Claudia Roth kühl und völlig richtig, "chancenlos". Seitdem besteht die Politik der Partei darin, jede Verschärfung des Asylrechts zu beklagen, aber letztlich mitzutragen.

Man kann der Partei - und ihrer Klientel - dabei nicht den Vorwurf ersparen, ein gewisses Virtue-Signalling zu betreiben. Letztlich kostet es nichts, ein Plakat mit "Refugees welcome" ins Fenster zu hängen; die eigenen Kinder schickt man dann aber doch lieber in die Schule, wo refugees gar nicht so welcome sind. Interessant war es in dem Zusammenhang allerdings, dass Annalena Baerbock zur Begründung ihrer Ablehnung der Notverordnung einen von den Grünen bisher eher nicht gewohnten Ton anschlug: Die Verordnung könne "Tür und Tor für Chaos öffnen", weil das "große Ermessen", das sie den Mitgliedstaaten im Notfall zugestehe, "de facto wieder Anreize für eine Weiterleitung großer Zahlen unregistrierter Flüchtlinge nach Deutschland setzen" könnte.

Die Ablehnung eines scharfen Grenzregimes mit Vokabeln zu begründen, mit denen man eigentlich ein schärferes Grenzregime fordern müsste: Nennen wir den Versuch immerhin interessant.

Schnellkurs in Sachen Realpolitik

Tatsächlich machen die Grünen in der Regierung wie schon in der ersten Regierung Gerhard Schröder 1998 bis 2002 einen Schnellkurs in Sachen Realpolitik: Verlängerung der AKW-Laufzeiten, schneller Bau von LNG-Terminals, Verwässerung des Heizungsgesetzes, Herabsetzung der Energieeffizienzvorgaben bei Neubauten, Kürzung der Mittel für die Kindergrundsicherung, faktische Duldung der ethnischen Säuberung Bergkarabachs durch unseren neuen Energiepartner Aserbaidschan, während wir uns faktisch - Baerbocks freudscher Versprecher war erfrischend - mit dem ehemaligen Energiepartner Russland im Kriegszustand befinden.

Die harte antiimperialistische Haltung gegen Russlands Aggression und die Solidarität mit der Ukraine sind die einzigen Punkte, an denen die Grünen ohne Wanken festhalten; und angesichts der Kräfte in der SPD und auch der FDP, die hier weniger Prinzipienfestigkeit an den Tag legen, wäre hier eigentlich der Punkt, an dem die Union den Wählern klarmacht, warum sie gar nicht auf die Option verzichten kann, gegebenenfalls mit den Grünen zu regieren, sollte die Ampel scheitern. Stattdessen wird der unsinnige Spruch vom "Hauptgegner" wie ein Mantra

Ein "Refugees welcome"-Plakat kostet nichts Das Machtwort des Kanzlers im Asylstreit war wichtig. Wird es die Probleme der Migration lösen? Nein. Aber immerhin

aufgesagt, um Appeasement gegen die AfD zu betreiben, die, eben weil die Grünen die entschiedensten Gegner Wladimir Putins sind, die Ökopartei zum Hauptfeind auserkoren hat.

Wird die Wählerschaft der Grünen ihnen die erneute Verbeugung vor der Staatsräson verzeihen? Schwer zu sagen. Viel hängt davon ab, ob die neue Asylpolitik - wie damals der Asylkompromiss - tatsächlich eine Entlastung bringt, was ja nicht sicher ist. Aber es gibt einen Unterschied zwischen der Anerkennung politischer Realitäten und dem prinzipienlosen politischen Opportunismus, den die Führung der Union vorexerziert. Und für so etwas haben die Wählerinnen auf lange Sicht ein feines Gespür.

Yara Nardi Migrants wait at the port to be transferred to the mainland, on the Sicilian island of Lampedusa, Italy, September 14, 2023. REUTERS/Yara Nardi Yara Nardi Migrants wait at the port to be transferred to the mainland, on the Sicilian island of Lampedusa, Italy, September 14, 2023. REUTERS/Yara Nardi

Load-Date: September 27, 2023

End of Document

**CDU in Niedersachsen fordert Sachleistungen statt finanzieller Hilfe;
Fraktionschef Sebastian Lechner spricht sich für eine bargeldlose
Unterstützung von Asylbewerbern aus. Außerdem will er eine "Begrenzung
der Migration nach Deutschland".**

ZEIT-online

Donnerstag 28. September 2023 3:04 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Asyl; Ausg. 1

Length: 455 words

Byline: Sophia Boddenberg

Body

Die CDU-Fraktion im Landtag von Niedersachsen fordert in der **Flüchtlings-** und **Migrationspolitik** eine Umstellung der finanziellen Unterstützung auf Sachleistungen. "Gerade die Möglichkeit, in Deutschland von Anfang an Geldleistungen zu erhalten, ist einer der größten Anreize, das **Asylverfahren** in Deutschland zu durchlaufen", sagte Fraktionschef Sebastian Lechner gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung (NOZ). Er fügte hinzu: "Die Landesregierung muss dringend bestehende rechtliche Möglichkeiten des **Asylbewerberleistungsgesetzes** für die Gewährung von Sachleistungen statt von Geldleistungen nutzen."

Das gelte für die Landesaufnahmebehörde ebenso wie im Falle der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften von Land und Kommunen. "Die bargeldlose Auszahlung etwa über Wertgutscheine oder auch über eine Art Prepaid-System muss von der Landesregierung flächendeckend umgesetzt werden", fordert Lechner.

CDU fordert "Begrenzung der Migration nach Deutschland"

Gleichzeitig ruft die CDU-Fraktion in Niedersachsen die Ampelregierung in Berlin auf, das Asylbewerberleistungsgesetz so zu ändern, dass während des gesamten Asylverfahrens die Gewährung von Sachleistungen grundsätzlich der Auszahlung von Geld vorzuziehen ist.

Grundsätzlich spricht die CDU sich für eine "Begrenzung der Migration nach Deutschland" aus. Diese müsse an der europäischen Außengrenze beginnen. "Solange die Sicherung der europäischen Grenzen nicht ausreichend gewährleistet ist, müssen wir Kontrollen an den deutschen Grenzen durchführen, so bitter das in einem freien Europa auch ist", betont der Fraktionsvorsitzende.

Lechner, der auch Chef der Landespartei in Niedersachsen ist, appelliert zudem an Ministerpräsident Stephan Weil und Landesinnenministerin Daniela Behrens (beide SPD), diejenigen, die ausreisepflichtig sind, zurückzuführen. "Durch freiwillige Rückführungen, aber auch durch konsequente Abschiebung", sagt der CDU-Politiker.

CDU in Niedersachsen fordert Sachleistungen statt finanzieller Hilfe Fraktionschef Sebastian Lechner spricht sich für eine bargeldlose Unterstützung von Asylbew....

Michael Matthey Beschreibung Sebastian Lechner, Generalsekretär der CDU Niedersachsen, stellt sich als Kandidat für den Landesvorsitz auf dem Landesparteitag in der Stadthalle Braunschweig vor. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Wahl eines neuen Landesvorsitzenden nach der verlorenen Landtagswahl. Service+++ dpa-Bildfunk +++Aufnahmedatum21.01.2023Bildnachweispicture alliance/dpa | Michael Matthey Michael Matthey Beschreibung Sebastian Lechner, Generalsekretär der CDU Niedersachsen, stellt sich als Kandidat für den Landesvorsitz auf dem Landesparteitag in der Stadthalle Braunschweig vor. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Wahl eines neuen Landesvorsitzenden nach der verlorenen Landtagswahl. Service+++ dpa-Bildfunk +++Aufnahmedatum21.01.2023Bildnachweispicture alliance/dpa | Michael Matthey

Load-Date: September 28, 2023

End of Document

Scholz und Meloni hoffen auf schnelle Lösung "oder spätestens bald"; Italiens Regierungschefin ruft im Asylstreit nach einem Treffen mit Olaf Scholz die EU-Partner auf, Probleme nicht "abzuwälzen". Der Bundeskanzler mahnt zur Einigkeit.

ZEIT-online

Donnerstag 8. Juni 2023 2:26 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: EU-Asylstreit; Ausg. 1

Length: 531 words

Byline: Konstantin Zimmermann

Body

Michael Kappeler

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), nimmt neben Giorgia Meloni, Ministerpräsidentin von Italien, an einer Pressekonferenz nach dem Gespräch in Rom, am 8. Juni 2023 teil.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni haben im **Asylstreit** an die anderen 25 EU-Regierungen appelliert, einer **Asylreform** zuzustimmen. "Es wird schwierig, wenn wir die Probleme auf die anderen Partner abwälzen", sagte Meloni nach einem Treffen mit Scholz. Bezüglich des EU-Innenministertreffens zeigte sich die Rechtsnationalistin optimistisch. "Ich bin absolut überzeugt, dass wir zu einer Lösung kommen werden."

Der Kanzler warnte davor, dass die Versuche einer Einigung scheitern würden, wenn man die Probleme der steigenden Flüchtlingszahlen nicht gemeinsam angehe. Er hoffe auf eine Einigung der Innenminister und Innenministerinnen bei dem Treffen am Donnerstag "oder spätestens bald", sagte Scholz. Er erneuerte das Angebot an die Herkunftsländer der Flüchtlinge, Verträge über eine legale Migration nach Deutschland abzuschließen.

Meloni will nach eigenen Angaben zusammen mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte nach Tunesien reisen. Von dem nordafrikanischen Staat aus starten derzeit viele Boote mit Migrantinnen und Migranten, die versuchen, über das Mittelmeer in die EU zu gelangen.

Nancy Faeser signalisiert Zustimmung

Bei den Beratungen geht es um neue Asylverfahren direkt an Europas Außengrenzen. Migranten mit geringen Aufnahmechancen etwa aus der Türkei, Pakistan oder Albanien sollen direkt in ihre Heimatländer zurückgewiesen

Scholz und Meloni hoffen auf schnelle Lösung "oder spätestens bald" Italiens Regierungschefin ruft im Asylstreit nach einem Treffen mit Olaf Scholz die EU-Partn....

werden, ohne überhaupt in die EU zu kommen. Diese Eilverfahren sollen maximal zwölf Wochen dauern, davon sind zwei für eine mögliche Beschwerde der Bewerber vorgesehen.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) signalisierte grundsätzlich Zustimmung zu den in dem vorliegenden Kompromissvorschlag vorgesehenen Grenzverfahren, forderte aber erneut Ausnahmen für Familien mit Kindern. Unterstützung fand sie damit unter ihren EU-Kollegen kaum.

Habeck sieht "Fortschritt" und "Gefahren"

An der Reform gibt es in Deutschland Kritik aus den Reihen von Grünen, SPD und Linken, aber auch von Flüchtlingsorganisationen und Kulturschaffenden. Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) bezeichnete eine Registrierung Geflüchteter an den Außengrenzen und deren Verteilung als "ein Fortschritt". Solche Grenzverfahren würden allerdings auch die Gefahr bedeuten, "dass man in Wahrheit gar nicht registriert, sondern nur abschottet", sagte er der *Welt*. Die EU-Beratungen nannte er "schwierig", eine Änderung der "erbärmlichen Zustände" in Lagern notwendig.

Kritik an den EU-Plänen kam auch vom Linkenvorsitzenden Martin Schirdewan. Bei den Beratungen in Luxemburg gehe es in Wirklichkeit darum, "das Asylrecht als zivilisatorische Errungenschaft in die Tonne zu kloppen", sagte er im TV-Sender Phoenix. Der Vorschlag der EU-Kommission, die Asylverfahren an den EU-Außengrenzen stattfinden zu lassen, sei "ein Sündenfall". Letztlich gehe es nur darum, die Anzahl Asylsuchender in Europa zu reduzieren und damit ein grundlegendes Menschenrecht einzuschränken.

Load-Date: June 8, 2023

Wie die Europäische Union Einwanderung eindämmen will; Die EU-Innenminister haben ein strengeres Asylrecht beschlossen, doch vieles ist weiter umstritten. Warum? Bei wem? Und wie geht es weiter? Die wichtigsten Antworten

ZEIT-online

Freitag 9. Juni 2023 3:24 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Asylkompromiss; Ausg. 1

Length: 1516 words

Byline: Dominik Lenze

Body

Borja Suarez

Two **migrants** walk towards a Red Cross tent watched by a police officer after disembarking from a Spanish coast guard vessel, in the port of Arguineguin, in the island of Gran Canaria. Spain, June 3, 2023. REUTERS/Borja Suarez

Warum waren die Verhandlungen über den **Asylkompromiss** so schwierig?

Seit der **Flüchtlingskrise** 2015/2016 arbeiten die EU-Staaten an einer weitreichenden Reform des **Asylsystems**. Dabei vertreten viele Länder gegensätzliche Positionen: Staaten an den EU-Außengrenzen wie etwa Italien oder Griechenland fordern seit Langem eine gerechtere Verteilung von **Geflüchteten** innerhalb der EU, weil in ihren Ländern besonders viele **Geflüchtete** über das Mittelmeer ankommen. Ungarn und Polen hingegen lehnen eine solche Verteilung ab. Ungarns Premierminister Viktor Orbán kommentierte den Beschluss am Freitag mit den Worten, die EU-Staaten wollten sein Land "gewaltsam in ein **Migrantenland** verwandeln". Polen, Ungarn, Malta, die Slowakei und Bulgarien haben am Donnerstag gegen den Kompromiss gestimmt für die Annahme der Pläne reichte eine qualifizierte Mehrheit.

Auch in den deutschen Regierungsparteien wird der Asylkompromiss kontrovers diskutiert besonders bei den Grünen. Vizekanzler Robert Habeck nannte die Vereinbarungen "sehr schmerzhaft", verteidigte sie aber. Die Co-Vorsitzende der Grünen Ricarda Lang sagte hingegen, Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hätte dem Kompromiss nicht zustimmen dürfen. Der Vorschlag zur Asylreform werde "dem Leid an den Außengrenzen nicht gerecht und schafft nicht wirklich Ordnung", twitterte sie. Zudem seien zentrale Forderungen Deutschlands in dem Kompromiss nicht berücksichtigt worden, darunter Ausnahmeregelungen für geflüchtete Kinder.

Worauf zielt die Asylrechtsreform ab?

Wie die Europäische Union Einwanderung eindämmen will Die EU-Innenminister haben ein strengeres Asylrecht beschlossen, doch vieles ist weiter umstritten. Warum?....

Ziel der Pläne ist es, illegale Migration einzudämmen und zu einer gerechteren Verteilung von Geflüchteten innerhalb der EU zu gelangen. EU-Länder, die sich der Einigung zu einer Verteilung von Geflüchteten verweigern, sollen künftig ein Zwangsgeld von 20.000 Euro für jeden Migranten zahlen, den sie nicht aufnehmen. Das Geld soll in einen Fonds fließen, aus dem Migrationsprojekte finanziert werden.

Die Sozialwissenschaftlerin Zeynep Yanasmayan, Leiterin der Abteilung Migration am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung in Berlin, bezweifelt jedoch, dass die Maßnahmen greifen werden: "Zahlreiche Studien zeigen: Entscheidend ist die Lage in Herkunfts- und Transitländern", sagte sie auf Anfrage von ZEIT ONLINE. Wenn es dort zu politischen Unruhen oder Verfolgung komme, müssten Menschen fliehen "egal wie sehr man das Asylrecht verschärft", sagte sie.

Was soll künftig mit Asylsuchenden passieren?

Die Pläne sehen erstmals Asylverfahren an Europas Außengrenzen vor. Dafür soll es sogenannte Asylzentren in Grenznähe geben. Die Verfahren dort sollen, so ist es zumindest geplant, bis zur Entscheidung höchstens drei Monate dauern. Bis zur Abschiebung können aber insgesamt sechs Monate vergehen. Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl geht davon aus, dass die Verfahren tatsächlich länger dauern werden und Menschen auch über sechs Monate hinaus festgehalten werden können.

Diese Grenzverfahren sollen vorerst nur bei Migrantinnen und Migranten aus Ländern greifen, die im EU-Schnitt eine Anerkennungsquote von unter 20 Prozent haben. Das gilt etwa für Menschen aus der Türkei, Serbien oder Tunesien. Die Mehrheit der Geflüchteten etwa aus Syrien, Afghanistan oder dem Sudan soll weiter ein Recht auf ein reguläres Asylverfahren haben.

Zudem sollen abgelehnte Bewerber laut der Einigung in sogenannte sichere Drittstaaten abgeschoben werden können. Dazu zählen etwa Tunesien oder Albanien. Eine Bedingung hierfür ist, dass die Abgeschobenen einen Bezug zu den Zielländern haben. Nach Angaben der EU-Kommission und des schwedischen EU-Ratsvorsitzes soll es ausreichen, wenn die Betroffenen lediglich durch diese Länder gereist sind.

Weshalb sind die Grenzverfahren so umstritten?

Bei den geplanten Asylzentren an den EU-Außengrenzen handelt es sich um streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen, in denen ankommende Menschen unter haftähnlichen Bedingungen untergebracht werden sollen. Die Bundesregierung hat sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, dass Familien mit Kindern vom Grenzverfahren ausgenommen sind ohne Erfolg.

Besonders dieser Aspekt wird von Menschenrechtsorganisationen kritisiert: "Dass selbst Familien mit Kindern in Zukunft an den EU-Grenzen in Lager unter Haftbedingungen gesteckt werden sollen, ist kein 'historischer Erfolg' außer vielleicht für alle rechten Regierungen in Europa", twitterte die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl unter Bezugnahme auf eine entsprechende Formulierung der Bundesinnenministerin.

Pro-Asyl-Sprecher Karl Kopp kritisierte im Gespräch mit ZEIT ONLINE die geplanten Asylzentren: "Dort werden die Schutzsuchenden hinter Stacheldraht verschwinden und aus dem Blick der Öffentlichkeit verschwinden aber es wird mehr Leid geben, nicht weniger", sagte Kopp. Aus Flüchtlingslagern in Griechenland wisse man, dass faire Asylverfahren in solchen Einrichtungen nicht möglich seien, da Anwälte oft keinen Zugang zu ihren Mandanten bekämen. Hinzu kämen medizinische und Versorgungsprobleme. "Maschendraht, Zäune und haftähnliche Anstalten für Kinder das ist offenbar das Zukunftsprojekt der EU. Und das ist doch ein Trauerspiel", sagte Kopp.

Amnesty International kritisierte ebenfalls die mögliche Verletzung von Kinderrechten und rief zu Protesten auf: "Beteuerungen, das Recht auf Asyl und Kinderrechte würden nicht ausgehöhlt, kommen in Anbetracht der bereits heute vielfach stattfindenden Menschenrechtsverletzungen an Frauen, Kindern und Männern an den europäischen Außengrenzen einer Verhöhnung gleich", erklärte die Organisation.

Was bedeutet die Asylrechtsreform für Deutschland?

Wie die Europäische Union Einwanderung eindämmen will Die EU-Innenminister haben ein strengeres Asylrecht beschlossen, doch vieles ist weiter umstritten. Warum?....

Inwieweit Deutschland sich an den umstrittenen Asylzentren beteiligen wird, ist derzeit noch unklar. "Grundsätzlich sollen die Asylzentren von den jeweiligen Mitgliedsstaaten an der EU-Außengrenze betrieben werden", teilte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums auf Anfrage von ZEIT ONLINE mit. Ob auch deutsche Sicherheitskräfte eingesetzt würden, wisse man noch nicht.

Ebenfalls unklar ist, ob die Maßnahmen bewirken, dass weniger Migranten nach Deutschland kommen. Durch den sogenannten Solidaritätsmechanismus sollen EU-weit mindestens 30.000 Menschen pro Jahr umverteilt werden. Auf Deutschland könnten dabei nach vorläufigen Angaben bis zu 6.000 entfallen.

Wie hoch sind die Zahlen für Asylanträge zurzeit?

Im vergangenen Jahr gab es EU-weit rund 966.000 Asylanträge, mehr als jeder vierte davon wurde in Deutschland gestellt laut Bundesamt für Migration (Bamf) waren es 244.132. Zum Vergleich: 2016 wurden EU-weit 1.260.930 Asylanträge gestellt. Davon entfielen nach Bamf-Angaben 722.370 auf Deutschland so viele wie noch nie seit Gründung der Bundesrepublik.

Seit Sommer 2022 verzeichnet das Bamf einen erneuten Anstieg der Asylbegehren in Deutschland: Von 16.111 Erstanträgen im August 2022 stieg die Zahl auf 29.072 im Januar 2023. Seitdem sind die Zahlen demnach wieder leicht rückläufig: Im Mai hat das Bundesamt 21.949 neue Anträge registriert.

Geflüchtete aus der Ukraine werden hierbei nicht mitgezählt, da sie einen EU-weiten Schutzstatus genießen und keine Asylanträge stellen müssen. Laut Flüchtlingshilfswerk UNHCR waren Ende Mai mehr als acht Millionen Ukrainer und Ukrainerinnen vorläufig als Flüchtlinge in Europa registriert.

Ist der Streit um den Asylkompromiss nun beigelegt?

Nein. Die EU-Länder müssen sich noch mit dem Europaparlament auf den endgültigen Gesetzestext verständigen. Die Verhandlungen starten am kommenden Dienstag. Polen und Ungarn wollen das Thema auf dem EU-Gipfel am 29. und 30. Juni in Brüssel wieder auf die Tagesordnung setzen. Die Bundesregierung dringt auf einen Abschluss der Reform bis zur Europawahl in einem Jahr, will sich aber ebenfalls weiter für Nachbesserungen einsetzen. Regierungssprecher Steffen Hebestreit sagte, hierbei gehe es insbesondere um die Frage eines besseren Schutzes von Familien mit minderjährigen Kindern an den EU-Außengrenzen.

Auch Vertreter deutscher Regierungsparteien haben angekündigt, im EU-Parlament weiter streiten zu wollen. Der Grünen-Europaabgeordnete Erik Marquardt sagte, man werde sich im EU-Parlament dafür einsetzen, "dass der Rat mit seinem Großangriff auf das Asylrecht nicht erfolgreich ist". Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hakan Demir sagte *t-online*, seine Hoffnung liege darauf, dass die Abgeordneten im EU-Parlament Korrekturen an den Vorschlägen vornehmen.

Pro-Asyl-Sprecher Karl Kopp hofft darauf, dass der Asylkompromiss im EU-Parlament an der Uneinigkeit der Europäer scheitern werde. Auch wolle man juristisch gegen die neuen Asylregelungen vorgehen: "Wir werden gegen dieses schlechte Gesetz kämpfen, wenn es sein muss bis zu den höchsten europäischen Gerichten", sagte er ZEIT ONLINE.

Mit Material der Nachrichtenagenturen AFP, dpa, KNA und Reuters

Load-Date: June 9, 2023

Britische Regierung will Asylsuchende auf Schiffen unterbringen; Schiffe, Kasernen, Militärbasen: Großbritannien sucht nach neuen Möglichkeiten für die Unterbringung von Geflohenen. Die bisherigen Unterkünfte seien zu teuer.

ZEIT-online

Mittwoch 29. März 2023 9:35 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Großbritannien; Ausg. 1

Length: 306 words

Byline: Isabelle Daniel

Body

Justin Tallis

Großbritanniens Justizminister Dominic Raab

Die britische Regierung will die Kosten für die Unterbringung **Asylsuchender** deutlich senken und prüft deshalb eine entsprechende Nutzung von Schiffen und Militäreinrichtungen. Die Regierung wolle sich "die gesamte Bandbreite" an möglichen kostengünstigen Unterkünften ansehen, sagte Justizminister Dominic Raab der BBC. Als Beispiele nannte er ehemalige Kasernen der Armee und "Schiffe, wenn sie sicher und verantwortungsbewusst verwendet werden können".

Die bisherige Unterbringung in Hotels bringe "hohe Kosten für Steuerzahler" mit sich, sagte Raab. Großbritannien zahlt derzeit nach eigenen Angaben täglich 6,8 Millionen Pfund (7,75 Millionen Euro) für Hotels, in denen Migrantinnen und Migranten wohnen. Einer Studie der Aufsichtsstelle Independent Commission for Aid Impact zufolge wird ein Drittel des Entwicklungshilfebudgets für die Unterstützung von Flüchtlingen und Asylsuchenden im Vereinigten Königreich ausgegeben. Darunter leide die Hilfe für Betroffene von Naturkatastrophen im Ausland.

UNHCR kritisiert britische Asylpolitik

Neu in Großbritannien ankommende Migrantinnen und Migranten sollen laut Medienberichten zunächst auf zwei Luftwaffenbasen untergebracht werden. Die Pläne sorgen indes auch innerhalb des Kabinetts für Unmut: Außenminister James Cleverly hat die geplante Nutzung eines Stützpunkts kritisiert, der in seinem Wahlkreis liegt.

Die konservative Regierung von Premierminister Rishi Sunak verfolgt eine harte Asylpolitik, die unter anderem vom UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR heftig kritisiert wird. Ein umstrittenes Gesetz sieht vor, irregulär einreisende Menschen wochenlang zu internieren und dann nach Ruanda oder in andere Länder abzuschieben. Das Recht auf einen Asylantrag soll ihnen verwehrt werden. Ausnahmen für Kinder lehnt Sunak ab.

Britische Regierung will Asylsuchende auf Schiffen unterbringen
Schiffe, Kasernen, Militärbasen:
Großbritannien sucht nach neuen Möglichkeiten für die Unterbrin....

Load-Date: March 29, 2023

End of Document

Linke wirft Steinmeier Angriff auf die Demokratie vor; Die Linke hält dem Bundespräsidenten vor, in den rechten Diskurs der AfD einzustimmen. Steinmeiers Forderung, die Migration zu begrenzen, sei seines Amtes unwürdig.

ZEIT-online

Mittwoch 4. Oktober 2023 3:35 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migrationsdebatte; Ausg. 1

Length: 377 words

Byline: Fabian Albrecht

Body

Die Linke hat mit heftiger Kritik auf die Forderung von Frank-Walter Steinmeier reagiert, die **Migration** nach Deutschland zu begrenzen. Der Bundespräsident nehme damit "den menschenverachtenden rechten Diskurs von AfD und Konservativen" auf, sagte der Parteivorsitzende, Martin Schirdewan. "Damit greift er direkt die Demokratie an", sagte Schirdewan. Das sei des Amtes eines Bundespräsidenten unwürdig.

Union und Ampelkoalition lieferten sich seit Monaten "einen rechtspopulistischen Überbietungswettbewerb" in der Migrationsdebatte, kritisierte der Parteichef. "Menschenrechte schützt man nicht, indem man sie abschafft."

Steinmeier hatte sich in einem ARD-Interview zum Tag der Deutschen Einheit für eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen in Deutschland ausgesprochen und alle demokratischen Parteien zur Zusammenarbeit dabei aufgerufen. "Die sogenannte illegale Migration müssen wir eindämmen", hatte Steinmeier gesagt. Er sprach sich dabei bei Menschen ohne Bleibeperspektive für Asylverfahren bereits an den EU-Außengrenzen aus. Sollten abgelehnte Asylbewerber bereits dort abgeschoben werden, würden sich "auch die Ankunftsahlen in Deutschland verringern", sagte er.

Wissler beklagt "verheerende Politik"

Vor Schirdewan hatte bereits dessen Co-Vorsitzende, Janine Wissler, das Staatsoberhaupt wegen der Äußerung angegriffen. Die Forderung bestärke eine "verheerende Politik, die die Abschottung Europas und das Aushöhlen von Grundrechten bedeutet", sagte sie dem Tagesspiegel. Die Linke werde sich an diesem "Wettbewerb der Schabigkeits um die Aushöhlung des Asylrechts nicht beteiligen".

Die Politik müsse Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete, sagte Wissler. "Wenn man rechten Forderungen nachkommt, stärkt man die rechten Kräfte und schwächt sie nicht", sagte die Parteichefin. "Das alles geht auf Kosten von Geflüchteten und hilft den kaputt gesparten Kommunen überhaupt nicht."

Linke wirft Steinmeier Angriff auf die Demokratie vor Die Linke hält dem Bundespräsidenten vor, in den rechten Diskurs der AfD einzustimmen. Steinmeiers Forderu....

Martin Schutt Martin Schirdewan (Die Linke), steht auf der Bühne, bevor er zum Parteivorsitzenden gewählt wird beim Bundesparteitag der Linken in der Messe Erfurt, am 25. Juni 2022. Martin Schutt Martin Schirdewan (Die Linke), steht auf der Bühne, bevor er zum Parteivorsitzenden gewählt wird beim Bundesparteitag der Linken in der Messe Erfurt, am 25. Juni 2022.

Load-Date: October 4, 2023

End of Document

Olaf Scholz dringt auf Abschiebung abgelehnter Asylbewerber; Der Bundeskanzler will Migrantinnen und Migranten konsequenter in ihre Heimatländer zurückschicken. Im Gegenzug kündigt er neue Abkommen für legale Einwanderungswege an.

ZEIT-online

Sonntag 5. Februar 2023 9:11 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 451 words

Byline: Parvin Sadigh

Body

Sean Gallup

Olaf Scholz im Kanzleramt am 3. Februar

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) dringt auf eine konsequente Abschiebung abgelehnter **Asylbewerber**. "Wenn Deutschland Menschen Schutz garantiert, die verfolgt werden, müssen diejenigen, die diesen Schutz nicht beanspruchen können, wieder zurück in ihre Heimat gehen", sagte Bundeskanzler Olaf Scholz der *Bild am Sonntag*.

Er räumte ein, dass es Probleme mit den Herkunftsländern gebe, die Menschen wieder aufzunehmen. "Diese große Aufgabe müssen wir jetzt entschlossen lösen. Im Gegenzug eröffnen wir legale Wege, damit Fachkräfte aus diesen Ländern zu uns kommen können." Er verwies darauf, dass die Bundesregierung dazu mit dem FDP-Politiker Joachim Stamp einen neuen Beauftragten für diese Migrationsfragen ernannt habe. "Seine Aufgabe ist es, solche Abkommen mit den Herkunftsländern auszuhandeln."

Stamp hatte am Samstag bereits angekündigt, prüfen zu wollen, ob und wo Asylverfahren ins Ausland verlagert werden könnten. Dies solle unter Beachtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention geschehen, sagte Stamp der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*. "Dann würden auf dem Mittelmeer gerettete Menschen für ihre Verfahren nach Nordafrika gebracht werden." Es sei jedoch klar, dass ein Land wie Libyen derzeit dafür kein Partner sein könne. "Es geht nicht um einen Schnellschuss, wie ihn der frühere britische Premierminister Boris Johnson mit Ruanda gemacht hat."

Scholz hatte am Freitag mit der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni über Migrationsfragen gesprochen. Das Thema wird außerdem auf dem EU-Sondergipfel in Brüssel kommenden Mittwoch und Donnerstag besprochen.

CDU fordert eine Lösung für Verteilung, Versorgung und Unterbringung

Olaf Scholz dringt auf Abschiebung abgelehnter Asylbewerber Der Bundeskanzler will Migrantinnen und Migranten konsequenter in ihre Heimatländer zurückschicken.

Die Spitze der Unionsfraktion hat außerdem wegen der Probleme bei der Unterbringung von Flüchtlingen einen Gipfel von Scholz mit den Bundesländern gefordert. Der parlamentarische Geschäftsführer der Union im Bundestag, Thorsten Frei (CDU), sagte dem *Tagesspiegel am Sonntag*, dort müsse über eine "Begrenzung der Asylummigration und eine Lösung für Verteilung, Versorgung und Unterbringung" gesprochen werden.

In Deutschland hatten im vergangenen Jahr so viele Menschen Asyl beantragt wie seit 2016 nicht mehr. Knapp 218.000 Menschen stellten laut Jahresstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erstmalig in Deutschland ein solches Schutzersuchen. Das waren knapp 47 Prozent mehr als 2021. Die rund eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die im vergangenen Jahr in Deutschland Aufnahme fanden, mussten keinen Asylantrag stellen. Sie erhalten auf Basis einer EU-Richtlinie unmittelbar vorübergehenden Schutz.

Load-Date: February 5, 2023

End of Document

Union fordert niedrigere Sozialleistungen für Asylbewerber; CDU und CSU wollen einem Bericht zufolge die Anreize für Flüchtlinge, nach Deutschland zu kommen, verringern. Zudem fordert die Union demnach Grenzkontrollen.

ZEIT-online

Dienstag 18. April 2023 11:39 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationspolitik; Ausg. 1

Length: 419 words

Byline: Katharina James

Body

Boris Roessler

Asylbewerber warten am 07.09.2016 im "Ankunftszentrum für **Flüchtlinge**" in Gießen (Hessen). Die Zahlen der Menschen, die hier täglich ankommen, sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen. Foto: Boris Roessler/dpa

CDU und CSU fordern von der Bundesregierung laut einem Bericht der Zeitung *Bild* deutliche Änderungen in der Flüchtlingspolitik. Solange die EU-Außengrenzen nicht sicher seien, sollten "lagebedingt" feste Kontrollen auch an den Grenzen zu Tschechien und der Schweiz stattfinden, zitiert das Blatt aus einem Antrag der Unions-Bundestagsfraktion. Die Sozialleistungen für nicht anerkannte Asylbewerber sollen demnach europaweit auf ein vergleichbares Maß gebracht werden für Deutschland würde das bedeuten, dass weniger Geld ausgezahlt wird.

Zudem solle der Bund die Kosten der Kommunen für Unterbringung und Versorgung komplett übernehmen. CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt stimmten den Antrag derzeit mit Kommunalpolitikern aller Parteien ab, hieß es.

Kommunen bekamen 2023 noch kein Geld vom Bund für Flüchtlinge

Unterdessen teilten das Bundesfinanzministerium und der Deutsche Landkreistag dem RedaktionsNetzwerk Deutschland mit, die Kommunen hätten im ersten Quartal noch kein Geld für Geflüchtete von der Bundesregierung bekommen. Bislang sei von den für 2023 versprochenen 2,75 Milliarden Euro Bundesmitteln für deren Unterbringung und Versorgung noch nichts bei den Gemeinden angekommen. Grund für das Ausbleiben seien noch fehlende Rechtsgrundlagen. Diese werde auf Bundesebene erst im Lauf des Jahres geschaffen, teilte ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums auf Anfrage mit.

Für das erste Quartal seien Bundesländer und Gemeinden in Vorleistung gegangen, heißt es. Dies könnten sich die Landesregierungen vom Bund erstatten lassen. Allerdings zeichne sich nach Angaben der Länder bereits ab, dass die vom Bund angekündigten Mittel nicht ausreichen werden.

Union fordert niedrigere Sozialleistungen für Asylbewerber CDU und CSU wollen einem Bericht zufolge die Anreize für Flüchtlinge, nach Deutschland zu kommen, ver....

Bild zitiert Dobrindt mit den Worten, die Ampel lasse Hilferufe aus den Kommunen unbeantwortet. Es brauche einen Kurswechsel, um Migrationsdruck zu reduzieren und illegale Migration zu begrenzen.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, begrüßte demnach den Antrag. Es brauche "eine langfristige Strategie, wie wir mit Migrationsbewegungen umgehen, wie wir die Zahlen reduzieren, die Verteilung in Europa gerechter organisieren, die Finanzierung langfristig sichern und die Außengrenzen wirksam schützen".

Load-Date: April 19, 2023

End of Document

Sonderbevollmächtigter Stamp wirbt für Asylverfahren in Drittstaaten; Noch gibt es kein Land außerhalb der EU, das Asylverfahren für Europa bearbeitet. Der Migrationsbeauftragte der Bundesregierung fände das jedoch "ideal".

ZEIT-online

Samstag 13. Mai 2023 6:43 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Asylrecht; Ausg. 1

Length: 518 words

Byline: Manuel Bogner

Body

Michele Tantussi

Original BU: Joachim Stamp, Special Representative of the Federal Government for **migration** agreements, speaks during the news conference following the refugee summit at the German ministry of interior in Berlin, Germany, February 16, 2023. REUTERS/Michele Tantussi

Der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für Migrationsabkommen, Joachim Stamp (FDP), hat sich für Asylverfahren außerhalb der EU ausgesprochen. "Ideal wäre es, dass wir ein Partnerland fänden, in dem Asylverfahren menschenrechtskonform von UN-Organisationen durchgeführt würden", sagte Stamp der *Welt am Sonntag*. "Europa würde diesem Partnerland die anerkannten Asylbewerber abnehmen und anderen aufzeigen, wie sie sich regulär für den europäischen Arbeitsmarkt bewerben können", fügte er hinzu. Wer die Kriterien nicht erfülle, müsse in sein Heimatland zurückkehren.

Im Moment gibt es laut Stamp noch kein Land außerhalb der EU, das sich zu einer Prüfung der Asylverfahren bereit erklärt hat. Er halte es aber für sinnvoll, "diese Möglichkeit im Rahmen von Migrationsabkommen näher zu prüfen". Das könne "einer der Wege sein, um das Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden", fügte der FDP-Politiker hinzu.

Auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will eine Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten prüfen. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sprach sich zuletzt "für gemeinsame Verfahren an den Grenzen" der EU aus und hob auch die Notwendigkeit von Migrationspartnerschaften mit Herkunftsstaaten hervor, um Rückführungen zu erleichtern.

Die Bundesregierung hatte Stamps Stelle im Februar 2023 geschaffen, um Vereinbarungen mit Herkunftsländern zu schließen. Sie sollen "reguläre Migration" fördern und "irreguläre Migration" begrenzen, wie es auf der Website des Bundesinnenministeriums heißt.

Sonderbevollmächtigter Stamp wirbt für Asylverfahren in Drittstaaten. Noch gibt es kein Land außerhalb der EU, das Asylverfahren für Europa bearbeitet. Der Migra....

Abkommen mit Georgien und Moldau geplant

Nach dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern am Mittwoch zeigte sich Stamp optimistisch, nun schnell Migrationsabkommen mit Georgien und Moldau schließen zu können. In beiden Ländern gibt es seiner Einschätzung nach ein Interesse daran, als sogenanntes sicheres Herkunftsland eingestuft zu werden, wie es die Regierungschefs von Bund und Ländern planen.

"Georgien und Moldau wollen ihre Bürger im eigenen Land behalten, und sie möchten ihre Visafreiheit für die EU unbedingt behalten", sagte Stamp. Menschen aus diesen Ländern, die als Asylsuchende nach Deutschland einreisen, würden zu über 99 Prozent abgelehnt. "Das ist den Ländern geradezu unangenehm", sagte Stamp.

Wenn ein Staat als sicheres Herkunftsland eingestuft ist, sind Asylanträge von Menschen, die von dort kommen, grundsätzlich als "offensichtlich unbegründet abzulehnen" außer die Betroffenen können ausdrücklich das Gegenteil beweisen.

Sobald Bundestag und Bundesrat einer Einstufung Moldaus und Georgiens zustimmten, könnten viele Menschen wesentlich schneller dorthin zurückgebracht werden, sagte Stamp. "So senken wir den Anreiz für nicht schutzbedürftige Bürger dieser Staaten, nach Deutschland zu ziehen, auf nahe null." Er kündigte auch an, mit Marokko "eine neue Migrationspartnerschaft" aufzubauen.

Load-Date: May 13, 2023

**Olaf Scholz skeptisch gegenüber Asylverfahren außerhalb Europas;
Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst hat vorgeschlagen,
außerhalb der EU-Grenzen Asylprüfungen vorzunehmen. Der Bundeskanzler
zweifelt an der Machbarkeit.**

ZEIT-online

Dienstag 31. Oktober 2023 3:37 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Irreguläre Migration; Ausg. 1

Length: 725 words

Byline: Alexander Eydlin

Body

Der Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat Skepsis bezüglich des Vorschlags bekundet, Anträge auf **Asyl** in der EU künftig bereits außerhalb Europas zu prüfen. Man sollte bei solchen Vorschlägen fragen, was Drittstaaten dazu sagen, in denen die Verfahren geführt werden müssten, sagte Scholz am Rande seines Besuchs in Ghana. "Das wäre jedenfalls ein höflicher Rat." Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hatte zuvor solche externen Prüfungen angeregt.

Nach ihrer Ankunft in Europa sollten **Flüchtlinge** in Partnerländer entlang der Fluchtrouten gebracht werden, "damit dort Verfahren und Schutzgewährung nach rechtsstaatlichen Regeln stattfinden", sagte Wüst der Süddeutschen Zeitung. "Das heißt, die, die keinen Schutzstatus erwarten können, kommen erst gar nicht in unser Land."

Scholz setzt auf mehr sichere Herkunftsländer und schnellere Verfahren

Es gebe "viele Dinge, die jetzt jeden Tag vorgeschlagen" würden, sagte dazu Scholz. Wo man Partner benötige, müsse zunächst geprüft werden, "ob die auch kooperieren wollen". Der Kanzler verwies stattdessen auf Maßnahmen, die bereits umgesetzt würden: So zeigte er sich beispielsweise optimistisch, dass der Bundesrat einer Ausweitung der Liste von sogenannten sicheren Herkunftsstaaten um Moldau und Georgien zustimmen werde.

Zudem signalisierte Scholz Zustimmung zu einem Vorschlag der Bundesländer, wie Asylverfahren für Länder mit niedriger Anerkennungsquote beschleunigt werden könnten. Demnach sollen Entscheidungen des Bundesamts für Migration (Bamf) und Gerichtsverfahren für Asylbewerber so priorisiert werden, dass diese Entscheidungen innerhalb von drei Monaten fallen sollen. Damit sollen lange Wartezeiten für Menschen, die wenig Aussicht auf Asyl haben, verkürzt werden. "Darauf werden wir uns auch ganz konkret einlassen", sagte er.

Auch die Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) lehnte den Vorschlag einer Asylprüfung in Drittstaaten auf. Migrationsabkommen mit einzelnen Herkunftsstaaten seien "zielführender", sagte sie in der marokkanischen

Olaf Scholz skeptisch gegenüber Asylverfahren außerhalb Europas Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst hat vorgeschlagen, außerhalb der EU-Grenzen

Hauptstadt Rabat. Mit Marokko versucht sie derzeit, ein solches Abkommen zu schließen. Bislang hat kein nordafrikanisches Land die Bereitschaft erkennen lassen, auf seinem Staatsgebiet Zentren für Asylverfahren zu errichten.

Am 6. November findet ein Treffen von Bund und Ländern im Bundeskanzleramt statt, bei dem es vor allem um die Finanzierung der Kosten für die Aufnahme von Geflüchteten gehen soll. Länder und Kommunen hatten hier mehr Unterstützung aus dem Bundeshaushalt gefordert, weil die derzeitige Finanzlage dem Bedarf nicht gerecht werde.

Lindner verweigert Ländern Zusagen weiterer Bundesmittel

Ob sie tatsächlich die geforderten Zusagen des Bundes erhalten, ist jedoch ungewiss. So sagte der Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), die Erwartungen der Länder könnten unerfüllt bleiben. Dem gegenüber stellte er Erwartungen der Bürger, bei denen ihm zufolge andere Sorgen herrschten: "Die Bürgerinnen und Bürger erwarten nicht eine Klärung der Finanzierung von Migration", sagte Lindner, "sie erwarten eine Reduzierung insbesondere der irregulären beziehungsweise illegalen Migration nach Deutschland."

Hier seien die Länder in der Mitverantwortung, sagte Lindner nach einem Besuch der FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen. "Wenn die Länder vom Bund finanzielle Beiträge erwarten, dann will ich als Finanzminister auch sagen, erwarte ich, dass die Länder Voraussetzungen schaffen, die Kosten zu reduzieren", forderte der FDP-Vorsitzende. Konkret erwarte er eine Umstellung auf Sachleistungen und eine Reduzierung der Bezüge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Derzeit werde für Asylbewerber nach 18 Monaten die Höhe der Leistungen auf das Niveau des Bürgergelds angehoben. Würde diese Zeit verdoppelt, könnten mehrere Hundert Millionen Euro im Jahr gespart werden, sagte Lindner mit Verweis auf eine Schätzung seines Ministeriums. Zudem schloss er sich Forderungen der Union an, wonach der Anreiz, nach Deutschland zu kommen, sinken müsse: "Ich glaube, dass wir insgesamt die Anreizfaktoren, in den deutschen Sozialstaat einzuwandern, reduzieren müssen", sagte Lindner. Mehr Geld vom Bund sei kein Allheilmittel.

Michael Kappeler Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), bei seinem Besuch in Accra, Ghana Michael Kappeler Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), bei seinem Besuch in Accra, Ghana

Load-Date: October 31, 2023

Früher integrieren, schneller abschieben; Nach den verlorenen Landtagswahlen beginnt die Ampelkoalition, die Asylpolitik zu ändern. Die Grünen bewegen sich beim Thema Abschiebungen.

ZEIT-online

Mittwoch 11. Oktober 2023 7:07 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Ampelkoalition; Ausg. 1

Length: 1313 words

Byline: Lisa Caspari;Jana Hensel;Katharina Schuler

Body

Wenige Tage nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen will die Ampel in der **Migrationspolitik** vorankommen. Am Mittwoch ging ein Gesetzentwurf in die Ressortabstimmung, der schnellere Abschiebungen ermöglichen soll und in der Koalition lange umstritten war. Gleichzeitig gab es nach Informationen von ZEIT ONLINE zwischen den drei Parteien eine Grundsatzvereinbarung bei der Frage, ob **Asylbewerber** künftig schneller arbeiten können sollen.

Die Ampel bleibt sich damit ihrem Ziel "mehr Härte, aber auch mehr Chancen" treu: Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) sprach von einem "Doppelschritt": "Wir machen mit diesem Paket wichtige und notwendige Schritte, um die Probleme besser in den Griff zu bekommen." Dass sich die Koalition jetzt auf dieses Paket einigen konnte, dürfte auch mit dem Rechtsruck bei den Landtagswahlen und der aufgeheizten gesellschaftlichen Stimmung zu tun haben. In einer Umfrage von infratest dimap sagten Ende September 78 Prozent der Deutschen, die Integration von **Flüchtligen** und **Asylbewerbern** in den Arbeitsmarkt gelinge sehr schlecht. 64 Prozent der Deutschen finden, dass Zuwanderung eher Nachteile für Deutschland mit sich bringe.

Wie ZEIT ONLINE erfuhr, wurden die Pläne in den vergangenen Tagen auf höchster Ebene zwischen Kanzleramt, Habecks Wirtschaftsministerium und dem FDP-geführten Finanzministerium verhandelt. Stolz ist man in der Koalition darauf, dass die Beratungen in der sonst chronisch zerstrittenen Ampel dazu zuletzt geräuschlos verliefen. "Ruhig und leise", wie Habeck heute Nachmittag sichtlich zufrieden bei der Vorstellung der Herbstprognose in der Bundespressekonferenz sagte.

Dabei mussten vor allem FDP und Grüne Zugeständnisse machen: Die Liberalen hatten sich lange gegen eine schnellere Aufhebung von Arbeitsverboten gestraubt, die Grünen waren skeptisch bei der Einführung von Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber und sie sehen eine härtere Gangart bei Abschiebungen kritisch. Doch Nachwahlumfragen in Bayern und Hessen haben gezeigt, dass auch Grünenwähler sich angesichts der hohen Flüchtlingszahlen eine strengere Migrationspolitik wünschen. In Bayern hatten das 49 Prozent der Grünenwähler in Nachwahlbefragungen angegeben.

Früher integrieren, schneller abschieben Nach den verlorenen Landtagswahlen beginnt die Ampelkoalition, die Asylpolitik zu ändern. Die Grünen bewegen sich beim

Die Beschlüsse im Detail:

Lockerung des Arbeitsverbots

Die Grünen fordern seit Monaten, Arbeitsverbote für Asylbewerberinnen und Asylbewerber abzuschaffen. Auf diese Weise würden die öffentlichen Kassen entlastet, argumentieren sie. Die FDP war lange dagegen, sie befürchtet - ebenso wie die Union -, dass ein schnellerer Arbeitsmarktzugang noch mehr Menschen ermutigen könnte, nach Deutschland zu kommen. Diese könnten hoffen, wenn sie erst mal arbeiten, in Deutschland bleiben zu können, auch ohne als Asylbewerber anerkannt zu werden.

An diesem Punkt haben sich die Grünen nun in Teilen durchgesetzt - allerdings längst nicht so weitgehend, wie sie es gerne gehabt hätten. Arbeitsverbote sollten für alle Geflüchteten vollständig abgeschafft werden, hatte etwa Fraktionschefin Katharina Dröge noch vor Kurzem gefordert. Dies solle auch für Geduldete gelten.

Nun soll es kleinere Verbesserungen bei den Arbeitserleichterungen für Geflüchtete geben. Bisher besteht für Flüchtlinge während der ersten drei Monate nach ihrer Ankunft in Deutschland ein Arbeitsverbot, danach dürfen anerkannte Flüchtlinge arbeiten. Dauert das Verfahren länger und müssen die Menschen weiter in einer Erstaufnahmeeinrichtung wohnen, konnten sie bisher erst nach neun Monaten arbeiten. Künftig soll das laut einem Eckpunktepapier, das ZEIT ONLINE vorliegt, nach sechs Monaten der Fall sein. Menschen aus sicheren Herkunftsländern sollen davon aber weiterhin ausgeschlossen bleiben.

Bei Geduldeten soll wie bisher schon die Ausländerbehörde über eine Arbeitserlaubnis entscheiden. Diese soll nun aber angewiesen werden, eine solche Arbeitserlaubnis nach sechs Monaten Aufenthalt im Regelfall auch zu erteilen - es sei denn, eine Abschiebung steht unmittelbar bevorsteht. Bislang wurde das regional unterschiedlich gehandhabt.

Ausgeweitet werden sollen auch sogenannte Ausbildungs- oder Beschäftigungsduldungen, die Flüchtlingen, die hier arbeiten oder sich in Ausbildung befinden, vorübergehend einen gesicherten Aufenthaltsstatus geben. So soll die Beschäftigungsduldung künftig für alle Geflüchteten möglich sein, die vor dem 31. Dezember 2022 eingereist sind, bisher war der Stichtag der 1. August 2018. Die Ausbildungsduldung soll künftig auch bei einer schulischen, nicht nur bei einer betrieblichen Ausbildung gelten.

Darüber hinaus begrüße es die Bundesregierung, wenn Länder und Kommunen arbeitsfähigen Asylbewerbern nach dem Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtung eine geeignete Arbeitsgelegenheit zuweisen oder sie zu gemeinnütziger Arbeit heranziehen, heißt es in der Einigung weiter. Damit geht die Ampel offenbar weniger weit als die Ministerpräsidenten der Länder. Diese haben vor ihrer am Donnerstag beginnenden Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) eine Pflicht zur Arbeitsaufnahme gefordert. Dagegen gibt es allerdings rechtliche Bedenken, vor allem wenn mit einer Pflicht konkrete Sanktionen verbunden wären. Ulrich Kober, Migrationsexperte der Bertelsmann Stiftung, weist beispielsweise darauf hin, dass die EU-Menschenrechtskonvention Zwangsarbeit verbietet.

Sachleistungen statt Geldleistungen

Geflüchtete künftig stärker mit Sachleistungen statt mit Bargeld zu unterstützen, war eine der Forderungen der FDP-Seite. Auch viele Unionspolitiker verlangen das. Auch in dieser Hinsicht signalisiert die Bundesregierung nun Unterstützung, wenn auch nur im Grundsatz. Man begrüße es, wenn Länder und Kommunen von der bereits bestehenden rechtlichen Möglichkeit Gebrauch machten, heißt es in dem Eckpunktepapier.

Allerdings hatten die meisten Kommunen daran bislang kein Interesse, weil das für sie mehr bürokratischen Aufwand bedeutet. Darüber hinaus will die Bundesregierung die Möglichkeit schaffen, dass Sachleistungen künftig stärker auf Geldleistungen angerechnet werden. Solange Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften wohnen und dort eine Verpflegung erhielten, solle das von den Geldleistungen künftig abgezogen werden.

Abschiebungen erleichtern

Früher integrieren, schneller abschieben Nach den verlorenen Landtagswahlen beginnt die Ampelkoalition, die Asylpolitik zu ändern. Die Grünen bewegen sich beim

Abschiebungen sollen in Zukunft insofern erleichtert werden, als sie künftig nicht mehr angekündigt werden müssen. Dies - das war den Grünen besonders wichtig - gilt allerdings nicht für Familien mit Kindern unter zwölf Jahren.

Bereits bekannt sind die Pläne des Bundesinnenministeriums, künftig die Abschiebehaft auf 28 Tage auszuweiten und Angehörige krimineller Vereinigungen auch ohne Verurteilung ausweisen zu können - gemeint sind hier vor allem Clanmitglieder. Vor allem zu diesem Punkt hatte es viel Kritik gegeben, von "Sippenhaft" war die Rede.

Mit dem Gesetzentwurf soll es der Polizei künftig auch ermöglicht werden, auf der Suche nach Ausreisepflichtigen auch die Räume von Freunden und Bekannten zu durchsuchen. Ein anderes Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag gehen die Ampelparteien aber bisher nicht an: Der Familiennachzug für Geflüchtete soll erst mal nicht ausgeweitet werden. Das wäre angesichts der hohen Zahl von Asylbewerbern von bis zu 300.000 Menschen in diesem Jahr wohl gesellschaftlich nicht vermittelbar.

Kanzler Olaf Scholz sucht in der Migrationsfrage darüber hinaus offenbar den überparteilichen Konsens. Am Freitag will er sich mit CDU-Chef Friedrich Merz sowie den Ministerpräsidenten Boris Rhein (CDU) und Stephan Weil (SPD) im Kanzleramt treffen. Damit will Scholz den ersten Schritt auf dem Weg zum Deutschland-Pakt machen, den er kürzlich der Union angeboten hat. Bei dem Treffen soll ebenfalls über die Migrationspolitik gesprochen werden.

Christian Lindner, Robert Habeck und Olaf Scholz in der 127. Sitzung des Deutschen Bundestages im Reichstagsgebäude. Berlin, 11.10.2023

Christian Lindner, Robert Habeck und Olaf Scholz in der 127. Sitzung des Deutschen Bundestages im Reichstagsgebäude. Berlin, 11.10.2023

Load-Date: October 11, 2023

Mehr politisch motivierte Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte; In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden 80 Angriffe auf Unterkünfte für Geflüchtete registriert. Die Linke wirft AfD und Union vor, dem Hass Boden zu bereiten.

ZEIT-online

Mittwoch 2. August 2023 4:51 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Rassismus; Ausg. 1

Length: 423 words

Byline: Katharina James; Verena Hölzl

Body

Hannes P Albert

Schlafquartiere in der **Flüchtlingsunterkunft** auf dem ehemaligen Flughafen Tegel in Berlin

Die Zahl der gegen **Flüchtlingsunterkünfte** gerichteten politisch motivierten Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen und tätlichen Angriffe hat seit Anfang 2022 kontinuierlich zugenommen. Wie die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion mitteilte, lagen bis Mitte Juli für das erste Halbjahr 2023 Erkenntnisse zu insgesamt 80 politisch motivierten Straftaten vor, bei denen die Unterkunft Tatort oder direktes Angriffsziel war. Das Schreiben der Bundesregierung liegt der Nachrichtenagentur dpa vor.

Davon waren 74 Straftaten mutmaßlich rechten Tatverdächtigen zuzuordnen, zwei Delikte entfielen auf den Phänomenbereich "ausländische Ideologie". In einem Fall ordnete die Polizei die Straftat dem Bereich "religiöse Ideologie" zu.

Zum Vergleich: Im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres hatte die Polizei 52 politisch motivierte Straftaten gezählt, die sich gegen Flüchtlingsunterkünfte richteten. Im zweiten Halbjahr 2022 waren es 71 Straftaten.

39 Verletzte, darunter vier Kinder

Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ausführt, wurden allein bei den im zweiten Quartal 2023 verübten Straftaten gegen Asylbewerber, Flüchtlinge und Unterkünfte insgesamt 39 Personen verletzt, darunter vier Kinder.

"Es ist alarmierend, dass Menschen, die hier Schutz suchen, so häufig Gewalt, Anfeindungen und Ausgrenzung erfahren", sagte die fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Clara Büniger. Sie warf AfD, CDU und CSU vor, mit "verbalen Angriffen auf das Recht auf Asyl" den Boden für "rassistische Mobilisierungen" gegen Geflüchtete zu bereiten. Auch dürfe man nicht vergessen, "dass SPD und Grüne mit ihrer Zustimmung zur Reform des Europäischen Asylsystems selbst für die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl in der EU gestimmt haben".

Mehr politisch motivierte Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden 80 Angriffe auf Unterkünfte für Geflüchtete reg....

Im Juni waren Teile der geplanten Reform von den Innenministern auf den Weg gebracht worden. Neben einer Pflicht zur Solidarität in Notsituationen sehen sie Ergänzungen und Verschärfungen der Regeln vor, um illegale Migration zu begrenzen. So sollen etwa Asylanträge von Migranten aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 20 Prozent bereits an den EU-Außengrenzen innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden. Gespräche über einen Entwurf für eine sogenannte Krisenverordnung, die aus Sicht einiger Mitgliedsstaaten ebenfalls Teil des Reformpakets werden sollte, waren im Juli vorerst gescheitert unter anderem wegen Bedenken der Bundesregierung.

Load-Date: August 2, 2023

End of Document

US-Regierung will Regeln für Asylbewerber deutlich verschärfen; Migranten sollen in Zukunft nur noch von außerhalb der USA einen Asylantrag stellen.
Die US-Regierung befürchtet nach dem Wegfall der Corona-Regelungen einen Ansturm.

ZEIT-online

Mittwoch 22. Februar 2023 2:22 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 397 words

Byline: Anne Schwedt

Body

Adam Schultz

Description Joe Biden, Präsident der USA, geht mit Beamten der Zoll- und Grenzschutzbehörde bei einem Besuch der Grenzmauer entlang des Rio Grande. Biden ist in El Paso, um sich ein Bild von der südlichen Grenze zu machen, wo die Einwanderung einen Rekordstand erreicht hat. Service +++ dpa-Bildfunk +++ Creation date 01-08-2023 Photograph credits picture alliance/dpa/Planet Pix via ZUMA Press Wire | Adam Schultz/White House

Die Regierung von US-Präsident Joe Biden will die Regeln für Asylbewerber deutlich verschärfen. Damit solle verhindert werden, dass es beim demnächst anstehenden Wegfall der Corona-Einreisebeschränkungen einen Ansturm von Migranten an der Südgrenze des Landes gebe, teilte ein Regierungsvertreter in Washington mit. Unter anderem solle ein Asylantrag künftig nur noch von außerhalb der USA gestellt werden können. Migranten, die einfach über die Grenze ins Land kommen, könnten in den USA nicht mehr um Asyl bitten.

Dieser Passus zielt offensichtlich auf die süd- und lateinamerikanischen Flüchtlinge, die über Mexiko in die USA gelangen wollen. Schätzungen zufolge sind dies monatlich etwa 200.000 Menschen. Die meisten von ihnen verlassen ihre Heimatländer wie Venezuela oder Kolumbien auf der Flucht vor Armut und Gewalt und gelangen nach einem langen Weg letztendlich zu Fuß in die USA, wo viele von ihnen Asyl beantragen.

Die nun geplanten neuen Regeln sollen dies unterbinden. Die Flüchtlinge sollen demnach entweder in einem der Transitländer oder über eine Internetapp einen Antrag auf US-Asyl stellen und einen Termin mit einem Einwanderungsbeamten beantragen müssen. Wenn sie dies nicht tun und stattdessen einfach in die USA kommen, sollen sie automatisch das Recht auf Asyl verlieren.

Die geplanten Regelungen wurden am Dienstag von der US-Regierung veröffentlicht. Sie sollen nun 30 Tage lang diskutiert und dann mit eventuellen Änderungen endgültig beschlossen werden. In Kraft treten sollen sie spätestens im Mai, wenn die derzeit geltenden strikten Corona-Einreisebeschränkungen aufgehoben werden.

US -Regierung will Regeln für Asylbewerber deutlich verschärfen Migranten sollen in Zukunft nur noch von außerhalb der USA einen Asylantrag stellen. Die US -Reg....

Hilfsorganisationen kritisierten die Vorschläge der Biden-Regierung umgehend. "Dieses pauschale Asylverbot wird die Tür verrammeln für unzählige Flüchtlinge, die in den USA Sicherheit und Schutz suchen", sagte beispielsweise die Präsidentin von Oxfam America, Abby Maxman. "Diese Politik ist illegal und unmoralisch."

Load-Date: February 22, 2023

End of Document

Ampel-Koalition will Asylverfahren schon in Drittstaaten prüfen; Die Bundesregierung will die Verlegung von Asylverfahren nach Afrika prüfen. Menschenrechte sollen dabei geachtet werden, sagt der Migrationspolitiker Joachim Stamp.

ZEIT-online

Samstag 4. Februar 2023 12:52 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 1

Length: 397 words

Byline: Tina Groll

Body

Henning Kaiser

Der neue Sonderbevollmächtigte für **Migrationsabkommen**, Joachim Stamp (FDP), aufgenommen hier im Januar noch bei einer Plenarsitzung im Landtag von Nordrhein-Westfalen auf seinem Platz

Der neue Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für **Migrationsabkommen**, Joachim Stamp (FDP), hat angekündigt, eine Verlagerung von **Asylverfahren** ins Ausland prüfen zu wollen. Dies solle unter Beachtung der Genfer **Flüchtlingskonvention** und der Europäischen Menschenrechtskonvention geschehen. "Dann würden auf dem Mittelmeer gerettete Menschen für ihre Verfahren nach Nordafrika gebracht werden", sagte Stamp der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*.

Ein solches Vorgehen erfordere aber viel Diplomatie und einen langen Vorlauf, sagte Stamp. Es sei klar, dass etwa ein Land wie Libyen in seinem derzeitigen Zustand dafür kein Partner sein könne. "Es geht nicht um einen Schnellschuss, wie ihn der frühere britische Premierminister Boris Johnson mit Ruanda gemacht hat."

Die Ampel-Parteien SPD, Grüne und FDP hatten in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, sich "für rechtsstaatliche Migrationsabkommen mit Drittstaaten im Rahmen des Europa- und Völkerrechts" einzusetzen. Hierfür werde man prüfen, ob die Feststellung des Schutzstatus "in Ausnahmefällen" unter Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention in Drittstaaten möglich ist, heißt es dort.

Stamp sagte, entscheidend sei, sowohl das Sterben im Mittelmeer und die sogenannten Pushbacks an den EU-Außengrenzen zu beenden als auch die irreguläre Migration zu reduzieren. "Dazu müssen wir den Menschen die Motivation nehmen, sich überhaupt erst auf die lebensgefährliche Überfahrt einzulassen", sagte der Sonderbeauftragte.

Er warb für Migrationsabkommen mit Partnerländern, die ein Kontingent von regulären deutschen Visa für ihre Bürger angeboten bekommen sollen unter der Voraussetzung, dass sie Straftäter, Gefährder und illegal nach

Ampel-Koalition will Asylverfahren schon in Drittstaaten prüfen Die Bundesregierung will die Verlegung von Asylverfahren nach Afrika prüfen. Menschenrechte soll....

Deutschland eingereiste Staatsbürger zurücknehmen, also Abschiebungen ermöglichen. "Wir wollen Chancen schaffen, dass sich eine begrenzte und kontingentierte Anzahl regulär für den deutschen Arbeitsmarkt bewerben kann, sofern jene, die es auf eigene Faust versuchen und die hier kein Asylrecht haben, von ihren Herkunftsländern umstandslos wiederaufgenommen werden", sagte Stamp.

Load-Date: February 4, 2023

End of Document

**Robert Habeck fordert von Grünen "moralisch schwierige Entscheidungen";
Der Vizekanzler plädiert wegen hoher Flüchtlingszahlen für Reformen in der
Migrationspolitik. Die CDU-Spitze erklärt sich bereit zu Lösungen im
Konsens mit der Koalition.**

ZEIT-online

Samstag 23. September 2023 12:59 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 1046 words

Byline: Mathias Peer;Juliane Frisse

Body

Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) äußert angesichts hoher **Flüchtlingszahlen** Verständnis für die Sorgen von Städten und Gemeinden - und spricht sich für pragmatische Lösungen aus, um den Zuzug zu senken. "Wir haben eine große Herausforderung für das Land zu bewältigen", sagte Habeck dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).

Bei einer Konferenz mit Bürgermeistern und Landräten sei ihm von Überlastung und Überforderung berichtet worden: "Sie sagen, dass sie an vielen Stellen nicht mehr wissen, wie sie die Probleme lösen sollen. Sozialarbeiter kommen kaum noch hinterher, Wohnraum ist knapp. Sie können die Unterbringung kaum noch und bald gar nicht mehr gewährleisten. Die Integrationskurse sind unterfinanziert." Da herrsche "eine gewisse Dramatik".

Habeck fügte hinzu: "Mir wurde gesagt: Wenn weiterhin so viele Menschen so schnell kommen, bleiben uns außer Turnhallen keine Unterkünfte mehr. Und wenn dann der Turnunterricht ausfällt, kann man nicht erwarten, dass alle Bürger sagen: 'Wir kriegen das schon hin.' Wenn wir nicht wollen, dass der Rechtspopulismus dieses Thema ausbeutet, dann sind alle demokratischen Parteien verpflichtet, bei der Suche nach Lösungen zu helfen."

Habeck lehnt Obergrenze ab

Der Grünenpolitiker sagte, dass seine Partei auch zu pragmatischen Lösungen bereit sei, um den Zuzug bereits an den EU-Außengrenzen zu senken. "Wir haben regierungsseitig einem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem, das unter anderem Asylverfahren an den Außengrenzen der EU vorsieht, zugestimmt, aber es war schwierig für viele Grüne", sagte er. Wenn die Grünen das Recht auf Asyl aber weiter schützen wollten, dann müssten sie "die Wirklichkeit annehmen und die konkreten Probleme lösen - auch, wenn es bedeutet, moralisch schwierige Entscheidungen zu treffen. Wir wissen, dass wir eine Verantwortung für den Zusammenhalt in diesem Land tragen."

Robert Habeck fordert von Grünen "moralisch schwierige Entscheidungen" Der Vizekanzler plädiert wegen hoher Flüchtlingszahlen für Reformen in der Migrationspoli....

Die von Bayerns Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) geforderte Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen hält Habeck für untauglich. Er sprach sich aber für beschleunigte Abschiebungen durch neue Vereinbarungen mit den Herkunftsländern aus. "In der Praxis löst eine Obergrenze kein einziges Problem, weil im Zweifel doch mehr Menschen kommen", sagte der Minister. Die Vorstellung, man könne das Problem mit einer Zahl lösen, erhöhe am Ende nur den Grad der Enttäuschung. "Effektiver sind Migrationsabkommen, die auch die Rückkehr abgelehnter Asylsuchender beinhalten", sagte Habeck.

Dröge: Belastungsgrenze bei Flüchtlingsaufnahme noch nicht erreicht

Den Kommunen sagte Habeck zusätzliche Unterstützung durch den Bund zu. Geplant ist laut Habeck auch ein Abbau von Bürokratie, etwa in den Ausländerbehörden. "Deshalb werden wir es möglich machen, dass die Aufenthaltserlaubnisse für Ukrainerinnen und Ukrainer pauschal verlängert werden können statt individuell." Zudem bestünden zu viele bürokratische Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt, sagte der Bundeswirtschaftsminister. "Wir haben einen Mangel an Arbeitskräften. Es ist doch in unserem Interesse, dass Menschen, die schon hier sind, ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können", sagte er.

Die Co-Vorsitzende der Grünenbundestagsfraktion, Katharina Dröge, sieht Deutschland bei der Aufnahme von Flüchtlingen hingegen nicht an der Belastungsgrenze. "Ich halte es für unverantwortlich, jetzt den Eindruck zu erwecken, dass es keine Sicherheit oder Handlungsfähigkeit gäbe", sagte Dröge der Neuen Osnabrücker Zeitung. Es werde gerade auf europäischer Ebene eine Reform der gemeinsamen Asylpolitik verabredet, die das Ziel habe, mehr Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten.

"Und obwohl diese Reform noch nicht mal in Kraft ist, werden schon wieder neue Forderungen laut. Es ist absolut falsch anzunehmen, wir kümmern uns nicht um das Thema. Diese Reformen müssen erst mal wirken."

CDU plädiert für parteiübergreifende Zusammenarbeit

CDU-Chef Friedrich Merz sagte in einem Liveinterview mit der Augsburger Allgemeinen am Freitag, die Unionsparteien seien bereit, die Probleme konstruktiv gemeinsam mit der Bundesregierung zu lösen. Merz forderte einen schärferen Kurs bei Abschiebungen und nannte das sozialdemokratisch regierte Dänemark als Vorbild. Die Dänen seien "sehr konsequent", es gebe für Auszuweisende "nur noch Sachleistungen". Die Betroffenen kämen nur noch in Sammelunterkünften unter und würden "dann auch konsequent abgeschoben". Durch ihren Kurswechsel in der Asylpolitik habe die dänische Regierung den Erfolg rechtsnationaler Parteien von über 20 auf unter drei Prozent zurückdrängen können, sagte Merz. Dies könne auch in Deutschland erreicht werden.

Auch CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann bot der Bundesregierung einen parteiübergreifenden Konsens in der Migrationspolitik an. Es brauche jetzt "so einen Konsens wie 1993", sagte er der Süddeutschen Zeitung. Damals war auf Grundlage des sogenannten Asylkompromisses von Union, FDP und SPD das Asylgrundrecht eingeschränkt worden. "Wenn wir dieser Herausforderung Herr werden wollen, dann müssen die Parteien im Deutschen Bundestag bereit sein, parteiübergreifend den Schulterschluss zu suchen", forderte Linnemann. "Ich persönlich würde dann sofort öffentliche Zuspitzungen im Streit mit den Ampel-Parteien sein lassen - und ich wäre sofort bereit zu sagen: Kommt, wir setzen uns an einen Tisch! Damit die Flüchtlingszahlen runtergehen."

Die gesamte Infrastruktur sei nicht auf diese hohe Zahl von Menschen ausgelegt, warnte er. Es gebe Tausende Kinder im schulfähigen Alter aus Flüchtlingsfamilien, die nicht zur Schule gehen könnten, weil die Kapazitäten nicht da seien. Das verhindere Integration und gefährde den gesellschaftlichen Zusammenhalt. "Deshalb unser Angebot. Ich habe das Gefühl: Dieser Schulterschluss könnte historisch werden."

Tobias Schwarz German Minister of Economics and Climate Protection Robert Habeck attends a weekly meeting of the German cabinet at the chancellery in Berlin on June 28, 2023. (Photo by Tobias SCHWARZ / AFP) (Photo by TOBIAS SCHWARZ/AFP via Getty Images) Tobias Schwarz German Minister of Economics and Climate Protection Robert Habeck attends a weekly meeting of the German cabinet at the chancellery in Berlin on June 28, 2023. (Photo by Tobias SCHWARZ / AFP) (Photo by TOBIAS SCHWARZ/AFP via Getty Images)

Robert Habeck fordert von Grünen "moralisch schwierige Entscheidungen" Der Vizekanzler plädiert wegen hoher Flüchtlingszahlen für Reformen in der Migrationspoli....

Load-Date: September 23, 2023

End of Document

**Pro Asyl kritisiert Pläne für Asylverfahren an den EU-Außengrenzen;
Menschenrechtler warnen davor, in Zentren außerhalb der EU über den
Schutzstatus von Asylbewerbern zu entscheiden. Ein faires Verfahren sei
dort nicht möglich.**

ZEIT-online

Samstag 6. Mai 2023 12:41 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 1

Length: 356 words

Byline: Mathias Peer

Body

Mahmud Turkia

Migrants of different nationalities are led ashore following their rescue at sea by the Libyan Coast Guard, on April 25, 2023. - The Libyan coastguard recovered on April 25 the bodies of 11 **migrants** including a child after their Europe-bound boat sank off the North African country's coast, and came to the aid of survivors of the shipwreck who were able to swim to shore after the sinking. (Photo by Mahmud Turkia / AFP) (Photo by MAHMUD TURKIA/AFP via Getty Images)

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl zeigt sich empört über Pläne für Asylverfahren an den Außengrenzen der Europäischen Union. Für Pro Asyl sei dies "ein menschenrechtlicher Dammbruch", sagte der Leiter der Europaabteilung von Pro Asyl, Karl Kopp, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). "Es gibt keine fairen, rechtsstaatlichen Verfahren in haftähnlichen Lagern fernab an den Rändern Europas", kritisierte er.

Die Blaupause für solche Verfahren könne seit Jahren auf den griechischen Inseln beobachtet werden, sagte Kopp. "Die Vorstellung, dass es diese Entrechtung Schutzsuchender bald europaweit geben wird, ist schlimm." Schon jetzt sei der Druck von rechtspopulistischen Strömungen auf die Abschaffung des Asylrechts enorm.

Die Bundesregierung dürfe dem Vorhaben der EU-Kommission auch deshalb nicht zustimmen, forderte Kopp. Letztlich gehe es um die Grundsatzfrage, ob die Ampel-Koalition bereit sei, "Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Menschenwürde die Fundamente der EU zu verteidigen", sagte Kopp dem RND.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hatte im *Handelsblatt* dafür plädiert, die europäische Migrationspolitik stärker auf eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen auszurichten. "Wir werden für eine verlässliche Identifizierung, Registrierung und Überprüfung von Menschen bereits an den EU-Außengrenzen sorgen", sagte die SPD-Politikerin.

Pro Asyl kritisiert Pläne für Asylverfahren an den EU-Außengrenzen Menschenrechtler warnen davor, in Zentren außerhalb der EU über den Schutzstatus von Asylbewe....

Verhandelt werde auf EU-Ebene "über Verfahren an den EU-Außengrenzen, um dort binnen kurzer Fristen über den Schutz von Menschen mit geringer Aussicht auf Asyl in der EU zu entscheiden". Damit könnten abgelehnte Asylbewerber "schnell bereits von den EU-Außengrenzen aus zurückgeführt werden."

Load-Date: May 6, 2023

End of Document

"Die AfD haut sich auf die Schenkel"; Friedrich Merz suggerierte in einer Talkshow, Asylbewerber würden Deutschen Zahnarzttermine wegnehmen. Solche Aussagen nutzten am Ende der AfD, warnt Bodo Ramelow.

ZEIT-online

Freitag 29. September 2023 8:38 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Äußerung von Friedrich Merz; Ausg. 1

Length: 524 words

Byline: Iven Fenker

Body

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow hat CDU-Chef Friedrich Merz vorgeworfen, mit Äußerungen über **Asylbewerber migrationsfeindliche** Klischees zu bedienen. "Wenn der Stammtisch mit der Keule gepflegt wird, dann hört sich das genauso an", sagte der Linkenpolitiker. "Die AfD haut sich auf die Schenkel, fühlt sich bestätigt und durch die Bestätigung ihrer Klischees sogar noch unterstützt."

Merz hatte in einer Talkshow des Senders Welt gesagt, dass abgelehnte Asylbewerber beim Arzt säßen und "sich die Zähne neu machen" ließen, während "die deutschen Bürger nebendran" keine Termine bekämen. Parteiübergreifend führte die Äußerung zu heftiger Kritik.

Hendrik Wüst verteidigt Friedrich Merz

Das eigentliche Problem der Gesundheitsversorgung in Deutschland liege darin, dass Marktmechanismen "zu immer problematischeren Arzt-Patienten-Beziehungen" führten, sagte Ramelow. "Zahnarztpraxen werden gerade deutschlandweit aufgekauft. Allein in Thüringen höre ich es gerade aus zwei Städten." Dass Geflüchtete Termine wegnähmen, sei unzutreffend. "Die marktwirtschaftliche Reduktion des Patienten auf optimale ökonomische Ertragszahlen macht mir da viel mehr Sorgen."

Verteidigt wurde Merz von seinem Parteikollegen Hendrik Wüst, Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. "Es gibt ja ganz viele Menschen, die sich gerade Sorgen machen um den Zusammenhalt der Gesellschaft", sagte er. "Alle, die sich um Flüchtlinge kümmern, sind gerade am Limit, ob es die Kommunen sind, ob es die Schulen sind, die Kitas, die Kindergärten." Auch die Flüchtlingshelferinnen und -helfer klagten über die Situation. Er glaube, darauf habe "Friedrich Merz hinweisen" wollen.

Kommunen sehen fehlende Unterkünfte als ein Hauptproblem

Dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) zufolge lagen die Kosten für die Gesundheitsversorgung von Asylbewerbern im vergangenen Jahr bei insgesamt 690 Millionen Euro - "knapp über zehn Prozent der

"Die AfD haut sich auf die Schenkel" Friedrich Merz suggerierte in einer Talkshow, Asylbewerber würden Deutschen Zahnarzttermine wegnehmen. Solche Aussagen nutz....

Gesamtausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von 6,5 Milliarden Euro", wie Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der Bild-Zeitung sagte.

Die zentralen Herausforderungen für die Kommunen seien aber vor allem "die hohen Zahlen, die wenig geordneten Verfahren und fehlende Unterkünfte", sagte Landsberg. "Insbesondere für die Anmietung, Ausstattung und Sicherung von Unterkünften fallen erhebliche Kosten in den Kommunen an."

Auch die Bundeszahnärztekammer wies die Aussagen von Friedrich Merz zurück. "Diese Aussage können wir so nicht bestätigen", sagte Kammerpräsident Christoph Benz ZEIT ONLINE auf die Frage, ob es durch Migranten in den vergangenen Wochen vermehrt zu Wartezeiten gekommen sei. Benz fügte hinzu, dass Zahnärztinnen und Zahnärzte Geflüchteten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nur zur Behandlung akuter Schmerzen oder akuter Erkrankungen die erforderlichen Leistungen gewähren dürften. Dies schreibt das Asylbewerbergesetz in Paragraf vier vor. Einen teuren Zahnersatz bekommen Geflüchtete also nicht ohne Weiteres.

Sascha Fromm Bodo Ramelow, Ministerpräsident von Thüringen, am 23. September 2023 in Erfurt Sascha Fromm Bodo Ramelow, Ministerpräsident von Thüringen, am 23. September 2023 in Erfurt

Load-Date: September 29, 2023

End of Document

Wer nur von Abschiebung spricht, der blendet; Noch nie hat Deutschland so viele Geflüchtete aufgenommen wie im vergangenen Jahr. Um dieser Aufgabe Herr zu werden, braucht es mehr als billige Versprechen.

ZEIT-online

Donnerstag 9. Februar 2023 10:02 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Geflüchtete; Ausg. 1

Length: 1938 words

Byline: Gerald Knaus

Body

Felix Kästle

Ein jugendlicher **Geflüchteter** aus Burundi, der ohne Begleitung nach Deutschland kam.

*Gerald Knaus von der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI) ist einer der einflussreichsten **flüchtlingspolitischen** Experten Europas. Er hat das EU-Türkei-Abkommen mitentwickelt und die Bücher "Welche Grenzen brauchen wir?" und "Wir und die **Flüchtlinge**" geschrieben.*

Seit der Gründung der Bundesrepublik hat Deutschland in keinem Jahr so viele **Flüchtlinge** aufgenommen wie 2022. Im vergangenen Jahr wurde einer Million Ukrainern Schutz gewährt, die nach Russlands Angriff und vor dem blutigsten Krieg in Europa seit den Vierzigerjahren nach Deutschland flohen. Außerdem erhielten 2022 auch etwa 100.000 **Asylantragsteller**, darunter mehr als 75.000 aus Syrien und Afghanistan, schon in erster Instanz Schutz. Wieder anderen wurde in der zweiten Instanz von Gerichten Schutz gewährt und 30.000 Menschen, die meisten von ihnen Afghanen, erhielten 2022 ein Abschiebeverbot.

Deutschland war damit 2022 ein Pfeiler des internationalen **Flüchtlingsschutzes**. Doch die praktischen Herausforderungen, die das mit sich bringt, sind groß. Dabei sind die wichtigsten Gründe für das historische **Flüchtlingsjahr** 2022 schnell aufgezählt: vor allem Russland, dann Syrien und Afghanistan. Oder: Putin, Assad und die Taliban. Deren Taten waren die Ursache für massenhafte Flucht.

Addiert man nun diese Zahlen, dann erkennt man auch sofort, wie irreführend die derzeitige Debatte über die Beschleunigung von Abschiebungen aus Deutschland ist. Die allermeisten Menschen, die in Deutschland im vergangenen wie in den Jahren davor einen Asylantrag stellten, erhielten Asyl oder kamen aus Ländern, in die allen europäischen Ländern kaum Abschiebungen gelangen egal, ob dem Innenministerium in Berlin Thomas de Maizière, Horst Seehofer oder Nancy Faeser vorstand. Denn die allermeisten Asylanträge, über 80 Prozent, wurden in Deutschland in den vergangenen Jahren von Bürgern aus zehn Ländern gestellt: Syrien, Afghanistan, Irak, Türkei, Georgien, Somalia, Eritrea, Iran, Nigeria und Russland. Geflüchtete aus der Ukraine müssen keinen Asylantrag stellen, sie erhalten in der Regel unbürokratisch einen vorübergehenden Schutzstatus.

Wer nur von Abschiebung spricht, der blendet. Noch nie hat Deutschland so viele Geflüchtete aufgenommen wie im vergangenen Jahr. Um dieser Aufgabe Herr zu werden....

Abschiebungen sind notwendig, aber man muss realistisch bleiben

2021 stellten aus diesen zehn Ländern 120.000 Menschen einen der 150.000 Asylanträge in Deutschland. 2022 waren es 180.000 von 220.000 Anträgen. Der Anstieg bei Anträgen zwischen 2021 und 2022 erklärt sich fast vollständig durch das Wachstum der Asylanträge aus diesen zehn Ländern.

Gleichzeitig aber gab und gibt es fast keine Abschiebungen in diese Länder. Die einzige Ausnahme ist Georgien, mit gutem Grund. Das von der Visafreiheit seiner Bürger in die EU profitierende Land kooperiert sehr gut bei der Rücknahme seiner Bürger. Nach Georgien gab es 2021 knapp über 1.000 Abschiebungen. In die anderen neun Länder waren es insgesamt ebenso viele.

Was bedeutet dann aber das politische Versprechen einer "Abschiebungsoffensive"? Dass 2023 nicht 52 wie 2021, sondern 152 Menschen in den Irak abgeschoben würden? Dass die Zahl der Rückführungen nach Somalia von 13 (2021) auf 130 (2023) steigen würde? 2021 gab es noch einige wenige umstrittene Abschiebungen nach Afghanistan: 167. Doch mit diesen ist es seit der Machtergreifung der Taliban auch vorbei. Das Gleiche gilt für Abschiebungen nach Russland seit dem Ukraine-Krieg.

Selbst eine Verhundertfachung der Abschiebungen in diese wichtigsten Asylantragsländer wären nur wenige Tausend Menschen im Jahr. Dies würde angesichts der großen Zahl jener, die 2022 vor allem aus der Ukraine in Deutschland Schutz erhielten, deutsche Kommunen bei der Aufnahme kaum entlasten. Wer dies verspricht, blendet.

Nun ist, einerseits, ein Asylsystem, in dem endgültige Asylentscheidungen keine Konsequenzen haben, nicht sinnvoll: In dem Fall könnte man auf Verfahren verzichten, so wie das die EU bei den Ukrainern 2022 aus gutem Grund tat. Allerdings hätte dies an den Außengrenzen voraussehbar die Folge, bereits bestehende systematische Pushbacks wie heute in Polen oder Griechenland noch zu verstärken. Abschiebungen sind notwendig, aber wer sie fordert, muss Realist bleiben.

Das stärkste Argument für strategische Abschiebungen ist daher, dass diese im Rahmen von Migrationsabkommen, die sich auf die Abschiebung verurteilter Straftäter oder Neuankommender nach Stichtagen beschränken lebensgefährliche irreguläre Migration über das Meer reduzieren und damit auch Leben retten könnten, ohne auf Menschenrechtsverletzungen zu setzen. Beim Aushandeln von Migrationsabkommen, die der neue Sonderbevollmächtigte Joachim Stamp in Angriff nehmen soll, geht es daher darum, gezielt verurteilte Straftäter außer Landes zu bringen und zukünftige irreguläre Migration, etwa über das Mittelmeer, zu reduzieren. Das aber würde nichts daran ändern, dass 2023 wie 2022 wohl erneut die meisten Schutzsuchenden in Deutschland aus der Ukraine, Syrien und Afghanistan kommen würden, Schutz erhielten und von Abschiebungen nicht betroffen wären.

So entpuppen sich die derzeitigen Diskussionen angesichts einer Rekordzahl an Flüchtlingen in Deutschland wie in Europa als hilf- und strategielos. In der EU einigte man sich auf Visasanktionen gegen das kleinste Land Afrikas, Gambia, eine junge Demokratie und eines der ärmsten Länder der Welt, in dem es noch nicht einmal ein Schengen-Konsulat gibt. Die meisten ausreisepflichtigen Gambier in Europa leben übrigens in Baden-Württemberg. Deutschland wäre gut beraten, auf den entgegengesetzten Kurs zu setzen, um Resultate zu erzielen und nicht auch noch Länder zu destabilisieren: Angebote zu machen, sich strategisch auf die Abschiebung von Straftätern und jener, die erst nach einem Stichtag kommen, zu konzentrieren und dafür dem Land Kontingente legaler Migration zu ermöglichen. Als Pilotprojekt auch für andere.

Ebenso hilf- und sinnlos sind Überlegungen in Europa, in dieser Krise erneut, wie schon einmal 2016 durch Viktor Orbán und Sebastian Kurz, die sogenannte Balkanroute zu schließen. In diesen Planspielen soll die EU-Agentur Frontex an die Grenzen des Westbalkans geschickt werden, um dort Migranten zu stoppen. Das ist umso absurder, als fast alle in der EU darauf setzen, Bulgarien und Rumänien so schnell wie möglich in den Schengenraum aufzunehmen, was dazu führen wird, dass es keinerlei Grenzkontrollen mehr zwischen Griechenland und Deutschland geben wird. Was aber sollen dann gelangweilte Frontex-Beamte an der grünen Grenze zwischen Nordmazedonien und Serbien noch ausrichten, wenn es rund um den von der EU umschlossenen Westbalkan

Wer nur von Abschiebung spricht, der blendet. Noch nie hat Deutschland so viele Geflüchtete aufgenommen wie im vergangenen Jahr. Um dieser Aufgabe Herr zu werden....

keine Grenzen mehr gibt? Auch hier wäre die gegenteilige Strategie vielversprechender: sich auf die tatsächliche Außengrenze der EU mit der Türkei zu konzentrieren, dort durch Migrationsdiplomatie Abkommen zu verhandeln und dafür den Westbalkanstaaten einen Fahrplan zu präsentieren, selbst nach Reformen bald dem Schengenraum beizutreten. Und so auch im Interesse des Friedens umstrittene Grenzen wie zwischen Serbien und dem Kosovo unsichtbarer zu machen.

Wer aber heute suggeriert, dass mehr Abschiebungen in einer Situation, in der neun von zehn aufgenommenen Flüchtlingen 2022 legal aus der Ukraine kamen, die Kommunen entlasten würden, der weckt Erwartungen, die unerfüllbar sind. Und macht damit das Geschäft jener Populisten, die ohnehin von Angst und Zorn gegen angeblich verräterische Eliten angetrieben sind. Das kann keine demokratische Partei in Deutschland wollen.

Zu 80 Prozent eine Folge von Putins Krieg

Was wäre nötig? Eine Botschaft, die Politikern der Mitte hilft, sich gegen Populisten zu wappnen. Drei Maßnahmen, die auch den Kommunen helfen könnten. Und eine konkrete Vision für die Zukunft, wie sie auch im Koalitionsvertrag der Ampel enthalten ist.

Die wichtigste Botschaft: Diese historische Flüchtlingskrise in Deutschland und Europa ist zu 80 Prozent eine Folge von Putins Krieg. Der einzige Weg, um zu verhindern, dass sich diese Krise noch verschärft, liegt deshalb in der Unterstützung der Ukraine. Sodass Ukrainerinnen und Ukrainer nicht mehr gezwungen sind, in Zukunft in noch größerer Zahl zu fliehen.

Eine wichtige Maßnahme wäre daher auch eine bessere Verteilung der noch kommenden weiteren Ukraine-Flüchtlinge. Statt sich in Brüssel damit zu beschäftigen, das kleine Gambia zu sanktionieren, sollte ein EU-Migrationsgipfel darüber diskutieren wie Länder, die bisher nur wenige Ukrainer aufgenommen haben, einen fairen Beitrag leisten könnten. Derzeit hat Baden-Württemberg mehr Ukrainer aufgenommen als ganz Frankreich. Tschechien hat allein mehr Menschen aufgenommen als Frankreich, Spanien und Italien zusammen.

Ein Weg, um dies zu ändern, wäre es etwa, Familien in Frankreich, Spanien, Italien und anderswo durch eine monatliche Dankespauschale (von etwa 500 Euro) bei der Aufnahme und privaten Unterbringung von Flüchtlingen zu unterstützen, so wie dies jetzt schon in Irland und Großbritannien geschieht. Dafür sollte sich Deutschland, angefangen beim Kanzler, beim Migrationsgipfel der EU einsetzen, um mit dem französischen Präsidenten eine europaweite Initiative der Mobilisierung privater, staatlich unterstützter Aufnahme ins Leben rufen. Das Ziel: Bis Ende 2023 sollten zumindest so viele Ukrainer jeweils in Frankreich, Spanien und Italien aufgenommen sein (eine halbe Million) wie heute in der Tschechischen Republik. Das würde auch Deutschland entlasten.

Eine zweite Maßnahme: die Beschleunigung von Asylverfahren für all jene, die ohnehin kaum eine Chance auf Asyl haben und deren Herkunftsländer durch bestehende Visafreiheit einen Anreiz haben, ausreisepflichtige Bürger sofort aus Deutschland zurückzunehmen, wie Georgien und Moldau. Dabei kann sich Deutschland auch an Ländern wie Österreich orientieren. Das Ziel: Es sollte bis Ende 2023 kaum noch Asylanträge aus diesen Ländern geben.

Eine dritte Maßnahme: durch attraktive Angebote auch an die wichtigsten Transitländer an der Grenze Europas, Marokko, Tunesien und die Türkei, diese dazu zu motivieren, ab Stichtagen irregulär über das Mittelmeer kommende Asylsuchende zurückzunehmen. Verfahren der Zurückgeschickten könnte dort der UNHCR durchführen. Damit würde lebensgefährliche irreguläre Migration reduziert. Parallel müsste man legale Mobilität und die Aufnahme von Flüchtlingen durch Resettlement ausbauen, wie es auch der deutsche Koalitionsvertrag vorsieht.

Eine Vision für die Zukunft ist ebenfalls schon im Koalitionsvertrag skizziert: nicht nur irreguläre Migration zu reduzieren, sondern auch legale zu fördern. Deutschland sollte sich dafür einsetzen, im Zuge neuer Migrationsabkommen gerade auch legale Mobilität mit Ländern Afrikas auszubauen. Anstatt sie in das Asylsystem zu drängen, sollte die EU für Ukrainer nach dem Ende des temporären Schutzes wie für die Menschen aus dem Westbalkan, Moldau und Georgien einen Übergang zur vollen Personenfreizügigkeit ermöglichen. Das wäre auch eine Maßnahme gegen Arbeiterlosigkeit. Mehr kontrollierte und legale Mobilität aus Partnerländern in Afrika wäre

Wer nur von Abschiebung spricht, der blendet. Noch nie hat Deutschland so viele Geflüchtete aufgenommen wie im vergangenen Jahr. Um dieser Aufgabe Herr zu werden....

geopolitisch sinnvoll und würde das gemeinsame Interesse stärken, im Gegenzug irreguläre Migration zu reduzieren.

Abschiebungen sind heute, angesichts einer Rekordzahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden, in Deutschland und anderswo in der EU, ein sehr stumpfes Instrument. Will man Probleme lösen, den Rechtsstaat an den EU-Außengrenzen wiederherstellen und Populisten keine weitere Munition liefern, braucht es Migrationsgipfel, die, auf Fakten basierend, Umsetzbares vorschlagen. Dafür braucht es, in Deutschland wie in der EU, eine große Koalition der Vernunft für humane Kontrolle. Und keine weitere Schaumschlägerei.

Load-Date: February 9, 2023

End of Document

Geräuschlos Geflüchtete abwehren; Auf dem EU-Fluchtgipfel wird Italiens rechte Regierung darauf drängen, die Migration über das Mittelmeer einzudämmen. Bislang hat man vor allem Rettungs-NGOs schikaniert.

ZEIT-online

Donnerstag 8. Juni 2023 7:19 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Italiens Flüchtlingspolitik; Ausg. 1

Length: 1045 words

Byline: Michael Braun

Body

MSF

Mit Schlauchbooten retten Mitarbeiter der Organisation Ärzte ohne Grenzen Ende Mai **Migranten** und **Flüchtlinge** im Mittelmeer von einem Boot in Seenot.

Wie ein Scharfmacher wirkt Matteo Piantedosi auf den ersten Blick gar nicht. Zwar ist er seit Oktober letzten Jahres Innenminister der radikal rechten italienischen Regierung unter Giorgia Meloni, doch auch auf dem für Donnerstag in Luxemburg angesetzten EU-Innenministertreffen zu Flucht und **Migration** müssen seine Kollegen kaum fürchten, dass er einen lauten Auftritt hinlegt. Das mag daran liegen, dass Piantedosi kein Berufspolitiker ist, dass er weder Melonis postfaschistischer Partei Fratelli d'Italia (Fdi Brüder Italiens) angehört, noch Matteo Salvinis mindestens ebenso fremdenfeindlicher Lega. Piantedosi hat eine Beamtenkarriere absolviert.

Die Bundesregierung wird beim Innenministertreffen auf einen Durchbruch in der europäischen **Migrationspolitik** drängen, sie will eine Einigung auf ein Gesamtpaket mit **Asylverfahren** an den EU-Außengrenzen und einen Verteilmechanismus in der Union. Eine hierarchische Ebene höher wird die **Asylpolitik** am selben Tag auch Thema in Rom beim Treffen von Olaf Scholz mit Giorgia Meloni sein. Es ist der erste Besuch des Bundeskanzlers seit dem Amtsantritt der italienischen Ministerpräsidentin.

Was aber will die Regierung Melonis in der Migrationspolitik genau durchsetzen? Welche Positionen vertritt sie? Immerhin sollten einen die leisen Töne ihres Innenministers in dieser Frage nicht täuschen. Schließlich brachte der Beamte es zum Kabinettschef des Innenministers Salvini, als dieser zwischen Juni 2018 und September 2019 dieses Amt innehatte. Der Lega-Chef führte in dieser Zeit mit der Parole "Geschlossene Häfen!" seine Attacken gegen die in der Seenotrettung tätigen NGOs im Hintergrund war Piantedosi damals stets an Salvinis Seite.

Die NGO-Schiffe müssen im Norden anlegen

Geräuschlos Geflüchtete abwehren Auf dem EU-Fluchtgipfel wird Italiens rechte Regierung darauf drängen, die Migration über das Mittelmeer einzudämmen. Bislang h....

"Mehr Europa" fordert Italiens Innenminister jetzt vor dem EU-Gipfel und klingt damit ganz anders als sein früherer Chef Salvini doch um mehr Europa geht es auch Piantedosi einzig und allein bei der Geflüchtetenabwehr. Seit er im Amt ist, tut er alles für dieses eine Ziel.

Es begann schon im November 2022. Von geschlossenen Häfen war jetzt zwar keine Rede mehr, jedoch nur, weil der erfahrene Beamte einen neuen, geräuschlosen, aber mindestens ebenso effektiven Weg fand, die NGOs zu schikanieren und ihre Arbeit zu torpedieren. Ein Dekret verfügte, dass die Rettungsschiffe sofort nach einem Einsatz die italienischen Behörden um Zuweisung eines Hafens bitten müssen. Die Zuweisung erfolgt auch in der Regel umgehend jedoch nicht etwa in Süditalien, sondern hoch im Norden, in der Toskana oder auf der Adriaseite in den Marken und der Emilia-Romagna. Die Folge: Die NGO-Schiffe müssen Fahrten von über 1.000 Kilometern zurücklegen, verbrennen dabei teuren Treibstoff und sind mindestens eine Woche lang für andere Rettungseinsätze aus dem Verkehr gezogen.

Als reiche das noch nicht, fügte Piantedosi ein weiteres Detail hinzu. Auf ihrer Fahrt nach Norden dürfen die NGO-Schiffe keine weiteren Rettungsmaßnahmen durchführen. Anderenfalls droht ihnen, dass ihr Schiff für 20 Tage an die Kette gelegt wird. Erst vor wenigen Tagen widerfuhr der deutschen *Sea-Eye 4* eben dieses Schicksal.

Auch die schon in Italien eingetroffenen Migrantinnen und Migranten bekamen Piantedosis harten Kurs zu spüren. Unter seiner Federführung wurde der bisher gewährte humanitäre Schutz gestrichen, der jenen Flüchtlingen eingeräumt worden war, die keine individuelle Verfolgung nachweisen konnten, die aber zum Beispiel aus Kriegerregionen stammten. Tausende verloren so den regulären Aufenthaltsstatus.

Die Hartleibigkeit der italienischen Regierung und ihres Innenministers hat einen guten Grund, hatten Meloni und Salvini doch im Wahlkampf versprochen, sie würden die Zahl der Migranten radikal senken. Doch das Gegenteil geschah. Im Jahr 2023 sind bisher gut 50.000 Menschen über das Mittelmeer nach Italien gekommen, rund 2,5-mal so viel wie im Vorjahr. Der Anteil der NGO-Schiffe daran dürfte gering sein, im Jahr 2022 haben sie nur gut zehn Prozent der Migrantinnen und Migranten, die nach Italien gelangten, gerettet, auch wenn Piantedosi immer wieder schwadroniert, ihre Aktivität wirke als *pull factor*.

Auch angesichts der Erfolglosigkeit dieser eher auf Propaganda als auf Fakten basierenden Politik ruft der Minister deshalb jetzt nach mehr Hilfe aus Europa. Die Beschwerde, Italien werde in der Flüchtlingsfrage von der EU alleingelassen, gehört im Land zum Standardrepertoire der Politik, quer durch die politischen Lager von links bis rechts. Bindende Umverteilungsmechanismen wird Italien aber auch diesmal nicht durchsetzen können, gerade die rechtsnationalen Regierungen in Ungarn und Polen eigentlich ja Melonis und Salvinis politische Freunde sind die ersten, die hiervon nichts halten. Doch Piantedosi hofft auf europäische Unterstützung in anderen Punkten.

Die EU soll, wenn es nach ihm geht, die Abschiebung von Migranten in ihre Herkunftsländer vereinfachen und unterstützen. Zudem soll die Union in den Ländern an der EU-Außengrenze wie Tunesien und Libyen auch mit großzügigen Hilfspaketen dafür sorgen, dass die Regierungen dieser Staaten die Abfahrten von Migranten Richtung Italien und Europa verhindern. Und schließlich redet Piantedosi darüber, dass die EU für die, wie er sagt, "echten" Flüchtlinge "humanitäre Korridore" einrichtet und dass die Arbeitsmigration reguliert werden müsse.

Nichts dagegen hält Piantedosi von freiwilligen Umverteilungsmechanismen für Geflüchtete innerhalb der EU, die schon bisher nicht funktioniert hätten. Er hält auch nichts von der Überlegung, dass einzelne Mitgliedstaaten sich von der Aufnahme von Flüchtlingen freikaufen können, indem sie diese Zahl machte vor dem Gipfel die Runde zum Beispiel 22.000 Euro pro Flüchtling an die aufnehmenden Staaten entrichten. Das sei bloß "ein Taschengeld", verlautet aus der italienischen Regierung. In diesem Punkt dürfte Italiens Rechtsregierung mit den Brüdern im Geiste in Polen und Ungarn völlig einig sein die wollen von solchen Zahlungen schier gar nichts wissen.

Geräuschlos Geflüchtete abwehren Auf dem EU-Fluchtgipfel wird Italiens rechte Regierung darauf drängen, die Migration über das Mittelmeer einzudämmen. Bislang h....

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

"Wir werden das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem verabschieden"; Bundeskanzler Olaf Scholz rechnet damit, dass die EU-Asylreform zustande kommt. Dazu gehören auch zusätzliche Grenzkontrollen. Er sprach von einem "Wendepunkt".

ZEIT-online

Donnerstag 28. September 2023 6:37 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Olaf Scholz; Ausg. 1

Length: 541 words

Byline: Sophia Boddenberg

Body

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat sich zuversichtlich gezeigt, dass die EU-**Asylreform** zustande kommt. "Wir werden das neue Gemeinsame Europäische **Asylsystem** verabschieden, das einen Solidaritätsmechanismus zur Aufnahme und Verteilung von **Flüchtlingen** vorsieht. Ein Wendepunkt", sagte er der Wirtschaftswoche.

Zuletzt waren die Verhandlungen dazu auf EU-Ebene nicht vorangekommen, unter anderem wegen eines Streits um einen Teil der Reform, der sogenannten Krisenverordnung. Diese wurde von der Bundesregierung wegen Kritik aus den Reihen der Grünen bislang abgelehnt. In Brüssel begründete sie das damit, dass dieses Regelwerk EU-Staaten ermöglichen könnte, Schutzstandards für Migrantinnen und Migranten in einer Weise zu senken, die aus Sicht der Bundesregierung inakzeptabel ist. Mit der Verordnung soll etwa bei einem besonders starken Anstieg der Migration der Zeitraum verlängert werden können, in dem Menschen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden können.

Vor Scholz hatten sich bereits Innenministerin Nancy Faeser (SPD) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) öffentlich zuversichtlich gezeigt, dass es bald einen europäischen Abschluss geben wird. Aus Regierungskreisen verlautete auch, dass Scholz in der Kabinettsitzung am Mittwoch darauf gedrungen hatte, dass die Koalition einer Einigung auf die EU-Asylreform nicht im Weg steht. Dabei sprach er demnach konkret die Krisenverordnung an.

"Wir unterstützen die EU-Länder mit Außengrenzen"

Der Wirtschaftswoche sagte Scholz mit Blick auf die irreguläre Migration: "Hier sind die Zahlen zu hoch, daran gibt es keinen Zweifel. Wir tun alles, was in unserer Macht steht, damit weniger kommen." In seiner Erläuterung dazu äußerte Scholz seine Zuversicht, dass es zu der europäischen Asylreform kommt, und führte zudem weiter aus: "Es gibt zusätzliche Grenzkontrollen in Deutschland. Und wir unterstützen die EU-Länder mit Außengrenzen."

Auch sagte Scholz: "Wir arbeiten an Musterabkommen für Mobilitätsabkommen, damit jene, die als Asylbewerber abgelehnt worden sind, einfacher in ihre jeweiligen Heimatländer zurückgebracht werden können." Moldau und

"Wir werden das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem verabschieden" Bundeskanzler Olaf Scholz rechnet damit, dass die EU-Asylreform zustande kommt. Dazu gehör....

Georgien würden zu sicheren Herkunftsländern erklärt, die Ausländerbehörden digitalisiert, und den Bundesländern sei ein Gesetzespaket vorgeschlagen worden, das die Zahl der Rückführungen in die Heimatländer steigern werde. "All das wird zusammenwirken", sagte Scholz. "Genau darum geht es: Um das Drehen ganz vieler Stellschrauben, um einem großen Problem Herr zu werden."

Offensichtlich mit Blick auf CSU-Chef Markus Söder, der eine "Integrationsgrenze" bei der Aufnahme von Asylbewerbern gefordert hatte, sagte Scholz: "Eines finde ich aber schwer erträglich: Wenn Politiker mit platten Forderungen wie 'Obergrenzen' durchkommen - ohne konkrete Handlungsvorschläge zu unterbreiten. Mit heißer Luft wird nur die Stimmung im Land aufgeheizt. Auf komplexe Fragestellungen einfache Antworten zu geben, klappt in der Regel nicht."

Liesa Johannssen German Chancellor Olaf Scholz attends the weekly cabinet meeting in Berlin, Germany September 27, 2023. REUTERS/Liesa Johannssen Liesa Johannssen German Chancellor Olaf Scholz attends the weekly cabinet meeting in Berlin, Germany September 27, 2023. REUTERS/Liesa Johannssen

Load-Date: September 28, 2023

End of Document

Christian Lindner fordert mehr Abschiebungen von Migranten; Der FDP-Vorsitzende will die irreguläre Einreise wirksamer unterbinden. Zugleich sollen die Ausbildungen von Einwanderern mit Arbeitsrecht schneller anerkannt werden.

ZEIT-online

Mittwoch 22. Februar 2023 2:47 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 407 words

Byline: Julica Jungehülsing

Body

Sebastian Gollnow

Christian Lindner, Bundesvorsitzender der FDP, spricht während einer Pressekonferenz zum Ergebnis der Wiederholungswahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Hans-Dietrich-Genscher-Haus. Mit 4,6 Prozent hat die FDP den Einzug ins Abgeordnetenhaus verpasst. Service +++ dpa-Bildfunk +++ Creation date 02-13-2023 Photograph credits picture alliance/dpa | Sebastian Gollnow

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) fordert mehr Konsequenz bei der Abschiebung von Migranten ohne Aufenthaltsrecht. Derzeit werde Migration in Deutschland nicht ausreichend gesteuert, sagte er dem Nachrichtenportal *t-online*. "Irreguläre Migration" werde nicht ausreichend unterbunden. "Was wir nicht brauchen, ist irreguläre Migration, die zwar illegal ist, aber dennoch zu dauerhaftem Aufenthalt und Bezug von Sozialleistungen führt", sagte Lindner.

Zugleich forderte Lindner, dass jenen Einwanderern, die in Deutschland arbeiten wollten, vorhandene Ausbildungen schneller anerkannt werden. Im Umgang mit Migranten, die kein Aufenthaltsrecht haben, wünschte sich der Minister "mehr Konsequenz". Er äußerte konkrete Erwartungen an den neu eingesetzten Migrationsbeauftragten Joachim Stamp (FDP). Dieser solle "mit Herkunftsländern Abkommen über die Rückführung illegal eingewandeter Menschen abschließen". Dabei sei ein Geben und Nehmen denkbar. "Erleichterungen bei Visa für Studierende und in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dafür aber auch Partnerschaft bei der Unterbindung illegaler Migration."

47 Prozent mehr Asylanträge

Anfang Februar hatte sich bereits Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) für eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber ausgesprochen, zugleich aber eingeräumt, dass es Probleme mit den Herkunftsländern gebe, die Menschen wieder aufzunehmen.

Christian Lindner fordert mehr Abschiebungen von Migranten Der FDP-Vorsitzende will die irreguläre Einreise wirksamer unterbinden. Zugleich sollen die Ausbildung....

Nach Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge stellten vergangenes Jahr 217.774 Menschen in Deutschland einen Asylantrag 47 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die meisten kamen aus Syrien (70.976), Afghanistan (36.358), der Türkei (23.938), dem Irak und Georgien. Zusätzlich fanden eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine Aufnahme, ohne dass sie Asyl beantragen mussten. Viele Kommunen und Bundesländer sind mit der Situation überfordert und beklagen, sie würden kaum noch Unterkünfte finden. Die Bundesregierung hatte daher Mitte Februar einen weiteren Flüchtlingsgipfel einberufen, der Lösungen erarbeiten sollte.

Load-Date: February 22, 2023

End of Document

Alexander Dobrindt fordert Reduzierung der Leistungen für Geflüchtete; Der CSU-Landesgruppenchef vergleicht Leistungen für Migranten mit denen für Bürgergeld-Empfänger. Die gleiche Höhe sei ungerecht. Der Städtebund fordert EU-weite Einheit.

ZEIT-online

Montag 2. Oktober 2023 7:41 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Unterstützung für Migranten; Ausg. 1

Length: 565 words

Byline: Konstantin Zimmermann

Body

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt hält die Höhe der Leistungen für **Geflüchtete** in Deutschland für zu hoch und fordert Kürzungen. "Das Bürgergeld für Menschen, die viele Jahre hier gearbeitet haben und dann in Arbeitslosigkeit geraten sind, kann nicht das vergleichbare System sein für **Migranten**, die erst sehr kurz in Deutschland sind", sagte Dobrindt der Augsburger Allgemeinen. Es müsse der Grundsatz gelten: "Wer eingezahlt hat, muss mehr bekommen als derjenige, der nicht eingezahlt hat."

Nach 18 Monaten erhalten Zuwanderer in Deutschland die gleichen Leistungen wie Bürgergeld-Empfänger. Für Ukrainer gilt, dass ihnen diese Leistungen sofort nach ihrer Ankunft in der Bundesrepublik zustehen.

"Dem großen Wort folgt das große Schweigen"

Dobrindt erinnerte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zudem an eine Umsetzung des vom Kanzler vorgeschlagenen Deutschland-Pakts. "Wir erwarten, dass der Bundeskanzler zu seinem Wort steht und einen Versuch unternimmt, mit CDU und CSU einen Deutschland-Pakt zum Stopp der irregulären Migration zu vereinbaren", sagte Dobrindt. "Unser Angebot für einen solchen Pakt liegt auf dem Tisch, es ist ernst gemeint."

Er warf Scholz vor, seinen Ankündigungen keine Taten folgen zu lassen. "Dem großen Wort folgt das große Schweigen", sagte der CSU-Politiker - ähnlich wie CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann. Dieser hat sich für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Ampelregierung und Union ausgesprochen. "Bis heute warten wir auf die Einladung, alles heiße Luft", sagte er zuletzt in der ARD.

Scholz hatte Anfang September im Bundestag einen Deutschland-Pakt zur Modernisierung des Landes vorgeschlagen und die Union eingeladen, sich daran zu beteiligen. CDU und CSU erklärten sich im Grundsatz zur Zusammenarbeit bereit und schlugen vor, mit Maßnahmen zur Begrenzung der irregulären Migration zu beginnen.

Städtebund warnt vor Spaltung der Gesellschaft

Alexander Dobrindt fordert Reduzierung der Leistungen für Geflüchtete Der CSU-Landesgruppenchef
vergleicht Leistungen für Migranten mit denen für Bürgergeld-Emp....

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund machte sich derweil für eine EU-weite Angleichung der staatlichen Asylbewerberleistungen stark. "Es ist wichtig, die Leistungen für Flüchtlinge europaweit, gemessen an der Kaufkraft, zu vereinheitlichen", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der Rheinischen Post.

"In der Migrationspolitik brauchen wir große Schritte mit einer echten Verteilung europaweit, konsequente Kontrollen an den Außengrenzen der EU und Abschiebung von Personen, deren Antrag rechtskräftig abgewiesen wurde", sagte Landsberg. Es sei "fünf vor zwölf" in der Migrationspolitik. Die Kommunen seien überwiegend überfordert und an ihre Leistungsgrenze bei Unterbringung, Versorgung und Integration gelangt. "An diesem Thema droht die Spaltung der Gesellschaft", sagte er.

Die teilweise geforderte Umstellung von Geld- auf Sachleistungen für Asylbewerber beurteilte der Gemeindebund-Chef skeptisch. "Die Umstellung auf Sachleistungen für alle Asylbewerber ist schwer umzusetzen, erzeugt Bürokratie und wird den Personen mit Bleibeperspektive nicht gerecht." Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts müsse ein Taschengeld ohnehin gezahlt werden. "Die Maßnahme würde auch kaum zu einer Reduzierung der Zuzugszahlen führen. Wer aus Syrien oder Afghanistan vor Verfolgung flieht, macht seine Entscheidung, nach Deutschland zu kommen, davon nicht abhängig", sagte er.

Sven Hoppe Alexander Dobrindt, CSU-Landesgruppenchef Sven Hoppe Alexander Dobrindt, CSU-Landesgruppenchef

Load-Date: October 2, 2023

Faeser erwartet "finale politische Einigung" um EU-Asylreform; In Brüssel beginnt die möglicherweise letzte Verhandlungsrunde über ein neues Asylsystem in Europa. Die Bundesinnenministerin zeigt sich zuversichtlich.

ZEIT-online

Montag 18. Dezember 2023 6:46 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Europäische Asylpolitik; Ausg. 1

Length: 546 words

Byline: Sophia Boddenberg

Body

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) blickt optimistisch auf die Verhandlungen über die EU-**Asylreform**, die am heutigen Montag in eine weitere Runde - möglicherweise die letzte - gehen. Es gehe um eine "finale politische Einigung", sagte die SPD-Politikerin der Frankfurter Rundschau und zeigte sich "zuversichtlich, dass uns das gelingen wird". "Das Gemeinsame Europäische **Asylsystem** (GEAS) ist der Schlüssel, um **Migration** gemeinsam zu gestalten, zu steuern, irreguläre **Migration** wirksam zu begrenzen und dabei humanitäre Standards zu wahren", sagte Faeser.

Mit der geplanten Asylreform soll die irreguläre Migration begrenzt werden. "Wir wollen, dass das Sterben auf dem Mittelmeer und das Chaos und die Rechtlosigkeit an den Außengrenzen ein Ende haben. Das geht nur mit europäischen Lösungen, die auch in der Realität funktionieren", sagte Faeser.

Zentrales Element der Reform ist die sogenannte Krisenverordnung. So soll bei einem besonders starken Anstieg der Migration der Zeitraum verlängert werden können, in dem Menschen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden können. Grundsätzlich sehen die Pläne für die EU-Asylreform zahlreiche Ergänzungen und Verschärfungen vor, um unerwünschte Migration zu begrenzen.

Lange keine Einigung über Krisenmechanismus

Über die Pläne für den Krisenmechanismus war lange keine Einigung erzielt worden. Das hatte insbesondere an humanitären Bedenken der Bundesregierung gelegen. Nachdem der Druck von Partnerländern gestiegen war, gab die Bundesregierung allerdings im Oktober den Widerstand auf.

Zudem soll die neue Verordnung dafür sorgen, dass stark belasteten Staaten an den EU-Außengrenzen wie Italien und Griechenland künftig ein Teil der Asylsuchenden abgenommen wird. Länder, die keine Geflüchteten aufnehmen wollen, müssten Ausgleichszahlungen leisten. Faeser sagte, dass diese verbindlich geregelte Verteilung von Geflüchteten auch die deutschen Kommunen entlasten werde.

Europawahl steht bevor

Faeser erwartet "finale politische Einigung" um EU-Asylreform In Brüssel beginnt die möglicherweise letzte Verhandlungsrunde über ein neues Asylsystem in Europa....

Anders sieht das der Grünen-Europaabgeordnete Erik Marquardt. "Die Erwartung, dass durch eine Einigung auf GEAS weniger flüchtende Menschen nach Deutschland kommen, scheint mir vollkommen unrealistisch", sagte er der Zeitung. Er rechne damit, dass eher mehr Menschen versuchen werden, direkt nach Deutschland zu kommen, "wenn sie merken, was ihnen an den Außengrenzen droht."

Die Zeit für eine Einigung drängt. Projekte, die bis zur Europawahl im Juni 2024 nicht mit den Regierungen der Mitgliedstaaten ausgehandelt sind, könnten anschließend wieder infrage gestellt werden und sich lange verzögern. Im Fall der geplanten Reform des Asylsystems wäre dies ein besonders großer Rückschlag, denn an dem Projekt wird seit Jahren gearbeitet.

Die Gespräche zwischen Unterhändlern von Europaparlament und EU-Staaten am heutigen Montag könnten sich bis tief in die Nacht zu Dienstag ziehen. Ob am Ende ein Kompromiss steht, ist offen. Es ist möglicherweise die letzte Verhandlungsrunde in diesem Jahr.

Melissa Erichsen Beschreibung Nancy Faeser (SPD), Bundesministerin des Innern und Heimat, spricht bei der Debatte zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs zur Verbesserung der Rückführung und zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Service+++ dpa-Bildfunk +++Aufnahmedatum30.11.2023Bildnachweispicture alliance/dpa | Melissa Erichsen

Load-Date: December 18, 2023

Rückführung von Flüchtlingen in andere EU-Länder gelingt nur selten; Deutschland hat 2022 versucht, 68.709 Flüchtlinge, die in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt hatten, dorthin zurückzuschicken. Meistens gelang das nicht.

ZEIT-online

Montag 16. Januar 2023 12:58 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 267 words

Byline: Ferdinand Otto

Body

Julian Stratenschulte

Migranten steigen aus einem Flugzeug. (zu dpa "Letzter Flug aus griechischen Lagern trifft in Hannover ein") +++ dpa-Bildfunk +++ 30/09/2020 Hannover

Deutschland scheitert oft an der Rückübernahme von Flüchtlingen durch die EU-Länder, in denen diese bereits einen Asylantrag gestellt haben. Wie die *Bild* -Zeitung unter Berufung auf Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) berichtet, stellte die Behörde im vergangenen Jahr 68.709 Rückübernahmeersuchen an andere Länder. Nur 4.158 Personen wurden zurückgenommen.

Grundlage für die europäische Asylgesetzgebung sind derzeit die sogenannten Dublin-Regeln. Nach ihnen ist normalerweise der Staat für Asylanträge zuständig, in dem ein Flüchtling zuerst europäischen Boden betritt. Reist der Flüchtling nach seiner Ankunft in der EU weiter und stellt in einem anderen Land erneut einen Antrag auf Asyl, kann er in das Erstaufnahmeland zurückgeschickt werden.

Dem Bericht der *Bild* -Zeitung zufolge hat die Zahl der deutschen Ersuchen auf eine Rückübernahme im vergangenen Jahr einen neuen Rekordwert seit Inkrafttreten der aktualisierten Dublin-Regeln im Jahr 2014 erreicht: Er lag 62,5 Prozent höher als 2021. Die Rücknahmequote lag dagegen dem Bericht zufolge mit 6,05 Prozent so niedrig wie nie zuvor.

Insbesondere die Zahlen aus Griechenland und Italien sind auffällig. Im Jahr 2021 etwa stellte Deutschland 10.427 Rücknahmeersuchen an Griechenland, tatsächlich zurückgeführt wurde jedoch lediglich ein Flüchtling. Italien sollte 6.623 Flüchtlinge zurücknehmen, tatsächlich kehrten nur 287 zurück.

Load-Date: January 16, 2023

Rückführung von Flüchtlingen in andere EU-Länder gelingt nur selten Deutschland hat 2022 versucht, 68.709 Flüchtlinge, die in einem anderen EU-Land einen Asylan....

End of Document

EU-Politiker sprechen mit Tunesiens Präsident über illegale Migration; Aus Tunesien kommen mehr Migranten in die EU. Die EU-Kommissionspräsidentin und die Regierungschefs der Niederlande und Italiens treffen deshalb Präsident Kais Saied.

ZEIT-online

Sonntag 11. Juni 2023 2:18 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Tunis; Ausg. 1

Length: 512 words

Byline: Verena Hölzl

Body

Tunesiens Präsident Kais Saied empfängt am 6. Juni Giorgia Meloni, Ministerpräsidentin von Italien, im Präsidentenpalast von Karthago.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und die Regierungschefs der Niederlande und Italiens reisen am Sonntag zu Gesprächen über den Umgang mit irregulärer **Migration** nach Tunesien. In der Hauptstadt Tunis wollen sie bei einem Treffen mit Präsident Kais Saied über das Problem beraten. Die irreguläre **Migration** aus dem nordafrikanischen Land in die EU hat in den vergangenen Monaten stark zugenommen.

Nach offiziellen Zahlen des Innenministeriums in Rom erreichten seit Beginn des Jahres mehr als 53.800 Migranten Italien auf Booten im Vorjahreszeitraum waren es rund 21.700 gewesen. Nach Angaben des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) kam die Mehrheit der in Italien registrierten Migranten aus Tunesien.

Um die Unterstützung von Transitländern zu bekommen, schlug Italiens rechte Ministerpräsidentin Giorgia Meloni immer wieder vor, Staaten wie Tunesien dafür zu bezahlen, die Migrantenboote konsequent am Ablegen Richtung Italien und damit gen Europäische Union zu hindern ähnlich wie die EU es 2016 mit der Türkei vereinbart hatte. Der Pakt zwischen Brüssel und Ankara führte zu einem starken Rückgang der in Europa ankommenden Flüchtlinge.

Viele Migranten spüren aktuell einen großen Druck, Tunesien zu verlassen. Seit Präsident Saied im Februar ein härteres Vorgehen gegen sie ankündigte und ihnen vorwarf, Gewalt und Kriminalität ins Land zu bringen, haben Anfeindungen und rassistische Übergriffe stark zugenommen. Auch deshalb wollen etliche Menschen schnellstmöglich nach Europa übersetzen.

Besuch von Giorgia Meloni

Neben Migranten aus Ländern südlich der Sahara setzen auch immer mehr Tunesier von der Küste ihrer Heimat aus nach Italien über. Viele sehen angesichts der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und der hohen

EU-Politiker sprechen mit Tunesiens Präsident über illegale Migration Aus Tunesien kommen mehr Migranten in die EU. Die EU-Kommissionspräsidentin und die Regier....

Arbeitslosigkeit keine Perspektive mehr in Tunesien, zumal die politische Führung des Landes keine Lösungen für die Probleme findet.

Bereits Anfang der Woche hatte Meloni den tunesischen Präsidenten besucht, um unter anderem über die Migrationskrise zu reden. In einem Interview am Freitagabend äußerte sie die Hoffnung, dass man schon bei der Visite jetzt am Sonntag ein Hilfspaket aus der EU mitbringen könne. In Italien war die Rede von rund 900 Millionen Euro für die Regierung in Tunis.

Am Donnerstag hatten die EU-Innenminister eine Reform der europäischen Asylregeln vereinbart. So sollen Migranten aus Ländern, die wie Tunesien als sicher gelten, künftig nach dem Grenzübertritt in Aufnahmeeinrichtungen kommen und dort unter haftähnlichen Bedingungen ausharren, während ihre Bleibeperspektive geprüft wird. Erhalten die Menschen kein Asyl, sollen sie umgehend zurückgeschickt werden. Möglich ist, dass das EU-Parlament noch Änderungen an der geplanten Reform durchsetzt.

Bei dem Treffen in Tunis am Sonntag, an dem neben von der Leyen und Meloni auch der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte teilnimmt, soll es auch um Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Energie gehen.

Load-Date: June 11, 2023

End of Document

Folgt der Zeitenwende nun eine "Asylwende"?; Grüne und SPD-Linke sind empört, dass ihre Regierung über Zäune an den EU-Außengrenzen und Abschiebehaft spricht. Doch der Druck in der EU ist hoch.

ZEIT-online

Montag 22. Mai 2023 9:04 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationspolitik; Ausg. 1

Length: 1867 words

Byline: Katharina Schuler;Michael Schlieben

Body

Attila Kisbenedek

Ungarische Grenzpolizisten kontrollieren die Grenze nach Serbien

Als Horst Seehofer noch Innenminister war, galt er vielen deutschen Linken als Feindbild. Sie sahen ihn als Repräsentanten einer inhumanen **Flüchtlingspolitik**. Seehofers Ziel war es, die Zahl der **Asylsuchenden**, die unter anderem infolge des syrischen Bürgerkriegs nach Deutschland kamen, zu begrenzen, etwa indem er Grenzkontrollen errichtete und für eine "**Flüchtlingsobergrenze**" eintrat. Seine Gegner hielten ihm vor, dass er Ressentiments wie Ungarns Präsident Viktor Orbán bediene, der in seinem Land Zäune an der EU-Außengrenze bauen ließ. Eine ähnliche Politik betrieb Donald Trump, der im Süden der USA eine Tausende Kilometer lange "Mauer" die tatsächlich ein Zaun aus massivem Stahl ist zu bauen begann, um sein Land vor **Geflüchteten** aus Lateinamerika zu schützen.

Und heute? Ist manches, was Grünen und Linken unter Seehofer noch als No-Go galt, für die Ampel durchaus wieder im Bereich des Möglichen und Nötigen.

Das hat vor allem mit der angespannten Situation in den Kommunen zu tun. Diese mussten im vergangenen Jahr die Aufnahme von rund einer Million ukrainischer Kriegsflüchtlinge organisieren. Doch auch die Zahl der Schutzsuchenden aus anderen Ländern stieg zuletzt deutlich an, allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres war sie um 80 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Viele Kommunen klagen über Überlastung und über zu wenig Unterstützung vom Bund. Auch wenn die Lage und die Solidarität mit den Asylsuchenden durch den Krieg in der Ukraine teilweise eine andere sind: Manches erinnert an die Jahre 2015 ff.

Scholz sagt: "Das ist doch logisch"

Die Europäische Union hat sich vorgenommen, die Lage künftig besser zu beherrschen. So ist geplant, Asylverfahren teilweise an die Außengrenzen der EU zu verlagern und die Grenzschutzbehörde Frontex zu stärken. Die Pläne gibt es schon länger. Aber während die Ampel-Fraktionen im Europaparlament sie weiterhin ablehnen,

Folgt der Zeitenwende nun eine "Asylwende"? Grüne und SPD-Linke sind empört, dass ihre Regierung über Zäune an den EU-Außengrenzen und Abschiebehaft spricht. Do....

hat sich die Haltung der Bundesregierung geändert: Sie signalisiert nun Zustimmung. Um die EU-Grenzen zu schützen, seien möglicherweise "hohe Zäune und Mauern" eine Lösung, sagte kürzlich Innenministerin Nancy Faeser, bekanntlich eine Sozialdemokratin. Zu ihrem Amtsantritt hatte sie versprochen, eine humanere Flüchtlingspolitik durchsetzen zu wollen.

Neben den neuen EU-Regeln ist in Deutschland geplant, die Zahl der Rückführungen zu erhöhen. Das soll durch Abkommen mit den Herkunftsstaaten geschehen. Außerdem einigten sich Bundeskanzler und Ministerpräsidenten auf eine ganze Reihe von gesetzlichen Änderungen, um Abschiebungen zu erleichtern, etwa die Ausweitung der Abschiebehaft. Zudem verlängerte Faeser die Grenzkontrollen nach Österreich, um "irreguläre Migration" zu begrenzen. Dass die Zuwanderung gesteuert und begrenzt werden müsse, gilt unter den Regierungspolitikern als Common Sense.

Olaf Scholz unterscheidet ebenfalls zwischen "regulärer" und "irregulärer" Migration. Das Credo des Bundeskanzlers in dieser Debatte: "Reguläre Migration" wolle er fördern, etwa durch Fachkräftezuwanderung oder vereinfachte Einbürgerung. Das geschehe aus humanitären Gründen und aus schlichtem Eigeninteresse durch den hohen Arbeitskräftebedarf. "Irreguläre Migration" hingegen müsse besser bekämpft werden. "Effiziente Verfahren sind wichtig", sagt Scholz gern. Alles andere schade der Glaubwürdigkeit von Politik: Wenn jemand nicht bleiben könne, müsse Deutschland "effiziente Wege" finden, ihn wieder wegzuschicken, das sei "doch logisch". So argumentierte Scholz unlängst vor der SPD-Fraktion.

"Was haben wir auf Trump geschimpft!"

Diese Haltung vertreten inzwischen viele Spitzenpolitiker der Ampel. Die Innenministerin will rasch zu Ergebnissen kommen, wovon sie sich eventuell auch Vorteile für ihren Wahlkampf in Hessen verspricht. Die FDP signalisiert Unterstützung. Offiziell auch die Grünsenpitze.

Allerdings: Auf der Ebene darunter wächst der Widerstand. Die Experten für Flucht und Migration in SPD und Grünen fürchten, dass hier etwas gründlich falsch laufe. "Anstatt ihrer humanitären Pflicht angesichts vor Krieg und Verfolgung fliehender Menschen gerecht zu werden (...), fordert die Bundesregierung auf EU-Ebene die massivste Einschränkung des Asylrechts seit 1993", kritisieren die Arbeitsgemeinschaften beider Parteien in einer gemeinsamen Erklärung. Die Pläne der Ampel seien "bitter", weil sie sich "an der Abwehr von Geflüchteten orientiert". Sie fordern die Bundesregierung auf, die diskutierte EU-Asylverfahrensverordnung abzulehnen.

Aziz Bozkurt ist Bundesvorsitzender der AG Migration und Vielfalt der SPD. Im Gespräch mit ZEIT ONLINE sagt er: "Was haben wir auf Trump geschimpft! Jetzt ist es im Grunde nichts anderes, wenn man in dieselbe Rhetorik verfällt." Die neue Asylpolitik will er so nicht hinnehmen: Er würde "jeden verurteilen, der hier irgendwelche Mauern und Grenzzäune errichten will", sagt er. Das sei "ein nicht hinnehmbares Rütteln am Selbstverständnis der EU und am Asylrecht".

Auch die Jugendorganisationen von SPD und Grünen wollen die neue Flüchtlingspolitik nicht akzeptieren: "Wir sind entsetzt", teilten Juso-Chefin Jessica Rosenthal und Grüne-Jugend-Sprecher Timon Dzienus in einem gemeinsamen Aufruf mit. Sie kündigen "Widerstand gegen diese unmenschlichen Pläne" an, in denen sie auch einen Bruch mit dem Koalitionsvertrag sehen. Zwar hatten sich SPD, Grüne und FDP darin durchaus zu einer Reform der europäischen Asylpolitik bekannt. Von Schnellverfahren und Haftlagern an den EU-Außengrenzen war allerdings nicht die Rede. "Menschlichkeit und humanitäre Verpflichtung spielen in der aktuellen Debatte keine Rolle", beschwerte sich Rosenthal in der SPD-Fraktion.

Harte Kritik an den Plänen übt auch der Grünenabgeordnete im Europaparlament, Erik Marquardt. Er kämpft seit Jahren für eine humane Flüchtlingspolitik. Als Fotograf hat er oft das Elend entlang der Fluchtrouten und in den Flüchtlingslagern dokumentiert. Er warnt, dass die diskutierten EU-Reformen umfangreiche Auswirkungen auch auf das Asylsystem in Deutschland haben werden. Wenn die EU zum Beispiel in einer Verordnung Grenzverfahren für EU-Mitgliedsstaaten beschließe, gelte das nicht nur für die EU-Außengrenzstaaten, sondern für alle, sagt er. Müsste auch Deutschland dann also Transitlager an der Grenze einrichten, so wie die CSU das vor Jahren bereits gern durchgesetzt hätte?

Folgt der Zeitenwende nun eine "Asylwende"? Grüne und SPD-Linke sind empört, dass ihre Regierung über Zäune an den EU-Außengrenzen und Abschiebehaft spricht. Do....

Der Einigungsdruck der EU ist hoch

Letztlich sei das eine Frage der genauen Ausgestaltung der EU-Verordnung, sagt Marquardt. Für bestimmte Personengruppen etwa Menschen, die an Häfen oder Flughäfen ankommen oder die etwa nach Seenotrettungseinsätzen aufgenommen werden würden die Grenzverfahren aber sicher auch in Deutschland verpflichtend, weitere Gruppen könnten dazukommen. Nach einer Simulation der EU-Kommission würden künftig europaweit etwa ein Drittel der Asylverfahren als Grenzverfahren abgewickelt. Rechnet man das auf Deutschland um, müssten zehntausende Menschen ihre Asylverfahren in geschlossenen Lagern durchlaufen. Diese Konsequenzen seien in Deutschland noch gar nicht vollumfänglich verstanden worden, fürchtet Marquardt.

Andere Grünenpolitiker geben sich da entspannter. Sie scheinen eher darauf zu setzen, dass es letztlich ohnehin zu keiner europäischen Einigung und damit auch nicht zu den befürchteten Asylrechtseinschränkungen kommen wird, weil die Interessen der Staaten letztlich zu unterschiedlich sind. Sicher ist das allerdings nicht. Denn der Einigungsdruck ist hoch. Für Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist ein Erfolg in der Migrationspolitik wichtig, wenn sie 2024 als Spitzenkandidatin zur Europawahl antreten will. Dadurch, dass Deutschland verpflichtende Grenzverfahren jetzt zur Priorität gemacht und sich damit auf die Seite von Ländern wie Polen, Ungarn oder Tschechien gestellt habe, sei ein Stein ins Rollen gekommen, der eine Einigung wahrscheinlicher mache, befürchtet Marquardt.

Zwar haben die Grünen ihre Zustimmung zu den Verhandlungen über Grenzverfahren an bestimmte Bedingungen gebunden, doch sollte es Nancy Faeser gelingen, auf europäischer Ebene einen Kompromiss zu erzielen, ist fraglich, ob die Kritiker innerhalb der Regierungsparteien dann die Kraft hätten, eine solche Lösung aufzuhalten, selbst wenn die grünen Bedingungen nur teilweise erfüllt sein sollten. Kritik an den geplanten Grenzverfahren gibt es auch in der SPD. Bozkurt von der AG Migration fragt beispielsweise: "Wer soll Vertrauen haben, dass außerhalb der EU solche Verfahren ordentlich funktionieren?" Besser wäre es, die "Grenzprüfungen selbst zu machen innerhalb der EU". Der SPD-Linker Ralf Stegner sagt zu ZEIT ONLINE: Diese Zentren außerhalb der EU-Grenzen könne es "nur geben, wenn sie mit europäischem Recht vereinbar sind".

In jedem Fall drohen den Ampel-Parteien weitere kräftezehrende Diskussionen. Der Umgang mit Flüchtlingen ist für Grüne und Linke in der SPD schließlich ein ähnlich identitätsstiftendes Thema wie der Klimaschutz.

Kein Wunder also, dass manche prominente SPD-Linker zu diesem Thema am liebsten gar nichts öffentlich sagen. Generalsekretär Kevin Kühnert etwa will auf die Anfrage von ZEIT ONLINE lieber nicht antworten. Nach der neuen Rüstungspolitik ("Zeitenwende") sieht sich die SPD als Kanzlerpartei wieder gezwungen, anders zu reagieren, als sie es zuvor postuliert hatte. Weil sich die Umstände geändert haben, etwa durch den Krieg in der Ukraine, will die SPD nun Milliarden in Aufrüstung stecken und Europas Grenzen besser schützen. Wer das während der Trump-Ära gesagt hätte, wäre vermutlich aus dem Willy-Brandt-Haus verjagt worden.

In den USA läuft eine ähnliche Debatte

Apropos Trump: Die Debatte in den USA über die richtige Migrationspolitik läuft teilweise ähnlich. Nachdem die Demokraten jahrelang Trumps "Mauer" und die aus ihrer Sicht inhumane Flüchtlingspolitik der Republikaner verurteilt hatten, hat sich die Lage geändert, seit Joe Biden regiert. Die unter Trump erlassene Abschieberegelung Title 42 wurde zunächst einfach beibehalten. Nachdem sie vergangene Woche ausgelaufen war, erließ die Biden-Regierung nun andere Regeln, die Asylverfahren ebenfalls an andere Länder auslagern und Asylsuchende bestrafen, die die Grenze illegal überschreiten. Der Aufschrei prominenter linker US-Politiker fiel relativ verhalten aus – besonders in Grenzstaaten wie Arizona fürchten Demokraten um ihre Wiederwahl, wenn sie bei dem Thema zu weich auftreten.

Ralf Stegner hat schon zweimal mit der Union die Migrationspolitik im Koalitionsvertrag ausgehandelt. Ihm, dem erfahrenen SPD-Linken, ist es wichtig zu betonen, dass die Ampel "wirklich keine Abschreckungs- und Abschottungspolitik à la Seehofer" mache. Der CSU und Teilen der CDU sei es nur um Obergrenzen gegangen, unabhängig von Herkunft und Humanität. Die Ampel schaffe hingegen "echte Perspektiven", sie fördere

Folgt der Zeitenwende nun eine "Asylwende"? Grüne und SPD-Linke sind empört, dass ihre Regierung über Zäune an den EU-Außengrenzen und Abschiebehaft spricht. Do....

Einwanderung und verhandele tragfähige Abkommen mit anderen Staaten. Aber auch ihm, sagt Stegner, gefalle der Ton in der derzeitigen Asyldebatte nicht. "Die Lösung liegt nicht in den Zäunen."

Letztlich ist Politik aber weniger an ihrem Ton als an ihren Taten zu messen. Mal schauen, wer am Ende tatsächlich die restriktivere Politik macht: Seehofer oder die Ampel?

Load-Date: May 22, 2023

End of Document

**Großbritannien will weitere Einwanderer auf Schiffen unterbringen;
Migranten werden in Großbritannien teils auf Lastkähnen untergebracht.
Trotz Kritik an dieser Praxis will Premierminister Rishi Sunak nun zwei
weitere Schiffe anschaffen.**

ZEIT-online

Montag 5. Juni 2023 12:06 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 242 words

Byline: Dominik Lenze

Body

Leon Neal

Großbritanniens Premierminister Rishi Sunak

Großbritannien will **Migranten** weiterhin vorübergehend auf Schiffen unterbringen. Der konservative Premierminister Rishi Sunak kündigte an, dafür zwei weitere Lastkähne anzuschaffen. Eines dieser Schiffe soll bald vor dem südenglischen Hafen Portland ankern. In den Schiffen sollen bis zu 1.000 **Migranten** untergebracht werden.

Trotz internationaler Kritik an diesem Vorgehen gegen unerwünschte Migranten hält Großbritannien an dem Verfahren fest: "Mit Mut und Entschlossenheit kann die Regierung dieses Problem lösen", sagte Sunak. Man nutze jedes Mittel, das zur Verfügung stehe.

Höchstzahl an Migranten trotz harter Migrationspolitik

Großbritannien verzeichnet für 2023 eine Höchstzahl an Bootsmigranten, die trotz der verhältnismäßig harten britischen Abschiebepolitik den Ärmelkanal überquerten. Insgesamt waren es knapp 46.000, etwa 17.000 mehr als im Vorjahr und so viele wie noch nie zuvor. Diese Migration über den Ärmelkanal will die britische Regierung mit restriktiven Einwanderungsgesetzen stoppen.

Wer beispielsweise als Bootsflüchtling in Großbritannien ankommt, soll möglichst schnell nach Ruanda oder ein anderes als sicher geltendes Land abgeschoben werden ohne Rücksicht auf den Flüchtlingsstatus. Bis dahin sollen die Einwanderer in Lagern, unter anderem auf Schiffen, festgehalten werden. Das Vorhaben kommt nach Ansicht von Kritikern einem Asylverbot gleich.

Load-Date: June 5, 2023

Großbritannien will weitere Einwanderer auf Schiffen unterbringen Migrant*innen werden in Großbritannien teils auf Lastkähnen untergebracht. Trotz Kritik an dieser

End of Document

Regierungsparteien uneins im Streit um Versorgung von Flüchtlingen; Es sei nicht sinnvoll, die Herausforderungen der Migration mit Geld zu lösen, sagt Finanzminister Lindner. Grünenchef Nouripour will den Kommunen finanziell helfen.

ZEIT-online

Dienstag 9. Mai 2023 11:32 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

Length: 731 words

Byline: Katharina James

Body

Frank Molter

Menschen stehen Schlange bei der Essenausgabe in der Landesunterkunft der Gemeinde Seeth im Kreis Nordfriesland. In der ehemaligen Bundeswehrkaserne leben derzeit mehr **Flüchtlinge** als das Dorf Einwohner zählt.

Vor dem Bund-Länder-Gipfel zur Aufteilung der Kosten für die Versorgung von **Flüchtlingen** herrscht auch unter den Regierungsparteien Uneinigkeit. Bundesfinanzminister Christian Lindner sagte, man könne nicht immer nur versuchen, die Herausforderungen der **Migration** mit Geld zu lösen, betonte Lindner. Dazu müsse man an die Quelle des Problems heran. "Das bedeutet: Irreguläre **Migration** muss reduziert werden", sagte der FDP-Chef im ZDF- *heute-journal* .

Lindner forderte grundlegende Änderungen in der Zuwanderungspolitik. Deutschland habe seit Jahren nicht jene Kontrolle bei der **Migration**, die es brauche. Er warb zugleich für den Schutz der EU-Außengrenzen, "notfalls auch mit Zäunen". Es müsse zudem ernst gemacht werden mit Abschiebungen von Menschen ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht. Dabei helfe es, mehr Länder zu sogenannten sicheren Herkunftsländern zu erklären, in die leichter abgeschoben werden kann.

Der Grüenvorsitzende Omid Nouripour hingegen warnte vor einer Aufweichung des Rechts auf Asyl. Schutzsuchenden dürfe man den Weg in die EU nicht versperren, sagte er der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* . "Das individuelle Recht auf Asyl darf nicht ausgehöhlt und rechtswidrige Pushbacks nicht legalisiert werden", so Nouripour. Der Schutz der EU-Außengrenzen sei richtig und notwendig, schon zur Bekämpfung von Kriminalität, "muss aber rechtsbasiert erfolgen", sagte der Grüenvorsitzende. Nouripour forderte mehr finanzielle Mittel für die Kommunen: "Es wird Geld brauchen, um den Knoten durchzuschlagen." Er deutete Bereitschaft an, über die Staaten Moldau und Georgien als sichere Herkunftsländer zu diskutieren.

Regierungsparteien uneins im Streit um Versorgung von Flüchtlingen Es sei nicht sinnvoll, die Herausforderungen der Migration mit Geld zu lösen, sagt Finanzmini....

Viele strittige Punkte im Entwurf von Bund und Ländern

Kanzler Olaf Scholz empfängt die 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten am heutigen Mittwoch zu Besprechungen im Kanzleramt. Diese wollen zuvor unter sich beraten. Grundlage der Beratungen ist ein von den Ländern vorgelegter Entwurf, in den aber zahlreiche Positionen des Bundes aufgenommen wurden. Zentrale Passagen des 16-seitigen Entwurfs wurden als strittig gekennzeichnet, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters, der das Papier vorliegt.

Die Länder fordern demnach weiter zum einen die vollständige Erstattung der Kosten für Unterkunft und Heizung für Geflüchtete und zum anderen die Zahlung einer flüchtlingsbezogenen monatlichen Pro-Kopf-Pauschale. Zahlen werden nicht genannt. In einem Papier der Finanzministerkonferenz war am Sonntag aber eine notwendige Pauschale in Höhe von rund 1.000 Euro genannt worden. Zudem soll sich der Bund an den Kosten für die Integration aller Geflüchteten und den Kosten für unbegleitete Minderjährige stärker beteiligen. Aufgenommen wurde dabei der Hinweis, dass der Bund für dieses Jahr über die nahezu vollständige Kostenübernahme für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge und anerkannten Asylbewerber auch noch Ausgaben für Integrationsleistungen in Höhe von etwa 2,792 Milliarden Euro einkalkuliere. Zugleich machten die Länder deutlich, dass dies noch nicht ausreiche, um die Kommunen zu entlasten.

Länder fordern "atmendendes" Finanzierungssystem

Der Bund argumentiert, dass er insgesamt 15,6 Milliarden Euro in diesem Jahr für Flüchtlingsbelange ausgibt, die eigentlich Zuständigkeiten der Länder und Kommunen sind. Die Länder verweisen dagegen auf die stark steigenden Asylbewerberzahlen und dauerhafte Belastungen, etwa durch die ukrainischen Kriegsflüchtlinge. "Es bedarf eines Finanzierungsmodells, das der Höhe nach angemessen ist und sich verändernden Flüchtlingszahlen anpasst (atmendendes System)", heißt es deshalb in dem Papier.

In dem Entwurf wird auch eine mögliche Entwicklung der Verhandlungen skizziert, falls der Gipfel scheitern sollte. Demnach sollen die zuständigen Fachminister bis Ende Mai einen Umsetzungsvorschlag unterbreiten.

Der Bund argumentiert nicht nur, dass er ausreichend finanzielle Hilfe leiste. Er hat auch ein Finanzierungsproblem für den Haushalt 2024, weil nach Angaben von Lindner dort noch eine Lücke von rund 20 Milliarden Euro klafft. Die von den Ländern geforderte dauerhafte stärkere Entlastung bei den Flüchtlingskosten würde das Loch ab nächstem Jahr noch vergrößern.

Load-Date: May 10, 2023

"Geld löst nicht mehr alle Probleme"; Vor dem Flüchtlingsgipfel kritisiert Sachsen-Anhalts Innenministerin die Bundesregierung: Nancy Faeser wirft sie mangelndes Engagement in der Migrationspolitik vor.

ZEIT-online

Donnerstag 16. Februar 2023 7:39 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Tamara Zieschang zum Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

Length: 1200 words

Byline: Katharina Schuler; Tilman Steffen

Body

Klaus-Dietmar Gabbert

Tamara Zieschang (CDU), Ministerin für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt, spricht im Plenarsaal des Landtages zu den Abgeordneten. Im Landtag ging es unter anderem um das Bürgergeld und den Verfassungsschutz des Landes. +++ dpa-Bildfunk +++ 17/11/2022 00:00:00 Magdeburg

Beim **Flüchtlingsgipfel** der Bundesregierung drängen die Länder und Kommunen auf neue Hilfen, um **Flüchtlinge** und **Asylsuchende** unterzubringen. Vor dem Treffen am Donnerstagvormittag erklärt Sachsen-Anhalts Innenministerin Tamara Zieschang (CDU) im Interview, dass praktische Unterstützung für die Länder dringlicher sei als finanzielle Hilfen. Im Interview mit ZEIT ONLINE fordert sie Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) auf, **Migration** nach Deutschland besser zu steuern.

ZEIT ONLINE: Frau Zieschang, viele Kommunen und Länder beklagen, dass sie mit dem Zuzug von Kriegsflüchtlingsen und Asylbewerbern überlastet sind. Wie ist die Lage in Sachsen-Anhalt?

Tamara Zieschang: Die Lage in Sachsen-Anhalt ist sehr angespannt, sowohl in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes als auch in den Kommunen. 2022 haben wir 29.000 Kriegsflüchtlingsen aus der Ukraine ein Dach über dem Kopf geben können, zugleich kamen fast 6.000 Asylbewerber. Deren Zahl hat sich damit im Vergleich zu den Vorjahren fast verdoppelt. Die zusätzlich aufgenommenen afghanischen Ortskräfte sind da noch gar nicht eingerechnet.

ZEIT ONLINE: Was ist das drängendste Problem?

Zieschang: Die Kommunen kommen nun an ihre Grenzen, denn die Kapazitäten auf dem privaten Wohnungsmarkt sind weitgehend ausgeschöpft. Deswegen müssen wir beim Migrationsgipfel der Bundesregierung klarmachen: Geld löst nicht mehr alle Probleme. Ich kann mit Geld keine Handwerker beauftragen, die ich brauche, um neue Wohnungen bezugsfertig zu machen, wenn es keine frei verfügbaren mehr gibt. Und ich kann auch nicht mit noch so viel Geld Integrationslotsen oder Sozialbetreuer beschäftigen,

"Geld löst nicht mehr alle Probleme" Vor dem Flüchtlingsgipfel kritisiert Sachsen -Anhalts Innenministerin die Bundesregierung: Nancy Faeser wirft sie mangelnde....

wenn ich keine mehr auf dem Arbeitsmarkt bekomme. Entscheidend ist deswegen, dass wir irreguläre Migration begrenzen und die legale Migration besser steuern. Nur so können wir die Unterbringungssituation in den Kommunen nachhaltig entspannen.

ZEIT ONLINE: Wie voll sind die Unterkünfte?

Zieschang: Unsere Landeserstaufnahmen waren zuletzt teilweise bis zu 95 Prozent ausgelastet, derzeit sind wir wieder etwas unter 90 Prozent und können damit vor einer Neubelegung auch wieder Reparaturen vornehmen. So oder so gilt, dass wir Aufnahmen zu keinem Zeitpunkt einstellen können, weil wir gesetzlich verpflichtet sind, die Menschen unterzubringen. Die Frage ist nur, ob das noch zu menschenwürdigen Bedingungen erfolgt. Derzeit müssen wir nur in einer Stadt auf eine Turnhalle zurückgreifen. Das heißt, noch schaffen wir das. Wenn die Zugangszahlen in diesem und im nächsten Jahr so hoch bleiben, werden wir auf Notunterkünfte zurückgreifen müssen. Und vor allem bleibt dann auch die Integration auf der Strecke.

ZEIT ONLINE: Der Bund behauptet, Ihrem Bundesland Liegenschaften mit einer Kapazität von 1.440 Plätzen zur Verfügung gestellt zu haben, doch davon seien null Prozent belegt. Wie kann das sein?

Zieschang: Das stimmt einfach nicht. Wir haben schon an das Bundesinnenministerium geschrieben und um Richtigstellung gebeten. 2016 hat der Bund Sachsen-Anhalt 440 Unterbringungsplätze in Halberstadt zur Verfügung gestellt, die seitdem ohne Unterbrechung und vor allem im letzten Jahr und auch jetzt in permanenter Nutzung und Auslastung waren und sind. Die weiteren 1.000 Plätze beziehen sich auf eine frühere Kaserne in Stendal, die wir 2016 übernommen haben und die grundlegend baulich hergerichtet werden muss. Daher ist dort auch nichts zu beziehen, denn die Kaserne ist derzeit noch eine Baustelle und das wird sich auch kurzfristig nicht ändern. Das ist ein bezeichnendes Beispiel dafür, dass vom Bund angebotene Liegenschaften in der Regel nicht kurzfristig, sondern erst nach erheblichen Baumaßnahmen nutzbar sind. Beim vorigen Flüchtlingsgipfel Ende Oktober ist Sachsen-Anhalt übrigens keine einzige Liegenschaft angeboten worden.

ZEIT ONLINE: Haben Sie den Eindruck, dass die Bundesinnenministerin Nancy Faeser die Probleme der Kommunen vernachlässigt hat?

Zieschang: Die Aufgabe des Bundes ist, illegale Migration zu begrenzen und legale Migration zu steuern. Auf beiden Feldern hat das Bundesinnenministerium unter Frau Faeser zu wenig unternommen. Es ist überfällig, die Gespräche in Brüssel voranzubringen. Von dort kamen durchaus positive Impulse: etwa sogenannte Grenzverfahren für Asylbewerber nach dem Muster unserer Flughafenverfahren, eine Aufenthaltspflicht im zuständigen Mitgliedsstaat während des Asylverfahrens. Zudem müssen ausreisepflichtige Ausländer endlich konsequent zurückgeführt werden. All diese Themen müsste das Bundesinnenministerium viel stärker voranbringen.

ZEIT ONLINE: Wie soll das konkret passieren?

Zieschang: Ich bin froh, dass Bundeskanzler Olaf Scholz sich beim Europäischen Rat in der letzten Woche zum sogenannten Visahebel bekannt hat der besagt, dass unkooperative Herkunftsstaaten, die ihre Bürger nicht zurücknehmen, für ihre Reisenden keine beziehungsweise nur noch sehr eingeschränkt Visa nach Deutschland bekommen. Frau Faeser hatte noch kurz zuvor erklärt, dass sie diesen Visahebel kritisch sieht. Dabei ist der Visahebel sehr wirksam, um Herkunftsstaaten zur Kooperation bei Rückführungen zu bewegen. Bei Frau Faeser fehlen der Nachdruck und die Bereitschaft, auch die umstritteneren Themen der Migration anzugehen. Dazu gehört der Schutz der EU-Außengrenze: Wer ungehinderte Reisefreiheit in der EU will, der muss die Außengrenzen wirksam schützen. Frau Faeser schreckt davor zurück.

ZEIT ONLINE: Das europäische Asyl- und Migrationsrecht zu reformieren, ist ein langwieriger Prozess. Eine schnelle Senkung der Flüchtlingszahlen dürfte dadurch kaum zu erreichen sein.

Zieschang: Das sehe ich anders. Wenn Deutschland es mit Rückführungen wirklich ernst meint und zügig praktikable Rücknahmeabkommen schließt, wird das Wirkung zeigen. Wir sehen das etwa daran, dass freiwillige

"Geld löst nicht mehr alle Probleme" Vor dem Flüchtlingsgipfel kritisiert Sachsen -Anhalts Innenministerin die Bundesregierung: Nancy Faeser wirft sie mangelnde....

Ausreisen in dem Augenblick deutlich zunehmen, in dem Abschiebungen in das jeweilige Herkunftsland gelingen. Das heißt übrigens auch, dass der Bundeskanzler nicht wie im letzten Jahr nach Westafrika fahren kann und dort nur über Wirtschaftsbeziehungen redet, aber kein Wort über die mangelnde Bereitschaft der dortigen Länder verliert, abgelehnte Asylbewerber auch wieder zurückzunehmen.

ZEIT ONLINE: Was erwarten Sie ganz konkret vom Flüchtlingsgipfel im Bundesinnenministerium?

Zieschang: Auf dem Gipfel muss klar werden: Der Bund darf Länder und Kommunen nicht einfach nur mit Geld ruhigstellen, sondern muss neben der erforderlichen finanziellen Unterstützung vor allem auch illegale und ungesteuerte Migration nachhaltig unterbinden, um die Kommunen dauerhaft zu entlasten. Hinzu kommt: Der Bund sollte eine Asylsonderlage erklären, um die Vergabe von Aufträgen zu beschleunigen.

Load-Date: February 16, 2023

End of Document

Söders Scheinlösung; Aus der Obergrenze macht Markus Söder eine Integrationsgrenze. Die Idee bleibt falsch. Deutschland kann Flüchtlinge nicht abweisen, nur weil es sich überfordert fühlt.

ZEIT-online

Montag 18. September 2023 8:28 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 1

Length: 801 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Im Jahr 2015 hatte der damalige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer eine Idee: Zu der Zeit eskalierte in Syrien ein schrecklicher Bürgerkrieg und Europa erlebte erstmals seit vielen Jahren die Ankunft sehr vieler **Flüchtlingen** innerhalb weniger Monate. Nachdem die erste Willkommenseuphorie verrauscht war, war es damals vor allem die CSU, die sich sorgte, die **Flüchtlingen** könnten die politische Konkurrenz am rechten Rand stärken und das Land überfordern. Also erfand Seehofer die **Flüchtlingsobergrenze**.

Wenn der heutige bayerische Ministerpräsident Markus Söder, acht Jahre später, und drei Wochen vor der Landtagswahl, eine Integrationsgrenze fordert, dann ist das einfach nur ein neues Wort für dieses alte - und leider völlig unbrauchbare Instrument.

Deutschland solle eine bestimmte Zahl an Schutzsuchenden definieren, die man im Jahr aufnehmen könne, so wollte es Seehofer. Bundeskanzlerin Angela Merkel verwies zu Recht darauf, dass eine fixe Obergrenze weder mit deutschem noch mit europäischem Recht vereinbar sei. Da es sowohl in Deutschland als auch in der EU einen individuellen Rechtsanspruch auf Asyl gibt, muss jeder Asylantrag zumindest geprüft werden. Es ist schlicht nicht möglich, Menschen an der Grenze zurückzuweisen, nur weil bereits eine bestimmte Aufnahmezahl überschritten ist. Wer um Asyl bittet, kann nicht deswegen abgewiesen werden, weil Deutschland sich überlastet fühlt.

Die Obergrenze wurde nie erreicht

Nach der Bundestagswahl 2017 einigten sich CDU und CSU dann dennoch auf eine Obergrenze, die sie bei 200.000 Schutzsuchenden festlegten. Merkel und Seehofer hatten während ihrer letzten Regierungsjahre dann schlicht Glück, dass die Obergrenze - etwa wegen des zunächst funktionierenden EU-Türkeipaktes, später wegen der Coronapandemie - nie erreicht wurde. Trotz ihres Formelkompromisses hatte die Union nie definiert, mit welchen Mitteln die Einhaltung der Obergrenze denn erreicht werden sollte.

An der rechtlichen Situation hat sich seitdem nichts geändert. Söders markige Forderung nach mehr Grenzkontrollen läuft ebenso ins Leere. Der einzige Effekt davon wäre, dass mehr Flüchtlinge direkt bei ihrer Ankunft in Deutschland registriert würden. Die Zahl der Ankommenden ginge hingegen kaum zurück.

Söders Scheinlösung Aus der Obergrenze macht Markus Söder eine Integrationsgrenze. Die Idee bleibt falsch. Deutschland kann Flüchtlinge nicht abweisen, nur weil....

Auch andere Instrumente, die Söder jetzt kraftmeierisch einfordert, würden in Wahrheit kaum etwas helfen. So kamen nur etwa drei Prozent aller Asylanträge im August von Menschen aus jenen Ländern, die Söder nun zusätzlich zu sicheren Herkunftsstaaten erklären will. Selbst wenn alle diese Länder - die Maghreb-Staaten, Armenien und Indien - sofort diesen Status erhielten, würde dies die Zahl der Flüchtlinge nur marginal absenken.

Auch dass Söder nun klagt, zusätzliche Aufnahmeprogramme führten zu einer erheblichen Mehrbelastung, ist schlicht falsch. Von den 3.500 Flüchtlingen, die Deutschland im Rahmen des 2022 beschlossenen freiwilligen Verteilmechanismus direkt aus EU-Außengrenzstaaten übernehmen wollte, sind gerade mal etwas mehr als die Hälfte hier auch wirklich angekommen. Das Programm zur freiwilligen Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Menschen aus Afghanistan zeigt bisher gar keine Wirkung.

Helfen könnte nur eine europäische Lösung

Dass Deutschland mehr Rücknahmeabkommen mit anderen Ländern braucht, um abgelehnte Asylbewerber auch tatsächlich wieder abschieben zu können, wie Söder es ebenfalls fordert, ist dagegen richtig. Zur Wahrheit gehört aber eben auch: Schon Seehofer hat sich als Innenminister bemüht, solche Abkommen auszuhandeln - ohne großen Erfolg. Ob es dem von der Bundesregierung eingesetzten Sonderbeauftragten Joachim Stamp von der FDP besser gelingt, muss sich erst noch zeigen.

Am erfolgversprechendsten erscheint nach wie vor eine europäische Lösung: Die EU muss im großen Stil Abkommen mit Ländern wie Tunesien oder der Türkei schließen, um Menschen an der irregulären Weiterreise nach Europa zu hindern. Wenn sie dabei nicht ihre Selbstachtung verlieren will, muss sie im Gegenzug allerdings auf die Einhaltung menschenrechtlicher Mindeststands pochen und gleichzeitig mehr legale Wege in die EU eröffnen. Darüber hinaus muss die EU trotz aller Widerstände Flüchtlinge innerhalb Europas gerechter verteilen. Und nicht zuletzt muss sie - sei es durch entschlossene Klima- oder durch Wirtschaftspolitik - dazu beitragen, die Zustände in den Herkunftsländern zu verbessern.

Das wird ein langwieriger Prozess. Doch eine ehrliche Politik würde Menschen genau diese Wahrheit zumuten, statt ihnen Scheinlösungen à la Söder vorzugaukeln.

Peter Kneffel Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder erklärt während einer Pressekonferenz am Montag, wie er Migration begrenzen will. Peter Kneffel Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder erklärt während einer Pressekonferenz am Montag, wie er Migration begrenzen will.

Load-Date: September 18, 2023

Zahl der Asylanträge in der EU steigt 2022 auf fast eine Million; In der EU wurden im vergangenen Jahr so viele Asylanträge gestellt wie seit 2016 nicht mehr. Die meisten Antragsteller kamen aus Syrien, Afghanistan und der Türkei.

ZEIT-online

Mittwoch 22. Februar 2023 1:37 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 521 words

Byline: Fabian Albrecht

Body

Nikolay Doychinov

Bulgarian border police officers patrol with a dog in front of the border fence on the Bulgaria-Turkey border near the village of Lesovo on January 13, 2023. - Bulgaria faces mounting accusations that it is abusing people trying to cross its border with Turkey, with asylum seekers saying they have been pushed back, locked up, stripped and beaten. The EU member serves as a gateway into the bloc and is trying to tighten the border to stop a rising number of people seeking to cross, which has reached levels unseen since 2015. (Photo by Nikolay DOYCHINOV / AFP) (Photo by NIKOLAY DOYCHINOV/AFP via Getty Images)

In der Europäischen Union sowie in der Schweiz und in Norwegen haben im vergangenen Jahr 966.000 Menschen einen Asylantrag gestellt. Das seien rund 50 Prozent mehr als im Jahr zuvor gewesen, teilte die EU-Asylbehörde EUAA mit. Die Behörde führte den Anstieg unter anderem auf den Wegfall der Corona-Bestimmungen zurück. Ein weiterer Grund sei die Entwicklung von Krisen und Hungersnöten in vielen Herkunftsregionen.

Die meisten Antragsteller kamen demnach aus Syrien (132.000) und Afghanistan (129.000). An dritter Stelle fanden sich Menschen aus der Türkei mit 55.000 Anträgen das waren mehr als doppelt so viele wie ein Jahr zuvor.

17.000 Russen beantragten Asyl in der EU

Die Gesamtzahl der Anträge ist damit auf dem höchsten Stand seit 2016, als 1,2 Millionen Menschen in Europa Asyl beantragten. 2015 waren es 1,3 Millionen gewesen. Die EU-Agentur mit Sitz in Malta sieht die nationalen Aufnahmesysteme durch den Anstieg "unter beträchtlichem Druck".

Die rund vier Millionen ukrainischen Kriegsflüchtlinge sind dabei nicht eingerechnet: Sie genießen in der Europäischen Union einen besonderen Schutzstatus und müssen deshalb kein Asyl beantragen. Dennoch beantragten gut 28.000 Ukrainerinnen und Ukrainer Asyl, ebenso wie 17.000 Russinnen und Russen.

Zahl der Asylanträge in der EU steigt 2022 auf fast eine Million In der EU wurden im vergangenen Jahr so viele Asylanträge gestellt wie seit 2016 nicht mehr. Di....

Deutschland hatte im vergangenen Jahr 244.132 Asylanträge registriert. Das hatte das Bundesinnenministerium bereits im Januar unter Berufung auf das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) mitgeteilt. Das war ein Anstieg um fast 28 Prozent im Vergleich zu 2021. Die meisten Antragsteller kamen auch hier aus Syrien und Afghanistan. Daneben wurden in Deutschland mehr als eine Million Geflüchtete aus der Ukraine registriert.

Wohl mehr Anträge als Antragsteller

Die Asylagentur und die EU-Kommission gehen davon aus, dass den fast eine Million Asylanträgen nicht ebenso viele Antragsteller gegenüberstehen. Sie vermuten, dass viele Migrantinnen und Migranten Anträge in mehreren EU-Staaten stellen, um ihre Chancen zu erhöhen. Darauf weisen auch Zahlen der EU-Grenzschutzagentur Frontex hin: Sie hatte im vergangenen Jahr rund 330.000 irreguläre Ankünfte in der EU gezählt, die Zahl der Asylanträge ist aber fast dreimal so hoch.

In Deutschland klagen Länder und Kommunen über die Doppelbelastung durch Ukraine-Flüchtlinge und Asylbewerber. Ein von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) einberufener Flüchtlingsgipfel in Berlin brachte vor knapp einer Woche aber noch keine konkreten Finanzausagen des Bundes.

Load-Date: February 22, 2023

Eine grenzwertige Idee; Warum sollten die Mittelmeerländer neue Asylzentren an ihren Grenzen dulden? Die migrationspolitische Offensive der Bundesregierung dürfte in der EU wenig erreichen.

ZEIT-online

Freitag 5. Mai 2023 2:26 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylzentren; Ausg. 1

Length: 1052 words

Byline: Lenz Jacobsen;Katharina Schuler

Body

Tatiana Bolari/Eurokinissi

Unbegleiteten **Flüchtlingskinder** fliegen vom Flughafen Athen Eleftherios Venizelos nach Portugal im Rahmen des freiwilligen Umsiedlungs-Programms des Ministeriums für Einwanderung und **Asyl**.

Wenn kommende Woche die Ministerpräsidenten mit dem Kanzler zusammenkommen, um über die Belastungen durch die Aufnahme von **Geflüchteten** zu reden, wird ein Stichwort immer wieder fallen: GEAS. Das Kürzel steht für das Gemeinsame Europäische **Asylsystem** und für die Kommunen soll es so etwas wie der Hoffungsstreif am Horizont sein. Denn: Wenn die EU tatsächlich eine gemeinsame, funktionierende **Asylpolitik** hätte, wären vielleicht auch die Probleme der Städte und Gemeinden kleiner. Tatsächlich will Innenministerin Nancy Faeser (SPD) gar "ein historisches Momentum" erkennen, um die europäische **Asylpolitik** weiterzuentwickeln.

Im Zentrum dieser Weiterentwicklung sollen, wenn es nach Faeser geht, **Asylzentren** an den Außengrenzen der EU stehen. Dort würden alle, die aus Ländern mit geringer Anerkennungsquote (maximal 15 Prozent) kommen, untergebracht und ihre Fälle innerhalb von zwölf Wochen entschieden. Geringe Anerkennungsquote heißt: Nur sehr wenige Menschen von dort bekommen **Asyl** in Europa, weswegen die EU davon ausgehen könnte, dass ihre Anträge meist schnell abgehandelt werden können. Marokko wäre beispielsweise so ein Land.

Innenpolitisch ist diese neue deutsche Regierungsposition bemerkenswert. Die Grünen hatten sich bisher gegen solche Zentren und Schnellverfahren gewehrt und knüpfen sie auch jetzt an strenge Bedingungen: Familien mit minderjährigen Kindern sollen nicht in den Lagern untergebracht werden (die EU-Kommission wollte eine Altersgrenze von zwölf Jahren) und die Zentren sollen sowieso nur dann kommen, wenn sich die EU im Gegenzug auf eine Verteilung von Geflüchteten einigt. Das ist aber seit 2015 nie wirklich gelungen.

79 Prozent der Deutschen finden, der Vorschlag, Asylverfahren schon an den Außengrenzen durchzuführen, ginge "in die richtige Richtung". Allerdings war in der Fragestellung nur davon die Rede, dass Migranten an den Grenzen "registriert, erfasst und identifiziert" werden sollen, nicht von geschlossenen Lagern und Schnellverfahren. Auf das sogenannte Screening an den Grenzen hat sich die EU schon vor Jahren geeinigt.

Eine grenzwertige Idee Warum sollten die Mittelmeerländer neue Asylzentren an ihren Grenzen dulden? Die migrationspolitische Offensive der Bundesregierung dürft....

Überhaupt: Der deutsche Vorschlag, der eher eine Annäherung an das ist, was viele andere EU-Länder schon seit Jahren wollen, hat kaum Aussicht auf Erfolg. Die Hoffnung auf ein "historisches Momentum" hat Ministerin Faeser einigermaßen exklusiv.

"Das wird alles zu nichts führen", sagt der Migrationsexperte Gerald Knaus. Er berät mit seinem Thinktank Europäische Stabilitätsinitiative Regierungen zur Flüchtlingspolitik und hat einst das EU-Türkei-Abkommen entworfen. Warum, fragt Knaus, sollten die Länder an den Außengrenzen, Spanien, Italien oder Griechenland, diesen Zentren auf ihrem Territorium zustimmen? Sie hätten, im Vergleich zum Status quo, nichts davon. Denn selbst, wenn die Schnellverfahren in den neuen Asylzentren funktionieren wogegen die jahrelange Erfahrung mit ähnlichen Lagern auf den griechischen Inseln spricht, was würde mit den Menschen passieren, wenn ihr Verfahren abgeschlossen ist? Die Grenzländer hätten erstens keine Gewissheit, dass andere EU-Länder ihnen die Menschen abnehmen. Und sie könnten sie zweitens auch nicht einfach zurück in ihre Heimatländer schicken, weil diese sich oft weigern, die Menschen zurückzunehmen.

Ersteres, die Verteilung von Geflüchteten in Europa, scheitert am Widerstand von Polen, Ungarn und anderen Ländern, deren Regierungen seit Jahren mit einer Nulleinwanderungspolitik Wahlkampf machen. Zweiteres, wirkungsvolle Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern, wird es nur geben, wenn die EU diesen Ländern dafür auch etwas bietet. Beispielsweise legale Migrationswege oder einfachere Visa für die EU. Daran scheitert es bisher meist. Die Bundesregierung hat mit dem FDP-Politiker Joachim Stamp zwar gerade einen Beauftragten extra für solche Migrationsabkommen ernannt. Aber wie schwer diese abzuschließen und einzuhalten sind, zeigt das EU-Türkei-Abkommen, das seit 2020 faktisch tot ist. Experte Knaus sagt: "Unter diesen Umständen werden die Mittelmeerländer den Eilverfahren und den Asylzentren niemals zustimmen."

Für sie ist der Status quo, so formal ungeregelt er ist, besser. Sie lassen viele der Migranten einfach weiterziehen in die zentraleuropäischen Länder, nach Deutschland, Österreich, Frankreich. Und wenn diese Länder die Menschen dann zurückschicken wollen dorthin, wo sie zuerst EU-Boden betreten haben, wie es das noch gültige Dublin-System vorsieht, nehmen Italien und andere sie nur selten zurück. Ausgerechnet diese nicht funktionierende Regel soll nun noch ausgebaut werden: Künftig sollen die EU-Staaten theoretisch zwölf statt wie bisher sechs Monate Zeit haben, Menschen in die Länder zurückzuschicken, in denen sie zuerst registriert wurden.

Knaus hält den deutschen Vorstoß für Symbolpolitik. "Wenn sich jetzt die Juristen darüber streiten, was in diesen Asylzentren erlaubt wäre, dann ist das eine sehr deutsche Debatte." Nicht die rechtliche Konstruktion der Asylpolitik sei das Problem, sondern die Praxis. Denn viele EU-Länder hielten sich schon längst nicht mehr an viel grundlegendere rechtliche Standards, sagt Knaus. Zum Beispiel an das Verbot von Pushbacks, also die gewaltsame Zurückweisung von Migranten an den Grenzen. "Die Gewalt an der griechisch-türkischen Grenze, das ist leider momentan das eigentliche Modell für die Migrationspolitik in Europa. Das ist die wahre Gefahr."

Als im März 2020 die Türkei aufhörte, Migranten von den türkischen Inseln zurückzunehmen, begann die griechische Küstenwache, Boote auf dem Weg zu den griechischen Inseln zurückzudrängen. Die Abschreckung funktionierte, die Zahlen der Ankommenden sanken. Die europäische Kritik daran fiel mager aus, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen lobte das Land als "Schwert und Schild" der EU. Auch Ungarn und später Polen setzten und setzen an den Grenzen längst auf Gewalt und Zurückweisung. "Die Frage ist, ob und wann auch Italien, wo in diesem Jahr schon 42.000 Menschen angekommen sind, auf diese Linie umschwenkt", sagt Knaus. Darüber müsse man reden, und nicht über die Idee neuer Asylzentren, die "völlig an der Realität vorbeigeht".

Load-Date: May 5, 2023

**Bundesregierung will Asylverfahren an EU-Außengrenzen voranbringen;
Laut Bundesinnenministerin Nancy Faeser zeichnen sich "große
Veränderungen" in der EU-Asylpolitik ab. Geflüchtete sollen schon an den
Außengrenzen ein Verfahren erhalten.**

ZEIT-online

Sonntag 30. April 2023 8:50 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 436 words

Byline: Sarah Vojta

Body

Kay Nietfeld

Nancy Faeser (SPD), Bundesministerin für Inneres und Heimat, gibt nach der Unterzeichnung eines Deutsch-Schweizerischen Polizeiabkommens eine Pressekonferenz. Bundesinnenminister Nancy Faeser (SPD) hat ihre Unterstützung für ein vorgeschlagenes EU-Gesetz zum Kampf gegen Darstellungen von Kindesmissbrauch im Internet bekräftigt.

Die Bundesregierung will sich Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zufolge für Asylverfahren an den EU-Außengrenzen einsetzen. Damit werde eine Reform der europäischen Flüchtlingspolitik möglich, sagte die SPD-Politikerin in der ARD-Sendung *Bericht aus Berlin*. Es zeichne sich eine "große Veränderung" ab. Die Ampel-Koalition habe sich deshalb darauf geeinigt, "dass wir dieses gemeinsame Asylsystem voranbringen wollen", sagte Faeser.

Konkret heißt das laut der Bundesinnenministerin, dass bereits an den Außengrenzen Asylverfahren stattfinden können. "Dass bereits dort die Registrierung und Erfassung und Identifizierung der Geflüchteten stattfinden wird", sagte Faeser. Im Zuge eines "Ausgleichs" innerhalb der EU sei dann die "Solidarität der anderen Staaten" gefragt. Wer die Voraussetzungen für Asyl erfülle, müsse auch aufgenommen werden.

Seit der Asylkrise im Jahr 2015 ist es den EU-Ländern nicht gelungen, sich auf eine umfassende Reform des europäischen Migrationswesens zu einigen. Faeser sieht nun eine Chance, dass Europa in der Asylpolitik gemeinsam vorankommt. "Wir sehen jetzt ein historisches Momentum, dass wir mit anderen europäischen Staaten es schaffen können, ein gemeinsames Asylsystem auf den Weg zu bringen, wo an den Grenzen die Asylverfahren stattfinden", sagte sie in der ARD.

EU-Staaten kündigten im Februar strengere Migrationspolitik an

Bundesregierung will Asylverfahren an EU-Außengrenzen voranbringen Laut Bundesinnenministerin Nancy Faeser zeichnen sich "große Veränderungen" in der EU-Asylpol....

Über die Einzelheiten des neuen Verfahrens sei sie seit Monaten mit anderen EU-Ländern im Gespräch, sagte die Bundesinnenministerin. Deutschland arbeite dabei unter anderem mit Frankreich, Italien, Spanien, Schweden und Belgien zusammen. Im Gespräch sei zudem eine Bearbeitungszeit der Asylanträge von maximal zwölf Wochen.

Die EU-Staaten hatten sich bereits auf ihrem Frühjahrsgipfel im Februar auf eine strengere Migrationspolitik verständigt. Damals stellte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Registrierung von Geflüchteten an den Außengrenzen als eines von zwei Pilotprojekte vor. Im zweiten plante man, die Grenze zwischen dem EU-Land Bulgarien und der Türkei mit Fahrzeugen, Kameras, Straßen und Wachtürmen zu sichern. Zudem einigten sich die Mitgliedsstaaten darauf, mehr Druck auf Länder ausüben zu wollen, die bei der Rücknahme abgelehnter Asylbewerber nicht kooperierten.

Load-Date: April 30, 2023

End of Document

It's not the Sozialstaat, stupid; Die Zahlungen für Asylbewerber gelten der Politik als Migrationsmagnet, den man abschalten muss. Die Wissenschaft aber zeichnet ein ganz anderes Bild.

ZEIT-online

Montag 6. November 2023 5:40 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 1468 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Der Magnet, der angeblich die Menschen anzieht, die Deutschland nicht haben will, ist bis zu 410 Euro stark. So viel Geld kann ein **Asylbewerber** theoretisch pro Monat bekommen, beispielsweise in Erstaufnahmeeinrichtungen aber ist es deutlich weniger. Zum neuen Konsens in der deutschen **Migrationspolitik** gehört die Annahme, dass das zu viel Geld sei. Dass man, indem man die Leistungen herunterfährt, auch die Zahl der **Asylbewerber** senken kann. Politiker von FDP und Union, aber auch der SPD, vertreten in ihren Wortmeldungen vor dem **Migrationsgipfel** am Montag in Berlin diese Auffassung, als verstünde sie sich von selbst. Das tut sie aber nicht.

Dass die Welfare Magnet Hypothesis, wie sie in der Wissenschaft heißt, mindestens umstritten ist, erkennt man schon am Namen: Sie ist eine Hypothese, mehr nicht. Wer mit Experten spricht und die entsprechenden Studien liest, findet ein paar Hinweise, dass sie stimmt, und viele, dass sie nicht stimmt.

Besonders häufig genannt, auch in der deutschen Politik, wird eine Studie zur Lage in Dänemark (PDF). Forscher haben untersucht, wie stark dort die Zuwanderung gesunken ist, als die Leistungen für Migranten aus Nicht-EU-Ländern 2002 um die Hälfte gekürzt wurden. In den Jahren danach ging die Zuwanderung aus diesen Ländern nach Berechnung der Autoren um jährlich rund 5.000 Personen zurück - und damit um fast die Hälfte im Vergleich zu den Vorjahren. Als eine Mitte-links-Regierung die Kürzungen 2012 wieder rückgängig machte, stiegen die Zahlen wieder im gleichen Ausmaß, bevor sie nach einer erneuten Kürzung 2015 wieder sanken.

Allerdings weisen Experten auf die begrenzte Aussagekraft der Studie hin. Zum Beispiel Mathias Czaika. Er ist Professor für Migration und Globalisierung im österreichischen Krems und hat zuvor schon in Oxford zum Thema geforscht. Er sagt, es sei "sehr schwer, die Wirkung einzelner Politikmaßnahmen statistisch robust zu messen und von anderen abzugrenzen". Die Dänemark-Studie "misst Dinge nicht, die mindestens ebenso wichtig sind wie das Geld", so Czaika. Zum einen habe Dänemark im untersuchten Zeitraum auch andere Regeln verschärft, beispielsweise beim Familiennachzug. Auch das könne das Land unattraktiver gemacht haben. Zum anderen "kann man wirklich nicht davon ausgehen, dass Menschen in Herkunftsländern die politischen Umstände in einzelnen europäischen Ländern im Detail kennen". Dort komme nur ein "Gesamtnarrativ" an, sagt Czaika. "Man weiß

It's not the Sozialstaat, stupid Die Zahlungen für Asylbewerber gelten der Politik als Migrationsmagnet, den man abschalten muss. Die Wissenschaft aber zeichnet....

höchstens, dass es in Ungarn gerade besonders ungemütlich oder dass Dänemark nicht mehr so wohlwollend aufnimmt wie früher." Diese "diskursive Wirkung" sei schwer zu messen.

Es könnte also sein, dass es weniger auf die konkrete Summe ankommt, die man in einem Land als Asylbewerber erhält. Sondern mehr auf den allgemeinen Eindruck, dort schlecht behandelt zu werden. Schlechter zumindest als anderswo.

Denn, das ist eine weitere Frage, die Czaika an die Dänemark-Studie hat: Wo sind diese 5.000 stattdessen? Haben sie sich gar nicht erst auf den Weg gemacht? Oder sind sie in ein anderes europäisches Land gegangen, wo sie mehr Geld bekamen?

Unterbietungswettbewerb

Der deutsche Finanzminister Christian Lindner (FDP) spricht gern von den "im europäischen Vergleich" hohen Sozialleistungen hierzulande. Es scheint also darum zu gehen, die Bedingungen relativ so zu verschlechtern, dass die Menschen sich ein anderes Land in Europa aussuchen. Die Folge einer solchen Politik könnte ein Unterbietungswettbewerb der Länder sein, ein race to the bottom, wer Asylbewerbern am wenigsten zahlt.

Für diesen internationalen, gesamteuropäischen Blick passender als die Dänemark-Studie ist deshalb eine ältere Arbeit des britischen Forschers Timothy J. Hatton (PDF). Er hat in 19 OECD-Staaten und über einen Zeitraum von neun Jahren (1997 bis 2006) untersucht, wie sich politische Verschärfungen auf die Zahl der Asylanträge aus insgesamt 56 Herkunftsländern ausgewirkt haben. Hattons Ergebnis: Wenn Grenzen dichtgemacht werden, kommen weniger. Wenn Asylanträge häufiger abgelehnt werden, kommen auch weniger. Die konkreten Lebensbedingungen aber, also die Unterbringung und eben die staatlichen Zahlungen, haben keinen messbaren Einfluss auf die Zahl der Asylantragsteller in einem Land.

Eine weitere Studie, erst im Frühjahr 2023 veröffentlicht, hat sich wiederum die Schweiz genauer angesehen. Wer es einmal in das Land geschafft hat, kann sich einigermaßen frei zwischen den Kantonen und Gemeinden bewegen, die wiederum unterschiedlich hohe Sozialleistungen zahlen. Hier müsste der Magnetismus also in Reinform wirken. Nur: Die Forscher der ETH Zürich haben nichts gefunden.

Wenn das so ist, wenn die Belege für die Welfare-Magnet-These so dünn sind: Warum wird sie dann politisch so wichtig genommen?

Ein Teil der Antwort dürfte sein: Politik konzentriert sich auf das, was sie entscheiden kann. Über Sozialleistungen kann sie bestimmen, auf viele andere Dinge, die für Fluchtentscheidungen wichtiger sind, hat sie kaum Einfluss. Zum Beispiel ist sich die Wissenschaft recht einig, dass Menschen vor allem dahin migrieren, wo sie schon Familie oder Freunde haben, wo schon viele Menschen aus ihrer Heimat sind. Syrer kommen nach Deutschland, weil hier viele Syrerinnen und Syrer leben, die ihnen die Ankunft erleichtern. Das ist viel wichtiger als jene 396 Euro. Aber auch viel schwerer zu beeinflussen. Die Bundesregierung kann schlecht alle Syrer rausschmeißen. Andere Faktoren, die Migranten laut Forschungsstand stärker anziehen als Sozialleistungen: eine starke Wirtschaft, ein guter Arbeitsmarkt, ein robuster, demokratischer Rechtsstaat. Alles Dinge, die die deutsche Politik sicher nicht mutwillig beschädigen will.

Die Lücke

Experte Czaika vermutet zudem, dass Politiker auch deshalb so gern über das Geld für Asylbewerber reden, "weil sie die heimische Wahlbevölkerung zufriedenstellen wollen". So wie bei potenziellen Asylbewerbern vor allem die Botschaft ankommen soll, dass sie es in Deutschland nicht zu bequem haben werden, soll bei den deutschen Wählern die Botschaft ankommen, dass man es den Asylbewerbern nicht bequem mache. Auch wenn in der Praxis der Spielraum für Verschärfungen oft klein ist, der deutsche Staat kann beispielsweise die Leistungen für Asylbewerber nicht einfach unter das Existenzminimum senken, das verhindern das Grundgesetz und entsprechende Urteile des Verfassungsgerichts. Czaika beobachtet hier eine "diskursive Lücke", wie er das nennt: "Die Migrationspolitik selbst ist nie so restriktiv wie der Ton, in dem über sie gesprochen wird." Die "Einwanderung

It's not the Sozialstaat, stupid Die Zahlungen für Asylbewerber gelten der Politik als Migrationsmagnet, den man abschalten muss. Die Wissenschaft aber zeichnet....

in die Sozialsysteme", die "soziale Hängematte" für Ausländer - das sind seit Jahrzehnten etablierte politische talking points, die ein großer Teil der Politik offenbar meint, bedienen zu müssen, egal wie stichhaltig sie sind.

Sie werden allerdings gestärkt durch besonders aufsehenerregende Fälle von Sozialmissbrauch. So berichtet beispielsweise der Tagesspiegel über auffällige Häufungen von Folgeanträgen. Asylbewerber, die schon einmal abgelehnt wurden, kommen erneut nach Deutschland und stellen einen neuen Antrag. Weil es selbst in einfachen Fällen einige Monate bis zur Ablehnung dauert, bekommen sie in dieser Zeit wieder Geld vom Staat. "Ganze Familien aus diesen Ländern pendeln so jährlich zwischen ihrer Heimat und einer deutschen Asylunterkunft", sagt eine Mitarbeiterin eines Flüchtlingsamtes in Niedersachsen dem Tagesspiegel. Auch um solche Auswüchse dürfte es beim Bund-Länder-Treffen am Montag gehen.

Missbrauch komme vor, sagt auch Czaika, sei aber die absolute Ausnahme. Die ganze Debatte über Sozialleistungen verstärke ein "völlig verzerrtes Bild von der Motivation der allermeisten Migranten". Er hat zusammen mit Kollegen für eine internationale Studie gerade 13.000 Menschen in Herkunftsländern befragt. Das Ergebnis: Diejenigen, die auswandern wollen, sind in der Regel ehrgeiziger und "proaktiver" als der Durchschnitt der Bevölkerung. Sie bemühen sich stärker um gute Arbeit, engagieren sich stärker politisch und sozial. "Wer es durch Sahara und übers Mittelmeer bis nach Europa geschafft hat, der will hier nicht ein paar Hundert Euro abgreifen. Der will sich hier ein gutes Leben aufbauen und richtiges Geld verdienen."

Czaika fürchtet, dass der Versuch, die Sozialleistungen für Asylbewerber zu senken, die versprochene Steuerungswirkung nicht erreichen wird. "Niemand kann ernsthaft glauben, dass das einen großen Effekt haben wird." Wahrscheinlicher sei, dass man sich so nur "ein soziales Prekariat schafft, mit Brennpunkten und Hotspots der migrantischen Armut, wie man sie in westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten eigentlich nicht haben möchte".

Marton Monus Eine Geflüchtetenunterkunft im ungarischen Marokpapi, nahe der ukrainischen Grenze Marton Monus Eine Geflüchtetenunterkunft im ungarischen Marokpapi, nahe der ukrainischen Grenze

Load-Date: November 6, 2023

Meloni kündigt "außergewöhnliche Maßnahmen" gegen Migration an; Die italienische Regierungschefin steht angesichts hoher Migrationszahlen innenpolitisch unter Druck. Nun will sie mit ihrem Kabinett über weitere Gegenmittel beraten.

ZEIT-online

Montag 18. September 2023 5:57 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge auf Lampedusa; Ausg. 1

Length: 647 words

Byline: Katharina James

Body

Angesichts der Ankunft mehrerer Tausend Bootsmigranten auf Lampedusa will das italienische Kabinett am heutigen Montag ein Maßnahmenpaket zur Eindämmung irregulärer **Migration** auf den Weg bringen. Die ultrarechte Ministerpräsidentin Giorgia Meloni will nach eigenen Worten "außergewöhnliche Maßnahmen" ergreifen. Bereits zuvor kündigte sie Beschlüsse zur Verschärfung der Abschiebehaft sowie die Einrichtung von Abschiebehaftanstalten durch das Militär an. Am Sonntag hatte EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen Italien europäische Unterstützung zugesichert.

Auf der kleinen Mittelmeerinsel zwischen Sizilien und Nordafrika waren in der vergangenen Woche Tausende Migranten angekommen. Allein am Dienstag zählten die Behörden rund 5.000 Menschen, die auf Booten den Hafen der Insel erreichten - so viele wie noch nie an einem einzigen Tag. Mittlerweile wurden sehr viele Menschen von Lampedusa nach Sizilien oder in Unterkünfte auf dem Festland gebracht. Trotzdem ist das Erstaufnahmelager der Insel weiter völlig überlastet.

Regierungschefin Meloni hatte bereits in einer Videobotschaft in den sozialen Medien am Freitagabend klargemacht, dass im Zentrum der Beschlüsse die Anhebung des Höchstmaßes der Haftdauer bei Abschiebungen auf 18 Monate stehen soll. Laut EU-Recht ist dies das zulässige Maximum. Mit der Verschärfung der Abschiebehaft will Meloni sicherstellen, dass irregulär Eingereiste so lange festgehalten werden können, wie es für die Prüfung des jeweiligen Asylantrags erforderlich ist. So soll eine mögliche Abschiebung einfacher geschehen können.

Darüber hinaus soll das Verteidigungsministerium den Auftrag erhalten, Strukturen zu schaffen, um irregulär eingereiste Migranten festzusetzen. Die Einrichtungen sollen nach Melonis Worten "in abgelegenen, möglichst dünn besiedelten Gebieten" errichtet werden, die leicht eingegrenzt und überwacht werden können.

EU-Kommissionschefin von der Leyen hatte Italien bei ihrem kurzfristigen Besuch am Sonntag auf Lampedusa unterdessen europäische Unterstützung zugesichert. Das Mittelmeer soll nach ihren Worten stärker überwacht werden. "Wir können dies über Frontex tun", sagte sie mit Blick auf die EU-Grenzschutzagentur. Sie fügte hinzu, sie

Meloni kündigt "außergewöhnliche Maßnahmen" gegen Migration an Die italienische Regierungschefin steht angesichts hoher Migrationszahlen innenpolitisch unter Dr....

unterstütze es, Optionen zur Ausweitung von Marine-Einsätzen im Mittelmeer auszuloten oder an neuen Einsätzen zu arbeiten. "Wir werden entscheiden, wer in die Europäische Union kommt - und unter welchen Umständen. Und nicht die Schleuser."

Meloni will Migranten vor der Überfahrt stoppen

Meloni forderte ein härteres Vorgehen gegen Migranten. Die Menschen müssten schon in Nordafrika an der Überfahrt nach Europa gehindert werden. Die Umverteilung der Menschen auf die Mitgliedstaaten löse das Problem nicht. Sie sagte, es sei Aufgabe der gesamten EU, die Situation zu bewältigen.

Wegen der hohen Migrationszahlen steht Meloni innenpolitisch stark unter Druck. Über das Mittelmeer erreichten dieses Jahr laut Innenministerium bereits mehr als 127.200 Menschen das Land (Stand 15. September). Im Vorjahreszeitraum waren es rund 66.200.

Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck sprach sich für eine "neue Entschlossenheit" in der europäischen Flüchtlingspolitik aus. In der ZDF-Sendung Berlin direkt sagte Gauck am Sonntagabend, die Politik müsse entdecken, "dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausgereicht haben, um den Kontrollverlust, der offensichtlich eingetreten ist, zu beheben". Eine "neue Entschlossenheit" müsse den Bevölkerungen in Europa den Eindruck vermitteln, dass die Regierungen handlungswillig und -fähig seien. "Und dazu bedarf es offenkundig auch der Debatte neuer Wege und nicht nur das Drehen an Stellschrauben."

Cecilia Fabiano Italienische Carabinieri sprechen mit Migranten, die in einem Aufnahmезentrum auf Lampedusa protestieren. Cecilia Fabiano Italienische Carabinieri sprechen mit Migranten, die in einem Aufnahmезentrum auf Lampedusa protestieren.

Load-Date: September 18, 2023

Nancy Faeser zeigt sich nach Bootsunglück "tief erschüttert"; Bei dem Bootsunglück vor Griechenland könnten nach Behördenschätzungen mehr als 500 Menschen ertrunken sein. Die Bundesinnenministerin forderte legale Migrationswege.

ZEIT-online

Donnerstag 15. Juni 2023 2:24 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Griechenland; Ausg. 1

Length: 416 words

Byline: Isabelle Daniel

Body

Thanassis Stavrakis

Ein Freiwilliger des griechischen Roten Kreuzes gibt einem Überlebenden eines Bootsunglücks Kleidung vor einem Lagerhaus bei Athen.

Nach dem Untergang eines **Flüchtlingsbootes** südwestlich von Griechenland gibt es keine Hoffnung mehr auf weitere Überlebende. Insgesamt könnten bei dem Unglück nach Angaben der griechischen Behörden mehr als 500 Menschen gestorben sein. 104 Menschen überlebten. Die Küstenwache barg zudem bisher 78 Leichen. Der Such- und Rettungseinsatz dauert an.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) äußerte sich bestürzt über das Unglück. "Es erschüttert mich tief, dass wahrscheinlich hunderte Menschen vor der griechischen Küste ertrunken sind", sagte sie. "Es ist eine erneute schreckliche Katastrophe im Mittelmeer." Faeser forderte, legale Migrationswege zu schaffen und Migrationsabkommen zu schließen. "Wenn Menschen nach klaren Kriterien zu uns kommen, zerstört das auch das Geschäftsmodell der Schleuser, die Menschen auf lebensgefährlichen Wegen in die EU bringen", sagte sie.

Vor Faeser hatten bereits UN-Generalsekretär António Guterres und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bestürzt auf das Bootsunglück reagiert. Papst Franziskus ließ ein Kondolenzschreiben veröffentlichen.

Das Fischerboot war am Mittwochmorgen westlich der griechischen Halbinsel Peloponnes gekentert. An Bord des Schiffs befanden sich nach Angaben von Überlebenden bis zu 750 Menschen, davon bis zu 100 Kinder. Die meisten Überlebenden stammen nach Angaben der griechischen Küstenwache aus Syrien, Afghanistan und Pakistan. Das Boot soll mit Kurs auf Italien von der libyschen Küste abgelegt haben.

Acht Verdächtige festgenommen

Nancy Faeser zeigt sich nach Bootsunglück "tief erschüttert" Bei dem Bootsunglück vor Griechenland könnten nach Behördenschätzungen mehr als 500 Menschen ertrun....

Die griechische Polizei setzte laut einem Bericht des Staatssenders ERT inzwischen acht mutmaßliche Schleuser und Organisatoren der tödlichen Überfahrt fest. Mehrere Migrantinnen und Migranten sollen angegeben haben, für die Reise auf dem Boot zwischen 5.000 und 6.000 Euro bezahlt zu haben.

Die EU-Staaten hatten sich vor einer Woche auf umfassende Reformpläne in der Asylpolitik verständigt. Asylanträge von Migranten, die aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 20 Prozent stammen, sollen bereits an den EU-Außengrenzen innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden. In dieser Zeit will man die Schutzsuchenden verpflichten, in streng kontrollierten Aufnahmeeinrichtungen zu bleiben. Wer keine Chance auf Asyl hat, soll umgehend zurückgeschickt werden. Die Reform muss noch durch das EU-Parlament.

Load-Date: June 15, 2023

End of Document

Die alten Ideen von Boris Johnson; Mit allen Mitteln versucht der britische Premier Rishi Sunak Geflüchtete loszuwerden. Nun will er sie sogar wieder auf eine einsame Insel im Atlantik verfrachten.

ZEIT-online

Dienstag 8. August 2023 6:40 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Rishi Sunak; Ausg. 1

Length: 1297 words

Byline: Bettina Schulz

Body

Leon Neal

LONDON, ENGLAND - MAY 26: British Chancellor Rishi Sunak leaves number 11, Downing Street on May 26, 2022 in London, England. An announcement is expected to be made by Chancellor Rishi Sunak later, knocking hundreds of pounds off domestic energy bills this winter, largely funded by a windfall tax on oil and gas firms that could raise £7bn. (Photo by Leon Neal/Getty Images)

Mitten im Atlantik liegt die kleine Insel Ascension. Dort haben die Briten und die Amerikaner eine Militärbasis. Früher wurden von Ascension auch Höhenforschungsraketen gestartet. Sonst gibt es auf der Insel nicht viel nur die brasilianische Suppenschildkröte legt dort am Strand ihre Eier. Jetzt überlegt die britische Regierung, ob sie auf die einsame Insel die unliebsamen Bootsflüchtlinge bringen könnte, die auf die Bearbeitung ihrer **Asylgesuche** warten und derweil auf Kosten des Steuerzahlers in britischen Hotels untergebracht sind. Der Plan zeigt die Verzweiflung der Regierung, die das Versprechen von Premierminister Rishi Sunak erfüllen will, bis Ende des Jahres das "Problem mit den kleinen Booten" gelöst zu haben.

Noch immer kommen Geflüchtete von Frankreich per Schlauchboot nach Großbritannien in diesem Jahr sind es wieder 15.000 Personen. Die Drohung, sie nach Ruanda zu verbannen, hat nicht gewirkt, da das Vorhaben vor Gericht gelaufen ist. Trotz aller Anstrengungen von Sunak und seiner Innenministerin Suella Bravemann wird auf absehbare Zeit niemand nach Ruanda ausgeflogen.

Kein Krankenhaus, keine Unterbringung

Also müssen andere abschreckende Lösungen her. Daher die Idee mit Ascension. Über die einsame Insel als Unterbringungsort von unliebsamen Geflüchteten hatte die britische Regierung von Premierminister Boris Johnson schon 2021 nachgedacht. Das Problem: Auf der Insel gibt es kein Krankenhaus und keine Unterbringungsmöglichkeiten. Sie hätten erst gebaut werden müssen. Für private Maschinen ist der Flughafen nicht ausgelegt. Das britische Militär hingegen würde sich weigern, langfristig und regelmäßig unwillige Geflüchtete auf die Militärbasis auszufliegen, zumal ihnen dort erlaubt werden müsste, freien Ausgang zu haben.

Die alten Ideen von Boris Johnson Mit allen Mitteln versucht der britische Premier Rishi Sunak Geflüchtete loszuwerden. Nun will er sie sogar wieder auf eine ei....

Sie sitzen schließlich nicht im Gefängnis. Die Amerikaner würden dies auf der Militärbasis höchstwahrscheinlich ablehnen. Außerdem müssten dort Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen angesiedelt werden, die das Flüchtlingslager betreiben würden. "Ich war damals in die Überlegungen involviert", sagte diese Woche der Abgeordnete der Konservativen Partei, Jacob Rees-Mogg. "Je mehr geplant wurde, desto teurer wurde es. Es hätte letztlich eine Million Pfund je Flüchtling gekostet völlig unakzeptabel."

Also ergreift die Regierung auch noch andere Maßnahmen, um der Welt und vor allem ihren Wählern zu zeigen, dass sie es ernst meint mit der Abschreckung. Diese Woche verfrachtete sie die ersten 15 Geflüchteten auf die *Bibby Stockholm*. Das Hotelschiff war von 1994 bis 1998 in Deutschland genutzt worden, um in Hamburg Obdachlose, unter anderem Geflüchtete, unterzubringen. In Rotterdam wurde die Barge zum ähnlichen Zweck eingesetzt, in Irland und Schweden zur Beherbergung von Offshore-Arbeitern. Jetzt liegt die Barge im Hafen von Portland in Dorset. Umweltgruppen und Nichtregierungs-Hilfsgruppen laufen Sturm. Mehrmals wurde die Einquartierung der Geflüchteten wegen Sicherheitsbestimmungen und Feuerrisiken verschoben. Etwa 20 Geflüchtete schafften es diese Woche, ihre Verlegung auf die Barge mit dem juristischen Argument zu verhindern, sie seien schon genug traumatisiert.

Bis Ende des Jahres soll die Barge jedoch 500 Migranten in kleinen Doppelzimmern aufnehmen. Den Kleinkrieg mit den Nichtregierungsorganisationen und Anwälten der Geflüchteten leistet sich die Regierung, um zu demonstrieren, dass sie nichts unversucht lässt. In Wirklichkeit macht die Barge keinen Unterschied: Mehr als 50.000 Asylsuchende sind derzeit in Hotels untergebracht, was den Staat umgerechnet knapp sieben Millionen Euro am Tag kostet. Insgesamt werden derzeit 117.000 Personen, die im Vereinigten Königreich Asyl suchen, vom Staat untergebracht und unterstützt.

Die Ungerechtigkeit, dass die Bootsflüchtlinge in wunderschönen Hotels wohnen, während sich finanziell schwache Haushalte und pensionierte Armee-Angehörige kaum ein Dach über dem Kopf leisten können, wird als politisches Argument für die Kampagne gegen die Bootsflüchtlinge genutzt. Die Opposition, die Labourpartei, kritisiert zwar das "Chaos" der britischen Einwanderungspolitik, ist aber vorsichtig, die konkreten Maßnahmen der Regierung zu kritisieren, da sie insgeheim von zu viel Wählern befürwortet wird. Der stellvertretende Vorsitzende der Konservativen Partei, Lee Anderson, meinte diese Woche: "Wenn die Barge den Flüchtlingen nicht passt, dann sollen sie sich doch nach Frankreich zurückverpissen." Die Regierung will Geflüchteten, die sich weigern, auf die Barge umzusiedeln, künftig das Asylgesuch streichen.

Gleichzeitig will die britische Regierung gegen all die Anwälte, Ärztinnen und Arbeitgeber vorgehen, die Geflüchteten helfen, mit fiktiven Geschichten und fingierten Attesten Argumente für Asylanträge zusammenzubasteln. Die Boulevardzeitung Daily Mail veröffentlichte vergangene Woche einen Film, in dem Anwälte vor versteckt laufender Kamera versprachen, gegen die Zahlung von bis zu 10.000 Pfund (11.600 Euro) fingierte Geschichten für Asylanträge aufzusetzen. Die betroffenen Anwaltskanzleien wurden mittlerweile von der Aufsichtsbehörde, der Solicitors Regulation Authority (SRA), suspendiert. Eine im Innenministerium eingesetzte Arbeitsgruppe, die Professional Enablers Taskforce, soll nun noch mehr solcher Fälle aufdecken und zur Anklage bringen. Vergangenes Jahr wurden bereits fünf Anwälte, im Jahr 2021 sieben Anwälte verurteilt. Das kürzlich in Kraft getretene Flüchtlingsgesetz, der Nationality and Borders Act, hat die Strafe auf Beihilfe von illegalen Asylanträgen von 14 Jahren Gefängnis auf lebenslänglich erhöht.

Unternehmer, die Flüchtlinge illegal beschäftigen, müssen zudem ab Anfang nächsten Jahres deutlich höhere Strafen zahlen. Wer das erste Mal dabei erwischt wird, wissentlich Personen zu beschäftigen, die in Großbritannien keine Arbeitserlaubnis haben, wird mit 45.000 Pfund (52.000 Euro) je illegaler Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerin bestraft. Vorher waren es "nur" 15.000 Pfund. Wer mehrmals ertappt wird, zahlt 60.000 Pfund, umgerechnet knapp 70.000 Euro. Vor allem kleine Betriebe, bei denen Flüchtlinge oft Schwarzarbeit finden, können sich dies nicht leisten.

Geldstrafen für Vermieter

Die alten Ideen von Boris Johnson Mit allen Mitteln versucht der britische Premier Rishi Sunak Geflüchtete loszuwerden. Nun will er sie sogar wieder auf eine ei....

Vermieter, die "illegale Migranten und Migrantinnen" beherbergen, müssen dann 10.000 Pfund Strafe zahlen und die Geflüchteten 5.000 Pfund je Person. Bei Wiederholung sind 20.000 Pfund Strafe für Vermieter und Vermieterinnen fällig und bis zu 10.000 Pfund je Geflüchteter. Die britische Regierung will es damit den Schlepperorganisationen erschweren, Personen mit dem Versprechen von illegaler Arbeit und Beherbergung ins Land zu locken. Der britische Premier zeigte Anfang des Jahres vor laufender Kamera, wie die Polizei in seiner Anwesenheit in Wohnungen einbrach, um dort illegal lebende Migrantinnen und Migranten festzunehmen.

Sunak zieht alle Register aus Sorge, ihm könnte vor der Unterhauswahl im kommenden Jahr vorgehalten werden, er habe trotz großer Versprechen nicht genug bewirkt. Britische Medien berichteten dieser Tage, die Regierung plane mittlerweile mit anderen afrikanischen Ländern Verhandlungen, um dorthin Flüchtlinge abschieben zu können ähnlich wie nach Ruanda. Geplant sind Gespräche mit Nigeria, Namibia, Ghana und sogar dem Niger.

Load-Date: August 8, 2023

End of Document

Bund und Länder beraten im Mai über Kosten für Flüchtlingsaufnahme; Die Aufnahme zahlreicher Geflüchteter darunter viele Ukrainer belastet die Kommunen. Bund und Länder wollen in zwei Monaten über finanzielle Fragen beraten.

ZEIT-online

Mittwoch 15. März 2023 3:10 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 596 words

Byline: Sarah Lena Grahm

Body

Christof Stache

A helper prepares camp beds in a sports hall in the small Bavarian village of Eichenau near Munich, southern Germany, on March 23, 2022. - War refugees who had to leave their home country Ukraine in the last few days are accommodated here.

Nach Hilferufen aus zahlreichen Kommunen wollen Bundesregierung und Bundesländer am 10. Mai über die Aufteilung der Kosten für die Flüchtlingsaufnahme beraten. Das kündigte eine Sprecherin der niedersächsischen Landesregierung an. Hauptthema womöglich sogar das einzige Thema werde die Flüchtlingsfinanzierung sein. Ursprünglich war das Treffen im Kanzleramt für April erwartet worden.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) wies im Bundestag den Vorwurf zurück, sie ignoriere die Probleme der Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten. Bei einer Befragung im Plenum sagte die Ministerin, Hauptursache für die große Belastung der Kommunen sei die Fluchtzuwanderung aus der Ukraine. Sie selbst sei grundsätzlich um "Ordnung in der Migrationspolitik" bemüht, sagte Faeser auch deshalb habe die Bundesregierung die Abschiebehaft verlängert und die Asylverfahren beschleunigt.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Stephan Mayer sagte, der jüngste sogenannte Flüchtlingsgipfel im Bundesinnenministerium sei eine "Enttäuschung für die Kommunen" gewesen. Faeser lasse die Verantwortlichen vor Ort mit den Problemen allein. Die Innenministerin konterte, die Bundesregierung habe bei der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen im vergangenen Jahr 3,75 Milliarden Euro an Unterstützung geleistet. Für dieses Jahr seien bereits 2,5 Milliarden Euro vorgesehen.

Mehrere Ministerpräsidenten hatten bereits vor einem geplanten Treffen der Regierungschefs und -chefinnen der Länder an diesem Donnerstag deutlich gemacht, dass sie eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten fordern, auch zugunsten der Kommunen.

Bund und Länder beraten im Mai über Kosten für Flüchtlingsaufnahme Die Aufnahme zahlreicher Geflüchteter darunter viele Ukrainer belastet die Kommunen. Bund und....

Städtetag fordert Bund auf, Unterkünften bereitzustellen

"Länder und Kommunen sind weiter bereit, ihren Beitrag zur Integration der Geflüchteten zu leisten, also Unterkünfte und Wohnungen zur Verfügung zu stellen, Kita- und Schulplätze", sagte Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) dem *Spiegel*. Sie kämen aber zunehmend an die Grenze ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. "Ich erwarte deshalb, dass der Bund nicht nur die Kosten der Unterkunft vollständig übernimmt, sondern wie 2015 auch eine Pro-Kopf-Pauschale für die Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden", sagte Bovenschulte.

Nach Auffassung von Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) muss Deutschland bei einem anhaltenden Flüchtlingszuzug in diesem Jahr mit insgesamt 350.000 bis 400.000 Asylsuchenden rechnen. Dabei seien Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine nicht eingerechnet. Diese Zahl könne die Systeme in Deutschland hinsichtlich Fähigkeit und Bereitschaft vielleicht sogar überlasten, sagte er.

Der Deutsche Städtetag hatte vorgeschlagen, der Bund solle künftig auch eigene Unterkünfte bereitstellen, um kurzfristig Flüchtlinge aufnehmen zu können. Die Bundesregierung sieht das skeptisch.

Im Februar gingen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) 26.149 Asylanträge ein. Rund 24.000 davon betrafen Menschen, die erstmals in Deutschland einen Asylantrag stellten. Zum Vergleich: Im Februar 2022 waren es 13.915 gewesen. Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine werden in der EU aufgenommen, ohne einen Asylantrag stellen zu müssen.

Load-Date: March 15, 2023

Costa Rica will wegen durchreisender Migranten Notstand ausrufen; Auf ihrem Weg in Richtung USA haben seit Januar mehr als 386.000 Migranten die Grenze von Panama nach Costa Rica überquert. Die Regierung reagiert nun.

ZEIT-online

Mittwoch 27. September 2023 12:54 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Mittelamerika; Ausg. 1

Length: 498 words

Byline: Lisa-Marie Eckardt

Body

Costa Rica will wegen eines erhöhten Andrangs von **Migranten** auf dem Weg in Richtung USA den Ausnahmezustand ausrufen. "Diese Situation verdient es, den nationalen Notstand auszurufen, weil so viele Menschen durch unser Gebiet strömen", sagte Präsident Rodrigo Chaves. Damit sollen zusätzliche finanzielle Mittel zur Bewältigung der Krise freigesetzt werden. Auch die Sicherheit auf den **Migrationsrouten** solle erhöht werden. Zugleich kündigte Chaves an, dass **Migranten**, die sich unangemessen verhielten, sofort abgeschoben würden.

Seit Januar haben seinen Angaben zufolge mehr als 386.000 Migranten die Grenze von Panama nach Costa Rica überquert. Allein im September seien mehr als 60.000 Geflüchtete in der Grenzstadt Paso Canoas angekommen. Das entspreche dem Dreifachen der Einwohnerzahl von 20.000. "Wir alle wissen, dass es auf dem gesamten amerikanischen Kontinent eine Migrationskrise gibt", sagte Chaves. Das mittelamerikanische Costa Rica sei vor allem ein Transitland.

Migration über Darién Gap erreicht Höchstwert

Das Dschungelgebiet Darién, das Kolumbien mit Panama verbindet, ist in diesem Jahr bereits von 390.000 Migranten passiert worden. Das ist ein Höchstwert. Die meisten von ihnen sind Venezolaner. Zudem machen sich immer mehr Menschen aus Haiti und Kuba, aber auch aus Afrika und Asien auf den Weg Richtung Norden. Die Menschen fliehen vor Armut, Gewalt und politischen Krisen in ihren Heimatländern. Über Panama reisen sie zumeist weiter in Richtung Norden durch Costa Rica nach Mexiko und in die USA.

Mexiko verstärkt Kontrollen in Güterzügen

Zuletzt haben auch Panama und Mexiko angesichts der hohen Migrantenzahlen Maßnahmen angekündigt. In Mexiko hat unter anderem die Nationalgarde die Kontrollen verstärkt, um zu verhindern, dass Migranten als blinde Passagiere Güterzüge besteigen. Nach mehreren Unfällen von Migranten hat Mexikos größtes

Costa Rica will wegen durchreisender Migranten Notstand ausrufen Auf ihrem Weg in Richtung USA haben seit Januar mehr als 386.000 Migranten die Grenze von Panam....

Transportunternehmen im Schienenverkehr am Dienstag den Betrieb weitgehend eingestellt. In den Tagen zuvor seien mehrere Menschen auf den Zugstrecken in Richtung US-Grenze getötet oder verletzt worden, begründete das Unternehmen Grupo México die Entscheidung.

Der große Zulauf von Migranten führte Anfang der Woche auch zu einem Gedränge vor dem Büro der Kommission für Flüchtlingshilfe (Comar) in Tapachula im Süden von Mexiko. Mehrere Menschen wurden dabei verletzt. Viele Migranten warten dort seit Wochen oder Monaten auf Asyldokumente, die ihnen die Weiterreise durch Mexiko erleichtern.

Migranten warten auf einen Bustransfer nach Paso Canoas, einer Stadt an der Grenze zu Costa Rica, nachdem sie den Dschungel von Darién durchquert haben, in Lajas Blancas, Panama, 15. September 2023 (veröffentlicht am 22. September 2023).

Migranten warten auf einen Bustransfer nach Paso Canoas, einer Stadt an der Grenze zu Costa Rica, nachdem sie den Dschungel von Darién durchquert haben, in Lajas Blancas, Panama, 15. September 2023 (veröffentlicht am 22. September 2023).

Load-Date: September 27, 2023

End of Document

Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsheime zu Jahresbeginn stark gestiegen; Die Mehrheit der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte hat einen rechtsradikalen Hintergrund. Die Taten sollen heute auch in den Bund-Länder-Beratungen zur Sprache kommen.

ZEIT-online

Donnerstag 15. Juni 2023 5:07 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Bund-Länder-Beratungen; Ausg. 1

Length: 729 words

Byline: Alena Kammer

Body

5vision News

Feuerwehrleute löschen einen Brand in einer noch unbewohnten und für die Unterbringung von **Flüchtlingen** vorgesehenen Containeranlage. (zu dpa: «Brand in Containeranlage für **Flüchtlinge** - keine Verletzten»).
Aufnahmedatum 30.04.2023

Die Zahl der Anschläge auf **Flüchtlingsunterkünfte** ist zu Jahresbeginn bundesweit deutlich gestiegen. Im ersten Quartal gab es 45 politisch motivierte Angriffe auf **Asylbewerberunterkünfte** das waren mehr als doppelt so viele wie im Vorjahresquartal. Dies geht aus vorläufigen Zahlen des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor, die der *Neuen Osnabrücker Zeitung* vorliegen. Damit ist zudem bereits ein Drittel der Straftaten vom Gesamtjahr 2022 erreicht (123 Taten).

Die meisten Straftaten haben nach Erkenntnissen der Ermittler einen rechtsradikalen Hintergrund. Meist handelte es sich um Sachbeschädigung und Propaganda. In einigen wenigen Fällen geht es auch um Brandstiftung und gefährliche Körperverletzung.

Die Behörden verzeichneten im ersten Quartal zudem nach Ministeriumsangaben zusätzlich 408 Straftaten gegen Asylbewerber oder Flüchtlinge außerhalb von Unterkünften. Das waren fast doppelt so viele wie im Vorjahresquartal. Dabei wurden 37 Personen verletzt.

Zahl der Asylanträge steigt

Bereits im vergangenen Jahr sind die Zahlen erstmals seit sieben Jahren wieder gestiegen. Trotz der Trendwende sind die Angriffe aber noch weit vom Höhepunkt zur Zeit der Flüchtlingskrise 2015 entfernt. Damals wurden 1.047 Übergriffe gegen Asylbewerberunterkünfte verzeichnet.

Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsheime zu Jahresbeginn stark gestiegen Die Mehrheit der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte hat einen rechtsradikalen Hintergrund....

Als ein möglicher Grund für die jüngste Zunahme gelten die gestiegenen Zahlen von Geflüchteten. 2022 wurden knapp 218.000 Asylerstanträge in Deutschland registriert so viele wie zuletzt 2016. Dazu kamen knapp eine Million Ukrainer.

Die Linksfraktion vermutet einen Zusammenhang mit der verschärften Asyldebatte. Die fluchtpolitische Expertin der Linken, Clara Bünger, die die Anfrage gestellt hatte, sagte der *NOZ*, seit Wochen gebe es "dramatische verbale Angriffe auf das Recht auf Asyl, Rufe nach verschärfter Abschottung und eine unerträgliche 'Das Boot ist voll'-Rhetorik." Daran würden sich nicht nur Politiker von AfD und Union, sondern auch Vertreter von SPD und Grünen beteiligen. Bünger warnte: "Sie bereiten den Boden für rassistische Mobilisierungen auf der Straße und Gewalttaten gegen Geflüchtete."

Flüchtlingspolitik Thema bei Bund-Länder-Beratungen

Bund und Länder beraten an diesem Donnerstag über eine Vielzahl von Themen im Mittelpunkt steht auch die Flüchtlingspolitik.

Der Bund hatte beim Flüchtlingsgipfel eine Milliarde Euro als zusätzliche Beteiligung an den Kosten der Flüchtlingsversorgung für dieses Jahr zugesagt. Über die künftige Aufschlüsselung der Kosten soll zunächst in einer Arbeitsgruppe beraten und erst im November entschieden werden. Kommunen hatten kritisiert, dass eine dauerhafte Lösung zur Finanzierung verjagt worden sei.

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) sagte, die Arbeitsgruppe werde erste Eckpunkte zur Frage der künftigen Flüchtlingsfinanzierung vorstellen, konkrete Ergebnisse würden aber wie geplant erst im Herbst vorgelegt.

Umgang mit Migranten

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) sieht im Streit um die Ausgaben erste Signale der Bundesregierung. Der Bund habe anerkannt, dass es ein "atmendendes Finanzierungssystem" brauche, sagte Wüst der *Rheinischen Post*. Die saarländische Regierungschefin Anke Rehlinger (SPD) sagte der Zeitung: "Flüchtlinge vernünftig unterzubringen ist die erste Pflicht. Aber schnelle Verfahren und Entscheidungen und auch schnelle Abschiebungen gehören ebenso dazu." Sie forderte demnach das Europäische Parlament dazu auf, den in der EU gefundenen Asylkompromiss zu verbessern, aber nicht zu blockieren.

Weil zufolge wird der von den EU-Innenministern beschlossene Asylkompromiss ein weiteres zentrales Thema der Beratungen sein "auch mit Blick auf das weitere Verfahren und die konkrete Umsetzung", sagte der SPD-Politiker.

Nach den jüngsten EU-Plänen ist unter anderem ein härterer Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive vorgesehen. So sollen Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig nach dem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Einrichtungen kommen auch Familien mit kleinen Kindern. Das EU-Parlament kann noch Änderungen durchsetzen.

Load-Date: June 15, 2023

Frank-Walter Steinmeier fordert "ehrlichere Debatte" zu Migration; Der Bundespräsident fordert bei einem Sizilien-Besuch eine gemeinsame europäische Migrationspolitik. Deutschland und Italien kämen an ihre Belastungsgrenzen.

ZEIT-online

Mittwoch 20. September 2023 4:19 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 583 words

Byline: Fabian Albrecht

Body

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich für eine "ehrlichere Debatte" zum Thema **Migration** ausgesprochen. "Ich glaube, wir brauchen eine ganz vernünftige Debatte darüber, was an Instrumenten möglich ist", sagte das Staatsoberhaupt bei einem Besuch in Syrakus auf Sizilien, wo er seinen italienischen Amtskollegen Sergio Mattarella traf. Es dürfe dabei nicht um Überschriften gehen. "Wir sollten auch nicht von einem hohen moralischen Sockel die einen der Menschenfeindlichkeit bezichtigen und die anderen einer Politik, die Schleusen aufreißt", sagte er.

Erneut forderte Steinmeier, die Krise mit einer einheitlichen europäischen Migrationspolitik anzugehen. "Es geht nicht ohne gemeinsame europäische Regeln", sagte er. Die wachsende Zahl der Flüchtlinge, die in Italien und auch in Deutschland ankämen, brächte Kommunen ans Ende ihrer Leistungskraft. "Und deshalb ist es umso notwendiger, dass endlich die gemeinsame europäische Lösung kommt und greift", sagte der Bundespräsident. Nötig sei einerseits, dass weniger Menschen ankämen, andererseits aber auch die Bekämpfung von Schleusern.

Zuvor hatte Steinmeier bereits in einem Interview mit dem Corriere della Sera gesagt, dass Deutschland und Italien an ihre Belastungsgrenzen kämen. Zuletzt hatte die postfaschistische Regierungschefin Italiens, Giorgia Meloni, erneut mehrmals die EU aufgefordert, Italien bei der Bewältigung der hohen Migrationszahlen zu unterstützen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen war unter anderem daraufhin am Wochenende nach Italien gereist.

Auch in Deutschland beklagen Kommunen zuletzt wieder eine hohe Auslastung der Ankunftscentren und Unterbringungen. Die Bundesregierung forderte dazu eine "gemeinsame Kraftanstrengung" von Bund, Ländern und Gemeinden. Sowohl der Kanzler als auch die Innenministerin seien zu Gesprächen mit der Opposition bereit, sagte der stellvertretende Regierungssprecher Wolfgang Büchner.

Nancy Faeser will Schengen-Binnengrenzen offen halten

Frank-Walter Steinmeier fordert "ehrlichere Debatte" zu Migration Der Bundespräsident fordert bei einem Sizilien-Besuch eine gemeinsame europäische Migrationspo....

Bundesinnenministerin Nancy Faeser sagte im Bundestag, es brauche eine "stärkere Steuerung und Ordnung des Migrationsgeschehens". Ziel müsse aber sein, dass die Binnengrenzen des Schengenraums offenblieben, sagte die SPD-Politikerin in einer Fragestunde des Parlaments.

Deswegen müsse in den Schutz der EU-Außengrenzen investiert und die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) schnellstmöglich umgesetzt werden. Die Ministerin bekräftigte, dass sie an Schleierfahndungen im Grenzgebiet zu Polen und Tschechien festhalten werde. Hier gebe es nun aber die Vereinbarung, mit beiden Ländern eine Polizei-Taskforce zu bilden, um stärker gegen Schleuser vorzugehen.

Die Union hat ihrerseits am Freitag eine Debatte im Bundestag beantragt und wirft der Ampelregierung vor, an einem gemeinsamen Vorgehen nicht interessiert zu sein. Am Dienstag hatte sich CDU-Chef Friedrich Merz der Meinung von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) angeschlossen, dass Deutschland nur die Aufnahme von rund 200.000 Migranten und Flüchtlingen pro Jahr verkraften könne.

Britta Pedersen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (l) trifft sich mit Italiens Staatspräsident Sergio Mattarella. Die Reise ist Teil einer Reihe von Besuchen bei EU-Gründerstaaten vor der Europawahl. +++ dpa-Bildfunk +++ Britta Pedersen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (l) trifft sich mit Italiens Staatspräsident Sergio Mattarella. Die Reise ist Teil einer Reihe von Besuchen bei EU-Gründerstaaten vor der Europawahl. +++ dpa-Bildfunk +++

Load-Date: September 20, 2023

Kanzler Scholz nennt europäischen Asylkompromiss fair; Die geplante Reform der EU-Asylregeln sorgt für viel Kritik. Auf dem Evangelischen Kirchentag in Nürnberg hat Bundeskanzler Olaf Scholz den Beschluss verteidigt.

ZEIT-online

Samstag 10. Juni 2023 10:56 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 649 words

Byline: Steffen Richter

Body

Kay Nietfeld

Bundeskanzler Olaf Scholz

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat die geplante Reform der europäischen **Asylregeln** gegen Kritik verteidigt. Es müsse aufhören, dass Länder mit dem Finger auf andere zeigten und sich nicht zuständig fühlten, sagte Scholz beim Evangelischen Kirchentag in Nürnberg: "Deshalb ist die Verabredung, dass wir einen Solidaritätsmechanismus etablieren." Es müsse "endlich, endlich" ein solidarisches System der Verteilung von **Flüchtlingen** in Europa etabliert werden.

Scholz versprach zügigere Asylverfahren und mehr Digitalisierung bei den Abläufen. Man müsse es "fertigbringen", jemanden zurückzuschicken, der nicht in Europa bleiben könne.

Die EU-Innenminister hatten am Donnerstag in Luxemburg mit einer ausreichend großen Mehrheit für eine umfassende Reform gestimmt. Vorgesehen ist insbesondere ein deutlich härterer Umgang mit Migrantinnen und Migranten ohne Bleibeperspektive. So sollen ankommende Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig nach dem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen. Dort würde dann im Normalfall innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden, ob der Antragsteller Chancen auf Asyl hat. Wenn nicht, soll er umgehend zurückgeschickt werden.

Die Bundesregierung hatte sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, dass Familien mit Kindern von den sogenannten Grenzverfahren ausgenommen werden. Um den Durchbruch zu ermöglichen, musste sie letztlich akzeptieren, dass dies doch möglich sein könnte. Denkbar ist aber, dass das EU-Parlament noch Änderungen durchsetzt, die Grünen haben dort bereits ihren Widerstand gegen Kompromiss angekündigt. Das Parlament hat bei der Reform ein Mitspracherecht und wird in den kommenden Monaten mit Vertretern der EU-Staaten über das Projekt verhandeln.

Kanzler Scholz nennt europäischen Asylkompromiss fair Die geplante Reform der EU-Asylregeln sorgt für viel Kritik. Auf dem Evangelischen Kirchentag in Nürnberg

Die deutschen Grünen sind gespalten

"Als Grüne im Europäischen Parlament halten wir den Ratsbeschluss nicht für tragfähig sowohl, weil er Menschenrechtsstandards aushöhlt, als auch keine langfristig praktikablen Lösungen für eine nachhaltige gemeinsame europäische Asylpolitik liefert", sagte die Co-Fraktionsvorsitzende der EU-Grünen, Terry Reintke, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. "Wir werden in den Gesprächen mit der EU-Kommission und dem Europäischen Rat für Verbesserungen kämpfen. Am Ende werden wir nicht um jeden Preis eine Einigung unterstützen."

Der Grüneuropaabgeordnete Erik Marquardt bezweifelt, dass die Reform die irreguläre Migration eindämmt. Wenn es große Lager an den Außengrenzen gebe, würden die Bedingungen für die Migranten dort noch schlechter. Flüchtende würden sich dann gleich Schlepper nehmen, die vielleicht direkt nach Deutschland kommen, sagte er in den ARD-Tagesthemen.

Die deutschen Grünen sind gespalten angesichts der Einigung der EU-Länder. Deutschland hätte dem Kompromiss in Luxemburg nicht zustimmen dürfen, kritisierte etwa Parteichefin Ricarda Lang. Auch aus der Grünenbundestagsfraktion kam deutliche Kritik. Die Grünenkabinettsmitglieder Annalena Baerbock und Robert Habeck sprachen ihrerseits von einem schwierigen Kompromiss, warben aber um Unterstützung. Grünenchef Omid Nouripour verteidigte die Zustimmung er setzt aber auch auf Nachbesserungen. Er sagte am Freitagabend im ZDF- *heute-journal* : "Das, was vereinbart worden ist, ist erst einmal eine politische Vereinbarung. Es ist nicht geltendes Recht."

Unionspolitikern geht es hingegen bei Maßnahmen gegen die illegale Migration nicht schnell genug. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei (CDU), sagte der *Augsburger Allgemeinen* : "Wir brauchen auch nationale Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration, und zwar umgehend." Eine Reform der EU-Asylpolitik werde allenfalls in zwei oder drei Jahren ihre Wirkungen zeigen. Viele Kommunen hätten die Belastungsgrenze bei der Aufnahme von Migranten erreicht oder überschritten.

Load-Date: June 10, 2023

Kroatien weist angeblich Asylsuchende gewaltsam an Grenzen zurück; Menschenrechtler werfen Kroatiens Grenzpolizei vor, Migranten mit Gewalt nach Bosnien-Herzegowina zurückzutreiben. Die Praxis verstoße gegen das Völkerrecht.

ZEIT-online

Mittwoch 3. Mai 2023 5:01 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Human Rights Watch; Ausg. 1

Length: 298 words

Byline: Katharina James

Body

Manu Brabo

Die indische **Migranten** Nishademi (22) und Suhil (23) gehen mit Saif (33), Fatma (24) und ihrem Sohn Omar (1) aus Aleppo (Syrien) durch die Berge im Nordwesten des Landes. Die Menschen wollen über die EU-Grenze nach Kroatien gelangen.

Kroatiens Polizei treibt einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch zufolge regelmäßig gewaltsam Migranten über die EU-Grenze nach Bosnien-Herzegowina zurück. Solche sogenannten Pushbacks hätten nach dem Beitritt Kroatiens zum Schengenraum im Januar wieder stark zugenommen, heißt es dem Bericht. Betroffen seien auch unbegleitete Minderjährige und Familien mit kleinen Kindern. Kroatische Behörden bestreiten der Organisation zufolge die Anschuldigungen.

Human Rights Watch sprach für den Bericht nach eigenen Angaben mit mehr als 100 Migranten, darunter unbegleiteten Minderjährigen und Familien. Einige hätten erklärt, gleich mehrmals aus Kroatien über die Grenze zurückgetrieben worden zu sein, ohne dass man ihre Bitte um Asyl beachtet habe.

Kritik auch an EU

Die Menschenrechtler kritisieren, die EU finanziere das kroatische Grenzmanagement mit beträchtlichen Mitteln, Sorge aber nicht dafür, dass in der Praxis internationale Menschenrechtsnormen und EU-Recht eingehalten würden. Eine ebenfalls mit EU-Geld bezahlte Beobachtungseinrichtung arbeite nicht unabhängig genug.

Die Menschenrechtsorganisation zitiert Angaben des Dänischen Flüchtlingsrates, wonach 2020 bis 2022 insgesamt fast 30.000 Pushbacks an der kroatischen Grenze stattgefunden haben. Human Rights Watch erklärte, diese Praxis verstoße gegen völkerrechtliche Verbote von Misshandlung und kollektiver Ausweisung sowie gegen den Grundsatz, dass Personen nicht in Staaten zurückgeführt werden dürften, in denen ihnen Menschenrechtsverletzungen drohen.

Kroatien weist angeblich Asylsuchende gewaltsam an Grenzen zurück Menschenrechtler werfen Kroatiens Grenzpolizei vor, Migranten mit Gewalt nach Bosnien-Herzegow....

Load-Date: May 3, 2023

End of Document

Linnemann wirft Scholz Untätigkeit in Migrationspolitik vor; CDU-Generalsekretär Linnemann beschuldigt Kanzler Scholz, sich in der Migrationspolitik wegzuducken. Er betont aber auch den Willen der Opposition zur Zusammenarbeit.

ZEIT-online

Montag 2. Oktober 2023 7:33 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: CDU-Generalsekretär; Ausg. 1

Length: 477 words

Byline: Eva Casper

Body

Der CDU-Generalsekretär hat an die Bundesregierung appelliert, beim Thema **Migration** stärker mit der Union zusammenzuarbeiten. In der ARD-Sendung Bericht aus Berlin warf Carsten Linnemann Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) vor, das Angebot eines gemeinsamen Deutschland-Pakts nicht ernst zu meinen - seien keine Taten gefolgt. "Bis heute warten wir auf die Einladung, alles heiße Luft", sagte er.

Scholz hatte Anfang September im Bundestag einen Deutschland-Pakt zur Modernisierung des Landes vorgeschlagen und die Union eingeladen, sich daran zu beteiligen. CDU und CSU erklärten sich im Grundsatz zur Zusammenarbeit bereit und schlugen vor, mit Maßnahmen zur Begrenzung der irregulären Migration zu beginnen.

Die SPD hält das Gesprächsangebot weiter aufrecht, will sich aber nicht treiben lassen, wie ihr Fraktionschef Rolf Mützenich gegenüber der Augsburger Allgemeinen deutlich machte. Scholz' Angebot bezog sich auch auf die Modernisierung des Landes generell, die Union fordert aber eine Konzentration auf die Migrationspolitik.

Man müsse zu dem Schluss kommen, dass der Deutschland-Pakt ein PR-Gag des Kanzlers für die Landtagswahlen am Sonntag in Hessen und Bayern sei, sagte Linnemann. Auch CDU-Chef Friedrich Merz hatte am Wochenende eine baldige gemeinsame Lösungssuche verlangt und als spätesten Termin den 9. Oktober genannt, den Tag nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen.

Mützenich sagte: "Der Bundeskanzler wird zum einen weiter mit den Ländern reden, einschließlich den Ministerpräsidenten von CDU und CSU, und er wird natürlich auch mit dem Vorsitzenden der größten Oppositionsfraktion sprechen." Dabei werde es aber nicht nur um das Thema Migration gehen, sondern vor allem um die von Scholz genannten Kernelemente: Modernisierung der Infrastruktur, Planungsbeschleunigung und besseres Zusammenwirken von Kommunen, Ländern und Bund.

"Gegen unerlaubte Einwanderung gibt es nicht das eine Werkzeug, das alle Probleme löst", sagte Mützenich. Migration sei "eine Jahrhundertaufgabe".

Linnemann wirft Scholz Untätigkeit in Migrationspolitik vor CDU-Generalsekretär Linnemann beschuldigt
Kanzler Scholz, sich in der Migrationspolitik wegzuducken.....

Hoher Zuzug von Geflüchteten

Zahlreiche Bundesländer und Kommunen warnen wegen des starken Zuzugs an Geflüchteten seit Längerem vor einer Überlastung. Bis Ende August registrierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mehr als 204.000 Erstanträge auf Asyl - ein Plus von 77 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Die Union fordert, die Migrationspolitik zu verschärfen. Sie plädiert unter anderem für verschärfte Abschieberegeln, stationäre Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien sowie die Einführung von Bezahlkarten anstelle von Bargeldauszahlungen an Geflüchtete. CSU-Chef Söder hatte zudem eine Obergrenze für die Aufnahme von Geflüchteten von etwa 200.000 Menschen pro Jahr ins Gespräch gebracht.

Kay Nietfeld CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann Kay Nietfeld CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann

Load-Date: October 2, 2023

FDP-Spitze dringt auf Kürzung von Sozialleistungen für Asylbewerber; Kurz vor der Ministerpräsidentenkonferenz zum Asyl erhöht die FDP den Druck auf Olaf Scholz. Aus dem Kanzleramt verlautet, weniger Sozialleistungen seien nicht möglich.

ZEIT-online

Montag 6. November 2023 1:06 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationspolitik; Ausg. 1

Length: 761 words

Byline: Alexander Eydlin

Body

Das FDP-Präsidium hat kurz vor Beginn des Treffens von Bund und Ländern zur **Migrationspolitik** gefordert, Sozialleistungen für **Asylbewerber** zu kürzen. Das hohe Niveau an Sozialleistungen dürfe keine Anreize für irreguläre **Migration** setzen, heißt es in einem Beschluss des Präsidiums der Liberalen.

Asylbewerber und Geduldete haben derzeit nach 18 Monaten Aufenthalt in Deutschland das Recht auf eine vollständige Gesundheitsversorgung wie die von gesetzlich Versicherten. Auch weitere Sozialleistungen erhöhen sich. Das habe in den vergangenen Jahren zu hohe Kosten verursacht, heißt es in dem FDP-Beschluss: "Wir fordern daher, die Dauer des Bezugs niedriger Grundleistungen nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz** über den 18. Monat hinaus zu verlängern."

Derzeit entsprechen die Leistungen für Asylbewerber und Geduldete nach dem 18. Monat in ihrer Höhe dem Bürgergeld. Dessen gestiegene Sätze seien ein weiteres Argument dafür, die Anpassung später nach Ankunft vorzunehmen, teilte das FDP-Präsidium mit. Weiterhin soll die Einschätzung des individuellen Bedarfs, der für manche Sozialleistungen maßgeblich ist, gesenkt werden.

Kanzleramt verweist laut Medienbericht auf Bundesverfassungsgericht

Das Bundeskanzleramt dämpfte derweil die Erwartungen auf niedrigere Leistungen. Das RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) zitierte aus einem Beratungsvorschlag des Kanzleramts, in dem der Bund bei Forderung nach niedrigeren Leistungen auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) verweist. Dieses habe 2012 festgelegt, dass für die Bestimmung des Existenzminimums die Lebenshaltungskosten in Deutschland maßgeblich seien, heißt es demnach in dem Papier.

Damit bezieht sich der Bund auf einen Vorschlag der Bundesländer, dass die Bundesregierung prüfen solle, ob sich Sozialleistungen an dem niedrigeren Niveau in anderen EU-Ländern orientieren könnten. Dies erlaube die Verfassung laut dem Urteil des BVerfG von 2012 nicht, argumentiert der Bund.

FDP-Spitze dringt auf Kürzung von Sozialleistungen für Asylbewerber Kurz vor der Ministerpräsidentenkonferenz zum Asyl erhöht die FDP den Druck auf Olaf Scholz.....

Debatten über Hilfen des Bundes und Sachleistungen

Bei dem Treffen im Kanzleramt wollen die Bundesländer zusätzliche milliarden schwere Hilfen für die Versorgung von Geflüchteten aushandeln. Sie fordern unter anderem ein Modell wie in den Jahren 2015 und 2016, als sich die Zahlungen des Bundes an der Zahl der Geflüchteten pro Bundesland orientierten. Die Bundesregierung hingegen sieht sich bereits jetzt deutlich mehr an die Länder überweisen, als sie müsse.

Ein weiteres Streitthema ist eine mögliche Umstellung von Geld- auf Sachleistungen. So steht etwa zur Debatte, Asylbewerbern künftig eine Bezahlkarte statt Bargeld auszustellen. Das soll es ihnen erschweren, Geld in ihre Heimatländer zu überweisen. Eine solche Umstellung könnte jedoch auf organisatorische Hürden stoßen.

Die FDP und die Union fordern zudem Maßnahmen, um irreguläre Migration nach Deutschland einzudämmen. Das sei wichtiger, als Debatten über die Finanzierung, sagte zuletzt FDP-Chef Christian Lindner. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) schlug dazu etwa vor, Asylverfahren in Drittstaaten zu verlegen, damit Menschen ohne Asylrecht gar nicht erst nach Deutschland kämen.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bezweifelte zuletzt die Machbarkeit des Vorschlags und verwies stattdessen auf eine mögliche Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer. SPD-Chef Lars Klingbeil zeigte sich hingegen offen: Verfahren in anderen Ländern seien "ein gangbarer Weg", sagte er. Allerdings müsse geklärt werden, inwiefern solche Verfahren human und praxistauglich gestaltet werden könnten.

Sean Gallup BERLIN, GERMANY - OCTOBER 04: A shelter employee offers advice and counseling to a refugee from Syria at a shelter for migrants and refugees inside a hangar at former Tempelhof airport on October 04, 2023 in Berlin, Germany. Germany is struggling to accommodate a high influx of migrants currently arriving daily at its eastern borders, mostly from Afghanistan and Syria. At Tempelhof two hangars are currently in use to house migrants, with another third in preparation. (Photo by Sean Gallup/Getty Images) Sean Gallup BERLIN, GERMANY - OCTOBER 04: A shelter employee offers advice and counseling to a refugee from Syria at a shelter for migrants and refugees inside a hangar at former Tempelhof airport on October 04, 2023 in Berlin, Germany. Germany is struggling to accommodate a high influx of migrants currently arriving daily at its eastern borders, mostly from Afghanistan and Syria. At Tempelhof two hangars are currently in use to house migrants, with another third in preparation. (Photo by Sean Gallup/Getty Images)

Load-Date: November 6, 2023

Manfred Weber fordert eine Neuausrichtung der EU-Migrationspolitik; Die EU "schlafwandelt in eine Migrationskrise", sagt der EVP-Vorsitzende. Eine Lösung sieht er in Asylverfahren im Ausland, staatlicher Seenotrettung und mehr Zäunen.

ZEIT-online

Sonntag 29. Januar 2023 8:13 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Geflüchtete; Ausg. 1

Length: 370 words

Byline: Lennard Simmons

Body

Gonzalo Fuentes

Manfred Weber, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei

Der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP), Manfred Weber, hat einen grundlegenden Kurswechsel in der EU-**Flüchtlingspolitik** gefordert. "Die EU-Staaten schlafwandeln in eine neue, große **Migrationskrise** hinein", sagte der stellvertretende CSU-Vorsitzende den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Kommunen ächzten, die Aufnahmekapazitäten für **Migranten** über die Mittelmeerrouten seien ausgereizt.

Vor dem EU-Sondergipfel zur Migration im Februar schlug Weber einen Drei-Punkte-Plan vor. Dieser sieht Zäune an den EU-Außengrenzen vor, Asylanträge außerhalb der EU und eine Neuaufgabe der europäischen Seenotrettung.

Zäune seien immer das letzte Mittel, aber überall dort notwendig, wo "Schlepperbanden erfolgreich versuchen, europäisches Recht zu umgehen", sagte Weber. Als Beispiele nannte er die EU-Ostgrenze, die Mittelmeerregion und die Grenzen Bulgariens und Griechenlands zur Türkei.

Asylverfahren außerhalb der EU

Außerdem verlangte Weber "substanzielle Änderungen bei den Asylverfahren", die nicht zwingend in der EU stattfinden müssten. An den EU-Außengrenzen müsse es "wenigstens einen Schnellcheck, wer Aussicht auf Asyl hat" geben. Wer über sichere Drittstaaten wie die Türkei einreise, solle bereits dort an ersten Verfahrensschritten teilnehmen. Menschen, die aus Afrika Asyl beantragen wollen, sollen dies künftig in EU-Büros in Tunesien oder Ägypten tun.

Manfred Weber fordert eine Neuausrichtung der EU-Migrationspolitik Die EU "schlafwandelt in eine Migrationskrise", sagt der EVP-Vorsitzende. Eine Lösung sieht e....

Zuletzt will Weber eine Neuauflage der EU-Mission im Mittelmeer veranlassen: Seenotrettung sei "eine hoheitliche Aufgabe des Staates" und dürfe nicht zivilen Hilfsorganisationen überlassen werden. "Wir wollen Leben retten, aber wir dürfen das nicht privatisieren", sagte er.

Bereits vor dem Migrationsgipfel teilten EU-Vertreter mit, schnellere Abschiebungen anzustreben. So wurde etwa 2021 nur jeder fünfte abgelehnte Asylbewerber tatsächlich abgeschoben, in der Regel scheitert es am Widerstand der Herkunftsländer. Italien und Libyen haben unterdessen beschlossen, gemeinsam mehr gegen Bootsmigration im Mittelmeer vorzugehen. Griechenland setzt auf eine Verlängerung des Grenzzauns zur Türkei, um illegale Migration zu verhindern.

Load-Date: January 29, 2023

End of Document

Großbritannien zahlt für Internierungslager Millionen an Frankreich; Um die Migration über den Ärmelkanal zu verhindern, will Großbritannien Migranten in Unterkünften festhalten und abschieben. Ein neues Lager soll in Frankreich entstehen.

ZEIT-online

Freitag 10. März 2023 4:12 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Migration über Ärmelkanal; Ausg. 1

Length: 354 words

Byline: Alena Kammer

Body

Sameer Al-Doumy

TOPSHOT - **Migrants** push a smuggling boat into the water as they embark on the beach of Gravelines, near Dunkirk, northern France on October 12, 2022, in an attempt to cross the English Channel. - Since the beginning of the year, more than 33,500 people have already made the perilous crossing of the English Channel, one of the busiest shipping lanes in the world, where more than 400 commercial ships pass each day.

Um die Migration über den Ärmelkanal zu verhindern, zahlt Großbritannien in den nächsten drei Jahren über eine halbe Milliarde Euro an Frankreich. Damit soll ein neues Internierungslager in Nordfrankreich finanziert werden, wie der britische Premierminister Rishi Sunak bei einem Treffen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Paris ankündigte. Damit werden die jährlichen Zahlungen von der britischen Regierung an Frankreich mehr als verdoppelt.

Auch eine neue Kommandozentrale soll mit den 541 Millionen Euro entstehen, außerdem sollen 500 zusätzliche Grenzbeamte sowie moderne Drohnen und Überwachungstechnologie eingesetzt werden.

Regierungschef Sunak sagte, es handele sich um eine gemeinsame Herausforderung. Sunak vertritt bei der Einwanderungspolitik eine harte Linie. Jüngst hat er ein neues Asylgesetz angekündigt. Es sieht vor, fast alle Migrantinnen und Migranten, die ohne offizielle Erlaubnis einreisen, zunächst in Internierungslager, wie früheren Militärbasen oder Studierendenheimen, festzuhalten. Danach sollen sie nach Ruanda oder in andere Staaten ausgewiesen werden. Das Recht, Asyl zu beantragen, soll ihnen entzogen werden. Die britische Regierung hat eingeräumt, dass sie mit dem Vorhaben die Grenzen internationalen Rechts ausreize.

Wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sagte, könne Frankreich nicht allein mit Großbritannien über ein Abkommen zur Rücknahme von Flüchtlingen verhandeln, das sei eine EU-Angelegenheit. Nach dem Brexit könne

Großbritannien zahlt für Internierungslager Millionen an Frankreich Um die Migration über den Ärmelkanal zu verhindern, will Großbritannien Migranten in Unterkü....

Großbritannien nicht mehr die in der EU geltende Dublin-Regelung anwenden, nach der Migranten in ein anderes EU-Land zurückgeschickt werden können, wenn sie dort auf ihrer Flucht bereits Station gemacht haben.

Load-Date: March 10, 2023

End of Document

Was der Hamas-Angriff für die Überlebenden bedeutet; Die Angriffe der Hamas auf Israel fordern zahllose Opfer. Wie ist die humanitäre Lage vor Ort? Und: überraschende Einigung der Ampelkoalition in der Migrationspolitik

ZEIT-online

Donnerstag 12. Oktober 2023 6:04 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: Israel und Gaza; Ausg. 1

Length: 358 words

Byline: Roland Jodin

Body

Die Angriffe der Hamas auf Israel haben unvorstellbares Leid über Israelis und Palästinenser gebracht. Die Hamas tötete mehr als 1.000 Israelis und verschleppte am Samstag mehr als 100 Menschen in den Gazastreifen. Zu den am stärksten betroffenen Gebieten zählt der Kibbuz Kfar Aza im Süden Israels. Am Samstagmorgen wurde der Kibbuz von Hamas-Terroristen angegriffen. Die Kämpfe hielten zwei Tage an. Zurück bleiben Angst und Zerstörung. Die genaue Zahl der Opfer ist noch unklar. Israel kündigte harte Gegenreaktionen an. Mittlerweile gehen Experten davon aus, dass eine Bodenoffensive Israels immer wahrscheinlicher wird. In der Zwischenzeit versuchen die Vereinten Nationen über Ägypten humanitäre Hilfe für Zivilisten im Gazastreifen zu koordinieren. Steffi Hentschke berichtet für ZEIT ONLINE aus Israel und hat sich ein Bild von der Lage in Ein Gedi, einem Ort im Süden des Landes, gemacht. Im Podcast berichtet sie von Gesprächen mit Überlebenden und der humanitären Situation vor Ort.

Seit Wochen wird heftig über die Asyl- und Migrationspolitik gestritten. Insbesondere die Kommunen fühlen sich überfordert und fordern von der Bundespolitik mehr Unterstützung. Vizekanzler Robert Habeck gab zuletzt zu bedenken, dass angesichts hoher Flüchtlingszahlen "moralisch schwierige Entscheidungen" getroffen werden müssten. Jetzt überrascht die Ampelkoalition mit einem Migrationspakt in Form des Rückführungsverbesserungsgesetzes. Das Maßnahmenpaket sieht vor, Abschiebungen von Straftätern zu erleichtern. Gleichzeitig soll der Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete vereinfacht werden. Lisa Caspari ist Redakteurin für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bei ZEIT ONLINE. Im Podcast erklärt sie, was der Migrationspakt genau vorsieht und welche Konsequenzen das hat.

Und sonst so? Ein Nationalpark in den USA kürt den dicksten Bären.

Moderation und Produktion: Roland Jodin

Redaktion: Rita Lauter

Was der Hamas-Angriff für die Überlebenden bedeutet Die Angriffe der Hamas auf Israel fordern zahllose Opfer. Wie ist die humanitäre Lage vor Ort? Und: überrasc....

Mitarbeit: Anne Schwedt und Lea Schüler

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier . Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter wasjetzt@zeit.de .

Load-Date: October 12, 2023

End of Document